

Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital nach IFRS

– ein Vorschlag zur Modifizierung von IAS 32 –

Vorwort

Mit Veröffentlichung der IAS-Verordnung 1606/2002 der Europäischen Union haben nahezu alle kapitalmarktorientierten Konzernunternehmen seit dem 1. Januar 2005 die Pflicht, nach den internationalen Rechnungslegungsvorschriften IAS/IFRS zu bilanzieren. Andere Unternehmen dürfen auf freiwilliger Basis einen Einzelabschluss oder einen Konzernabschluss nach dieser Rechnungslegungsnorm aufstellen. Durch das Bilanzrechtsreformgesetz vom 4. Dezember 2004 wurde die IAS-Verordnung in nationales Recht übernommen.

Die Internationalisierung der Geschäftstätigkeit sowie die Erschließung neuer Finanzierungsmöglichkeiten erhöhen zunehmend auch für mittelständische Unternehmen das Interesse an der Anwendung von IAS/IFRS. Mittelständler schrecken jedoch häufig vor den internationalen Regeln zurück. Für die rund 796.000 GmbHs, 131.000 GmbH & Co KGs, sowie die ca. 8.000 Genossenschaften mit ihren über 20 Millionen Mitgliedern und die 200.000 im Handelsregister eingetragenen Personengesellschaften stellt insbesondere der Rechnungslegungsstandard IAS 32 („Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung“) eine wesentliche Hürde bei der Akzeptanz der neuen Rechnungslegungsphilosophie dar. Nach der im Jahr 2004 veröffentlichten Fassung führt bei der Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital die Kündigungsmöglichkeit eines Finanzinstruments seitens des Kapitalgebers dazu, dass dieses zum Fremdkapital zugeordnet wird.

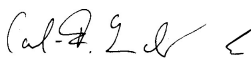
Auch IFRIC 2 („Geschäftsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente“) löst dieses Problem nur unzureichend und weist ausdrücklich darauf hin, dass die Rückzahlung eines Anteils zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu erfolgen hat. Der derzeitige Entwurf einer Überarbeitung von IAS 32 ermöglicht nicht die sachgerechte Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital für alle Unternehmensformen.

Aus diesem Grund haben der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) sowie der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) ein Gutachten in Auftrag gegeben mit dem Ziel, modifizierte Änderungsvorschläge für eine rechtsformunabhängige, branchenübergreifende Eigenkapitalsystematik zu erarbeiten.

Neben dem Gutachten in deutscher und englischer Fassung enthält die Broschüre die überarbeitete Fassung von IAS 32 aus dem Jahr 2004 sowie IFRIC 2 in deutscher und englischer Übersetzung.

Deutscher
Genossenschafts- und
Raiffeisenverband e.V.

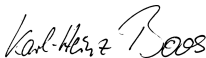
Bundesverband
Öffentlicher Banken
Deutschlands



Prof. Dr. Leuschner



Dr. Ott



Boos



Jerzembek

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
1 Problemstellung	11
2 Die Kapitalabgrenzungssystematik nach IAS 32 und nach dem Exposure Draft „Amendments to IAS 32“	13
3 Konzeptionelle Analyse der nach Verabschiedung des Exposure Draft geplanten Kapitalabgrenzungssystematik nach IFRS	15
3.1 Die konzeptionellen Anforderungen des Framework an die Kapitalabgrenzungssystematik	15
3.1.1 Überblick über die allgemeinen IFRS-Anforderungen	15
3.1.2 „Substance over form“-Orientierung	15
3.1.3 Homogenität des bilanziellen Eigenkapitals	17
3.1.4 Verlässlichkeit der Kapitalüberlassung	18
3.1.5 Klarheit der Abgrenzung	19
3.2 Kritik an der Kapitalabgrenzungssystematik nach IAS 32 und nach dem Exposure Draft „Amendments to IAS 32“ unter Berücksichtigung der konzeptionellen Anforderungen des Framework	20
3.2.1 „Substance over form“-Orientierung	20
3.2.2 Homogenität der Kapitalklassen	22
3.2.3 Verlässlichkeit der Kapitalüberlassung	24
3.2.4 Klarheit der Abgrenzung	27
3.3 Fazit der konzeptionellen Analyse	28
4 Vorschlag für eine Modifizierung der Kapitalabgrenzungssystematik nach IFRS	29
5 Fazit	39
Literaturverzeichnis	43
International Accounting Standard 32	
IFRIC Interpretation 2	

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Application Guidance
Aufl.	Auflage
BC	Basis for Conclusions
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
DCF	Discounted Cash-Flow
DGRV	Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.
e. V.	eingetragener Verein
EC	European Commission
ED	Exposure Draft
F	Framework
FASB	Financial Accounting Standards Board
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
ggf.	gegebenenfalls
Hrsg.	Herausgeber
i. S. v.	in Sinne von

i. V. m.	in Verbindung mit
IAS	International Accounting Standard
IASB	International Accounting Standards Board
IFRS	International Financial Reporting Standard
ISA	International Standard on Auditing
IRB	Internal Rating Based
No.	Number
S.	Seite
sog.	so genannte
Tz.	Textziffer
u. a.	und anderem
u. E.	unseres Erachtens
u. U.	unter Umständen
URL	Uniform Resource Locators
vgl.	vergleiche
VÖB	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands
z. B.	zum Beispiel

1 Problemstellung

In einem IFRS-Abschluss werden Eigen- und Fremdkapital gemäß den derzeit gültigen Regelungen des IAS 32 danach abgegrenzt, ob der Kapitalgeber sein Kapital durch eine einseitige Erklärung zurückfordern kann und sich so seiner Verantwortung, d. h. der Risikoübernahme gegenüber den übrigen Eigen- und Fremdkapitalgebern, entziehen kann, ohne dass die Gesellschaft dies dauerhaft zu verhindern vermag. Diese Abgrenzung berücksichtigt den aus der Finanzierungslehre abgeleiteten risk and reward approach.

Diese Systematik ist für Kapitalgesellschaften sachgerecht und konzeptionell einwandfrei, da bei Kapitalgesellschaften die Anteilseigner kollektiv, bspw. bei einer Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, über Kapitalrückzahlungen entscheiden und dem einzelnen Kapitalgeber kein individuelles Recht zusteht, seine Einlage zurückzufordern.

Bei Nicht-Kapitalgesellschaften haben indes die Kapitalgeber häufig ein individuelles, nicht ausschließbares Recht, ihre Gesellschaftsanteile zu kündigen, woraus eine Zahlungsverpflichtung für das Unternehmen resultiert. Die potentielle Rückzahlungsverpflichtung hat zur Folge, dass das gesellschaftsrechtliche Eigenkapital – das nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften Eigenkapital darstellt und ebenfalls die risks and rewards des Unternehmens wahrnimmt – in einem IFRS-Abschluss als Fremdkapital auszuweisen ist.

Diese Diskrepanz ist durch die immer breitere Anwendung der IFRS-Rechnungslegung – nunmehr auch durch Nicht-Kapitalgesellschaften – deutlich geworden. Daher beschäftigt sich der IASB zurzeit intensiv mit der Kapitalabgrenzung und hat im Juni 2006 einen Exposure Draft (ED) „Amendments to IAS 32“ veröffentlicht, der die derzeitigen Regelungen ergänzen soll.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die Frage, ob der geltende IAS 32 unter Berücksichtigung der im ED geplanten Ergänzungen zu einer sachgerechten Kapitalabgrenzung auch für Nicht-Kapitalgesellschaften

führt.¹ Dazu untersuchen wir zunächst die Kapitalabgrenzungsvorschrift nach IAS 32 sowie den ED und analysieren, welche allgemeinen konzeptionellen Anforderungen das Framework an die Kapitalabgrenzung stellt. Bei der Formulierung dieser Anforderungen orientieren wir uns – wie der IASB – an dem risk and reward approach. Denn auch u. E. ist der Anspruch, dass Eigenkapitalgeber die Risiken und die Chancen aus der Unternehmenstätigkeit zu tragen haben, die geeignete konzeptionelle Grundlage einer Kapitalabgrenzungssystematik.

Auf der Basis der konzeptionellen Anforderungen des Framework analysieren wir anschließend, ob die durch den ED modifizierte Kapitalabgrenzungssystematik des IASB die formulierten Ansprüche erfüllen würde. Sofern wir bei der Analyse Inkonsistenzen zwischen dem Vorschlag des IASB und den konzeptionellen Anforderungen identifizieren, erarbeiten wir einen Lösungsvorschlag, der diese Inkonsistenzen behebt.²

Es wird sich zeigen, dass nur geringfügige Modifikationen über den ED hinaus erforderlich sind, um einerseits den risk and reward approach bei der Kapitalabgrenzung aller Unternehmensformen sachgerecht zu berücksichtigen und andererseits auch den Missbrauch der Kapitalabgrenzungskriterien durch „financial instruments engineering“ zu vermeiden. Denn Finanzierungsformen, welche die risks des kapitalaufnehmenden Unternehmens nicht anteilig „tragen“ und die die rewards nicht anteilig nutzen können, dürfen auch nicht im Eigenkapital ausgewiesen werden.

¹ Die hier vorgelegte Kurzfassung basiert auf dem von den beiden Autoren angefertigten Gutachten „Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital nach IFRS“. Dieses Gutachten wurde von dem „Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.“ (DGRV) und dem „Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V.“ (VÖB) in Auftrag gegeben.

² Wir konzentrieren uns bei unserer Analyse auf originäre Finanzinstrumente, nicht aber auf derivative Finanzinstrumente.

2 Die Kapitalabgrenzungssystematik nach IAS 32 und nach dem Exposure Draft „Amendments to IAS 32“

Der IASB stellt auf der Basis des risk und reward approach³ mit dem bestehenden IAS 32 an das Eigenkapital den generellen Anspruch, dass Eigenkapitalgeber ihre Kapitaleinlage nicht durch eine einseitige Erklärung von der Gesellschaft zurückfordern dürfen, damit sie sich nicht ihrer Verantwortung, d. h. der Risikoübernahme gegenüber den übrigen Eigenkapitalgebern und den Gläubigern, entziehen können (settlement approach). Auszahlungsansprüche der Kapitalgeber sind danach lediglich dann für einen Eigenkapitalausweis unschädlich, wenn sie kollektiv – durch die Gruppe der Eigenkapitalgeber – beschlossen werden müssen.

Dieses einfache Abgrenzungskriterium führt bei Kapitalgesellschaften zu einer sachgerechten Kapitalabgrenzung, da bei diesen Unternehmensformen stets die Anteilseigner kollektiv über die Kapitalrückzahlungen zu entscheiden haben. Bei börsennotierten Aktiengesellschaften kann der einzelne Eigenkapitalgeber seinen Anteil außerdem am Kapitalmarkt jederzeit veräußern. Die Kapitalabgrenzungssystematik des IAS 32 ist somit bei Kapitalgesellschaften konsequent und konzeptionell schlüssig.

Anders verhält es sich mit der bilanziellen Abbildung einer Kapitalüberlassung an eine Nicht-Kapitalgesellschaft. Denn der Gesellschafter einer Nicht-Kapitalgesellschaft hat in der Regel das vertraglich nicht ausschließbare Recht, d. h. das gesetzlich garantierte Recht, seinen Anteil an der Gesellschaft zu kündigen, woraus eine Rückzahlungsverpflichtung für das Unternehmen resultiert. Dies führt dazu, dass nach IAS 32 das gesellschaftsrechtliche Eigenkapital von Nicht-Kapitalgesellschaften – das nach nationalen Generally Accepted Accounting Principles (GAAP) im Eigenkapital auszuweisen ist und das auch die risks and rewards des Unternehmens wahrnimmt – im IFRS-Abschluss als Fremdkapital erfasst werden muss.

³ Vgl. IAS 32.11. Dabei induziert eine Verpflichtung des Emittenten zur Lieferung von eigenen Eigenkapitaltiteln in variabler Stückzahl eine Fremdkapitalklassifikation des betroffenen Finanzinstruments. Es fehlt bei dieser Art von Finanzinstrumenten offensichtlich die Teilhabe an den eigentümertypischen Kursänderungsrisiken und -chancen (*risks and rewards*) des Kapitalgebers.

Die Initiative des IASB auf die Diskrepanz, dass das risks and rewards wahrnehmende Kapital von Nicht-Kapitalgesellschaften nach IFRS als Fremdkapital zu klassifizieren ist, mit seinem Exposure Draft (ED) „Amendments to IAS 32“ zu reagieren, ist daher sehr zu begrüßen. Mit dem ED soll grundsätzlich auch für solche Finanzierungsformen der Ausweis im Eigenkapital ermöglicht werden, die die risks and rewards des kapitalaufnehmenden Unternehmens wahrnehmen, die aber nicht auf kollektivem Weg, sondern durch eine individuelle Kündigung des einzelnen Kapitalgebers entzogen werden können. Solche Finanzinstrumente sollen – aus Sicht des IASB – allerdings nur dann im Eigenkapital ausgewiesen werden, wenn der ausscheidende Anteilseigner in Höhe des fair value seines Anteils abgefunden wird.

Gemäß dem ED in der derzeitigen Fassung wären nach IFRS künftig zwei Kategorien von Eigenkapitalinstrumenten zu unterscheiden:

1. Finanzinstrumente, die vom Inhaber nicht gekündigt werden können und dabei zugleich eine Kapitalüberlassungsvergütung vorsehen, die im freien Ermessen des Emittenten steht (vgl. IAS 32.16, IAS 32.17, IAS 32.19; **perpetual instruments**).⁴
2. Finanzinstrumente, die vom Inhaber zum fair value gekündigt werden können, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen und dabei z. B. zur letztrangigen Kapitalklasse zählen (ED IAS 32.BC11; **ownership instruments**).⁵

⁴ Falls bei dieser Art von Finanzinstrumenten der Emittent vertraglich verpflichtet ist, eine von Anfang an bestimmte Kapitalüberlassungsvergütung an den Inhaber des Finanzinstrumentes zu leisten, ist der Barwert der künftigen Kapitalüberlassungen zu bestimmen und in den Verbindlichkeiten auszuweisen. Lediglich die positive Differenz zwischen dem Betrag des überlassenen Kapitals und dem Barwert der Zahlungsverpflichtungen wäre als Eigenkapital zu klassifizieren.

⁵ Daneben sind für eine Eigenkapitalklassifikation weitere Voraussetzungen (ownership characteristics) kumulativ zu erfüllen: (1) Im Fall der Liquidation ist der Inhaber des Finanzinstrumentes berechtigt, seinen anteiligen Nettovermögenswert einzufordern. (2) Das Recht auf den anteiligen Nettovermögenswert darf weder vor noch bei Liquidation garantiert oder begrenzt sein. (3) Im Emissionszeitpunkt wurde das Finanzinstrument zum fair value ausgegeben. (4) Die letztrangige Kapitalklasse darf zudem nur ausschließlich kündbare Finanzinstrumente enthalten, die zum fair value ausgeglichen werden.

3 Konzeptionelle Analyse der nach Verabschiedung des Exposure Draft geplanten Kapitalabgrenzungssystematik nach IFRS

3.1 Die konzeptionellen Anforderungen des Framework an die Kapitalabgrenzungssystematik

3.1.1 Überblick über die allgemeinen IFRS-Anforderungen

Die mit dem ED vorgeschlagene Kapitalabgrenzung des IASB ist vor dem Hintergrund der Frage zu beurteilen, welche grundlegenden konzeptionellen Anforderungen an eine sachgerechte, rechtsformunabhängige Kapitalabgrenzung in einem IFRS-Abschluss zu stellen sind, damit der IFRS-Abschluss seinen Zweck, die Vermittlung entscheidungsnützlicher Informationen, erfüllen kann (F.12; decision usefulness). IFRS-Abschlüsse werden diesem formulierten Zweck nur dann gerecht, wenn die Abschlussinformationen die folgenden qualitativen Anforderungen (F.24) erfüllen:

- (1) Verständlichkeit (F.25; understandability),
- (2) Relevanz (F.26-30; relevance),
- (3) Verlässlichkeit (F.31-38; reliability) und
- (4) Vergleichbarkeit (F.39-42; comparability).

Aus diesen qualitativen Anforderungen des IASB Framework lassen sich auch die wesentlichen Anforderungen ableiten, die an eine sachgerechte und rechtsformunabhängige Kapitalabgrenzungssystematik zu stellen sind. Diese beschreiben wir in den folgenden Abschnitten.

3.1.2 „Substance over form“-Orientierung

Ein Investor benötigt für seine Kauf- oder Verkaufentscheidungen von Anteilen **verständliche und entscheidungsrelevante Informationen** über die wirtschaftliche Lage bzw. über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Diese Informationen werden hinsichtlich der Kapi-

talstruktur des Unternehmens, d. h. der Relation von Eigenkapital und Fremdkapital, indes lediglich dann gegeben, wenn die ökonomischen Eigenschaften und nicht die rechtlichen Gestaltungen von Finanzinstrumenten ihren bilanziellen Ausweis als Eigenkapital bzw. als Fremdkapital determinieren.

Da die wirtschaftliche Substanz und die rechtliche Gestaltung eines Finanzinstruments häufig nicht übereinstimmen, muss sich eine sachgerechte Kapitalabgrenzungssystematik am Prinzip **„substance over form“** (F.35) orientieren.⁶

Daher sollte die Kapitalabgrenzung auf Basis der „Risiken und Chancen“-Partizipation der Kapitalgeber vorgenommen werden, wie dies bereits im derzeit gültigen IAS 32 auf Basis des aus der **Finanzierungslehre**⁷ **abgeleiteten risk und reward approach** für Kapitalgesellschaften der Fall ist.⁸

Eine Orientierung an dem „substance over form“-Prinzip verlangt, dass neben der Informationsrelevanz auch die **Rechtsformneutralität** bei der Kapitalabgrenzungssystematik gewährleistet ist.⁹ Eine unterschiedliche bilanzielle Klassifizierung von gesellschaftsrechtlichem Eigenkapital verschiedener Rechtsformen wäre nämlich nur dann substantiell und akzeptabel, wenn mit dem Rechtsformunterschied ein wesentlicher Unterschied bei der „risk and reward“-Partizipation des Kapitalgebers einherginge. Umgekehrt kann sich allerdings aus der unterschiedlichen Rechtsform einerseits eine gleiche Risiko-Partizipation, aber andererseits eine systematisch andere Chancen-Partizipation ergeben, ohne dass dieses zwingend zu einer abweichenden Eigenkapitalcharakterisierung führen muss. Zum Beispiel stehen bei Genossenschaften als rewards nicht Zahlungsansprüche, son-

⁶ Diese Anforderung besteht schon in der aktuell gültigen Kapitalabgrenzungsvorschrift des IASB. Vgl. IAS 32.15.

⁷ In der Finanzierungslehre werden Merkmale gegenübergestellt, die mit dem Eigen- bzw. Fremdkapital verbunden sind. Vgl. hierzu BREALEY, R. A./MYERS, S. C./ALLEN, F., *Principles of Corporate Finance*, S. 361; ROSS, S. A./WESTERFIELD, R. W./JAFKE, J., *Corporate Finance*, S. 394; DAMODARAN, A., *Corporate Finance*, S. 483.

⁸ Vgl. IAS 32.11 und die Fußnote 3.

⁹ Die Entwicklung rechtsformneutraler International Financial Reporting Standards ist auch das Ziel des IASB. Vgl. F.1(a) i. V. m. F.8 und F.35.

dern andere Vorteile in Form von Kopplungsgeschäften¹⁰ und Rückgewähr auf Umsätze mit der Genossenschaft im Vordergrund.

3.1.3 Homogenität des bilanziellen Eigenkapitals

Aus dem im Framework geforderten Prinzip der Informationsrelevanz (F.26) der Abschlussinformationen leitet sich auch die Anforderung an die Kapitalabgrenzungssystematik ab,¹¹ dass sowohl im Eigenkapital als auch im Fremdkapital jeweils Finanzinstrumente mit möglichst **homogenen ökonomischen Eigenschaften** zusammengefasst werden sollten. Homogen sind die beiden Kapitalklassen jeweils dann, wenn die Kapitalgeber beider Kapitalklassen jeweils in gleicher Art und im gleichen anteiligen Umfang die Risiken des Unternehmens tragen und die Chancen wahrnehmen können. Da allerdings die Vielfalt der Ausgestaltungen von Finanzierungsinstrumenten zugenommen hat und noch weiter zunimmt, muss zur Gewährleistung der Homogenität die Abgrenzungssystematik mehrdimensional¹² und dennoch trennscharf sein,¹³ ohne dass accounting arbitrage betrieben werden kann.

Unter **Mehrdimensionalität** ist hier zu verstehen, dass zur Kapitalabgrenzung mehrere Kriterien gehören, die (einzeln oder gemeinsam) bei einem Finanzinstrument erfüllt sein müssen, wenn das Finanzinstrument als Eigenkapital im IFRS-Abschluss ausgewiesen werden soll. Die unter dem risk and reward approach festgelegten Abgrenzungskriterien sollten simultan berücksichtigt werden, um die verschiedenen Finanzierungsinstrumente nach den übernommenen risks and rewards möglichst homogen zu klassifizieren.

Neben der Einhaltung der qualitativen Anforderung der **(Informations-) Relevanz** für den Investor (F.26) kann nur auf diese Weise eine zwischenbetriebliche, rechtsformneutrale **Vergleichbarkeit** (F.39) der in den Bilan-

¹⁰ Ein Mitglied einer Genossenschaft erhält aufgrund seiner Mitgliedschaft bspw. günstigere Mietkonditionen.

¹¹ Auch bei dem Exposure Draft „Amendments to IAS 32“ des IASB wird die „Relevanz“ genannt. Vgl. ED 32.BC23.

¹² Vgl. KIMMEL, P./WARFIELD, T. D., The Usefulness of Hybrid Security Classification, S. 153.

¹³ Vgl. FASB, Liabilities and Equity Board Meeting, S. 3. Die Mehrheit der Sitzungsteilnehmer äußerte die Präferenz für eine umfassende, mehrdimensionale Abgrenzungssystematik.

zen ausgewiesenen Kapitalstrukturen verschiedener Unternehmen sowie die zeitliche Vergleichbarkeit der Kapitalstruktur eines einzelnen Unternehmens gewährleistet werden.¹⁴

Die Abgrenzungskriterien für Eigenkapital und Fremdkapital sollten dabei so gewählt werden, dass die Trennlinie auf der Strecke zwischen dem idealtypischen Eigenkapital und dem idealtypischen Fremdkapital tendenziell eher in der Nähe des idealtypischen Eigenkapitals gezogen wird. Das bedeutet, dass die Anforderungen an die Homogenität für das Eigenkapital höher angesetzt werden als für das Fremdkapital. Denn an das bilanzielle Eigenkapital sind aufgrund seiner allgemein anerkannten Signalwirkung für den Bilanzleser höhere Homogenitätsanforderungen zu stellen als an das bilanzielle Fremdkapital.¹⁵ Trennschärfe heißt in diesem Zusammenhang auch, dass ein Missbrauch durch kreative Finanzierungsformen (financial engineering bzw. accounting arbitrage) vermieden werden muss (vgl. hierzu Abschnitt 3.1.4).

3.1.4 Verlässlichkeit der Kapitalüberlassung

Damit Informationen, die mit einem IFRS-Abschluss gegeben werden, entscheidungsnützlich sind, müssen sie für den Abschlussadressaten nicht nur relevant sein, sie müssen gleichzeitig auch **verlässlich** sein (F.31; reliability).¹⁶ Für eine Verlässlichkeit der Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital ist eine längerfristige Erfüllung der Eigenkapitalkriterien erforderlich.¹⁷ So kann ein kapitalaufnehmendes Unternehmen ri-

¹⁴ Die Vergleichbarkeit der Kapitalabgrenzung ist auch ein Anliegen des IASB. Vgl. ED 32.BC23.

¹⁵ Vgl. HOPKINS, der in einer empirischen Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, dass der Ausweis von Finanzierungsformen die Einschätzung von Finanzanalysten über die wirtschaftliche Lage des Emittenten deutlich beeinflusst. Vgl. HOPKINS, P. E., The Effect of Financial Statement Classification, S. 33-50.

¹⁶ „Informationen sind dann verlässlich, wenn [...] sich die Adressaten darauf verlassen können, dass sie [die Informationen] glaubwürdig darstellen, [...] was vernünftigerweise inhaltlich von ihnen [den Informationen] erwartet werden kann.“ (F.31).

¹⁷ Vgl. AMERICAN ACCOUNTING ASSOCIATION, Evaluation of the FASB's Proposed Accounting for Financial Instruments, S. 393. Die American Accounting Association ist der Auffassung, dass Vorzugsaktien mit einer Rückzahlungsverpflichtung, die in einem Jahr fällig wird, eher als Fremdkapital anzusehen sind, Vorzugsaktien mit einer Restlaufzeit von 100 Jahren dagegen als Eigenkapital.

sikoreiche langfristige Investitionen nur tätigen, wenn das Kapital längerfristig an das Unternehmen gebunden ist. Der Abschlussadressat muss darauf vertrauen können, dass das Eigenkapital für solche Investitionen zur Verfügung steht.

Damit der Jahresabschlussadressat hierauf vertrauen kann, ist es aber nicht erforderlich, dass das Eigenkapital dem Unternehmen bis zu dessen Liquidation – also ewig – zur Verfügung steht. Für den Eigenkapitalausweis kommt es vielmehr darauf an, dass das Eigenkapital nicht kurzfristig, und dabei den Bestand (going concern) des Unternehmens gefährdend, abgezogen werden kann. Die Ausstiegsmöglichkeit des Eigenkapitalgebers muss also nicht ausgeschlossen, aber so festgelegt sein, dass der Eigenkapitalgeber mit seinem Ausstieg nicht die im Unternehmen verbleibenden Eigenkapitalgeber bzw. das Unternehmen selbst schädigen kann. Der Eigenkapitalgeber muss daher bis zum Zeitpunkt seines Ausscheidens die Eigentümerpflichten wahrnehmen und die anteiligen bis zu seinem Ausscheiden eingeleiteten Unternehmensrisiken tragen.

Die verbleibenden Eigenkapitalgeber und das Unternehmen würden zum einen durch eine Abfindung geschädigt, deren Betrag den Anteil des Ausscheidenden am Unternehmenswert übersteigt und zum anderen durch eine Abfindung, welche – bspw. durch einen zu hohen und/oder zu kurzfristigen Liquiditätsabfluss – die Fortführung der Gesellschaft (going concern) gefährdet.

3.1.5 Klarheit der Abgrenzung

Bei der Anforderung der Klarheit einer Kapitalabgrenzung sind u. E. zwei Unterkriterien zu beachten, nämlich zum einen das Merkmal der **Einfachheit** und zum anderen das Merkmal der **Eindeutigkeit**.

Die Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital sollte möglichst **einfach** sein und sich **eindeutig** auf die für den risk and reward approach notwendigen Kriterien beschränken. Eine von Abschlussadressaten kaum nachvollziehbare und daher zu komplexe Kapitalabgrenzungsvorschrift würde der Informationsvermittlungsfunktion entgegenwirken. Der Anspruch auf Einfachheit und Eindeutigkeit einer Kapitalabgrenzungssystematik greift die im Framework enthaltenen **qualitativen Anforderungen der Verständlichkeit** (F.25) und **der Verlässlichkeit** (F.31) der Abschluss-

informationen gleichermaßen auf. Denn eine für den Abschlussadressaten nachvollziehbare Kapitalabgrenzung ist für ihn verständlicher, und damit einhergehend sind die entsprechenden Abschlussinformationen aus seiner Sicht ebenfalls eindeutiger und zugleich verlässlicher als es bei einer sehr komplexen und nicht transparenten Kapitalabgrenzungssystematik der Fall wäre.

Vor dem Hintergrund der qualitativen **Anforderung der Verlässlichkeit** besteht zudem die Notwendigkeit, dass eine Kapitalabgrenzungsvorschrift eine **eindeutige Zuordnung** von Finanzinstrumenten zum Eigen- oder Fremdkapital gewährleisten muss.¹⁸ So dürfen komplexe und kaum durchschaubare Sachverhaltsgestaltungen in Form von „financial instrument engineering“, die eine Risikoübernahme des Finanzinstrumenteizhners nur auf den ersten Blick vorspiegeln, aber nicht wirklich realisieren, nicht zu einem bilanziellen Ausweis von Finanzinstrumenten als Eigenkapital führen.¹⁹ Mezzaninen-Finanzierungsformen, bei denen sich die Kapitalgeber nicht wie Eigenkapitalgeber verhalten (müssen), und die damit die Risiken des Unternehmens nicht anteilig übernehmen, muss der Eigenkapitalausweis verwehrt bleiben.

3.2 Kritik an der Kapitalabgrenzungssystematik nach IAS 32 und nach dem Exposure Draft „Amendments to IAS 32“ unter Berücksichtigung der konzeptionellen Anforderungen des Framework

3.2.1 „Substance over form“-Orientierung

Die sich nach der Umsetzung des Exposure Draft „Amendments to IAS 32“ ergebende IFRS Kapitalabgrenzungssystematik ist – vor dem Hintergrund der allgemeinen konzeptionellen Anforderungen²⁰ des Framework an eine sachgerechte Kapitalabgrenzungskonzeption – wie folgt zu beurteilen:

¹⁸ Der IASB will ebenfalls „financial structuring opportunities“ vermeiden. Vgl. ED 32.BC25.

¹⁹ Eine Vorspiegelung einer Chancenübernahme ist – wegen der daraus resultierenden Nachteile für das Unternehmen – eher unwahrscheinlich.

²⁰ (1) „Substance over form“-Orientierung, (2) Homogenität der Kapitalklassen, (3) Verlässlichkeit der Kapitalüberlassung und (4) Klarheit.

Die Kapitalabgrenzungssystematik, die sich nach dem Exposure Draft „Amendments to IAS 32“ des IASB ergeben würde, **erfüllt den konzeptionellen Anspruch „substance over form“ deutlich besser** als die auf dem IAS 32 basierende Kapitalabgrenzungssystematik, da die Klassifizierungsentscheidung nicht mehr allein darauf beruht, ob das Kapital dem Unternehmen entzogen werden kann (settlement approach), sondern alternativ auch dadurch begründet sein kann, dass die zugrunde liegende Vertragsgestaltung den Kapitalgeber in die Position eines Eigenkapitalgebers setzt (ownership approach), der vor allem die anteiligen Risiken des Unternehmens trägt, aber auch an den Chancen partizipiert.²¹

Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, da vom starren Abgrenzungskonzept der ausschließlichen Orientierung am Kriterium der Auszahlungsverpflichtung des Unternehmens des IAS 32 abgerückt wird. **Allerdings** wird die Frage der Abfindungshöhe eines vorzeitig ausscheidenden Gesellschafters vom IASB **sehr einseitig** interpretiert, ohne dass er das Verhalten des Kapitalgebers, ob er die wesentlichen unternehmerischen Risiken trägt, berücksichtigt. Mit dem ED zu IAS 32 soll nämlich nur solchen Kapitalformen ein Eigenkapitalausweis ermöglicht werden, bei denen zum fair value des Anteils abgefunden wird.²² Dabei wird u. E. aber vernachlässigt, dass die **risk and reward-Partizipation bei verschiedenen Unternehmensformen nicht ausschließlich über den Abfindungsanspruch** erfolgt, sondern auch auf anderen Zusammenhängen beruhen kann. Außerdem ist die reward-Partizipation Angelegenheit des Kapitalgebers selbst, während die anteilige Risikotragung für einen Eigenkapitalausweis – wegen der erforderlichen Aufrechterhaltung des going concern – institutionell abgesichert sein muss.

So akzeptieren alle Gesellschafter bei ihrem Einstieg in eine Nicht-Kapitalgesellschaft Abfindungsvereinbarungen, bei denen der Abfindungsbetrag den fair value unterschreitet. Dadurch wird zwar ihr eigener Abfindungsanspruch eingeschränkt, gleichzeitig aber auch der Abfindungsanspruch der übrigen Gesellschafter. Kommt es zu einer Kündigung durch einen Gesellschafter, fließt im Regelfall nur ein geringerer Betrag aus dem Unternehmen ab als bei einer Abfindung zum fair value. Eine geringere Abfindung entspricht aber einer deutlich höheren Risikoübernah-

²¹ Vgl. KPMG (Klynveld Peat Marwick Goerdeler), USA Mitteilungen, S. 37.

²² Vgl. ED IAS 32.AG13 und ED IAS 32.BC11.

me des Ausscheidenden als bei Abfindung zum fair value und unterstreicht damit den Eigenkapitalcharakter des von ihm eingelegten Kapitals. Die geringere Abfindung bindet den positiven Differenzbetrag zwischen dem fair value und dem Abfindungsbetrag an das Unternehmen und reduziert damit die Gefährdung des Unternehmensfortbestands beim Ausscheiden einzelner Gesellschafter. Außerdem wird dadurch die Einlage tendenziell länger an das Unternehmen gebunden als bei einer Abfindung zum anteiligen fair value.

Ferner gestaltet sich bspw. bei Genossenschaften die reward-Partizipation aufgrund des gesetzlichen Förderzwecks gänzlich anders,²³ nämlich z. B. in Form von Kopplungsgeschäften oder von bestimmten Rückvergütungen, so dass in diesem Fall eine Abfindung zum anteiligen fair value insgesamt eine zu hohe reward-Partizipation im Vergleich zur risk-Partizipation bedeuten würde.

Aus den genannten Gründen sollte daher ein Abfindungsanspruch, der kleiner als der fair value ist, einer Eigenkapitalklassifikation nicht grundsätzlich entgegenstehen.

3.2.2 Homogenität der Kapitalklassen

Im konzeptionellen Vergleich zum gegenwärtigen IAS 32, der für die Eigenkapitalqualifikation die sehr restriktive Vorgabe einer unbefristeten, nicht kündbaren Kapitalüberlassung verlangt, würden durch die Implementierung des ED „Amendments to IAS 32“ die beiden Abgrenzungsansätze (settlement approach und ownership approach) nunmehr gleichermaßen beachtet. Infolgedessen läge damit grundsätzlich eine auch von uns befürwortete mehrdimensionale Kapitalabgrenzungssystematik vor.

Die beiden Abgrenzungsansätze werden im ED allerdings nicht simultan berücksichtigt, sondern es werden zwei grundlegende **Alternativen** formuliert, die beide zur Eigenkapitalklassifikation führen sollen. Die Finanzierungsformen müssen entweder unentziehbar sein (IAS 32; settlement approach) oder sie müssen letzttrangig haftende Residualansprüche mit

²³ Vgl. EUROPEAN COMMUNITY (Hrsg.), Council Regulation (EC) No. 1435/2003: Statute for a European Cooperative Society, Artikel 1 Abs. 3.

einem Ausstiegsrecht der Gesellschafter aus der Gesellschaft (Exposure Draft „Amendments to IAS 32“; ownership approach) verkörpern. Im Ergebnis führt dies zu zwei voneinander unabhängigen Trennlinien zur Abgrenzung zwischen Eigenkapital und Fremdkapital. Ein Finanzinstrument erfüllt danach nämlich bereits dann die Eigenkapitalqualifikation, wenn lediglich eine der beiden Alternativen vorliegt, respektive wenn **entweder der settlement approach oder der ownership approach erfüllt** ist.²⁴ Im Eigenkapital würden daher neben perpetual instruments gleichzeitig auch owner-ship instruments ausgewiesen.

Infolgedessen ist zu untersuchen, ob die hinter den beiden Kapitalklassen stehenden Kapitalgeber trotz der beiden unterschiedlichen Trennlinien entsprechend dem risk and reward approach die Risiken gleichartig tragen und die Chancen des Unternehmens wie Eigentümer wahrnehmen.

Beide Kapitalklassen tragen für die Dauer ihrer Kapitalüberlassung ein vergleichbares Risiko. Die Wertentwicklung ihrer Einlagen ist nämlich an die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens geknüpft. So vermindert sich der Wert ihrer Einlagen aufgrund von Verlusten bzw. aufgrund eines sich verringernden Unternehmenswertes. Die Art des getragenen Risikos unterscheidet sich bei beiden Finanzinstrumenten somit grundsätzlich nicht. Allerdings unterscheidet sich die Dauer der Übernahme des Risikos durch die Eigenkapitalgeber u. U. erheblich. Während die Inhaber der perpetual instruments die Risiken dauerhaft tragen, können die Inhaber der ownership instruments jederzeit, und damit auch kurzfristig, aus dem Unternehmen aussteigen.

Zu untersuchen ist daher vor allem, ob sichergestellt ist, dass der ausscheidende Gesellschafter beim Verlassen der Gesellschaft tatsächlich die bis dahin "eingeleiteten" Risiken trägt und er ggf. die Chancen wahrnimmt.

²⁴ Vgl. Breker, N./HARRISON, D./SCHMIDT, M., Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital, S. 478.

3.2.3 Verlässlichkeit der Kapitalüberlassung

Nach dem Exposure Draft bestehen bei ownership instruments weder Kündigungsfristen noch andere Bedingungen, die im Fall der Kündigung durch einen Eigenkapitalgeber zu beachten wären, damit das Unternehmen vor Gefahren und die verbleibenden Eigenkapitalgeber vor Nachteilen aus einem kurzfristigen Kapitalentzug geschützt werden. Das finanztheoretische Eigenkapitalkriterium der Dauerhaftigkeit der Kapitalüberlassung²⁵ – das nach IAS 32 das entscheidende Kriterium bei der Kapitalabgrenzung ist – wird somit vom IASB für ownership instruments offenbar bewusst nicht aufrechterhalten.²⁶ Der IASB geht nämlich davon aus, dass mit einer Abfindung zum fair value des Anteils am Unternehmen eine Schädigung des Unternehmens und der übrigen Kapitalgeber ausgeschlossen wird und der Kapitalgeber auch die anteiligen rewards erhält. Dies gilt indes nur, wenn der Anteil des Ausscheidenden am Unternehmen den ex post feststellbaren fair value-Anteil nicht übersteigt. Da sich der fair value-Anteil des Ausscheidenden zum Tag des Ausscheidens aber fehlerfrei erst am Ende des Unternehmens ermitteln lässt, ist eine Ermittlung des anteiligen fair value am Tag des Ausscheidens mit der Gefahr verbunden, dass der Ausscheidende nicht alle anteiligen risks trägt. Der Betrag des anteiligen fair value der verbleibenden Gesellschafter darf indes durch eine Abfindung auf keinen Fall reduziert werden, daher darf der Ausscheidende keinen Abfindungsbetrag erhalten, der nicht alle anteiligen Risiken erfasst.

Dies ist u. E. allerdings nur dann gegeben und gewährleistet, wenn bei der Bemessung des fair value tatsächlich alle bis zum Tage des Ausscheidens "entstandenen" Risiken berücksichtigt werden,²⁷ welchen das Unternehmen zum Zeitpunkt des Ausscheidens des Eigenkapitalgebers ausgesetzt ist. Da in der Praxis aber viele bereits entstandene Risiken erst nachträglich, also nach Kündigung des betreffenden Gesellschafters offenbar werden, wird der kurzfristige Abzug des Eigenkapitals in der gesellschaftsrechtlichen Praxis vielfach durch Kündigungsfristen bzw. Nachhaftungsfristen eingeschränkt. Eine Kündigungsfrist bzw. eine

²⁵ Vgl. DAMODARAN, A., Corporate Finance, S. 483.

²⁶ Dem IASB ist dabei bewusst, dass die Eigenkapitalanforderungen an „Financial Instruments Puttable at Fair Value“ nicht dem Prinzip des IAS 32 (Dauerhaftigkeit der Kapitalüberlassung) entsprechen. Vgl. IAS 32.BC22.

²⁷ Für die Bemessung bedarf es eines – lediglich theoretisch denkbaren – **vollkommenen Informationsstandes**.

Nachhaftungsfrist mindert die Gefahren, die aus einer zwischen den Eigenkapitalgebern bestehenden asymmetrischen Informationsverteilung resultieren. Sind lediglich einem Gesellschafter bestimmte Risiken bekannt (hidden information), könnte dieser Gesellschafter – ohne bestehende Kündigungsfristen – durch sein kurzfristiges Ausscheiden die Risiken auf die verbleibenden Gesellschafter übertragen und sich so seinen Pflichten als Eigenkapitalgeber kurzfristig entziehen. Durch eine Kündigungsfrist bzw. Nachhaftungsfrist werden indes die bedeutsamsten, bis zum Zeitpunkt der Kündigung „entstandenen“ Risiken im Zeitraum zwischen Kündigung und Ausscheiden „aufgehellt“, so dass zumindest der wichtigste Teil eines versuchten Risikotransfers von dem ausscheidenden Gesellschafter auf die verbleibenden Gesellschafter unterbunden wird. Der ausscheidungswillige Gesellschafter kann sich – durch eine Kündigungs- bzw. Nachhaftungsfrist – seinen Risiko-Tragungs-Pflichten als Eigenkapitalgeber weniger entziehen. Die mit den Kündigungsfristen bzw. Nachhaftungsfristen gemachten positiven Erfahrungen sollten u. E. bei der Entwicklung einer Kapitalabgrenzungssystematik berücksichtigt werden.

Da zudem kein aktiver Markt für Unternehmensanteile von Nicht-Kapitalgesellschaften vorhanden ist, wäre der fair value mit einem DCF-Kalkül zu ermitteln. Die Ermittlung des fair value für den Unternehmensanteil mit einem DCF-Kalkül ist indes höchst unsicher und könnte zu hoch ausfallen, wodurch gerade nicht alle bis zum Ausscheiden entstandenen Risiken adäquat berücksichtigt würden. Daher wäre neben den Kündigungs- bzw. Nachhaftungsfristen u. E. ein Risikoabschlag auf einen berechneten fair value sinnvoll, denn ein Beharren auf dem mit einem DCF-Kalkül „ermittelten“ fair value als exit price könnte eine Äquivalenz von Chancen und Risiken und damit den risk and reward approach verletzen, da gerade bei Nicht-Kapitalgesellschaften der Markt als preisbildende bzw. wertbestätigende Instanz für den exit price fehlt.

Im Übrigen wird durch einen Abfindungsbetrag, der kleiner als der fair value ist, die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Eigenkapitalgeber ihr Kapital dauerhaft im Unternehmen belassen, wie es im IAS 32 für einen Eigenkapitalausweis gefordert wird.

Bei den Kapitalabgrenzungskriterien für die ownership instruments berücksichtigt der IASB außerdem neben der Gefahr einer Schädigung auf der Vermögensebene auch die Gefährdung der Unternehmensfortführung

(going concern) bisher nicht (vgl. ED IAS 32 BC.11). Hier ließe sich mit einem going-concern-test überprüfen, ob es durch den Kapitalabzug zu einer signifikanten Bestandsgefährdung des Unternehmens kommt bzw. kommen kann.

Das würde bedeuten, dass die verbleibenden Gesellschafter im Fall eines negativen Testergebnisses eine Abfindung versagen oder höchstens einen Abfindungsbetrag zugestehen, der die Fortführung des Unternehmens nicht gefährdet. Mithilfe des going-concern-tests soll gewährleistet werden, dass der Eigenkapitalgeber auch im Zeitpunkt seiner Kündigung die unternehmerischen Risiken – also auch das Fortführungsrisiko – anteilig zu tragen hat. Der nach unserer Sicht erforderliche Test könnte bspw. dem going-concern-test der Jahresabschlussprüfung nachgebildet werden.²⁸

Wir kommen zu dem Zwischenergebnis, dass der IASB die Eigenkapitalabgrenzung mit seinen Kriterien für ownership instruments zwar in die richtige Richtung bewegt, sich indes zu weit vom Leitbild des IAS 32 respektive vom risk and reward approach entfernt, wenn er einen Eigenkapitalausweis bei einer kurzfristigen Ausstiegsmöglichkeit eines ownership instrument-Inhabers zulässt. Denn in diesem Fall könnte der ownership instrument-Inhaber von ihm – aber noch nicht von anderen Gesellschaftern – erkannte Risiken von sich fernhalten und auf die anderen Gesellschafter „abwälzen“. Die Kapitalabgrenzungssystematik sollte daher die vielfach bewährten gesellschaftsrechtlichen Regeln für das Ausscheiden von Gesellschaftern, z. B. die Kündigungs- und Nachhaftungsfristen oder Abfindungsbeträge unter dem anteiligen fair value, die ihrerseits Ausfluss des risk and reward approach sind, aufgreifen. Die Kapitalabgrenzungssystematik sollte so angepasst werden, dass die übrigen Gesellschafter nicht durch eine zu hohe Abfindung des Ausscheidenden, welche nicht alle von ihm anteilig zu tragenden Risiken des Unternehmens adäquat abdeckt, geschädigt werden.

²⁸ Vgl. zum Beispiel die Rahmenbedingungen von ISA 570, insbesondere die Vorgaben für die Verantwortlichkeit des Managements in ISA 570.3-8. Alternativ wäre auch eine Orientierung an dem im Rahmen von Basel II vorgesehenen „Internal Rating Based Approach“ (IRB-Ansatz) möglich. Vgl. BANK FOR INTERNATIONAL SETTLEMENTS (Hrsg.), International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, S. 48-112.

3.2.4 Klarheit der Abgrenzung

Bei der Untersuchung, ob eine Abgrenzungssystematik die Anforderung der Klarheit erfüllt, sind die beiden Unterkriterien Einfachheit und Eindeutigkeit zu beachten.²⁹

Das Kriterium der **Einfachheit** würde durch den künftigen IAS 32 nach Verabschiedung des Exposure Draft nur **unzureichend erfüllt**, da einerseits zwar verständliche Kapitalabgrenzungsvorschriften, wie die Dauerhaftigkeit der Kapitalüberlassung bei perpetual instruments **oder** ein fair value Abfindungsanspruch für den ausscheidenden Inhaber eines ownership instruments **vorlägen**, aber andererseits die unterschiedliche Partizipation der perpetual instruments und der ownership instruments an den Risiken und Chancen eine klare Abgrenzung verhindern würde (vgl. Abschnitt 3.2.1).

Das Kriterium der Einfachheit wird ebenfalls dadurch verletzt, dass perpetual instruments, bei denen die Kapitalüberlassungsvergütung einzelvertraglich vereinbart ist und nicht von einem Beschluss der Gesellschafterversammlung abhängt, als aus Eigenkapital und Fremdkapital zusammengesetzte Instrumente (compound financial instruments) angesehen werden. Denn ein solches Instrument besteht (1) aus einem Grundgeschäft – der Kapitalüberlassung (Eigenkapitalkomponente) – und (2) aus der auf das Grundgeschäft zu entrichtenden Kapitalüberlassungsvergütung (Fremdkapitalkomponente). Diese sog. zusammengesetzten Finanzinstrumente bieten für eine bilanzpolitisch motivierte Aufteilung in Eigen- und Fremdkapital viel Raum. Die für die Aufteilung in die Eigenkapital- und die Fremdkapitalkomponente erforderliche Bestimmung des Barwerts der Zahlungsverpflichtung ist mit erheblichen Ermessensspielräumen verbunden, da das Management dazu die künftige wirtschaftliche Lage des Unternehmens durch die künftigen Zahlungsströme konkretisieren sowie den Diskontierungszinssatz ansetzen muss bzw. darf.

Zum Merkmal der **Eindeutigkeit** ist anzumerken, dass sich die Abgrenzungssystematik bei den perpetual instruments eindeutig und konsequent am Kriterium der Dauerhaftigkeit der Kapitalüberlassung und bei den ow-

²⁹ Vgl. hierzu auch die Ausführungen im Abschnitt 3.1.5.

nership instruments **eindeutig und konsequent** an den anderen kumulativ **zu erfüllenden Anforderungen** orientiert.

3.3 Fazit der konzeptionellen Analyse

Nachdem wir untersucht haben, ob die vom IASB mit dem Exposure Draft vorgeschlagene Kapitalabgrenzungskonzeption die aus dem Framework abgeleiteten Anforderungen erfüllt, kommen wir zu dem Ergebnis, dass der IASB mit dem vorgeschlagenen Kapitalabgrenzungskonzept wesentliche Kritikpunkte ausräumen kann, die am IAS 32 geübt worden sind. Dies wird vor allem durch die Integration des ownership approach in den IAS 32 erreicht.

Gleichwohl zeigt unsere Analyse, dass die Vorschläge des IASB im ED in Einzelpunkten weder die konzeptionellen Grundsätze des IASB im Framework voll erfüllen, noch den risk and reward approach für Eigenkapital in Nicht-Kapitalgesellschaften ausreichend berücksichtigen (Verletzung der Rechtsformneutralität). Im Wesentlichen lassen sich zwei Kritikpunkte an der vorgeschlagenen Kapitalabgrenzungskonzeption bestimmen, die eine weitere Modifizierung des IASB-Vorschlags sinnvoll erscheinen lassen:

- (a) Die vom IASB vorgeschlagene Kapitalabgrenzungssystematik konkretisiert vor allem die Anforderung, dass das im Eigenkapital ausgewiesene Kapital homogene Eigenschaften aufweisen sollte. Die Eigenkapitalgeber nehmen abhängig davon, ob sie ownership instruments oder perpetual instruments zeichnen, unterschiedlich an den Risiken und den Chancen des Unternehmens teil. Der zusammengefasste Eigenkapitalausweis kann dazu führen, dass Jahresabschlussadressaten nicht beurteilen können bzw. falsch beurteilen, in welchem Umfang die Risiken und die Chancen durch die Eigenkapitalgeber konkret getragen werden. So ist es nach der Kapitalabgrenzungssystematik von IAS 32 in Verbindung mit dem ED z. B. möglich, dass dem Unternehmen bestimmte Eigenkapitalbestandteile kurzfristig entzogen werden können und dabei beim Ausscheiden eines Gesellschafters zwar bereits entstandene aber, noch nicht erkannte Risiken auf die verbleibenden Gesellschafter übertragen werden.

- (b) Die Anforderung, dass sich die Abgrenzungssystematik am wirtschaftlichen Gehalt und nicht an der rechtlichen Form der Finanzierungsform zu orientieren hat, wird zwar grundsätzlich durch den ownership approach berücksichtigt. Dieser Gedanke wird indes noch nicht konsequent umgesetzt, wie die Diskussion hinsichtlich der Höhe des Abfindungsanspruchs bei Kündigung durch einen Gesellschafter gezeigt hat.

4 Vorschlag für eine Modifizierung der Kapitalabgrenzungssystematik nach IFRS

Basierend auf dem risk and reward approach schlagen wir, wie der IASB, eine rechtsformübergreifende Kapitalabgrenzungssystematik vor, die sich darauf konzentriert, welche **Zahlungsverpflichtungen** das kapitalaufnehmende Unternehmen gegenüber dem Kapitalgeber hat und welchen Risiken die Zahlungsansprüche der Kapitalgeber ausgesetzt sind.

Die Zahlungsansprüche der Kapitalgeber systematisieren wir dabei zum einen danach, zu welchem **Zeitpunkt** sie entstehen (laufende Vergütung, Rückzahlungsanspruch bei vorzeitigem Ausscheiden und Zahlungsanspruch bei Liquidation des Unternehmens) und zum anderen, auf welcher **Entscheidungsgrundlage** sie beruhen (kollektiv durchsetzbarer Zahlungsanspruch oder einzelvertraglicher Anspruch).³⁰ Mit der Systematisierung nach der Art der Ansprüche der Kapitalgeber greifen wir die Vorgehensweise des IASB auf, der mit dem bestehenden IAS 32 bisher die kollektiven Ansprüche in den Vordergrund gestellt hat und sich im Exposure Draft nun auch den individuellen Ansprüchen zuwendet.

³⁰ Dem Kapitalgeber kann durch das Finanzinstrument zu allen drei Zeitpunkten ein Zahlungsanspruch eingeräumt werden. Das Finanzinstrument muss im konkreten Einzelfall die Anforderungen für eine Eigenkapitalklassifikation zu jedem der genannten Zeitpunkte (kumulativ) erfüllen, zu dem der Kapitalgeber einen Zahlungsanspruch hat. Zu den Zeitpunkten, zu denen keine Zahlungsansprüche für den Kapitalgeber bestehen, ist bereits die Voraussetzung für eine Eigenkapitalklassifizierung erfüllt, da der Emittent keine Verpflichtung zur Übertragung von Finanzmitteln hat.

Den Vorschlag des IASB aufgreifend, schlagen wir bezogen auf die drei verschiedenen Arten der Zahlungsansprüche der Kapitalgeber die folgende modifizierte Kapitalabgrenzung vor, welche die konzeptionellen Kritikpunkte, die im vorherigen Abschnitt identifiziert worden sind, vermeidet:

(1) Laufende Vergütung aus einzelvertraglichen Ansprüchen

Hinsichtlich der laufenden Vergütung ist zwischen Ansprüchen zu unterscheiden, die nur auf kollektivem Weg durchgesetzt werden können und Ansprüchen, die einzelvertraglich durchsetzbar sind. Da kollektiv durchsetzbare Vergütungsansprüche schon jetzt nach IAS 32 einer Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Eigenkapital nicht entgegenstehen, sind hier besonders die **einzelvertraglichen Ansprüche** der Kapitalgeber zu betrachten.

Eine umfassende Kapitalabgrenzungssystematik, die auch Kapitalformen mit individuellen Ansprüchen der Kapitalgeber grundsätzlich den Eigenkapitalausweis ermöglichen soll, muss sich u. E. am Leitbild des IAS 32 orientieren. Dies impliziert vor allem, dass ein individueller Anspruch eines Eigenkapitalgebers nicht dazu führen darf, dass sich die Risikoverteilung zu Lasten der übrigen Eigenkapitalgeber verschlechtert. Für die laufende Kapitalüberlassungsvergütung eines auf einem individuellen Anspruch basierenden Instrumentes bedeutet dies, dass es nicht zu einem versteckten Kapitalabzug durch eine überhöhte Kapitalüberlassungsvergütung für einzelne Kapitalgeber kommen darf. Dies wäre dann der Fall, wenn die Höhe der einzelvertraglichen Kapitalüberlassungsvergütung unabhängig vom erzielten Jahresergebnis wäre. Wenn nämlich kein positives Jahresergebnis und auch keine thesaurierten Gewinne vorliegen würden und dennoch eine Kapitalüberlassungsvergütung zu entrichten wäre, müsste ein Teil des Eigenkapitals angegriffen werden. Somit würde dem Unternehmen ein Teil des ursprünglich überlassenen Kapitals entzogen.

Aus diesem Grund stellen wir an Kapitalformen, die auf individuellen Ansprüchen der Kapitalgeber beruhen und die wegen der Übernahme der risks and rewards im Eigenkapital ausgewiesen werden sollten, den Anspruch, dass den Kapitalgebern mit einzelvertraglichen Ansprüchen nur dann eine Kapitalüberlassungsvergütung gewährt werden darf, wenn diese aus dem positiven Jahresergebnis bzw. aus thesaurierten Gewinnen der Vorperioden entrichtet wird. Diese Bedingung verhindert, dass es in Verlustjahren indirekt zu einer Rückzahlung von Kapital kommt.

Da das Jahresergebnis im Zeitpunkt seines Ausweises nicht vollständig realisiert sein muss bzw. noch nicht zahlungswirksam geworden ist,³¹ setzen wir die zusätzliche Bedingung, dass durch die Vergütung keine Gefährdung der Unternehmensfortführung eintreten darf (going-concern-test; siehe Ausführungen im Abschnitt 3.2.3).³²

Eine solche Konkretisierung der Anforderung für einen Eigenkapitalausweis an die zu entrichtende Kapitalüberlassungsvergütung weist zwei wesentliche Vorteile auf:

1. Das vorgeschlagene Abgrenzungskriterium wird dem Ziel gerecht, zu einer in sich schlüssigen Kapitalabgrenzungssystematik zu führen. Denn das von uns vorgeschlagene Abgrenzungskriterium greift die Auffassung des IASB bezüglich der Verteilung eines Liquidationsüberschusses bei der Auflösung der Gesellschaft auf. Bei der Aufteilung des Liquidationsüberschusses kommt es dem IASB vornehmlich darauf an, dass ein Anspruch erst dann besteht, wenn die Ansprüche sämtlicher Gläubiger befriedigt worden sind. Wie der sich danach ergebende Liquidationsüberschuss unter den Eigenkapitalgebern aufgeteilt wird, ist aus Sicht des Framework³³ – und auch aus der unseren – grundsätzlich unerheblich. Unser Vorschlag führt dazu, dass dies nicht nur für den Liquidationsüberschuss, sondern auch für das laufende Jahresergebnis gilt.
2. Zudem weist unser Vorschlag für eine Abgrenzungssystematik bezogen auf die Kapitalüberlassungsvergütung den Vorteil auf, dass es nicht mehr erforderlich wäre, bestimmte Finanzinstrumente als aus Eigenkapital und Fremdkapital zusammengesetzte Instrumente zu behandeln und gesplittet auszuweisen, während dieser Split in IAS 32 auch nach Verabschiedung des ED für perpetual instruments mit einer

³¹ Beispielweise durch die Anwendung der Percentage-of-Completion-Methode bei der Bilanzierung langfristiger Fertigungsaufträge (vgl. IAS 11.25).

³² Aus diesem Grund werden in der gesellschaftsrechtlichen Praxis bzw. in Gesetzen verschiedene Varianten von Ausschüttungsrestriktionen vorgegeben. Vgl. LEUZ, C./DELLER, D./STUBENRATH, M., An International Comparison of Accounting-Payout Restrictions, S. 113.

³³ In der Textziffer 65 des Framework wird klargestellt, „dass Anteilseigner eines Unternehmens [...] (u. a.) unterschiedliche Rechte auf Rückzahlung von Kapital haben.“

Kapitalüberlassungsvergütung, die nicht im freien Ermessen der Gesellschaft steht, noch vorgesehen ist.

Im Gegensatz zu den auf einzelvertraglicher Ebene durchsetzbaren Zahlungsansprüchen ist die Restriktion, die Ausschüttungen auf das erzielte Jahresergebnis bzw. auf in Vorjahren thesaurierte Gewinne zu beschränken, nicht analog auf jene Eigenkapitalgeber anzuwenden, die **laufende Zahlungsansprüche** nur auf **kollektivem Weg durchsetzen** können.

Denn falls eine kollektiv beschlossene Kapitalüberlassungsvergütung das erzielte Jahresergebnis übersteigt, verringert sich das einbezahlte Kapital jedes Gesellschafters proportional zum Anteil des Gesellschafters am Unternehmen. Dadurch kann die Risiko-Partizipation einzelner Gesellschafter im Gegensatz zum einzelvertraglichen Zahlungsanspruch nicht zu Lasten der Risiko-Partizipation anderer Gesellschafter, sondern nur jeweils bezüglich der eigenen Einlage aller Gesellschafter verringert werden. Demzufolge führt eine solche Auszahlung, die das eingezahlte Eigenkapital der Gesellschaft reduziert, stets dazu, dass alle Gesellschafter das aus der Verringerung der Eigenkapitalbasis resultierende Risiko proportional zu ihrem Unternehmensanteil zu tragen haben. Alle Gesellschafter werden somit bei ihrem Beschluss über die Höhe der Jahresvergütung generell beachten müssen, dass durch den Kapitalabzug der Fortbestand des Unternehmens nicht gefährdet wird. Im Übrigen können die Gesellschafter aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Mindestkapitalregelungen niemals das ganze Kapital ausschütten und dürfen sich somit nicht aus dem Unternehmen zurückziehen, ohne das Unternehmen zu liquidieren.

(2) Zahlungsanspruch bei Kündigung

Für eine den Anforderungen des Framework entsprechende Kapitalabgrenzung ist auch festzulegen, unter welchen Bedingungen der einzelne Kapitalgeber das Recht hat, aus der Gesellschaft auszusteigen. Auch hier differenzieren wir wieder nach der Entscheidungsgrundlage (kollektiver Beschluss oder individuelle Erklärung).

Ein solches Ausstiegsrecht steht nur dann im Einklang mit dem Eigenkapitalausweis, wenn der Ausstieg unter dem Vorbehalt steht, dass die übrigen Gesellschafter dem in Form eines **kollektiven Beschlusses** zugestimmt haben. Denn in diesem Fall müsste der Gesellschafter bei Ablehnung der übrigen Gesellschafter bis zur Liquidation in der Gesell-

schaft verbleiben, sofern er seinen Anteil nicht wie bei börsennotierten Aktiengesellschaften an der Börse veräußern kann.

Anders ist ein **Finanzinstrument** zu beurteilen, bei welchem der Ausstieg eines Eigenkapitalgebers nicht unter dem Vorbehalt steht, dass die übrigen Eigenkapitalgeber dem zuvor zugestimmt haben, sondern der Ausstieg – vertraglich abgesichert – bereits durch eine **individuelle Erklärung** möglich ist. Solche Finanzinstrumente sollen aus Sicht des IASB nur dann im Eigenkapital ausgewiesen werden, wenn der ausscheidende Anteilseigner in Höhe des fair value seines Anteils abgefunden wird.

Die vom IASB vorgeschriebene Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters zum fair value als notwendige Bedingung für einen Eigenkapitalausweis von **ownership instruments** steht u. E. im Widerspruch zum Leitbild des IAS 32.³⁴ Denn nach Verabschiedung des Exposure Draft würden auch bestimmte Finanzinstrumente, die dem Unternehmen zu jedem beliebigen Zeitpunkt ohne zeitliche Restriktionen entzogen werden können, im Eigenkapital ausgewiesen, sofern die Eigenkapitalanforderungen erfüllt würden, die an „Financial Instruments Puttable at Fair Value“ gestellt werden.

Damit die hier vorgeschlagene Kapitalabgrenzungssystematik eine unbedingte Risiko-Partizipation des Kapitalgebers gewährleistet, sollte aus unserer Sicht versucht werden, auch bei ownership instruments einen kurzfristigen Kapitalabzug auszuschließen. Dies könnte bspw. geschehen, indem der Abzug von Eigenkapital nur unter Einhaltung der beiden **folgenden Restriktionen** zulässig wäre:

- (a) Das Kapital darf dem Unternehmen nur unter Einhaltung einer für eine Wertaufhellung von Risiken erforderlichen **Kündigungs- oder einer Nachhaftungsfrist**, z. B. von zwei Jahren, entzogen werden. Dadurch wird bei als Eigenkapital ausgewiesenem Kapital dessen kurzfristiger Abzug verhindert, der zu einer Risiko-Abwälzung des Ausscheidenden auf die verbleibenden Gesellschafter führen könnte. Kündigungsfristen bezüglich der Kapitalüberlassung sind besonders für (potentielle) Investoren von Interesse. Für sie ist es entscheidend, dass ihre Mitin-

³⁴ Dies scheint auch dem IASB bewusst zu sein. „The Board acknowledges that the proposals are not consistent [...] with the underlying principle of IAS 32.“ (ED 32.BC22).

vestoren, aber auch sie selbst sich nicht kurzfristig mit dem Ziel aus dem Unternehmen zurückziehen können, Vorteile zu erreichen, die sie bei einem Verbleib in der Gesellschaft nicht hätten. D. h. sie dürfen sich nicht kurzfristig potentiellen Risiken entziehen und diese auf die anderen Gesellschafter transferieren.

- (b) Der Abzug des als Eigenkapital auszuweisenden Kapitals durch den Kapitalgeber ist nur dann zulässig, wenn dies nicht zu einer Gefährdung der Unternehmensfortführung führt. Um feststellen zu können, ob diese Gefahr droht, könnte bei der Kündigung ein sog. **going-concern-test** durchgeführt werden. Ein going-concern-test wird bspw. im Rahmen der Jahresabschlussprüfung vom Abschlussprüfer durchgeführt.³⁵

Mit dem going-concern-test ist zu prüfen, ob die Fortführung des Unternehmens durch den Kapitalabzug gefährdet werden könnte. Ein solcher going-concern-test ist gerade für Gesellschaften bedeutend, die bspw. über geringe Liquiditätsreserven verfügen oder die sich in einer wirtschaftlich angespannten Situation befinden. Der going-concern-test soll dazu beitragen bzw. sicherstellen, dass der die Kündigung aussprechende Gesellschafter seine Eigentümerpflichten auch noch bis zum Zeitpunkt seines Ausscheidens wahrnimmt. Er darf sich seinen Eigentümerpflichten u. E. also nicht bereits durch das Kündigungsschreiben entledigen, sondern er muss das Ergebnis des going-concern-tests abwarten und bei negativem Ergebnis in der Gesellschaft verbleiben. Durch den going-concern-test wird verhindert, dass sich Gesellschafter mit dem Ziel aus dem Unternehmen zurückziehen können, Vorteile zu erreichen, die sie bei einem Verbleib in dem Unternehmen nicht wahrnehmen könnten.

Damit die Kapitalabgrenzungssystematik sowohl die Risiko-Partizipation des Kapitalgebers sichert, als auch den konzeptionellen Anspruch „substance over form“ vollständig erfüllt, halten wir für einen Eigenkapitalaus-

³⁵ Vgl. zum Beispiel die Rahmenbedingungen von ISA 570, vor allem die Vorgaben für die Verantwortlichkeit des Managements in ISA 570.3-8. Alternativ wäre für den going-concern-test auch eine Orientierung an dem im Rahmen von von Basel II vorgeschlagenen „Internal Rating Based Approach“ (IRB-Ansatz) möglich. Vgl. BANK FOR INTERNATIONAL SETTLEMENTS (Hrsg.), International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, S. 48-112.

weis jede Abfindungsregelung für angemessen, die eine **Abfindung** höchstens zum fair value des Anteils vorsieht. Dies umfasst Abfindungen in Höhe des fair value, aber auch solche Abfindungen, deren Betrag unter dem fair value des Anteils am Unternehmenswert liegt:

- Da es keinen aktiven Markt für die Unternehmensanteile von Nicht-Kapitalgesellschaften gibt, wäre der fair value mittels eines DCF-Kalküls zu ermitteln. Die Ermittlung des fair value für den Unternehmensanteil ist aber unsicher und könnte zu hoch ausfallen, so dass nicht alle Risiken adäquat berücksichtigt werden. Daher wäre neben den Kündigungsrestriktionen ein **Risikoabschlag** auf den mit DCF berechneten fair value sinnvoll, um die Risiko-Partizipation des Eigenkapitalgebers zu sichern. Durch die Höhe des Abschlages auf den anteiligen mit DCF berechneten fair value bzw. durch die generelle Festlegung des exit price für den Ausscheidenden unterhalb des fair value, wäre eine generelle Regelung möglich, dass die noch nicht erkennbaren aber bereits entstandenen Risiken auch vom Ausscheidenden zusammen mit den anderen Eigenkapitalgebern getragen werden.
- Daher werden in der gesellschaftsrechtlichen Praxis mit Kapitalgebern, die bereit sind, eigenkapitalgebertypische Risiken zu tragen, häufig Abfindungen unterhalb des anteiligen Unternehmenswerts, z. B. zum anteiligen Buchwert des Eigenkapitals, vereinbart. Die Argumentation, dass eine von vornherein festgelegte Abfindung unterhalb des fair value den ausscheidungswilligen Investor seiner Chance auf einen Anteil am gestiegenen Unternehmenswert beraube und diese Einschränkung seiner Chancen ein wesentliches Indiz dafür sei, dass der Gesellschafter auch nicht alle Risiken des Unternehmens anteilig trage, ist nicht zutreffend. Denn die Beschränkung der Abfindungshöhe führt gerade dazu, dass jeder Gesellschafter im (an sich nicht vorgesehenen) Fall seines Ausscheidens die Eigentümerpflichten so wahrnehmen muss, dass der Fortbestand des Unternehmens nicht gefährdet wird. Er soll eben nicht Vorteile durch den Ausstieg ziehen können, die er bei einem Verbleib in der Gesellschaft nicht erhalten würde. Die Festlegung der Abfindung zu einem Wert unter dem anteiligen fair value dient auch dazu, dass Eigenkapitalgeber wahrscheinlich ihr Kapital länger zur Verfügung stellen und dadurch jene Gesellschafter, die langfristig im Unternehmen verbleiben, durch den Ausstieg eines (evtl. auf einen kurzfristigen Erfolg spekulierenden) Eigenkapitalgebers nicht ihrer Chancen berauben. Somit wird auch die Bereitschaft der verbleibenden

Gesellschafter erhöht, das Kapital dauerhaft im Unternehmen zu belassen.

Falls eine Buchwertabfindung oder eine andere unter dem anteiligen fair value festgesetzte Abfindung vereinbart ist, ist dies jedem Investor bereits bei seinem Einstieg in die Gesellschaft bewusst. Er kann sich frei entscheiden, ob er unter den vereinbarten vertraglichen (Abfindungs-)Bedingungen eine Gesellschafterstellung eingehen möchte. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass die Gesellschafter eine Abfindungsregelung beschließen werden, von der sie annehmen, dass sie auch vom Markt gewünscht wird, weil sie nur dann neue Eigenkapitalquellen erschließen können.³⁶

- Unsere Auffassung, dass die Beschränkung der Abfindungshöhe nicht zu einer Einschränkung der Chancen des ausscheidenden Gesellschafters führen muss, zeigt sich auch darin, dass das Hauptanliegen eines Gesellschafters bei bestimmten Gesellschaftsformen, wie Genossenschaften, nicht ist, die Kapitaleinlage lediglich als Geldanlage zu sehen. Genossenschaften sind eben nicht primär auf die Erzielung eines Gewinns, sondern vielmehr auf die Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder ausgerichtet.³⁷ Dementsprechend liegen die Vorteile einer solchen Kapitalüberlassung nicht darin, an einem steigenden Unternehmenswert zu partizipieren, sondern bspw. darin, andere Vorteile z. B. durch Kopplungsgeschäfte³⁸ oder durch Rückvergütungen zu erhalten.

(3) Anspruch bei Liquidation

Für eine Eigenkapitalklassifikation muss aus unserer Sicht keine Letztrangigkeit der betreffenden Finanzinstrumente verlangt werden. Bei der Frage der Rangfolge der Bedienung der Ansprüche der Eigenkapitalgeber im Insolvenzfall kommt es zur Durchsetzung der Risiko-Partizipation vielmehr darauf an, dass (möglichst) kein Gläubiger geschädigt wird und die Eigenkapitalgeber die Risiken entsprechend tragen. Dabei ist es unerheb-

³⁶ Vgl. SCHILDBACH, T., Buchwertabfindung, S. 539 und S. 543.

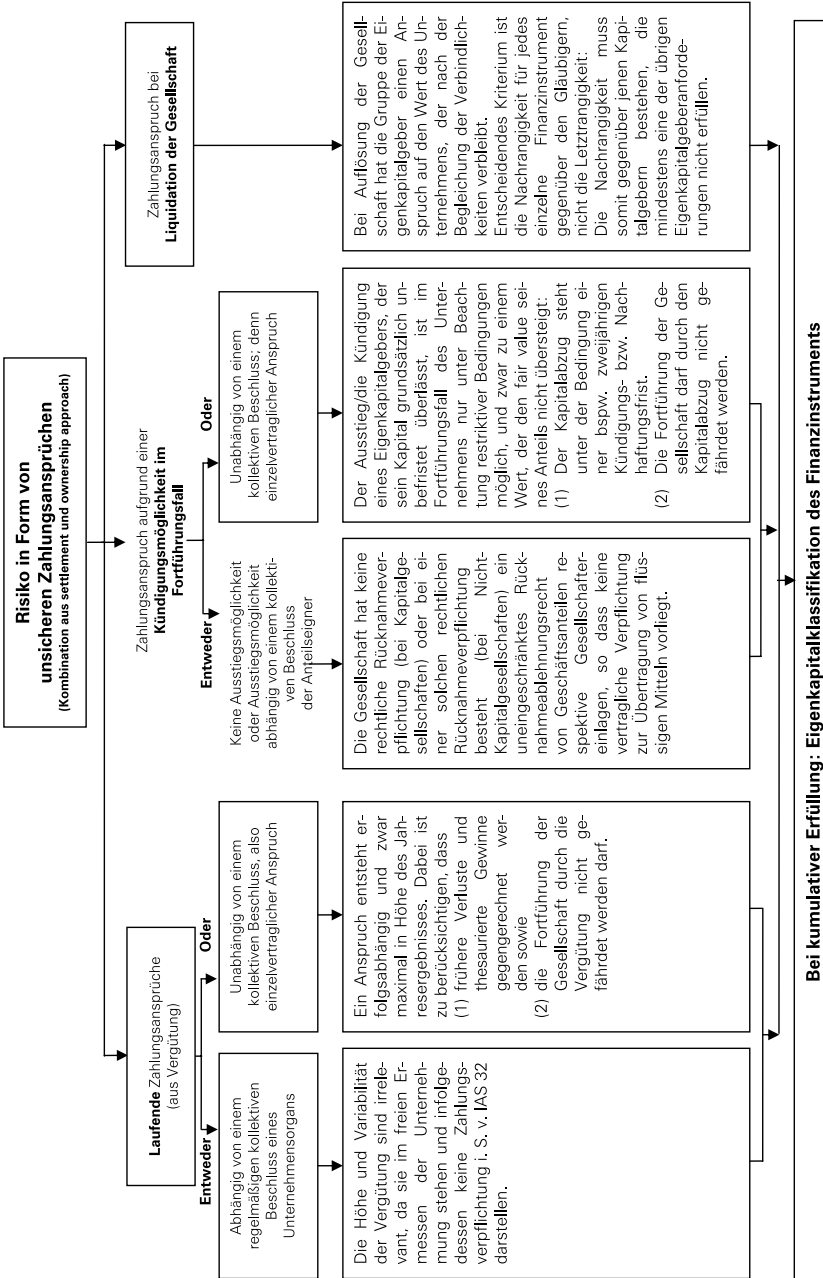
³⁷ Vgl. EUROPEAN COMMUNITY (Hrsg.), Council Regulation (EC) No. 1435/2003: Statute for a European Cooperative Society, Artikel 1 Abs. 3.

³⁸ Ein Mitglied einer Genossenschaft erhält aufgrund seiner Mitgliedschaft bspw. günstigere Mietkonditionen.

lich, wie der verbleibende Restbetrag unter den Eigenkapitalgebern entsprechend ihrem Kapitalanteil aufgeteilt wird. Daher ist im Unterschied zur Letztrangigkeit aus unserer Sicht eine allgemeine Nachrangigkeit des hingegebenen (Eigen-)Kapitals gegenüber allen Fremdkapitalgläubigern zu fordern.

Die Nachrangigkeit muss somit gegenüber Kapitalgebern bestehen, die mit ihrer Kapitalüberlassung mindestens eine der übrigen Eigenkapitalanforderungen nicht erfüllen können. Denn diese Kapitalüberlassungen werden – aufgrund der kumulativ zu erfüllenden Eigenkapitalanforderungen – als Fremdkapital klassifiziert, da der Inhaber im Bereich der „laufenden Zahlungsansprüche“ oder im Bereich der „Zahlungsansprüche durch Kündigung“ nicht an den eigentümertypischen risks and rewards partizipiert.

Die oben genannten Modifikationen führen zusammengefasst zu der nachfolgenden Kapitalabgrenzungssystematik für kündbare und nicht kündbare originäre Finanzinstrumente:



Übersicht: Vorschlag für eine Kapitalabgrenzungssystematik nach IFRS

5 Fazit

Der IASB kann mit dem Exposure Draft „Amendments to IAS 32“ einige wesentliche Kritikpunkte ausräumen, die am IAS 32 geübt worden sind. Dies wird vor allem dadurch erreicht, dass der ownership approach zusätzlich zum settlement approach in den IAS 32 implementiert wird. Der IASB will mit dem ED „Amendments to IAS 32“ nicht mehr ausschließlich an der Systematik festhalten, die Eigenkapital und Fremdkapital allein danach abgrenzt, ob aus Sicht des Emittenten Zahlungsverpflichtungen bestehen, sondern zusätzlich danach, ob die zugrunde liegende Vertragsgestaltung den Kapitalgeber in eine eigentümeradäquate Position versetzt, wonach er die Risiken des Unternehmens anteilig trägt und entsprechend an den Chancen partizipiert.

Gleichwohl zeigen unsere Ergebnisse, dass die Vorschläge des IASB in Einzelpunkten noch nicht ausreichen, um die Kapitalabgrenzungssystematik des IAS 32 – die für Kapitalgesellschaften sachgerecht und konzeptionell einwandfrei ist – so zu ergänzen, dass das Kapital aller Kapitalgeber, die die typischen Risiken eines Eigenkapitalgebers übernehmen, auch als Eigenkapital im IFRS-Abschluss auszuweisen ist. Die Vorschläge des IASB im **Exposure Draft** sind allerdings nur **geringfügig zu modifizieren**, wenn die Kapitalabgrenzung die aus dem Framework abgeleiteten allgemeinen konzeptionellen Anforderungen, die an die Abgrenzung von Eigenkapital und Fremdkapital zu stellen sind, sowie die Risikoübernahme der Kapitalgeber, vollständig erfüllen soll. Die erforderlichen Anpassungen leiten sich vor allem aus den Anforderungen „substance over form“ und „Homogenität der Kapitalklassen“ ab. Sie knüpfen daran an, zu welchen Zeitpunkten Zahlungsansprüche entstehen und auf welcher Entscheidungsgrundlage sie beruhen:

(1) Laufende Zahlungsansprüche (aus Vergütung)

Eine Eigenkapitalklassifikation ist nach dem derzeitigen IAS 32 unabhängig von der Höhe und Variabilität der Vergütung. Voraussetzungen sind, dass die Vergütung im freien Ermessen des Unternehmens steht und keine Zahlungsverpflichtung i. S. v. IAS 32.17 für das Unternehmen darstellt. Aber auch durch einzelvertragliche, erfolgsabhängige Ansprüche wird die Gesellschaft nicht geschädigt, wenn die Ansprüche in Erfolgsjahren ledig-

lich aus dem (fortgeführten) positiven Jahresergebnis – unter Beachtung der Unternehmensfortführung – bedient werden oder in Verlustjahren eine Teilnahme am negativen Jahresergebnis erfolgt und ein positives Jahresergebnis in den Folgejahren zunächst dazu verwendet wird, die in Verlustjahren reduzierte Eigenkapitaleinlage wieder aufzufüllen. Dies steht einem Eigenkapitalausweis nicht entgegen, da das von den Eigenkapitalgebern überlassene Kapital dem Unternehmen dauerhaft zur Verfügung steht und das Kapital dem Unternehmen nicht (indirekt) durch eine laufende Zahlungsverpflichtung entzogen werden kann. Dieser Aspekt ist derzeit im IAS 32 nicht geregelt und sollte u. E. in den IAS 32.17 aufgenommen werden.³⁹

(2) Zahlungsanspruch aufgrund einer Ausstiegsmöglichkeit im Fortführungsfall

Um zusätzlich eine zu starke Abkehr von der Kapitalabgrenzungssystematik des IAS 32 zu vermeiden und eine äquivalente Risiko-Chancen-Teilhabe von ownership instrument-Inhabern zu gewährleisten, sollte aus unserer Sicht die Kündigung eines ownership instrument-Inhabers – der sein Kapital grundsätzlich unbefristet überlässt –⁴⁰ nur unter Beachtung restriktiver Bedingungen möglich sein, und zwar zu einem Wert, der den fair value seines Anteils auf keinen Fall übersteigt.⁴¹

- Das Kapital darf dem Unternehmen nur unter Einhaltung einer Kündigungs- bzw. Nachhaftungsfrist von z. B. zwei Jahren und
- auch nur dann, wenn die Fortführung der Gesellschaft durch den Kapitalabzug nicht gefährdet wird, entzogen werden.

³⁹ Die hier vorgeschlagenen Modifikationen beziehen sich auf **mehrere Textziffern des IAS 32**. Aus **Gründen der Übersichtlichkeit** verweisen wir lediglich jeweils auf **eine** relevante Textziffer des IAS 32, die die jeweils angesprochene Regelung enthält.

⁴⁰ Unseres Erachtens sind die Ausführungen des IASB zur Kapitalüberlassungsdauer im Agenda Paper 8 „Financial Instruments Puttable at Fair Value“, Tz. 22, konzeptionell nachvollziehbar und sachgerecht.

⁴¹ Anpassung des ED IAS 32.11, term: „A financial instrument puttable at fair value“, bspw. Punkt (a) und (b). Für unsere Modifikation der Eigenkapitalabgrenzung empfiehlt sich, anstelle der Bezeichnung „A financial instrument puttable at fair value“ die Bezeichnung „A financial instrument puttable at *or less than* fair value“ zu wählen.

Diese beiden Kündigungsrestriktionen sollten in die Regelungen des ED IAS 32.11 und dort in den Bereich der Begriffsbestimmung von „financial instruments puttable at *or less than* fair value“ integriert werden.

(3) Zahlungsanspruch bei Liquidation der Gesellschaft

Für den Fall der Liquidation ist das nach IAS 32 für den Eigenkapitalausweis entscheidende Kriterium, dass der Zahlungsanspruch des Kapitalgebers nachrangig ist.⁴² Auf die Stellung des Kapitalgebers bei Liquidation stellt auch ED IAS 32.11 ab, in dem die Letztrangigkeit des überlassenen Kapitals gefordert wird.⁴³ Für eine Eigenkapitalklassifikation muss aus unserer Sicht indes nicht verlangt werden, dass eine Letztrangigkeit unter den Eigenkapitalinstrumenten vorliegt. Bei der Frage der Rangfolge der Bedienung der Ansprüche der Eigenkapitalgeber im Insolvenzfall kommt es u. E. vielmehr darauf an, dass die Gläubiger (Fremdkapitalgeber) vor den Eigenkapitalgebern bedient werden. Unerheblich ist, wie der verbleibende Restbetrag nach der Bedienung der Gläubigeransprüche unter den Eigenkapitalgebern aufgeteilt wird.⁴⁴

Konkret bedeuten unsere Vorschläge, dass IAS 32 und der ED zur Abgrenzung des Eigenkapitals wie folgt zu ergänzen bzw. zu ändern wären:

- Laufende Vergütungen aus einzelvertraglichen Ansprüchen sind erfolgsabhängig aus einem positiven Jahresergebnis zu leisten, wobei frühere Verluste und thesaurierte Gewinne gegengerechnet werden.

⁴² IAS 32.11: „Ein Eigenkapitalinstrument ist ein Vertrag, der einen Residualanspruch an den Vermögenswerten eines Unternehmens nach Abzug aller dazugehörigen Schulden begründet.“ Aus der Definition des Eigenkapitalinstruments wird u. E. ersichtlich, dass es unerheblich ist, wie der verbleibende Restbetrag – nach der Befriedigung der Gläubiger – unter den Eigenkapitalgebern aufgeteilt wird.

⁴³ Modifikation des ED IAS 32.11, term: „A financial instrument puttable at fair value has all of the following features: ... (c) it entitles the holder to a pro rata share of the net assets of the entity in the event of liquidation of the entity; and ... A financial instrument that entitles the holder to a pro rata share of net assets has all of the following features: (a) the financial instrument is in the most subordinated class of financial instruments with a claim to the assets of the entity, ...“.

⁴⁴ Die Anpassung ist konform zum Framework. In der Textziffer 65 des Framework wird klarstellt, „dass Anteilseigner eines Unternehmens [...] (u. a.) unterschiedliche Rechte auf Rückzahlung von Kapital haben.“ Bei der Zugrundelegung des Rückzahlungsanspruchs existieren somit potentiell unterschiedliche Klassen von Eigenkapital.

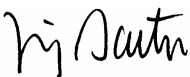
Die Unternehmensfortführung darf durch die Vergütung nicht gefährdet werden.

- Bei „puttable instruments“ darf keine kurzfristige Kündigung möglich sein (Kündigungs- oder Nachhaftungsfrist), und eine Abfindung kann auch unterhalb des fair value liegen (puttable at *or less than* fair value). Auch hier darf durch den Ausstieg des Gesellschafters die Unternehmensfortführung nicht gefährdet werden.
- Die Instrumente brauchen bei Liquidation nicht letztrangig, sondern (nur) nachrangig gegenüber dem Fremdkapital zu sein.

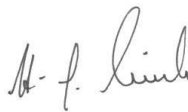
Im Ergebnis ist unser „de lege ferenda“-Vorschlag nicht weit vom Exposure Draft des IASB entfernt. Die von uns vorgeschlagenen Modifikationen stellen neben der Homogenität des Eigenkapitals zugleich die „substance over form“-Orientierung sowie die Rechtsformneutralität sicher. Wie der IASB halten auch wir es nicht für per se eigenkapitalschädlich, wenn ein Eigenkapitalgeber das Recht hat, aus der Gesellschaft auszusteigen. Gleichwohl muss für einen Eigenkapitalausweis aus unserer Sicht noch deutlicher als beim Vorschlag des IASB beachtet werden, dass der Kapitalabzug nur dann möglich sein darf, wenn die verbleibenden Gesellschafter durch den Ausstieg eines einzelnen Gesellschafters nicht geschädigt werden. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass die verbleibenden Gesellschafter nicht durch bereits entstandene, aber noch nicht erkannte Risiken belastet werden, die auch der Ausscheidende noch zu tragen hätte.

Dies wird schon durch geringfügige Modifikationen der vom IASB vorgeschlagenen Konzeption erreicht, ohne dass „financial engineering“ bzw. „accounting arbitrage“ möglich werden. Unser Vorschlag lässt den Ausweis des Kapitals aller Kapitalgeber, die die typischen Risiken eines Eigenkapitalgebers übernehmen, rechtsformunabhängig als Eigenkapital im IFRS-Abschluss in nachvollziehbarer, verlässlicher und transparenter Weise zu.

Münster, den 9. August 2006



Prof. Dr. Dr. h.c. Jörg Baetge



Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch

Literaturverzeichnis

AMERICAN ACCOUNTING ASSOCIATION, Evaluation of the FASB's Proposed Accounting for Financial Instruments with Characteristics of Liabilities, Equity, or Both, in: Accounting Horizons 2001, S. 387-400 (Evaluation of the FASB's Proposed Accounting for Financial Instruments).

BANK FOR INTERNATIONAL SETTLEMENTS (Hrsg.), International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, URL: <http://www.bis.org/publ/bcbs107.pdf>, Stand: 03.08.2006 (International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards).

BREALEY, RICHARD/MYERS, STEWART/ALLEN, FRANKLIN, Principles of Corporate Finance, 8. Aufl., Boston 2005 (Principles of Corporate Finance).

BREKER, NORBERT/HARRISON, DAVID/SCHMIDT, MARTIN, Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital: Der gegenwärtige IASB-Ansatz und Verbesserungsvorschläge, in: Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung 2005, S. 469-479 (Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital).

DAMODARAN, ASWATH, Corporate Finance: Theory and Practice, 2. Aufl., New York 2001 (Corporate Finance).

EUROPEAN COMMUNITY (Hrsg.) Council Regulation (EC) No. 1435/2003 of 22 July 2003 on the Statute for a European Cooperative Society (SCE), ABl. EU L 207/1 v. 22.07.2003 (Council Regulation (EC) No. 1435/2003: Statute for a European Cooperative Society).

FASB (Hrsg.), Minutes of the December 3, 2003, Liabilities and Equity Board Meeting, URL: http://www.fasb.org/board_meeting_minutes/12-03-03_liabeq.pdf, Stand: 03.07.2006 (Liabilities and Equity Board Meeting).

HOPKINS, PATRICK, The Effect of Financial Statement Classification of Hybrid Financial Instruments on Financial Analysts' Stock Price Judgments, in: Journal of Accounting Research 1996, Supplement: Studies on Recognition, Measurement, and Disclosure Issues in Accounting, S. 33-50 (The Effect of Financial Statement Classification).

- IASB (Hrsg.), Exposure Draft of proposed amendments to IAS 32 Financial Instruments: Presentation and IAS 1 Presentation of Financial Statements, London 2006.
- IASB (Hrsg.), International Accounting Standard 11: Construction Contracts (IAS 11), London 1993.
- IASB (Hrsg.), International Accounting Standard 32: Financial Instruments: Presentation (IAS 32), London 2005.
- IASC (Hrsg.), Framework for the Preparation and Presentation of Financial Statements (revised 1989), London 1989.
- INTERNATIONAL FEDERATION OF ACCOUNTANTS (Hrsg.), ISA 570: Going Concern, New York 2002.
- KIMMEL, PAUL/WARFIELD, TERRY, The Usefulness of Hybrid Security Classifications: Evidence from Redeemable Preferred Stock, in: Accounting Review 1995, S. 151-167 (The Usefulness of Hybrid Security Classifications).
- KPMG (Hrsg.), USA Mitteilungen, URL: http://www.kpmg.de/library/pdf/031_014_USA_Mitteilungen_Oktober2003_de.pdf, Stand: 25.11.2005 (USA Mitteilungen).
- LEUZ, CHIRSTIAN/DELLER, DOMINIC/STUBENRATH, MICHAEL, An International Comparison of Accounting-Payout Restrictions in the United States, United Kingdom and Germany, in: Accounting and Business Research 1998, S. 111-129 (An International Comparison of Accounting-Payout Restrictions).
- ROSS, STEPHEN/WESTERFIELD, RANDOLPH/JAFFE, JEFFREY, Corporate Finance, 7. Aufl., Boston 2005 (Corporate Finance).
- SCHILDBACH, THOMAS, Zur Beurteilung von gesetzlicher Abfindung und vertraglicher Buchwertabfindung unter Berücksichtigung einer potentiellen Ertragsschwäche der Unternehmung, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1984, S. 532-543 (Buchwertabfindung).

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2237/2004 DER KOMMISSION
vom 29. Dezember 2004****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 betreffend die Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf IAS 32 und IFRIC 1**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mittels der Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 der Kommission ⁽²⁾ wurden bestimmte internationale Rechnungslegungsstandards und Interpretationen übernommen, die zum 1. September 2002 vorlagen.
- (2) Am 17. Dezember 2003 hat der „International Accounting Standard Board“ (IASB) den überarbeiteten „International Accounting Standard“ (IAS) 32 *Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung* als Teil der IASB-Initiative auf dem Gebiet der Verbesserung von fünfzehn Standards veröffentlicht. Die Verbesserung sollte rechtzeitig vor der erstmaligen Anwendung von IAS durch Unternehmen im Jahr 2005 erfolgen. Bei der Überarbeitung von IAS 32 stellte der IASB die in diesem Standard enthaltenen grundlegenden Ansätze nicht in Frage. In IAS 32 sind die grundlegenden Prinzipien für die Einstufung der Instrumente als Verbindlichkeiten oder Eigenkapital festgeschrieben. Bei der Bestimmung der Tatsache, welche Instrumente als Verbindlichkeiten oder als Eigenkapital einzustufen sind, muss das Unternehmen alle Bedingungen des jeweiligen Vertrages berücksichtigen.
- (3) Infolge bilateraler Gespräche mit Vertretern des Genossenschaftssektors sowie infolge eines Ersuchens der Kommission hat der IASB seinen „International Financial Reporting Interpretation Committee“ (IFRIC) gebeten, eine Interpretation zu entwickeln, die die Anwendung des überarbeiteten IAS 32 erleichtert. Eine endgültige Interpretation, IFRIC 2 *Anteile der Mitglieder an Genossenschaften und ähnliche Instrumente*, wurde am 25. November 2004 in der endgültigen Fassung veröffentlicht. Diese Interpretation wird zum gleichen Zeitpunkt wie IAS 32 zur Anwendung gelangen. Die Übernahme von IFRIC 2 wird von der Europäischen Kommission so bald wie möglich im Jahre 2005 geprüft.

- (4) Am 27. Mai 2004 hat der IASB die IFRIC-Interpretation 1 *Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen* veröffentlicht. Die Interpretation geht auf die Art und Weise ein, wie die Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen zu bilanzieren sind, die in den Anwendungsbereich von IAS 16 *Sachanlagen* fallen und als Rückstellung unter IAS 37 *Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen* ausgewiesen sind.
- (5) Die Konsultation der technischen Sachverständigen in diesem Bereich hat bestätigt, dass der überarbeitete IAS 32 *Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung* sowie IFRIC 1 *Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen* den technischen Kriterien für ihre Übernahme im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 und insbesondere der Anforderung, der zufolge sie dem europäischen Gemeinwohl zu dienen haben, entsprechen.
- (6) Die Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 sollte folglich entsprechend geändert werden.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Haltung des Regelungsausschusses für Rechnungslegung —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang zur Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 wird wie folgt geändert:

⁽¹⁾ ABl. L 243 vom 27. 9.2003, S. 1.⁽²⁾ ABl. L 261 vom 13.10.2003, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2236/2004 (AbL. L 392 vom 31.12.2004, S. 1).1. Der Text des „International Accounting Standard“ (IAS) 32 *Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung*, der Gegenstand des Anhangs zu dieser Verordnung ist, wird eingefügt.

2. Der Text der Interpretation IFRIC 1 *Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen*, der Gegenstand des Anhangs zu dieser Verordnung ist, wird eingefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt spätestens ab dem 1. Januar 2005.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Dezember 2004

Für die Kommission
Charlie McCREEVY
Mitglied der Kommission

ANHANG

INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS

IAS 32	<i>Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung</i>
IFRIC 1	<i>Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen</i>

IAS 32

INTERNATIONAL ACCOUNTING STANDARD 32

Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung

INHALT

	Ziffer
Zielsetzung	1-3
Anwendungsbereich	4-10
Definitionen	11-14
Darstellung	15-50
Schulden und Eigenkapital	15-27
Keine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten (Paragraph 16 (a))	17-20
Erfüllung in Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens (Paragraph 16(b))	21-24
Bedingte Erfüllungsvereinbarungen	25
Erfüllungswahlrecht	26-27
Zusammengesetzte Finanzinstrumente	28-32
Eigene Anteile	33-34
Zinsen, Dividenden, Verluste und Gewinne	35-41
Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten	42-50
Angaben	51-95
Form, Ort und Klassen von Finanzinstrumenten	53-55
Risikomanagementpolitik und Sicherungsmaßnahmen	56-59
Ausstattungsmerkmale sowie Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	60-66
Zinsänderungsrisiko	67-75
Ausfallrisiko	76-85
Beizulegender Zeitwert	86-93
Weitere Angaben	94-94
Ausbuchung	94
Sicherheiten	94
Zusammengesetzte Finanzinstrumente mit mehreren eingebetteten Derivaten	94
Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden	94
Umgliederungen	94
Gewinn- und Verlustrechnung und Eigenkapital	94
Wertminderung	94
Forderungsausfälle und Vertragsverletzungen	94
Zeitpunkt des Inkrafttretens	96-97
Rücknahme anderer verlaubarungen	98-100

Dieser überarbeitete Standard ersetzt IAS 32 (überarbeitet 2000) *Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung* und ist erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am 1. Januar 2005 oder danach beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig.

ZIELSETZUNG

1. Zielsetzung des vorliegenden Standards ist es, das Verständnis der Abschlussadressaten für die Bedeutung von Finanzinstrumenten für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und die Cashflows eines Unternehmens zu verbessern.
2. Der vorliegende Standard enthält die Vorschriften für die Darstellung von Finanzinstrumenten und die über sie zu machenden Angaben. Die Darstellungspflichten beziehen sich auf die Klassifizierung von Finanzinstrumenten – aus Sicht des Emittenten – in finanzielle Vermögenswerte, finanzielle Verbindlichkeiten und Eigenkapitalinstrumente, die Klassifizierung der damit verbundenen Zinsen, Dividenden, Verluste und Gewinne sowie die Voraussetzungen für die Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. Der Standard verlangt die Angabe von Informationen zum Betrag, zur zeitlichen Struktur und zur Wahrscheinlichkeit der aus den Finanzinstrumenten resultierenden künftigen Cashflows eines Unternehmens sowie Informationen zu den bei diesen Finanzinstrumenten angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Darüber hinaus fordert der Standard Angaben über Art und Umfang des Einsatzes von Finanzinstrumenten im Unternehmen, über den Zweck, den die Finanzinstrumente für das Geschäft erfüllen, über die damit verbundenen Risiken und über die Politik des Managements zur Steuerung dieser Risiken.
3. Die in diesem Standard enthaltenen Grundsätze ergänzen die Grundsätze für den Ansatz und die Bewertung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten in IAS 39 *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung*.

ANWENDUNGSBEREICH

4. *Dieser Standard ist auf alle Arten von Finanzinstrumenten anzuwenden, ausgenommen davon sind:*
 - (a) *Anteile an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die gemäß IAS 27 Konzernabschlüsse und separate Einzelabschlüsse nach IFRS, IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen oder IAS 31 Anteile an Joint Ventures bilanziert werden. Unternehmen haben diesen Standard jedoch auf einen Anteil an einem Tochterunternehmen, einem assoziierten Unternehmen oder einem Joint Venture anzuwenden, der gemäß IAS 27, IAS 28 oder IAS 31 nach IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung zu bilanzieren ist. In diesen Fällen sind die Angabepflichten des IAS 27, IAS 28 und des IAS 31 zusätzlich zu denen dieses Standards zu erfüllen. Der vorliegende Standard ist ebenso auf Derivate auf einen Anteil an einem Tochterunternehmen, einem assoziierten Unternehmen oder einem Joint Venture anzuwenden.*
 - (b) *Rechte und Verpflichtungen eines Arbeitgebers aus Altersversorgungsplänen, auf die IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer Anwendung findet.*
 - (c) *Rechte und Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen. Unternehmen haben diesen Standard jedoch auf Finanzinstrumente anzuwenden, die zwar der Form nach Versicherungsverträge (bzw. Rückversicherungsverträge) sind, wie in Paragraph 6 beschrieben, aber hauptsächlich die Übertragung von Finanzrisiken beinhalten, die in Paragraph 52 beschrieben sind. Dieser Standard ist außerdem auf in Versicherungsverträge eingebettete Derivate anzuwenden (siehe Paragraphen 10-13, IAS 39).*

IAS 32

- (d) **Verträge mit bedingter Gegenleistung im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses (siehe Paragraphen 65-67, IAS 22 Unternehmenszusammenschlüsse). Diese Ausnahme gilt nur für den Erwerber.**
- (e) **Verträge, die eine Zahlung bei Eintritt bestimmter klimatischer, geologischer oder sonstiger physikalischer Variablen vorsehen (siehe Paragraph AG1, IAS 39). Dieser Standard ist jedoch auf andere Arten von Derivaten anzuwenden, die in solche Verträge eingebettet sind (wenn beispielsweise ein Zinsswap von einer klimatischen Variable, wie der Anzahl von Tagen, an denen geheizt wird, abhängt, ist das Zinsswap-Element ein eingebettetes Derivat, das in den Anwendungsbereich dieses Standards fällt – siehe Paragraphen 10-13, IAS 39).**
5. Dieser Standard findet auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Finanzinstrumente Anwendung. Bilanzwirksame Finanzinstrumente umfassen vom Unternehmen ausgegebene Eigenkapitalinstrumente sowie finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die in den Anwendungsbereich von IAS 39 fallen. Zu den bilanzunwirksamen Finanzinstrumenten gehören einige andere Finanzinstrumente, die zwar außerhalb des Anwendungsbereichs von IAS 39 liegen, jedoch in den Anwendungsbereich dieses Standards fallen (wie beispielsweise einige Kreditzusagen).
6. Versicherungsverträge im Sinne dieses Standards sind Verträge, die den Versicherer auf Grund von Ereignissen oder Umständen, die in einem festgelegten Zeitraum stattfinden oder entdeckt werden, bestimmbarer Verlustrisiken aussetzen. Hierzu gehören Tod (bzw. Rentenbezug des Versicherten im Erlebensfall), Krankheit, Berufsunfähigkeit, Vermögensschäden, Schäden Dritter und Betriebsunterbrechung. Die Vorschriften dieses Standards sind auf Finanzinstrumente anzuwenden, die zwar der Form nach Versicherungsverträge sind, aber hauptsächlich die Übertragung von Finanzrisiken beinhalten (siehe Paragraph 52), wie dies zum Beispiel bei einigen Arten von Rückversicherungsverträgen und garantierten Beteiligungsverträgen der Fall ist, die Versicherungsunternehmen und andere Unternehmen ausgeben. Unternehmen, die Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen haben, wird empfohlen, die Angemessenheit der Anwendung der Vorschriften dieses Standards bezüglich Darstellung und Angaben von Informationen über derartige Verpflichtungen zu erwägen.
7. Andere International Accounting Standards, die sich spezifisch auf besondere Arten von Finanzinstrumenten beziehen, enthalten zusätzliche Vorschriften bezüglich Darstellung und Angaben. Zum Beispiel enthalten der IAS 17 Leasingverhältnisse und der IAS 26 Bilanzierung und Berichterstattung von Altersversorgungsplänen bestimmte Vorschriften zu Angaben, die sich auf Finanzierungsleasing bzw. auf Finanzinvestitionen für Altersversorgungspläne beziehen. Darüber hinaus finden auch einige Vorschriften anderer International Accounting Standards, insbesondere des IAS 30 Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen, Anwendung auf Finanzinstrumente.
8. **Dieser Standard ist auf Verträge über den Kauf oder Verkauf eines nicht finanziellen Postens anzuwenden, die durch einen Ausgleich in bar oder anderen Finanzinstrumenten erfüllt werden können, oder durch den Tausch von Finanzinstrumenten, als handelte es sich bei den Verträgen um Finanzinstrumente, mit Ausnahme von den Verträgen, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß dem erwarteten Kauf-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs des Unternehmens abgeschlossen wurden und in diesem Sinne weiter behalten werden.**
9. Es bestehen verschiedene Möglichkeiten, wie ein Vertrag über den Kauf oder Verkauf von einem nicht finanziellen Posten durch einen Ausgleich in bar oder in anderen Finanzinstrumenten oder durch den Tausch von Finanzinstrumenten abgewickelt werden kann. Dazu zählt:
- (a) den Vertrag durch Ausgleich in bar oder einem anderen Finanzinstrument bzw. durch den Tausch von Finanzinstrumenten abzuwickeln, sofern die Vertragsbedingungen dies jedem Kontrahenten gestatten;
 - (b) wenn die Möglichkeit zu einem Ausgleich in bar oder einem anderen Finanzinstrument bzw. durch Tausch von Finanzinstrumenten nicht explizit in den Vertragsbedingungen vorgesehen ist, das Unternehmen jedoch ähnliche Verträge für gewöhnlich durch Ausgleich in bar oder einem anderen Finanzinstrument bzw. durch den Tausch von Finanzinstrumenten erfüllt (sei es durch den Abschluss gegenläufiger Verträge mit der Vertragspartei oder durch den Verkauf des Vertrags vor dessen Ausübung oder Verfall);
 - (c) wenn das Unternehmen bei ähnlichen Verträgen den Vertragsgegenstand für gewöhnlich annimmt und ihn kurz nach der Anlieferung wieder veräußert, um Gewinne aus kurzfristigen Preisschwankungen oder Händlermargen zu erzielen;

und

- (d) wenn der nicht finanzielle Posten, der Gegenstand des Vertrags ist, jederzeit in Zahlungsmittel umzuwandeln ist.

Ein Vertrag, auf den (b) oder (c) zutrifft, gilt nicht als zum Zwecke des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs des Unternehmens abgeschlossen und fällt demzufolge in den Anwendungsbereich dieses Standards. Andere Verträge, auf die Paragraph 5 zutrifft, werden beurteilt, um zu bestimmen, ob sie zum Zwecke des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs des Unternehmens abgeschlossen wurden und dazu weiterhin gehalten werden und ob sie demzufolge in den Anwendungsbereich dieses Standards fallen.

10. Eine geschriebene Option auf den Kauf oder Verkauf eines nicht finanziellen Postens, der durch Ausgleich in bar oder anderen Finanzinstrumenten bzw. durch den Tausch von Finanzinstrumenten gemäß Paragraph 9(a) oder (d) erfüllt werden kann, fällt in den Anwendungsbereich dieses Standards. Solch ein Vertrag kann nicht zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung eines nicht finanziellen Postens gemäß dem voraussichtlichen Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs des Unternehmens abgeschlossen werden.

DEFINITIONEN (siehe auch Paragraphen AG 3-AG24)

11. *Die folgenden Begriffe werden in diesem Standard mit der angegebenen Bedeutung verwendet:*

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Finanzielle Vermögenswerte umfassen:

- (a) *flüssige Mittel;*
- (b) *ein als Aktivum gehaltenes Eigenkapitalinstrument eines anderen Unternehmens;*
- (c) *ein vertragliches Recht:*
 - (i) *flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte von einem anderen Unternehmen zu erhalten;*
oder
 - (ii) *finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell vorteilhaften Bedingungen auszutauschen;*
oder
- (d) *einen Vertrag, der in eigenen Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens erfüllt werden wird oder kann und bei dem es sich um Folgendes handelt:*
 - (i) *ein nicht derivatives Finanzinstrument, das eine vertragliche Verpflichtung des Unternehmens beinhaltet oder beinhalten kann, eine variable Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens zu erhalten;*
oder
 - (ii) *ein derivatives Finanzinstrument, das auf andere Weise als durch den Austausch eines festen Betrags an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten gegen eine feste Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens erfüllt werden wird oder kann. In diesem Sinne beinhalten die Eigenkapitalinstrumente eines Unternehmens keine Instrumente, die selbst Verträge über den künftigen Empfang oder die künftige Abgabe von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens darstellen.*

IAS 32

Finanzielle Verbindlichkeiten umfassen:

- (a) *eine vertragliche Verpflichtung:*
 - (i) *flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben;*
oder
 - (ii) *finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen auszutauschen;*
oder
- (b) *einen Vertrag, der in eigenen Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens erfüllt werden wird oder kann und bei dem es sich um Folgendes handelt:*
 - (i) *ein nicht derivatives Finanzinstrument, das eine vertragliche Verpflichtung des Unternehmens beinhaltet oder beinhalten kann, eine variable Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens abzugeben;*
oder
 - (ii) *ein derivatives Finanzinstrument, das auf andere Weise als durch den Austausch eines festen Betrags an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten gegen eine feste Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens erfüllt werden wird oder kann. In diesem Sinne beinhalten die Eigenkapitalinstrumente eines Unternehmens keine Instrumente, die selbst Verträge über den künftigen Empfang oder die künftige Abgabe von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens darstellen.*

Ein Eigenkapitalinstrument ist ein Vertrag, der einen Residualanspruch an den Vermögenswerten eines Unternehmens nach Abzug aller dazugehörigen Schulden begründet.

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

12. Die folgenden Begriffe sind in Paragraph 9 des IAS 39 definiert und werden in diesem Standard mit der in IAS 39 angegebenen Bedeutung verwendet.

- fortgeführte Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
- Ausbuchung
- Derivat
- Effektivzinsmethode
- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteter finanzieller Vermögenswert bzw. eine finanzielle Verbindlichkeit
- feste Verpflichtung
- erwartete Transaktion
- Wirksamkeit einer Sicherung
- Grundgeschäft
- Sicherungsinstrument
- bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen

- Kredite und Forderungen
 - marktüblicher Kauf oder Verkauf
 - Transaktionskosten
13. In diesem Standard beziehen sich die Begriffe „Vertrag“ und „vertraglich“ auf eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien, die eindeutige wirtschaftliche Folgen hat, die von den einzelnen Vertragsparteien kaum oder überhaupt nicht zu vermeiden sind, weil die Vereinbarung für gewöhnlich im Rechtsweg durchsetzbar ist. Verträge und folglich Finanzinstrumente können die verschiedensten Formen annehmen und müssen nicht in Schriftform abgefasst sein.
14. In diesem Standard umfasst der Begriff „Unternehmen“ Einzelpersonen, Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften, Treuhänder und öffentliche Institutionen.

DARSTELLUNG

Schulden und Eigenkapital (siehe auch Paragraphen AG25-AG29)

15. ***Der Emittent eines Finanzinstruments hat das Finanzinstrument oder dessen Bestandteile beim erstmaligen Ansatz als finanzielle Verbindlichkeit, als finanziellen Vermögenswert oder als Eigenkapitalinstrument entsprechend der wirtschaftlichen Substanz der vertraglichen Vereinbarung und den Begriffsbestimmungen für finanzielle Verbindlichkeiten, finanzielle Vermögenswerte und Eigenkapitalinstrumente zu klassifizieren.***
16. Bei Anwendung der Begriffsbestimmungen in Paragraph 11 zur Einstufung eines Finanzinstruments als Eigenkapitalinstrument oder als finanzielle Verbindlichkeit ist dann, und nur dann ein Eigenkapitalinstrument gegeben, wenn die nachfolgenden Bedingungen (a) und (b) erfüllt sind.
- (a) Das Finanzinstrument beinhaltet keine vertragliche Verpflichtung,
- (i) flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben;
- oder
- (ii) finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.
- (b) Kann das Finanzinstrument in den Eigenkapitalinstrumenten des Emittenten erfüllt werden, handelt es sich um:
- (i) ein nicht derivatives Finanzinstrument, das keine vertragliche Verpflichtung seitens des Emittenten beinhaltet, eine variable Anzahl eigener Eigenkapitalinstrumenten abzugeben;
- oder
- (ii) ein Derivat, das vom Emittenten nur durch den Austausch eines festen Betrags an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten gegen eine feste Anzahl eigener Eigenkapitalinstrumente erfüllt wird. In diesem Sinne beinhalten die Eigenkapitalinstrumente eines Emittenten keine Instrumente, die selbst Verträge über den künftigen Empfang oder die künftige Abgabe von Eigenkapitalinstrumenten des Emittenten darstellen.

Eine vertragliche Verpflichtung, einschließlich einer aus einem Derivat entstehenden vertraglichen Verpflichtung, die zum künftigen Empfang oder zur künftigen Abgabe von Eigenkapitalinstrumenten des Emittenten führen wird oder kann, jedoch nicht die vorstehenden Bedingungen (a) und (b) erfüllt, ist kein Eigenkapitalinstrument.

IAS 32

Keine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten (Paragraph 16 (a))

17. Ein Hauptmerkmal für die Abgrenzung von finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber Eigenkapitalinstrumenten besteht in der vertraglichen Verpflichtung einer Vertragspartei (des Emittenten) des Finanzinstruments entweder zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten an die andere Vertragspartei (den Inhaber) oder zum Tausch von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten mit dem Inhaber unter für den Emittenten potenziell nachteiligen Bedingungen. Obwohl der Inhaber eines Eigenkapitalinstruments zum Empfang einer anteiligen Dividende oder anderer Gewinnausschüttungen aus dem Eigenkapital berechtigt sein kann, unterliegt der Emittent keiner vertraglichen Verpflichtung zu derartigen Ausschüttungen, da ihm die Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten an eine andere Vertragspartei nicht vorgeschrieben werden kann.
18. Die wirtschaftliche Substanz eines Finanzinstruments und nicht allein seine rechtliche Gestaltung bestimmt die Klassifizierung in der Bilanz des Unternehmens. Die wirtschaftliche Substanz und die rechtliche Gestaltung stimmen in der Regel, jedoch nicht immer, überein. So nehmen einige Finanzinstrumente die rechtliche Gestalt von Eigenkapital an, stellen aber auf Grund ihrer wirtschaftlichen Substanz Verbindlichkeiten dar, andere Finanzinstrumente kombinieren die Merkmale von Eigenkapitalinstrumenten mit denen von finanziellen Verbindlichkeiten. Beispiele:
 - (a) Eine Vorzugsaktie, die den obligatorischen Rückkauf durch den Emittenten zu einem festen oder festzulegenden Geldbetrag und zu einem fest verabredeten oder zu bestimmenden Rücknahmezeitpunkt vorsieht oder dem Inhaber das Recht einräumt, vom Emittenten den Rückkauf des Finanzinstruments zu bzw. nach einem bestimmten Termin und zu einem festen oder festzulegenden Geldbetrag zu verlangen, ist als finanzielle Verbindlichkeit zu klassifizieren.
 - (b) Ein Finanzinstrument, das den Inhaber zur Rückgabe an den Emittenten gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte berechtigt („kündbares Instrument“), stellt eine finanzielle Verbindlichkeit dar. Dies ist selbst dann der Fall, wenn der Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten auf der Grundlage eines Index oder einer anderen veränderlichen Bezugsgröße ermittelt wird oder wenn der Inhaber auf Grund der rechtlichen Gestaltung des kündbaren Finanzinstruments einen Residualanspruch an den Vermögenswerten des Emittenten hat. Wenn der Inhaber über das Wahlrecht verfügt, das Finanzinstrument gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte an den Emittenten zurückzugeben, erfüllt das kündbare Finanzinstrument die Definition einer finanziellen Verbindlichkeit. Beispielsweise können offene Investmentfonds, Unit Trusts, Personengesellschaften und bestimmte Genossenschaften ihre Anteilseigner bzw. Gesellschafter mit dem Recht ausstatten, ihre Anteile an dem Emittenten jederzeit gegen flüssige Mittel in Höhe ihres jeweiligen Anteils am Eigenkapital des Emittenten einzulösen. Eine Klassifizierung als finanzielle Verbindlichkeit schließt jedoch die Verwendung von beschreibenden Zusätzen wie „Inventarwert pro Anteil“ und „Änderung des Inventarwertes pro Anteil“ im Abschluss eines Unternehmens, das über kein gezeichnetes Kapital verfügt (wie dies bei einigen Investmentfonds und Unit Trusts der Fall ist, siehe erläuterndes Beispiel 7), oder die Verwendung zusätzlicher Angaben, aus denen hervorgeht, dass die Gesamtheit der von den Anteilseignern gehaltenen Anteile Posten wie Rücklagen, die der Definition von Eigenkapital entsprechen, und kündbare Finanzinstrumente, die dieser Definition nicht entsprechen, umfasst, nicht aus.
19. Sofern ein Unternehmen nicht über ein uneingeschränktes Recht verfügt, sich bei der Erfüllung einer vertraglichen Verpflichtung der Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten zu entziehen, erfüllt diese Verpflichtung die Definition einer finanziellen Verbindlichkeit. Beispiele:
 - (a) Eine Beschränkung bezüglich der Fähigkeit des Unternehmens, der vertraglichen Verpflichtung nachzukommen, wie beispielsweise der fehlende Zugang zur Fremdwährung oder die Notwendigkeit, eine Zahlungsgenehmigung von einer Aufsichtsbehörde zu erlangen, entbindet das Unternehmen nicht von seiner vertraglichen Verpflichtung bzw. beeinträchtigt nicht das vertragliche Recht des Inhabers bezüglich des Finanzinstruments.
 - (b) Eine vertragliche Verpflichtung, die nur dann zu erfüllen ist, wenn eine Vertragspartei ihr Rückkaufsrecht in Anspruch nimmt, stellt eine finanzielle Verbindlichkeit dar, weil das Unternehmen nicht über das uneingeschränkte Recht verfügt, sich der Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten zu entziehen.
20. Ein Finanzinstrument, das nicht ausdrücklich eine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten begründet, kann eine solche Verpflichtung jedoch indirekt über die Vertragsbedingungen begründen. Beispiele:
 - (a) Ein Finanzinstrument kann eine nicht finanzielle Verpflichtung beinhalten, die dann, und nur dann, zu erfüllen ist, wenn das Unternehmen keine Ausschüttung vornimmt oder das Instrument nicht zurückkauft. Kann das Unternehmen die Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten nur durch Erfüllung der nicht finanziellen Verpflichtung umgehen, ist das Finanzinstrument als finanzielle Verbindlichkeit einzustufen.

- (b) Ein Finanzinstrument ist eine finanzielle Verbindlichkeit, wenn vorgesehen ist, dass die Erfüllung seitens des Unternehmens durch die Abgabe von
- (i) flüssigen Mittel oder anderen finanziellen Vermögenswerten
- oder
- (ii) eigenen Anteilen, deren Wert wesentlich höher als der Wert der flüssigen Mittel oder anderen finanziellen Vermögenswerte angesetzt wird, erfolgt.

Das Unternehmen ist zwar vertraglich nicht ausdrücklich zur Lieferung von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten verpflichtet, doch wird es sich auf Grund des Wertes der Anteile für einen Ausgleich in bar entscheiden. In jedem Fall wird dem Inhaber der wirtschaftlichen Substanz nach der Erhalt eines Betrags zugesichert, der mindestens dem bei Wahl einer Vertragserfüllung in bar zu entrichtenden Betrag entspricht (siehe Paragraph 21).

Erfüllung in Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens (Paragraph 16(b))

21. Der Umstand, dass ein Vertrag zum Empfang oder zur Abgabe von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens führen kann, ist allein nicht ausreichend, um ihn als Eigenkapitalinstrument zu klassifizieren. Ein Unternehmen kann vertraglich berechtigt oder verpflichtet sein, eine variable Anzahl eigener Anteile oder anderer Eigenkapitalinstrumente zu empfangen oder abzugeben, deren Höhe so bemessen wird, dass der beizulegende Zeitwert der zu empfangenden oder abzugebenden Eigenkapitalinstrumente des Unternehmens dem in Bezug auf das vertragliche Recht oder die vertragliche Verpflichtung festgelegten Betrag entspricht. Das vertragliche Recht oder die vertragliche Verpflichtung kann sich auf einen festen Betrag oder auf einen ganz oder teilweise in Abhängigkeit von einer anderen Variablen als dem Marktpreis der Eigenkapitalinstrumente (z. B. einem Zinssatz, einem Warenpreis oder dem Preis für ein Finanzinstrument) schwankenden Betrag beziehen. Zwei Beispiele hierfür sind (a) ein Vertrag zur Abgabe von Eigenkapitalinstrumenten eines Unternehmens im Wert von WE 100 (*) und (b) ein Vertrag zur Abgabe von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens im Wert von 100 Unzen Gold. Obgleich ein derartiger Vertrag durch die Lieferung von Eigenkapitalinstrumenten erfüllt werden muss oder kann, stellt er eine finanzielle Verbindlichkeit des Unternehmens dar. Es handelt sich um kein Eigenkapitalinstrument, weil das Unternehmen zur Erfüllung des Vertrags eine variable Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten verwendet. Dementsprechend begründet der Vertrag keinen Residualanspruch an den Vermögenswerten des Unternehmens nach Abzug aller Schulden.
22. Ein Vertrag, zu dessen Erfüllung das Unternehmen eine feste Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten (erhält oder) abgibt, ist als Eigenkapitalinstrument zu klassifizieren. Beispielsweise stellt eine ausgegebene Aktienoption, die die Vertragspartei gegen Entrichtung eines festgelegten Preises oder eines festgelegten Kapitalbetrags einer Anleihe zum Kauf einer festen Anzahl von Aktien des Unternehmens berechtigt, ein Eigenkapitalinstrument dar. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes eines Vertrags infolge von Schwankungen der Marktzinssätze, die keinerlei Auswirkung auf den Betrag der bei Vertragserfüllung zu entrichtenden flüssigen Mittel oder anderen Vermögenswerte haben, schließen die Einstufung des Vertrags als Eigenkapitalinstrument nicht aus. Sämtliche erhaltenen Vergütungen (wie beispielsweise das Agio auf eine geschriebene Option oder ein Optionsschein auf die eigenen Aktien des Unternehmens) werden direkt zum Eigenkapital hinzugerechnet. Sämtliche entrichteten Vergütungen (wie beispielsweise das auf eine erworbene Option gezahlte Agio) werden direkt vom Eigenkapital abgezogen. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes eines Eigenkapitalinstruments sind im Abschluss nicht auszuweisen.
23. Ein Vertrag, der ein Unternehmen zum Kauf eigener Eigenkapitalinstrumente gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte verpflichtet, begründet eine finanzielle Verbindlichkeit in Höhe des Barwertes des Rückkaufbetrags (beispielsweise in Höhe des Barwertes des Rückkaufpreises eines Termingeschäfts, des Ausübungskurses einer Option oder eines anderen Rückkaufbetrags). Dies ist auch dann der Fall, wenn der Vertrag selbst ein Eigenkapitalinstrument ist. Ein Beispiel hierfür ist die aus einem Termingeschäft entstehende Verpflichtung eines Unternehmens, eigene Eigenkapitalinstrumente gegen flüssige Mittel zurückzuerwerben. Beim erstmaligen Ansatz der finanziellen Verbindlichkeit gemäß IAS 39 ist ihr beizulegender Zeitwert (der Barwert des Rückkaufbetrags) aus dem Eigenkapital umzugliedern. Anschließend erfolgt eine Bewertung der finanziellen Verbindlichkeit gemäß IAS 39. Läuft der Vertrag aus, ohne dass eine Lieferung erfolgt, wird der Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit wieder in das Eigenkapital umgegliedert. Die vertragliche Verpflichtung eines Unternehmens zum Kauf eigener Eigenkapitalinstrumente begründet auch dann eine finanzielle Verbindlichkeit in Höhe des Barwertes des Rückkaufbetrags, wenn die Kaufverpflichtung nur bei Ausübung des Rückkaufrechts durch die Vertragspartei (z. B. durch Inanspruchnahme einer geschriebenen Verkaufsoption, welche die Vertragspartei zum Verkauf der Eigenkapitalinstrumente an das Unternehmen zu einem festen Preis berechtigt) zu erfüllen ist.

(*) In diesem Standard werden Geldbeträge in „Währungseinheiten“ (WE) angegeben.

IAS 32

24. Ein Vertrag, zu dessen Erfüllung das Unternehmen eine feste Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten gegen einen variablen Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten hingibt oder erhält, ist als finanzieller Vermögenswert bzw. als finanzielle Verbindlichkeit zu klassifizieren. Ein Beispiel ist ein Vertrag, bei dem das Unternehmen 100 Eigenkapitalinstrumente gegen flüssige Mittel im Wert von 100 Unzen Gold liefert.

Bedingte Erfüllungsvereinbarungen

25. Ein Finanzinstrument kann das Unternehmen zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen Vermögenswerten oder zu einer anderen als finanzielle Verbindlichkeit einzustufenden Erfüllung verpflichten, die vom Eintreten oder Nicht-eintreten unsicherer künftiger Ereignisse (oder dem Ausgang unsicherer Umstände), die außerhalb der Kontrolle sowohl des Emittenten als auch des Inhabers des Instruments liegen, abhängig sind. Hierzu zählen beispielsweise Änderungen eines Aktienindex, Verbraucherpreisindex, Zinssatzes oder steuerlicher Vorschriften oder die künftigen Erträge, das Periodenergebnis oder der Verschuldungsgrad des Emittenten. Der Emittent eines solchen Instruments verfügt nicht über das uneingeschränkte Recht, sich der Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten (oder einer anderen als finanzielle Verbindlichkeit einzustufenden Erfüllung des Vertrags) zu entziehen. Aus diesem Grund liegt eine finanzielle Verbindlichkeit des Emittenten vor, es sei denn:
- (a) der Teil der bedingten Erfüllungsvereinbarung, der eine Erfüllung in flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten (oder eine andere als finanzielle Verbindlichkeit einzustufende Art der Erfüllung) erforderlich machen könnte, ist nicht echt;
- oder
- (b) der Emittent kann nur im Falle seiner Liquidation gezwungen werden, die Verpflichtung in flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten (oder auf eine andere als finanzielle Verbindlichkeit einzustufende Weise) zu erfüllen.

Erfüllungswahlrecht

26. ***Ein Derivat, das einer Vertragspartei die Art der Erfüllung frei stellt (der Emittent oder Inhaber kann sich z. B. für einen Ausgleich in bar oder durch den Tausch von Aktien gegen flüssige Mittel entscheiden), stellt einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit dar, soweit nicht alle Erfüllungsalternativen zu einer Klassifizierung als Eigenkapitalinstrument führen würden.***
27. Ein Beispiel für ein als finanzielle Verbindlichkeit einzustufendes Derivat mit Erfüllungswahlrecht ist eine Aktienoption, bei der der Emittent die Wahl hat, ob die Erfüllung in bar oder durch den Tausch eigener Aktien gegen flüssige Mittel erfolgen soll. Ähnliches gilt für einige Verträge über den Kauf oder Verkauf eines nicht finanziellen Postens gegen Eigenkapitalinstrumente des Unternehmens, die ebenfalls in den Anwendungsbereich dieses Standards fallen, da sie wahlweise durch Lieferung des nicht finanziellen Postens oder durch einen Ausgleich in bar oder anderen finanziellen Vermögenswerten erfüllt werden können (siehe Paragraphen 8-10). Solche Verträge sind finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten und keine Eigenkapitalinstrumente.

Zusammengesetzte Finanzinstrumente (siehe auch Paragraphen AG30-AG35 und erläuternde Beispiele 9-12)

28. ***Der Emittent eines nicht derivativen Finanzinstruments hat anhand der Konditionen des Finanzinstruments festzustellen, ob das Instrument sowohl eine Fremd- als auch eine Eigenkapitalkomponente aufweist. Diese Komponenten sind zu trennen und als finanzielle Verbindlichkeiten, finanzielle Vermögenswerte oder Eigenkapitalinstrumente gemäß Paragraph 14 zu klassifizieren.***
29. Ein Unternehmen hat die Komponenten eines Finanzinstruments, das (a) eine finanzielle Verbindlichkeit des Unternehmens begründet und (b) dem Inhaber des Instruments eine Option auf dessen Wandlung in ein Eigenkapitalinstrument des Unternehmens garantiert, getrennt zu erfassen. Wandelschuldverschreibungen oder ähnliche durch den Inhaber in eine feste Anzahl von Stammaktien des Unternehmens wandelbare Instrumente sind Beispiele für zusammengesetzte Finanzinstrumente. Aus Sicht des Unternehmens besteht ein solches Instrument aus zwei Komponenten: einer finanziellen Verbindlichkeit (einer vertraglichen Vereinbarung zur Lieferung von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten) und einem Eigenkapitalinstrument (einer Kaufoption, die dem Inhaber für einen bestimmten Zeitraum das Recht auf Wandlung in eine feste Anzahl von Stammaktien des Unternehmens garantiert). Die wirtschaftlichen Effekte der Emission eines solchen Finanzinstruments stimmen in materieller Hinsicht mit den Effekten überein, die mit der Emission eines Schuldinstruments mit vorzeitiger Kündigungsmöglichkeit, das gleichzeitig mit einem Bezugsrecht auf Stammaktien verknüpft ist, oder die mit der Emission eines Schuldinstruments mit abtrennbaren Optionsscheinen zum Erwerb von Aktien verbunden sind. Dementsprechend hat ein Unternehmen in allen Fällen dieser Art die Fremd- und die Eigenkapitalkomponenten getrennt in seiner Bilanz auszuweisen.

30. Die Klassifizierung der Fremd- und Eigenkapitalkomponenten eines wandelbaren Instruments wird nicht revidiert, wenn sich die Wahrscheinlichkeit ändert, dass die Tauschoption wahrgenommen wird; dies gilt auch dann, wenn die Wahrnehmung der Tauschoption für einige Inhaber wirtschaftlich vorteilhaft erscheint. Die Inhaber handeln nicht immer in der erwarteten Weise, weil zum Beispiel die steuerlichen Folgen aus der Wandlung bei jedem Inhaber unterschiedlich sein können. Darüber hinaus unterliegt die Wahrscheinlichkeit der Wandlung zeitlichen Veränderungen. Die vertragliche Verpflichtung des Unternehmens zu künftigen Zahlungen bleibt offen stehend, bis sie durch Wandlung, Fälligkeit des Instruments oder andere Umstände getilgt ist.
31. IAS 39 behandelt die Bewertung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten. Eigenkapitalinstrumente sind Finanzinstrumente, die einen Residualanspruch an den Vermögenswerten eines Unternehmens nach Abzug aller dazugehörigen Schulden begründen. Bei der Verteilung des erstmaligen Buchwertes eines zusammengesetzten Finanzinstruments auf die Eigen- und Fremdkapitalkomponenten wird der Eigenkapitalkomponente der Restwert zugewiesen, der sich nach Abzug des getrennt für die Schuldkomponente ermittelten Betrags vom beizulegenden Zeitwert des gesamten Instruments ergibt. Der Wert der derivativen Ausstattungsmerkmale (z. B. einer Kaufoption), die in ein zusammengesetztes Finanzinstrument eingebettet sind und keine Eigenkapitalkomponente darstellen (z. B. eine Option zur Umwandlung in ein Eigenkapitalinstrument) wird der Schuldkomponente hinzugerechnet. Die Summe der Buchwerte, die für die Fremd- und die Eigenkapitalkomponente beim erstmaligen Ansatz in der Bilanz ermittelt werden, ist in jedem Fall gleich dem beizulegenden Zeitwert, der für das Finanzinstrument als Ganzes anzusetzen wäre. Durch den getrennten erstmaligen Ansatz der Komponenten des Instruments entstehen keine Gewinne oder Verluste.
32. Bei dem in Paragraph 31 beschriebenen Ansatz bestimmt der Emittent einer in Stammaktien wandelbaren Anleihe zunächst den Buchwert der Schuldkomponente, indem er den beizulegenden Zeitwert einer ähnlichen, nicht mit einer Eigenkapitalkomponente verbundenen Verbindlichkeit (einschließlich aller eingebetteten derivativen Ausstattungsmerkmale ohne Eigenkapitalcharakter) ermittelt. Der Buchwert eines Eigenkapitalinstruments, der durch die Option auf Wandlung des Instruments in Stammaktien repräsentiert wird, ergibt sich danach durch Subtraktion des beizulegenden Zeitwertes der finanziellen Verbindlichkeit vom beizulegenden Zeitwert des gesamten zusammengesetzten Finanzinstruments.

Eigene Anteile (siehe auch Paragraph AG36)

33. **Erwirbt ein Unternehmen seine eigenen Eigenkapitalinstrumente zurück, so sind diese Instrumente („eigene Anteile“) vom Eigenkapital abzuziehen. Der Kauf, Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Eigenkapitalinstrumenten werden nicht erfolgswirksam erfasst. Solche eigenen Anteile können vom Unternehmen selbst oder von anderen Konzernunternehmen erworben und gehalten werden. Alle gezahlten oder erhaltenen Gegenleistungen sind direkt im Eigenkapital zu erfassen.**
34. Der Betrag der gehaltenen eigenen Anteile ist gemäß IAS 1 Darstellung des Abschlusses in der Bilanz oder im Anhang gesondert auszuweisen. Beim Rückerwerb eigener Eigenkapitalinstrumente von nahe stehende Unternehmen und Personen sind die Angabepflichten gemäß IAS 24 Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen zu beachten.

Zinsen, Dividenden, Verluste und Gewinne (siehe auch Paragraph AG37)

35. **Zinsen, Dividenden, Verluste und Gewinne im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten oder einem ihrer Komponenten, die finanzielle Verbindlichkeiten darstellen, sind im Periodenergebnis als Erträge bzw. Aufwendungen zu erfassen. Ausschüttungen an Inhaber eines Eigenkapitalinstruments sind, gemindert um alle damit verbundenen Ertragssteuervorteile, vom Unternehmen direkt vom Eigenkapital abzusetzen. Die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion, mit Ausnahme der Kosten für die Ausgabe eines Eigenkapitalinstruments, die einem Unternehmenserwerb direkt zuzurechnen sind (und nach IAS 22 bilanziert werden), sind, gemindert um alle damit verbundenen Ertragssteuervorteile, als Abzug vom Eigenkapital zu bilanzieren.**
36. Die Klassifizierung eines Finanzinstruments als finanzielle Verbindlichkeit oder als Eigenkapitalinstrument ist ausschlaggebend dafür, ob die mit diesem Instrument verbundenen Zinsen, Dividenden, Verluste und Gewinne im Periodenergebnis als Erträge oder Aufwendungen erfasst werden. Daher sind auch Dividendenausschüttungen für Anteile, die insgesamt als Schulden angesetzt wurden, genauso wie beispielsweise Zinsen für eine Anleihe als Aufwand zu erfassen. Entsprechend sind auch mit dem Rückkauf oder der Refinanzierung von finanziellen Verbindlichkeiten verbundene Gewinne oder Verluste im Periodenergebnis zu erfassen, während hingegen der Rückkauf oder die Refinanzierung von Eigenkapitalinstrumenten als Bewegungen im Eigenkapital abgebildet werden. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes eines Eigenkapitalinstruments sind im Abschluss nicht auszuweisen.

IAS 32

37. Einem Unternehmen entstehen bei der Ausgabe oder beim Erwerb eigener Eigenkapitalinstrumente in der Regel verschiedene Kosten. Hierzu zählen beispielsweise Register- und andere behördliche Gebühren, an Rechtsberater, Wirtschaftsprüfer und andere professionelle Berater entrichtete Beträge, Druckkosten und Börsenumsatzsteuern. Die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion sind als Abzug vom Eigenkapital (gemindert um alle damit verbundenen Ertragssteuervorteile) zu bilanzieren, soweit es sich um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt, die andernfalls vermieden worden wären. Die Kosten einer eingestellten Eigenkapitaltransaktion sind als Aufwand zu erfassen.
38. Transaktionskosten, die mit der Ausgabe eines zusammengesetzten Finanzinstruments verbunden sind, sind den Fremd- und Eigenkapitalkomponenten des Finanzinstruments proportional zu der Zurechnung des aufgenommenen Kapitals zuzuordnen. Transaktionskosten, die sich insgesamt auf mehr als eine Transaktion beziehen, beispielsweise Kosten eines gleichzeitigen Zeichnungsangebots für neue Aktien und für die Börsennotierung von bereits ausgegebenen Aktien, sind anhand eines sinnvollen, bei ähnlichen Transaktionen verwendeten Schlüssels auf die einzelnen Transaktionen umzulegen.
39. Der Betrag der Transaktionskosten, der in der Periode als Abzug vom Eigenkapital bilanziert wurde, ist nach IAS 1 *Darstellung des Abschlusses* gesondert anzugeben. Die damit verbundenen Ertragssteuern, die direkt im Eigenkapital erfasst sind, sind in den Gesamtbetrag der dem Eigenkapital gutgeschrieben oder belasteten tatsächlichen und latenten Ertragssteuern einzubeziehen, die gemäß IAS 12 *Ertragssteuern* anzugeben sind.
40. Als Aufwendungen eingestufte Dividenden können in der Gewinn- und Verlustrechnung entweder mit Zinsaufwendungen für andere Verbindlichkeiten in einem Posten zusammengefasst oder gesondert ausgewiesen werden. Zusätzlich zu den Anforderungen dieses Standards sind bei Zinsen und Dividenden die Angabepflichten von IAS 1 und IAS 30 *Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen* zu beachten. Sofern jedoch, beispielsweise im Hinblick auf die steuerliche Abzugsfähigkeit, Unterschiede in der Behandlung von Dividenden und Zinsen bestehen, ist ein gesonderter Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung wünschenswert. Bei den Berichtsangaben zu steuerlichen Einflüssen sind die Anforderungen gemäß IAS 12 zu erfüllen.
41. Gewinne und Verluste infolge von Änderungen des Buchwertes einer finanziellen Verbindlichkeit sind selbst dann als Ertrag oder Aufwand im Periodenergebnis zu erfassen, wenn sie sich auf ein Instrument beziehen, das einen Residualanspruch auf die Vermögenswerte des Unternehmens im Austausch gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte begründet (siehe Paragraph 18(b)). Nach IAS 1 sind Gewinne und Verluste, die durch die Neubewertung eines derartigen Instruments entstehen, gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen, wenn dies für die Erläuterung der Ertragslage des Unternehmens relevant ist.

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten (siehe auch Paragraphen AG38 und AG39)

42. **Die Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und die Angabe der Nettobeträge in der Bilanz hat dann, und nur dann, zu folgen, wenn ein Unternehmen:**

(a) **zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Rechtsanspruch hat, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen;**

und

(b) **beabsichtigt, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen, oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.**

Wenn die Übertragung eines finanziellen Vermögenswertes die Voraussetzungen für eine Ausbuchung nicht erfüllt, dürfen der übertragene Vermögenswert und die verbundene Verbindlichkeit bei der Bilanzierung nicht saldiert werden (siehe IAS 39, Paragraph 36).

43. Dieser Standard schreibt die Darstellung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten auf Nettobasis vor, wenn dadurch die erwarteten künftigen Cashflows eines Unternehmens aus dem Ausgleich von zwei oder mehreren verschiedenen Finanzinstrumenten abgebildet werden. Wenn ein Unternehmen das Recht hat, einen einzelnen Nettobetrag zu erhalten bzw. zu zahlen, und dies auch zu tun beabsichtigt, hat es tatsächlich nur einen einzigen finanziellen Vermögenswert bzw. nur eine einzige finanzielle Verbindlichkeit. In anderen Fällen werden die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Eigenschaft als Ressource oder Verpflichtung des Unternehmens voneinander getrennt dargestellt.

44. Die Saldierung eines erfassten finanziellen Vermögenswertes mit einer erfassten finanziellen Verbindlichkeit einschließlich der Darstellung des Nettobetrag unterscheidet sich von der Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes und einer finanziellen Verbindlichkeit in der Bilanz. Während die Saldierung nicht zur Erfassung von Gewinnen und Verlusten führt, hat die Ausbuchung eines Finanzinstruments aus der Bilanz nicht nur die Entfernung eines vorher bilanzwirksamen Postens, sondern möglicherweise auch die Erfassung von Gewinnen oder Verlusten zur Folge.
45. Der Anspruch auf Verrechnung ist ein auf vertraglicher oder anderer Grundlage beruhendes, einklagbares Recht eines Schuldners, einen Teilbetrag oder den gesamten Betrag einer einem Gläubiger geschuldeten Verbindlichkeit mit einer Forderung zu verrechnen, die dem Schuldner selbst gegenüber dem betreffenden Gläubiger zusteht. In ungewöhnlichen Fällen kann ein Schuldner berechtigt sein, eine Forderung gegenüber einem Dritten mit einer geschuldeten Verbindlichkeit gegenüber dem Gläubiger zu verrechnen, vorausgesetzt, dass zwischen allen drei Beteiligten eine eindeutige Vereinbarung über den Anspruch auf Verrechnung vorliegt. Da der Anspruch auf Verrechnung ein gesetzliches Recht ist, sind die Bedingungen, unter denen Verrechnungsvereinbarungen gültig sind, abhängig von den Gebräuchen des Rechtskreises, in dem sie getroffen werden; daher sind im Einzelfall immer die für das Vertragsverhältnis zwischen den Parteien maßgeblichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen.
46. Besteht ein einklagbarer Anspruch auf Verrechnung, wirkt sich dieses nicht nur auf die Rechte und Verpflichtungen aus, die mit den betreffenden finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten verbunden sind; es kann auch einen Einfluss auf die Ausfall- und Liquiditätsrisiken haben, denen das Unternehmen ausgesetzt ist. Das Bestehen eines solchen Rechtes stellt dabei jedoch noch keine hinreichende Voraussetzung für die Saldierung von Vermögens- und Schuldposten dar. Wenn keine Absicht besteht, dieses Recht auch tatsächlich auszuüben oder die jeweiligen Forderungen und Verbindlichkeiten zum gleichen Zeitpunkt zu bedienen, wirkt es sich weder auf die Beträge noch auf den zeitlichen Anfall der erwarteten Cashflows eines Unternehmens aus. Wenn ein Unternehmen beabsichtigt, von dem Anspruch auf Verrechnung Gebrauch zu machen oder die jeweiligen Forderungen und Verbindlichkeiten zum gleichen Zeitpunkt zu bedienen, spiegelt die Nettodarstellung des Vermögenswertes und der Verbindlichkeit die Beträge, den zeitlichen Anfall und die damit verbundenen Risiken künftiger Cashflows besser wider als die Bruttodarstellung. Die bloße Absicht eines oder beider Vertragsparteien, Forderungen und Schulden auf Nettobasis ohne rechtlich bindende Vereinbarung auszugleichen, stellt keine ausreichende Grundlage für eine bilanzielle Saldierung dar, da die mit den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten verbundenen Rechte und Verpflichtungen unverändert fortbestehen.
47. Die Absichten eines Unternehmens bezüglich der Erfüllung von einzelnen Vermögens- und Schuldposten können durch die üblichen Geschäftspraktiken, die Anforderungen der Finanzmärkte und andere Umstände beeinflusst werden, die die Fähigkeit zur Bedienung auf Nettobasis oder zur gleichzeitigen Bedienung begrenzen. Wenn ein Unternehmen einen Anspruch auf Aufrechnung hat, aber nicht beabsichtigt, auf Nettobasis auszugleichen bzw. den Vermögenswert zu realisieren und gleichzeitig die Verbindlichkeit zu begleichen, wird der Effekt des Rechtes auf das Ausfallrisiko des Unternehmens gemäß Paragraph 76 angegeben.
48. Der gleichzeitige Ausgleich von zwei Finanzinstrumenten kann zum Beispiel durch direkten Austausch oder über eine Clearingstelle in einem organisierten Finanzmarkt erfolgen. In solchen Fällen findet tatsächlich nur ein einziger Finanzmitteltransfer statt, wobei weder ein Ausfall- noch ein Liquiditätsrisiko besteht. Erfolgt der Ausgleich über zwei voneinander getrennte (zu erhaltende bzw. zu leistende) Zahlungen, kann ein Unternehmen durchaus einem Ausfallrisiko im Hinblick auf den vollen Betrag der betreffenden finanziellen Forderungen und einem Liquiditätsrisiko im Hinblick auf den vollen Betrag der finanziellen Verbindlichkeit ausgesetzt sein. Auch wenn sie nur kurzzeitig auftreten, können solche Risiken erheblich sein. Die Gewinnrealisierung eines finanziellen Vermögenswertes und die Begleichung einer finanziellen Verbindlichkeit werden nur dann als gleichzeitig behandelt, wenn die Geschäftsvorfälle zum selben Zeitpunkt erfolgen.
49. Die in Paragraph 42 genannten Voraussetzungen sind im Allgemeinen in den folgenden Fällen nicht erfüllt, so dass eine Saldierung unangemessen ist:
- (a) wenn mehrere verschiedene Finanzinstrumente kombiniert werden, um die Merkmale eines einzelnen Finanzinstruments (eines „synthetischen Finanzinstruments“) nachzuahmen;
 - (b) wenn aus Finanzinstrumenten sich ergebende finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die das gleiche Risikoprofil haben (wenn sie beispielsweise zu einem Portfolio von Termingeschäften oder anderen Derivaten gehören), gegenüber verschiedenen Partnern bestehen;
 - (c) wenn finanzielle oder andere Vermögenswerte als Sicherheit für finanzielle Verbindlichkeiten ohne Rückgriff verpfändet wurden;

IAS 32

- (d) wenn finanzielle Vermögenswerte von einem Schuldner in ein Treuhandverhältnis gegeben werden, um eine Verpflichtung zu begleichen, ohne dass die Vermögenswerte vom Gläubiger zum Ausgleich der Verbindlichkeit akzeptiert worden sind (beispielsweise eine Tilgungsfondsvereinbarung);

oder

- (e) wenn bei Verpflichtungen, die aus Schadensereignissen entstehen, zu erwarten ist, dass diese durch Ersatzleistungen von Dritten beglichen werden, weil aus einem Versicherungsvertrag ein entsprechender Entschädigungsanspruch abgeleitet werden kann.

50. Ein Unternehmen, das eine Reihe von Geschäften mit Finanzinstrumenten mit einer einzigen Vertragspartei tätigt, kann mit dieser Vertragspartei einen Globalverrechnungsvertrag abschließen. Ein Globalverrechnungsvertrag sieht für den Fall von Nichtzahlung oder Kündigung bei einem einzigen Instrument die sofortige Aufrechnung bzw. Abwicklung aller Finanzinstrumente vor, die durch die Rahmenvereinbarung abgedeckt werden. Solche Rahmenvereinbarungen werden üblicherweise von Finanzinstitutionen verwendet, um sich gegen Verluste aus eventuellen Insolvenzverfahren oder anderen Umständen zu schützen, die dazu führen können, dass die Vertragspartei ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Ein Globalverrechnungsvertrag schafft üblicherweise nur einen bedingten Anspruch auf Verrechnung, der nur im Rechtsweg durchgesetzt werden kann und die Gewinnrealisierung oder Begleichung eines einzelnen finanziellen Vermögenswertes oder einer einzelnen finanziellen Verbindlichkeit nur beeinflussen kann, wenn ein tatsächlicher Zahlungsverzug oder andere Umstände vorliegen, mit denen im gewöhnlichen Geschäftsverlauf nicht zu rechnen ist. Ein Globalverrechnungsvertrag stellt für sich genommen keine Grundlage für eine Saldierung in der Bilanz dar, es sei denn, die Verrechnungsvoraussetzungen gemäß Paragraph 42 werden ebenfalls erfüllt. Wenn finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten im Rahmen eines Globalverrechnungsvertrages nicht miteinander saldiert werden, sind die Auswirkungen der Rahmenvereinbarung auf das Ausfallrisiko des Unternehmens gemäß Paragraph 76 anzugeben.

ANGABEN

51. Die von diesem Standard geforderten Angaben sollen ein besseres Verständnis der Bedeutung von Finanzinstrumenten für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und die Cashflows eines Unternehmens sicherstellen; darüber hinaus sollen sie dazu beitragen, die Beträge, die Zeitpunkte und die Eintrittswahrscheinlichkeit der künftigen Cashflows abschätzen zu können, die aus solchen Finanzinstrumenten resultieren.

52. Geschäfte mit Finanzinstrumenten können dazu führen, dass ein oder mehrere der unten beschriebenen Finanzrisiken vom Unternehmen selbst übernommen oder einem Dritten übertragen werden. Die geforderten Angaben bieten Informationen, die den Abschlussadressaten bei der Bewertung der mit Finanzinstrumenten verbundenen Risiken unterstützen.

- (a) Das **Marktrisiko** beinhaltet drei Arten von Risiken:
- (i) **Währungsrisiko** – Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments auf Grund von Änderungen der Wechselkurse verändern kann.
 - (ii) **Zinsbedingtes Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwertes** – Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments auf Grund von Schwankungen des Marktzinssatzes verändern kann.
 - (iii) **Preisrisiko** – Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments auf Grund von Schwankungen der Marktpreise verändern kann; dabei können solche Fluktuationen sowohl auf Faktoren zurückzuführen sein, die für ein individuelles Finanzinstrument oder seinen Emittenten charakteristisch sind, als auch auf solche, die alle im Markt gehandelten Finanzinstrumente betreffen.

Der Begriff des Marktrisikos umfasst dabei nicht nur mögliche Verluste, sondern auch mögliche Gewinnchancen.

- (b) **Ausfallrisiko** — Risiko, dass eine Vertragspartei bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann und dadurch bei der anderen Partei finanzielle Verluste verursacht.
- (c) **Liquiditätsrisiko** (auch als **Refinanzierungsrisiko** bezeichnet) – Risiko, dass ein Unternehmen möglicherweise nicht in der Lage ist, die Finanzmittel zu beschaffen, die zur Begleichung der im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten eingegangenen Verpflichtungen notwendig sind. Liquiditätsrisiken können auch dadurch entstehen, dass ein finanzieller Vermögenswert nicht jederzeit innerhalb kurzer Frist zu seinem beizulegenden Zeitwert verkauft werden kann.

- (d) *Zinsbedingtes Cashflow-Risiko* – Risiko, dass sich die künftigen Cashflows eines Finanzinstruments auf Grund von Schwankungen des Marktzinssatzes verändern können. Beispielsweise können sich im Fall von variabel verzinslichen Fremdkapitalinstrumenten solche Schwankungen auf Grund von Veränderungen der effektiven Verzinsung des Finanzinstruments ergeben, ohne dass damit korrespondierende Veränderungen des entsprechenden beizulegenden Zeitwertes eintreten.

Form, Ort und Klassen von Finanzinstrumenten

53. Dieser Standard schreibt nicht vor, wie oder wo die geforderten Angaben im Abschluss darzustellen sind. Soweit die erforderlichen Angaben in der Bilanz ausgewiesen werden, brauchen sie im Anhang des Abschlusses nicht wiederholt zu werden. Die geforderten Angaben können je nach Art der Finanzinstrumente und ihrer relativen Bedeutung für das Unternehmen aus einer Kombination von beschreibendem Text und quantitativen Daten bestehen.
54. Der zur Erfüllung der Angabepflichten für einzelne Finanzinstrumente zu wählende Detaillierungsgrad ist anhand der relativen Bedeutung dieser Instrumente zu beurteilen. Es ist notwendig, einen Mittelweg zwischen einem überladenen Bericht mit ausschweifenden Ausführungen zu Details, die dem Abschlussadressaten kaum noch nutzbringende Informationen liefern, und schwer verständlichen Darstellungen wichtiger Sachverhalte wegen zu weitgehender Zusammenfassung der Daten zu beschreiten. Wird beispielsweise in einem Unternehmen jeweils eine große Anzahl von Kontrakten über Finanzinstrumente mit gleichartigen Strukturen abgeschlossen, ohne dass einzelne Kontrakte für sich betrachtet eine wesentliche Bedeutung haben, ist eine gruppenweise Zusammenfassung der Finanzinstrumente sachgerecht. Andererseits können Informationen zu einem einzelnen Finanzinstrument von großer Bedeutung sein, wenn es etwa ein wesentliches Element der Kapitalstruktur eines Unternehmens darstellt.
55. Das Management eines Unternehmens hat die Finanzinstrumente in Klassen zusammenzufassen, die der Art der angabepflichtigen Informationen angemessen sind, wobei neben den Merkmalen der betreffenden Instrumente auch die verwendete Bewertungsgrundlage zu berücksichtigen ist. Im Allgemeinen werden bei der Klasseneinteilung Finanzinstrumente, die zu Anschaffungskosten oder fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, von denen unterschieden, deren Bewertung zum beizulegenden Zeitwert erfolgt. Es sind ausreichende Angaben zu machen, um eine Überleitung auf die betreffenden Bilanzposten zu ermöglichen. Ist ein Unternehmen Vertragspartei von Finanzinstrumenten, die außerhalb des Anwendungsbereichs dieses Standards liegen, dann erfolgt die Klassenbildung so, dass diese finanziellen Vermögenswerte oder finanziellen Verbindlichkeiten getrennt von denjenigen Finanzinstrumenten ausgewiesen werden, die in den Anwendungsbereich dieses Standards fallen. Die Angabepflichten für diese Finanzinstrumente werden in anderen IFRS behandelt.

Risikomanagementpolitik und Sicherungsmaßnahmen

56. **Ein Unternehmen hat die Zielsetzungen und Methoden des Finanzrisikomanagements zu beschreiben, einschließlich der Sicherungsmethode für jede wichtige Art von erwarteten Transaktionen, für die eine Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen erfolgt.**
57. Ein Unternehmen hat zusätzlich zu den spezifischen Angaben über Bestände an und Transaktionen mit Finanzinstrumenten weitere Erläuterungen über das Ausmaß, in dem Finanzinstrumente genutzt werden, über die mit der Nutzung verbundenen Risiken sowie über die Zwecke, die damit für das Geschäft erfüllt werden sollen, vorzulegen. Zur Erläuterung der Verfahren, die das Managements zur Steuerung der mit Finanzinstrumenten verbundenen Risiken einsetzt, gehören auch Informationen über die unternehmensinternen Richtlinien, die zur Sicherung von Risikopositionen, zur Vermeidung übermäßiger Risikokonzentrationen und bezüglich der Anforderungen an zusätzliche Sicherheitsleistungen zur Minderung von Ausfallrisiken erlassen wurden. Auf diese Weise können unabhängig von den zu einem bestimmten Stichtag tatsächlich eingesetzten spezifischen Instrumenten weitergehende allgemeine Ansichten vermittelt werden.
58. **Folgende Angaben sind bei einer Absicherung des beizulegenden Zeitwertes, einer Absicherung von Zahlungsströmen und der Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb (laut Definition in IAS 39) gesondert zu machen:**

(a) *eine Beschreibung der Sicherungsbeziehung;*

(b) *eine Beschreibung der Finanzinstrumente, die zum Bilanzstichtag als Sicherungsinstrument eingesetzt wurden, sowie Angaben über ihre beizulegenden Zeitwerte;*

IAS 32

- (c) *die Art der abgesicherten Risiken;*

und

- (d) *im Falle einer Absicherung von Zahlungsströmen Angaben zu den Perioden, in denen die Cashflows erwartungsgemäß eintreten werden, wann diese voraussichtlich bei der Bestimmung des Periodenergebnisses berücksichtigt werden, sowie eine Beschreibung aller erwarteten Transaktionen, für die vormals eine Absicherungsbilanzierung erfolgte, mit deren Eintritt jedoch nicht länger gerechnet wird.*

59. *Wurde ein Gewinn oder Verlust aus einem zur Absicherung von Zahlungsströmen eingesetzten Finanzinstrument über die Aufstellung der Veränderungen des Eigenkapitals direkt im Eigenkapital erfasst, sind folgende Angaben erforderlich:*

- (a) *der Betrag, der während der Berichtsperiode auf diese Weise im Eigenkapital erfasst wurde;*

- (b) *der Betrag, der aus dem Eigenkapital herausgenommen und in das Periodenergebnis einbezogen wurde;*

und

- (c) *der Betrag, der im Rahmen einer Absicherung einer höchstwahrscheinlich eintretenden erwarteten Transaktion während der Berichtsperiode aus dem Eigenkapital herausgenommen und in die erstmalige Bewertung der Anschaffungskosten oder eines anderen Buchwertes eines nicht finanziellen Vermögenswertes oder einer nicht finanziellen Verbindlichkeit einbezogen wurde.*

Ausstattungsmerkmale sowie Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

60. *Für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten, finanziellen Verbindlichkeiten und Eigenkapitalinstrumenten hat ein Unternehmen die folgenden Angaben zu machen:*

- (a) *Informationen über Umfang und Art der Finanzinstrumente einschließlich wesentlicher Vertragsbedingungen, welche die Höhe, die Zeitpunkte und die Eintrittswahrscheinlichkeit künftiger Cashflows beeinflussen können;*

und

- (b) *die angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden einschließlich der Ansatz- und Bewertungskriterien.*

61. *Im Rahmen der Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Unternehmens ist für jede Kategorie von finanziellen Vermögenswerten anzugeben, ob marktübliche Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten zum Handelstag oder zum Erfüllungstag bilanziert wurden (siehe IAS 39, Paragraph 38).*

62. *Die vertraglichen Laufzeiten sowie die sonstigen Konditionen eines Finanzinstruments wirken sich auf die Höhe, die Zeitpunkte und die Eintrittswahrscheinlichkeit künftiger Zahlungsströme zwischen den Vertragsparteien aus. Sofern Finanzinstrumente für sich allein betrachtet oder als Gruppe für die Vermögens- und Finanzlage oder die künftige Ertragslage eines Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, sind Fälligkeiten und sonstige vertragliche Vereinbarungen anzugeben. Sind die einzelnen von einem Unternehmen eingesetzten Finanzinstrumente für sich betrachtet allesamt unbedeutend im Hinblick auf die künftigen Cashflows, ist über die wesentlichen Merkmale von zu Gruppen zusammengefassten gleichartigen oder ähnlichen Instrumenten zu berichten.*

63. *Wenn bei einzelnen Finanzinstrumenten oder ganzen Klassen von Finanzinstrumenten, die von einem Unternehmen gehalten werden oder begeben wurden, die in Paragraph 52 beschriebenen signifikanten Finanzrisiken auftreten können, sind folgende Angaben über Laufzeiten und vertragliche Konditionen notwendig:*

- (a) *festgesetzter Kapitalbetrag, Nennwert oder ein ähnlicher Betrag; für bestimmte Derivate, wie beispielsweise Zinsswaps, kann dies der Betrag sein, auf dem künftige Zahlungen basieren (so genannter Nennbetrag);*

- (b) *Fälligkeitsdatum, Verfalltag oder Ausübungstag;*

- (c) *Optionen, die einer der beteiligten Vertragsparteien eine vorzeitige Ablösung des Finanzinstruments erlauben, einschließlich des Zeitraums oder des Datums, zu dem die Option ausgeübt werden kann, sowie des jeweiligen Ausübungspreises oder der Preisspanne;*

- (d) Optionen, die es einer der beteiligten Vertragspartei erlauben, das Finanzinstrument umzuwandeln in oder einzutauschen gegen ein anderes Finanzinstrument oder einen anderen Vermögenswert bzw. eine andere Verbindlichkeit, einschließlich der Tauschrelation(en) und des jeweiligen Zeitraums oder des Datums, zu dem die Option ausgeübt werden kann;
 - (e) Betrag und zeitlicher Anfall von geplanten zukünftigen Zahlungsmittelzu- oder -abflüssen bezüglich des Kapitalbetrags des Finanzinstruments, einschließlich Rückzahlungsraten sowie Tilgungsplanvereinbarungen und ähnlicher Anforderungen;
 - (f) festgelegte Prozentsätze oder Beträge für Zinsen, Dividenden oder andere sich aus Kapitalbeträgen ergebende, periodisch anfallende Zahlungen sowie der zeitliche Anfall solcher Zahlungen;
 - (g) im Falle von finanziellen Vermögenswerten erhaltene bzw. im Falle von finanziellen Verbindlichkeiten geleistete Sicherheiten;
 - (h) im Fall von Finanzinstrumenten, deren zugehörige Cashflows in einer anderen als der funktionalen Währung des Unternehmens vereinbart sind, die Währung, in der Ein- und Auszahlungen erfolgen;
 - (i) im Fall von Finanzinstrumenten, bei denen ein Tausch möglich ist: Informationen entsprechend den Punkten (a) bis (h) bezüglich desjenigen Instruments, das über den Tausch erworben werden soll;
- und
- (j) alle Konditionen, die mit dem Finanzinstrument oder einer dazugehörigen Vertragsabrede zusammenhängen und deren Missachtung irgendeine der anderen Bedingungen signifikant verändern würde, wie beispielsweise eine vereinbarte Obergrenze für den Verschuldungsgrad bei einer Anleihe, deren Überschreitung zu einer sofortigen Fälligkeit und Rückzahlungsverpflichtung bezüglich des vollen Anleihebetrags führen würde.
64. Wenn der bilanzielle Ausweis eines Finanzinstruments sich von dessen rechtlicher Form unterscheidet, ist es wünschenswert, dass das Unternehmen die Art des Finanzinstruments im Anhang des Abschlusses erläutert.
65. Der Nutzen der Information über den Umfang und die Art der Finanzinstrumente wird weiter erhöht, wenn alle diejenigen Beziehungen zwischen einzelnen Instrumenten herausgestellt werden, die die Beträge, die Zeitpunkte oder die Eintrittswahrscheinlichkeit der künftigen Cashflows eines Unternehmens wesentlich beeinflussen können. So kann es beispielsweise wichtig sein, Sicherungsbeziehungen anzugeben, wie sie bestehen können, wenn ein Unternehmen eine Finanzinvestition in Aktien hält, für die es eine Verkaufsoption erworben hat. Das Ausmaß, in dem die Risikoposition durch die Beziehung zwischen den Vermögenswerten und Verbindlichkeiten verändert wird, kann dem Bilanzadressaten durch Informationen von der Art, wie sie in Paragraph 63 beschrieben werden, deutlich gemacht werden; es kann aber auch erforderlich sein, weitergehende Angaben zu machen.
66. Gemäß IAS 1 ist von einem Unternehmen die Angabe aller maßgeblichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gefordert, einschließlich der allgemeinen Grundsätze und der Methoden, nach denen diese Grundsätze auf Transaktionen sowie andere Ereignisse und Umstände im Geschäftsverlauf des Unternehmens angewendet werden. Bezogen auf die Berichterstattung über Finanzinstrumente impliziert dies Angaben über:
- (a) die Kriterien, nach denen über den Ansatz oder die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit entschieden wird;
 - (b) die Bewertungsgrundsätze, nach denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten beim erstmaligen Ansatz sowie zu den folgenden Bilanzstichtagen bewertet werden;
- und
- (c) die Grundsätze, nach denen aus finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten resultierende Erträge und Aufwendungen erfasst und bewertet werden.

67. Für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten ist anzugeben, wie weit das Unternehmen einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist; diese Berichterstattung schließt ein:

(a) vertraglich festgelegte Fälligkeitstermine oder Zinsanpassungstermine, je nachdem, welche Termine früher liegen;

und

(b) Effektivzinssätze, wenn geeignet.

68. Ein Unternehmen stellt Informationen darüber zur Verfügung, wie sich künftige Änderungen des herrschenden Zinsniveaus auf das Unternehmen auswirken. Änderungen des Marktzinses haben bei einigen finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten direkte Auswirkungen auf die vertraglich festgelegten Cashflows (zinsbedingtes Cashflow-Risiko), bei anderen Finanzinstrumenten wirken sie sich auf den beizulegenden Zeitwert aus (zinsbedingtes Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwertes).

69. Informationen über Fälligkeitsdaten (oder Zinsanpassungstermine, wenn diese früher liegen) geben Aufschluss über den Zeitraum, für den eine Zinsbindung gilt, und Informationen über Effektivzinssätze geben Aufschluss über die Zinsniveaus, für die eine Zinsbindung gilt. Durch die Angabe dieser Informationen erhalten die Abschlussadressaten eine Grundlage für die Bewertung des zinsbedingten Risikos einer Änderung des beizulegenden Zeitwertes, dem das Unternehmen ausgesetzt ist, und damit auch eine Basis für die Abschätzung des Gewinn- oder Verlustpotenzials. Für Finanzinstrumente, die vor ihrer endgültigen Fälligkeit an den Marktzins angepasst werden, ist dabei die Angabe des Zeitraums bis zur nächsten Neufestsetzung des Zinssatzes wichtiger als die Angabe der bis zur Endfälligkeit verbleibenden Zeit.

70. Um die Informationen über vertraglich festgelegte Fälligkeits- und Zinsanpassungstermine zu ergänzen, kann ein Unternehmen Informationen über die erwarteten Zinsanpassungs- oder Fälligkeitstermine angeben, wenn diese wesentlich von den vertraglich festgelegten Terminen abweichen. Die Angabe solcher Informationen ist beispielsweise dann von besonderer Bedeutung, wenn ein Unternehmen mit hinreichender Verlässlichkeit sagen kann, dass beispielsweise ein festverzinsliches Hypothekendarlehen ganz oder teilweise vor Fälligkeit zurückgezahlt wird und auf Grund dieser Erwartung das Management seines Zinsänderungsrisikos erfolgt. Die zusätzlichen Informationen beinhalten die Angabe, dass sie auf den Einschätzungen und Erwartungen des Managements beruhen, und eine Erläuterung, welche Hypothesen den erwarteten Fälligkeits- und Zinsanpassungsterminen zu Grunde liegen und in welchem Umfang die Annahmen von den vertraglichen Vereinbarungen abweichen.

71. Ein Unternehmen gibt an, welchen Risiken seine finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten ausgesetzt sind:

(a) einem zinsbedingten Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwertes, wie beispielsweise festverzinsliche finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten;

(b) einem zinsbedingten Cashflow-Risiko, wie beispielsweise finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten mit einem variablen Zinssatz, der sich mit dem Marktzins ändert;

und

(c) keinem direkten Zinsänderungsrisiko, wie beispielsweise bei einigen Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente.

72. Die Vorschrift in Paragraph 67(b) findet Anwendung auf Anleihen, Schuldverschreibungen, Kredite und ähnliche Finanzinstrumente, die künftige Zahlungen beinhalten, die beim Inhaber zu Erträgen und beim Emittenten zu Aufwendungen führen, welche den Zinseffekt widerspiegeln. Sie gilt nicht für Finanzinstrumente wie Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente und derivative Finanzinstrumente, da diese keinen festsetzbaren Effektivzins beinhalten. Die Angabe eines Effektivzinssatzes ist auch dann nicht erforderlich, wenn Veränderungen im Marktzins bei Finanzinstrumenten wie beispielsweise Zinsderivativen (einschließlich Swaps, Termingeschäften und Optionen) zu einem Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwertes oder einem Cashflow-Risiko führen. Werden Informationen zu Effektivzinssätzen zur Verfügung gestellt, so berichtet das Unternehmen über die Auswirkungen von Sicherungsbeziehungen (beispielsweise von Zinsswaps) auf die eigene Zinsänderungsrisikoposition.

73. Ein Unternehmen kann einem Zinsänderungsrisiko auf Grund einer Transaktion ausgesetzt sein, bei der kein finanzieller Vermögenswert oder keine finanzielle Verbindlichkeit in der Bilanz erfasst wird. In solchen Fällen gibt das Unternehmen Informationen an, die dem Bilanzadressaten Art und Ausmaß des bestehenden Zinsänderungsrisikos deutlich machen. Besteht bei einem Unternehmen beispielsweise eine Verpflichtung, Finanzmittel zu einem festen Zinssatz auszuliehen, sind üblicherweise folgende Angaben zu machen: ausgewiesener Kapitalbetrag und Laufzeit des auszuleihenden Betrags sowie die maßgeblichen vertraglichen Bedingungen der Transaktion, die die Zinsänderungsrisikoposition begründen.
74. Die Art des Geschäftsbetriebes eines Unternehmens und das Ausmaß seiner Aktivitäten mit Finanzinstrumenten bestimmt, ob Informationen über Zinsänderungsrisiken in verbaler Form, in Tabellenform oder in einer Kombination beider Darstellungsarten vorgelegt werden. Sofern das Unternehmen eine Vielzahl von Finanzinstrumenten nutzt, die einem zinsbedingten Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwertes oder einem zinsbedingten Cashflow-Risiko unterliegen, kann es zur berichtsmäßigen Darstellung einen oder mehrere der nachfolgenden Ansätze verwenden:
- (a) Bei Finanzinstrumenten, die einem Zinsänderungsrisiko unterliegen, können die Buchwerte in tabellarischer Form aufbereitet werden, gruppiert nach Instrumenten mit vertraglich festgesetzter Fälligkeit oder Zinsanpassung in den folgenden Zeiträumen nach dem Bilanzstichtag:
 - (i) in einem Jahr oder weniger;
 - (ii) in mehr als einem Jahr, jedoch nicht mehr als zwei Jahren;
 - (iii) in mehr als zwei Jahren, jedoch nicht mehr als drei Jahren;
 - (iv) in mehr als drei Jahren, jedoch nicht mehr als vier Jahren;
 - (v) in mehr als vier Jahren, jedoch nicht mehr als fünf Jahren;
 - (vi) in mehr als fünf Jahren.
 - (b) Wird die Ertragskraft eines Unternehmens erheblich von Zinsänderungsrisiken oder Veränderungen dieser Risiken beeinflusst, sind ausführlichere Angaben wünschenswert. Beispielsweise können Unternehmen wie Kreditinstitute für die Angaben zu den Restlaufzeiten von Finanzinstrumenten mit vertraglich festgelegten Fälligkeitsterminen bzw. Zinsanpassungsterminen kürzere Zeiträume wählen:
 - (i) in einem Monat oder weniger nach dem Bilanzstichtag;
 - (ii) in mehr als einem Monat, aber nicht mehr als drei Monaten nach dem Bilanzstichtag;und
 - (iii) in mehr als drei Monaten, aber nicht mehr als zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag.
 - (c) Ein ähnliches Vorgehen ist bei der Berichterstattung über zinsbedingte Cashflow-Risiken möglich. Ein Unternehmen kann die Summe der Buchwerte von klassifizierten variabel verzinslichen finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen – angeordnet nach Fristigkeit – in Tabellenform darstellen.
 - (d) Die Angaben zum Zinssatz können für einzelne Finanzinstrumente dargestellt werden. Alternativ ist auch die Angabe von gewichteten Durchschnittswerten oder Zinsbereichen für die einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten möglich. Laufen die Finanzinstrumente eines Unternehmens auf verschiedene Währungen oder gibt es starke Divergenzen bei den Ausfallrisiken, kann ein Unternehmen die betreffenden Finanzinstrumente verschiedenen Klassen zuordnen, soweit solche Faktoren zu deutlichen Unterschieden bei den Effektivzinssätzen führen.

IAS 32

75. Ein nützlicher Einblick in die Zinsänderungsrisikoposition eines Unternehmens ergibt sich unter Umständen aus Angaben darüber, wie sich eine hypothetische Veränderung des Marktzins auf den beizulegenden Zeitwert der gehaltenen Finanzinstrumente sowie die künftigen Periodenergebnisse und Cashflows auswirken würde. Solche Angaben könnten beispielsweise auf der Grundlage einer angenommenen Veränderung des Marktzins um 1 % (100 Basispunkte) zum Bilanzstichtag erfolgen. Die Auswirkungen von Zinssatzänderungen umfassen Veränderungen der Zinsaufwendungen und Zinserträge aus variabel verzinslichen Finanzinstrumenten sowie Kursgewinne oder -verluste aus festverzinslichen Finanzinstrumenten, die sich aus Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes ergeben. Die Berichterstattung über die Sensitivität gegenüber Zinssatzänderungen kann auf die direkten Auswirkungen der Zinsbewegungen auf die zum Bilanzstichtag erfassten verzinslichen Finanzinstrumente beschränkt werden, da üblicherweise kaum verlässliche Aussagen über die indirekten Wirkungen solcher Änderungen auf Märkte und Unternehmen gegeben werden können. Wenn ein Unternehmen Angaben zur Zinsänderungssensitivität macht, sind auch die Grundlagen für die Aufbereitung der Informationen einschließlich der signifikanten Annahmen anzugeben.

Ausfallrisiko

76. **Für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und anderen Ausfallrisikopositionen ist anzugeben, wie weit das Unternehmen einem Ausfallrisiko ausgesetzt ist; diese Berichterstattung schließt ein:**

- (a) **die Angabe des Betrags, der das maximale Ausfallrisiko, dem das Unternehmen zum Bilanzstichtag ausgesetzt ist, für den Fall, dass Dritte ihren Verpflichtungen aus entsprechenden Finanzinstrumenten nicht nachkommen, am zutreffendsten wiedergibt. Der beizulegende Zeitwert von Sicherheiten ist nicht zu berücksichtigen;**

und

- (b) **die Angabe von erheblichen Ausfallrisikokonzentrationen.**

77. Ein Unternehmen stellt den Bilanzadressaten Informationen über das Ausfallrisiko zur Verfügung, damit sie einschätzen können, inwieweit sich der Betrag künftiger Zahlungsmittelzuflüsse aus finanziellen Vermögenswerten zum Bilanzstichtag reduzieren oder ein Mittelabfluss aus anderen Ausfallrisikopositionen (wie z. B. einem Kreditderivat oder einer Garantieübernahme für Verpflichtungen eines Dritten) erforderlich sein könnte, wenn die Vertragsparteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Solche Ausfälle führen zu Verlusten, die im Periodenergebnis eines Unternehmens zu erfassen sind. Paragraph 76 fordert von einem Unternehmen keine Angabe seiner Einschätzung der Wahrscheinlichkeit künftiger Verluste.

78. Beträge, die einem Ausfallrisiko ausgesetzt sind, werden aus den folgenden Gründen unabhängig von möglichen Erlösen aus Gewinnrealisierungen durch Sicherheiten (das maximale Ausfallrisiko eines Unternehmens) angegeben:

- (a) dem Abschlussadressaten sind konsistent gemessene Angaben zum Ausfallrisiko für finanzielle Vermögenswerte und andere Ausfallrisikopositionen zur Verfügung zu stellen;

und

- (b) es ist der Möglichkeit Rechnung zu tragen, dass das maximale Ausfallrisiko vom Buchwert der finanziellen Vermögenswerte zum Bilanzstichtag differiert.

79. Bei mit einem Ausfallrisiko behafteten finanziellen Vermögenswerten gibt der in der Bilanz nach Abzug etwaiger Wertberichtigungen erfasste Buchwert für gewöhnlich die Höhe des Ausfallrisikos zutreffend wieder. Für den Fall, dass zum Beispiel ein Zinsswap zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wird, stellt normalerweise der in der Bilanz angesetzte Buchwert das maximale Verlustrisiko zum Bilanzstichtag dar, da dieser Betrag gleichzeitig den Kosten entspricht, die zu herrschenden Marktpreisen aufgewendet werden müssten, um den betreffenden Zinsswap beim Ausfall der ursprünglichen Vertragspartei durch eine neue, äquivalente Vereinbarung zu ersetzen. Über die in der Bilanz enthaltenen Informationen hinaus sind also in solchen Fällen keine weiteren Angaben erforderlich. Andererseits kann das maximale potenzielle Verlustrisiko eines Unternehmens bei einigen Finanzinstrumenten signifikant von den entsprechenden Buchwerten oder von anderen angegebenen Werten (wie beispielsweise dem beizulegenden Zeitwert oder dem Kapitalbetrag) abweichen. In diesen Fällen sind zusätzliche Angaben erforderlich, um die Anforderungen von Paragraph 76(a) zu erfüllen.

80. Ein finanzieller Vermögenswert, der einem Rechtsanspruch auf Verrechnung mit einer finanziellen Verpflichtung unterliegt, darf in der Bilanz solange nicht um die Verbindlichkeit vermindert ausgewiesen werden, wie nicht die Absicht besteht, die Abwicklung insgesamt auf Nettobasis vorzunehmen oder zu einem gleichzeitigen Ausgleich von finanziellem Vermögenswert und Verbindlichkeit zu gelangen. Das Unternehmen gibt in solchen Fällen allerdings den Anspruch auf Verrechnung an und stellt Informationen gemäß Paragraph 76 zur Verfügung. Erhält beispielsweise ein Unternehmen die Erlöse aus der Realisierung eines finanziellen Vermögenswertes vor der Erfüllung einer (gleich hohen oder höheren) finanziellen Verbindlichkeit mit Anspruch auf Verrechnung, so ist es dem Unternehmen möglich, im Fall einer Zahlungsunfähigkeit der Vertragspartei Verluste zu vermeiden, indem eine Verrechnung vorgenommen wird. Reagiert ein Unternehmen dagegen auf die Zahlungsunfähigkeit einer Vertragspartei dadurch, dass es die Zahlungsfrist für den finanziellen Vermögenswert verlängert, unterliegt es einem Ausfallrisiko, wenn der verlängerte Fälligkeitstermin dem Fälligkeitszeitpunkt der aufrechenbaren Verbindlichkeit nachgelagert ist. Um die Bilanzadressaten darüber zu informieren, in welchem Ausmaß das Ausfallrisiko zu einem bestimmten Zeitpunkt verringert wurde, gibt das Unternehmen das Vorhandensein und die Auswirkungen eines Anspruchs auf Verrechnung an, wenn der finanzielle Vermögenswert gemäß der Fälligkeit beizutreiben ist. Wenn die finanzielle Verpflichtung, für die ein Anspruch auf Verrechnung besteht, vor dem finanziellen Vermögenswert fällig ist, ist das Unternehmen einem Ausfallrisiko über den vollen Buchwert des Vermögenswertes ausgesetzt, wenn die Vertragspartei ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, nachdem die Verbindlichkeit ausgeglichen wurde.
81. Um Verlustrisiken zu mindern, hat ein Unternehmen möglicherweise Globalverrechnungsverträge abgeschlossen, ohne dass damit auch eine bilanzielle Saldierung zulässig ist. Wenn ein Globalverrechnungsvertrag zu einer signifikanten Reduzierung des Ausfallrisikos bei finanziellen Vermögenswerten geeignet ist, die nicht gegen finanzielle Verpflichtungen derselben Vertragspartei zu saldieren sind, stellt das Unternehmen zusätzliche Informationen über die Auswirkungen des Vertrags bereit. Solche Angaben zeigen, dass:
- (a) das Ausfallrisiko bei finanziellen Vermögenswerten, die einem Globalverrechnungsvertrag unterliegen, nur in dem Maße ausgeschaltet wird, wie die finanziellen Verpflichtungen gegenüber derselben Vertragspartei nach Realisierung des Vermögenswertes ausgeglichen werden;
- und
- (b) das Ausmaß, bis zu dem die gesamten Ausfallrisikopositionen eines Unternehmens durch einen Globalverrechnungsvertrag reduziert werden, sich bereits kurze Zeit nach dem Bilanzstichtag beträchtlich ändern kann, weil die Höhe des Ausfallrisikos von jeder Transaktion beeinflusst wird, die Gegenstand eines Globalverrechnungsvertrags ist.
- Es ist außerdem wünschenswert, dass ein Unternehmen die Bedingungen seines Globalverrechnungsvertrages angibt, die das Ausmaß der Ausfallrisikoreduzierung bestimmen.
82. Ein Unternehmen kann einem Ausfallrisiko auf Grund einer Transaktion ausgesetzt sein, bei der kein finanzieller Vermögenswert in der Bilanz erfasst wird, wie dies beispielsweise bei einer Finanzgarantie oder einem Kreditausfallvertrag der Fall ist. Die Übernahme einer Garantie für Verpflichtungen Dritter begründet eine Verbindlichkeit und setzt den Garantiegeber oder den Bürgen einem Ausfallrisiko aus, dem ebenfalls im Rahmen der Angabepflichten gemäß Paragraph 76 Rechnung zu tragen ist.
83. Eine Konzentration von Ausfallrisiken, die zu einem wesentlichen Verlustpotenzial führen, wenn die Vertragsparteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ist anzugeben, sofern sie nicht bereits aus anderen Darstellungen zu Art und Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens ersichtlich ist. Die Feststellung solcher Risikokonzentrationen erfordert eine vernünftige kaufmännische Beurteilung des Managements, bei der auch die Situation des Unternehmens und die seiner Schuldner zu berücksichtigen ist. Den Ausgangspunkt für die Identifizierung wesentlicher Ausfallrisikokonzentrationen bilden Unternehmenssegmente, die in Anlehnung an IAS 14 *Segmentberichterstattung* nach Industrie-segment und geographischen Segmenten ermittelt werden können.
84. Die Konzentration von Ausfallrisiken kann aus Geschäftsbeziehungen zu einzelnen Schuldnern oder zu Schuldnergruppen resultieren, deren gemeinsame Merkmale erwarten lassen, dass die betreffenden Schuldner(gruppen) bei Veränderungen der wirtschaftlichen Lage oder anderer Bedingungen in gleicher Weise in ihrer Schuldentilgungsfähigkeit beeinträchtigt sein werden. Zu den Merkmalen der Schuldner, die zu einer Konzentration von Ausfallrisiken führen können, gehören die Art der Tätigkeit des Schuldners, etwa in Abhängigkeit vom jeweiligen Wirtschaftszweig, ferner die Regionen, in denen die Schwerpunkte ihrer Geschäfte liegen, sowie die Kreditwürdigkeit der verschiedenen Schuldner(gruppen). So wird ein Unternehmen, das beispielsweise Ausrüstungen für die Öl- und Gasindustrie produziert, normalerweise vor allem Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aufweisen, deren Bonität durch die wirtschaftliche Entwicklung der Öl- und Gasindustrie bestimmt ist. Ein Kreditinstitut mit internationalem Kreditgeschäft, das zahlreiche Ausleihungen an weniger entwickelte Länder in seinem Portfolio hält und dadurch Ausfallrisiken ausgesetzt ist, ist stark von der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Schuldnerländer abhängig.

IAS 32

85. Zu den Angaben über die Konzentration von Ausfallrisiken gehören eine Beschreibung der gemeinsamen Merkmale, die für jedes einzelne Risikobündel charakteristisch sind, und die betragsmäßigen Angaben zum maximalen Ausfallrisiko aller finanziellen Vermögenswerte, die zu dem betreffenden Risikobündel gehören.

Beizulegender Zeitwert

86. ***Sofern Paragraph 90 nicht etwas anderes besagt, hat ein Unternehmen den beizulegenden Zeitwert für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten so anzugeben, dass ein Vergleich mit den entsprechenden Buchwerten in der Bilanz möglich ist. (IAS 39 enthält Anleitungen zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes.)***
87. Informationen über den beizulegenden Zeitwert werden vielfach für Geschäftszwecke genutzt, um die Vermögens- und Finanzlage eines Unternehmens insgesamt zu ermitteln und Entscheidungen über einzelne Finanzinstrumente zu treffen. Sie sind außerdem relevant für viele Entscheidungen, die die Abschlussadressaten zu treffen haben; denn der beizulegende Zeitwert spiegelt in vielen Fällen die Erwartungen der Finanzmärkte bezüglich des Barwertes künftiger Cashflows wider, die aus einem bestimmten Finanzinstrument resultieren. Informationen über den beizulegenden Zeitwert ermöglichen den Vergleich verschiedener Finanzinstrumente, die im Wesentlichen die gleichen wirtschaftlichen Merkmale haben, unabhängig davon, warum sie gehalten werden und wann und von wem sie emittiert bzw. erworben wurden. Beizulegende Zeitwerte bilden eine neutrale Grundlage für Urteile darüber, wie gut das Management im Auftrag der Eigner gearbeitet hat, indem sie die Folgen von Entscheidungen über den Kauf, den Verkauf oder das Halten von finanziellen Vermögenswerten und über die Aufnahme, das Halten oder die Tilgung von finanziellen Verbindlichkeiten abbilden. Wenn ein Unternehmen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten in der Bilanz nicht zu beizulegenden Zeitwerten ansetzt, sind Informationen über den beizulegenden Zeitwert in Form von zusätzlichen Angaben bereitzustellen.
88. Bei Finanzinstrumenten wie kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen kann auf die Angabe des beizulegenden Zeitwertes verzichtet werden, wenn der Buchwert einen angemessenen Näherungswert für den beizulegenden Zeitwert darstellt.
89. Bei der Angabe der beizulegenden Zeitwerte sind die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten in Klassen einzuteilen, wobei eine Saldierung zwischen den verschiedenen Klassen nur in dem Maße zulässig ist, wie die zugehörigen Buchwerte in der Bilanz saldiert werden.
90. ***Werden Finanzinvestitionen in nicht notierte Eigenkapitalinstrumente oder mit diesen verknüpfte Derivate gemäß IAS 39 zu Anschaffungskosten bewertet, da ihr beizulegender Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann, so ist dieser Umstand zusammen mit einer Beschreibung der Finanzinstrumente, ihren Buchwerten, einer Erklärung, warum der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann, und, sofern möglich, einer Schätzungsbandbreite, innerhalb der der beizulegende Zeitwert höchstwahrscheinlich liegt, anzugeben. Werden finanzielle Vermögenswerte verkauft, deren beizulegender Zeitwert vorher nicht verlässlich bestimmt werden konnte, so ist zusätzlich diese Tatsache als solche, der Buchwert der besagten finanziellen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Verkaufs sowie die Höhe des erfassten Gewinns oder Verlusts anzugeben.***
91. Werden Finanzinvestitionen in nicht notierte Eigenkapitalinstrumente oder mit diesen verknüpfte Derivate gemäß IAS 39 zu Anschaffungskosten bewertet, da ihr beizulegender Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann, brauchen die in Paragraph 86 und 92 dargestellten Informationen über den beizulegenden Zeitwert nicht angegeben zu werden. Statt dessen sind Informationen bereitzustellen, die es den Bilanzadressaten ermöglichen, ihre eigenen Schlussfolgerungen über das Ausmaß der möglichen Abweichungen zwischen den Buchwerten und den beizulegenden Zeitwerten der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten zu ziehen. Der Verzicht auf die Angaben ist zu begründen, und die wesentlichen, für die Bewertung entscheidenden Merkmale und Märkte der Finanzinstrumente sind zu erläutern. In einigen Fällen kann es insgesamt ausreichend sein, die gemäß Paragraph 60 geforderten Angaben zu Laufzeiten und Vertragsbedingungen der betreffenden Finanzinstrumente zu machen. Das Management kann auch seine Einschätzung des Verhältnisses von Buchwert und beizulegendem Zeitwert bei denjenigen finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten mitteilen, bei denen eine verlässliche Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes nicht möglich ist, sofern eine vernünftige Grundlage dafür besteht.
92. ***Folgende Angaben sind von einem Unternehmen zu machen:***
- (a) ***die Methoden und wesentlichen Annahmen, die zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten herangezogen werden, getrennt für jede maßgebliche Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. (Paragraph 55 enthält Leitlinien für die Einteilung von finanziellen Vermögenswerten in verschiedene Klassen.)***

- (b) ob die beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten direkt durch teilweise oder vollständige Bezugnahme auf öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt bestimmt oder durch Anwendung einer bestimmten Bewertungsmethode geschätzt werden (siehe IAS 39, Paragraph AG71-AG79).
- (c) ob in seinem Abschluss Finanzinstrumente enthalten sind, die zu beizulegenden Zeitwerten bewertet werden, welche vollständig oder teilweise mithilfe einer Bewertungsmethode bestimmt werden, die auf Annahmen beruht, die nicht durch notierte Marktpreise oder Zinssätze gestützt werden. Würde die Veränderung einer derartigen Annahme in eine vernünftigerweise mögliche Alternative einen wesentlich anderen beizulegenden Zeitwert ergeben, hat das Unternehmen diese Tatsache anzugeben und die Auswirkung einer Bandbreite vernünftigerweise möglicher alternativer Annahmen offen zu legen. Zu diesem Zweck ist die Wesentlichkeit unter Bezugnahme auf das Periodenergebnis und die Summe der Vermögenswerte oder der Verbindlichkeiten einzuschätzen.
- (d) der Gesamtbetrag der Veränderung des mithilfe einer Bewertungsmethode geschätzten beizulegenden Zeitwertes, der für die Berichtsperiode erfolgswirksam erfasst wurde.
93. Zu den Angaben über den beizulegenden Zeitwert gehört auch die Darlegung der zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes angewendeten Methode sowie der dabei verwendeten signifikanten Annahmen. Beispielsweise hat ein Unternehmen Angaben über die Annahmen in Bezug auf Vorfalligkeitsraten, geschätzte Kreditausfallquoten sowie über Zins- und Abzinsungssätze zu machen, sofern diese wesentlich sind.

Weitere Angaben

Ausbuchung

94. (a) Ein Unternehmen kann entweder einen finanziellen Vermögenswert übertragen (siehe IAS 39, Paragraph 18) oder eine in Paragraph 19 von IAS 39 beschriebene Art der Vereinbarung in einer Weise abgeschlossen haben, dass die Vereinbarung nicht die Kriterien einer Übertragung eines finanziellen Vermögenswertes erfüllt. Wenn das Unternehmen den Vermögenswert vollständig oder in einem Umfang, der dem anhaltenden Engagement des Unternehmens entspricht (siehe IAS 39, Paragraphen 29 und 30), weiterhin erfasst, so sind für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten die folgenden Angaben zu machen:
- (i) Art der Vermögenswerte;
- (ii) Art der mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen, die für das Unternehmen weiterhin bestehen;
- (iii) wenn das Unternehmen den Vermögenswert weiterhin vollständig erfasst, die Buchwerte des Vermögenswertes und der zugehörigen Verbindlichkeit;
- und
- (iv) wenn das Unternehmen den Vermögenswert weiterhin in dem Umfang erfasst, der seinem anhaltenden Engagement entspricht, der Gesamtbetrag des Vermögenswertes, der Betrag des weiterhin erfassten Vermögenswertes sowie der Buchwert der zugehörigen Verbindlichkeit.

Sicherheiten

94. (b) Ein Unternehmen hat den Buchwert von finanziellen Vermögenswerten anzugeben, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten verpfändet wurden, den Buchwert von finanziellen Vermögenswerten, die als Sicherheit für Eventualverbindlichkeiten verpfändet wurden, sowie (in Übereinstimmung mit den Paragraphen 60(a) und 63(g)) alle wesentlichen Vertragsbedingungen in Bezug auf die als Sicherheiten dienenden Vermögenswerte anzugeben.
- (c) Hat ein Unternehmen Sicherheiten angenommen, die es ohne Vorliegen eines Zahlungsverzugs seitens des Eigentümers der Sicherheiten verkaufen oder verpfänden darf, sind folgende Angaben erforderlich:
- (i) der beizulegende Zeitwert der angenommenen Sicherheiten (finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerten);

IAS 32

- (ii) *der Zeitwert aller verkauften oder weiterverpfändeten Sicherheiten und ob das Unternehmen zur Rückgabe an den Eigentümer verpflichtet ist;*

und

- (iii) *alle wesentlichen Vertragsbedingungen, die mit der Nutzung dieser Sicherheiten (in Übereinstimmung mit den Paragraphen 60(a) und 63(g)) verbunden sind.*

Zusammengesetzte Finanzinstrumente mit mehreren eingebetteten Derivaten

94. (d) *Hat ein Unternehmen ein Finanzinstrument emittiert, das sowohl eine Fremd- als auch eine Eigenkapitalkomponente enthält (siehe Paragraph 28), und sind in das Instrument mehrere derivative Ausstattungsmerkmale eingebettet, deren Werte wechselseitig abhängig sind (wie etwa ein kündbares wandelbares Schuldinstrument), so sind dieser Umstand selbst sowie der Effektivzinssatz der Schuldkomponente (abzüglich aller gesondert bilanzierten eingebetteten Derivate) anzugeben.*

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (siehe auch Paragraph AG40)

94. (e) *Ein Unternehmen hat die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten anzugeben,*

- (i) *die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert sind;*

und

- (ii) *bei ihrem erstmaligen Ansatz vom Unternehmen als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten eingestuft wurden (d. h. jene finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, bei denen es sich nicht um Finanzinstrumente handelt, die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert sind).*

- (f) *Hat ein Unternehmen eine finanzielle Verbindlichkeit als Finanzinstrument eingestuft, das erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, sind folgende Angaben erforderlich:*

- (i) *die Höhe der Änderung des beizulegenden Zeitwertes, der nicht auf Änderungen eines Leitzinssatzes (z. B. LIBOR) zurückzuführen ist;*

und

- (ii) *die Differenz zwischen dem Buchwert und dem Betrag, den das Unternehmen vertragsgemäß bei Fälligkeit an den Inhaber der Verpflichtung zahlen müsste.*

Umgliederungen

94. (g) *Sofern ein Unternehmen einen zum beizulegenden Zeitwert angesetzten finanziellen Vermögenswert umgliedert, sodass er nunmehr mit seinen Anschaffungskosten oder fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird (siehe IAS 39, Paragraph 54), sind die Gründe für eine solche Umgliederung anzugeben.*

Gewinn- und Verlustrechnung und Eigenkapital

94. (h) *Ein Unternehmen hat die wesentlichen Ertrags- oder Aufwandsposten sowie Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten anzugeben, unabhängig davon, ob sie im Periodenergebnis oder als gesonderter Bestandteil des Eigenkapitals berücksichtigt sind. Zu diesem Zweck sind mindestens die folgenden Angaben zu machen:*

- (i) *der (nach der Effektivzinsmethode berechnete) gesamte Zinsertrag und gesamte Zinsaufwand für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden;*

- (ii) *bei zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten die Gewinne oder Verluste, die in der Berichtsperiode direkt im Eigenkapital erfasst wurden, sowie der Betrag, der aus dem Eigenkapital entfernt und in das Periodenergebnis einbezogen wurde;*

und

- (iii) *die Höhe des für wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte aufgelaufenen Zinsertrags in Übereinstimmung mit IAS 39, Paragraph AG93.*

Wertminderung

94. (i) *Ein Unternehmen hat getrennt für jede maßgebliche Klasse von finanziellen Vermögenswerten (Paragraph 55 enthält Leitlinien für die Einteilung von finanziellen Vermögenswerten in verschiedene Klassen) Angaben über Art und Höhe aller im Periodenergebnis erfassten Wertminderungsaufwendungen eines finanziellen Vermögenswertes zu machen.*

Forderungsausfälle und Vertragsverletzungen

94. (j) *In Bezug auf alle in der Berichtsperiode eingetretenen Ausfälle von Tilgungs-, Zins-, Tilgungsfonds- oder Rückkaufzahlungen für am Bilanzstichtag erfasste Darlehensverbindlichkeiten sowie andere in der Berichtsperiode eingetretene Verletzungen von Darlehensverträgen, sind, wenn diese Verletzungen den Kreditgeber dazu berechtigen, eine Rückzahlung zu verlangen (außer bei Verletzungen, die bis zum Bilanzstichtag behoben wurden oder zu einer Neuverhandlung der Darlehensbedingungen geführt haben), folgende Angaben zu machen:*

- (i) *Einzelheiten dieser Verletzungen;*

- (ii) *der am Bilanzstichtag in Bezug auf die Darlehensverbindlichkeiten, bei denen die Verletzung auftrat, erfasste Betrag*

und

- (iii) *in Bezug auf die unter (ii) angegebenen Beträge, ob der Forderungsausfall vor dem Tag der Freigabe des Abschlusses zur Veröffentlichung behoben oder die Darlehenskonditionen neu verhandelt wurden.*

95. *Bei den Angaben zu Verletzungen von Darlehensverträgen gemäß Paragraph 94(j) umfassen Darlehensverbindlichkeiten ausgegebene Schuldinstrumente und finanzielle Verbindlichkeiten mit Ausnahme kurzfristiger Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die den üblichen Zahlungsfristen unterliegen. Tritt in der Berichtsperiode eine derartige Verletzung auf und wird diese Verletzung bis zum Bilanzstichtag nicht behoben oder werden die Konditionen der Darlehensverbindlichkeit nicht neu verhandelt, so ist die Auswirkung der Verletzung auf die Klassifizierung der Verbindlichkeit als langfristig oder kurzfristig gemäß IAS 1 zu bestimmen.*

ZEITPUNKT DES INKRAFTTRETENS

96. *Dieser Standard ist erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am 1. Januar 2005 oder danach beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig. Eine Anwendung dieses Standards für Berichtsperioden, die vor dem 1. Januar 2005 beginnen, ist jedoch nur bei zeitgleicher Anwendung von IAS 39 (herausgegeben im Dezember 2003) gestattet. Wenn ein Unternehmen diesen Standard für Berichtsperioden anwendet, die vor dem 1. Januar 2005 beginnen, so ist diese Tatsache anzugeben.*

97. *Dieser Standard ist rückwirkend anzuwenden.*

RÜCKNAHME ANDERER VERLAUTBARUNGEN

98. *Dieser Standard ersetzt IAS 32 Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung, überarbeitet 2000.*

IAS 32

99. Dieser Standard ersetzt die folgenden Interpretationen:
- (a) SIC-5 *Klassifizierung von Finanzinstrumenten – Bedingte Erfüllungsvereinbarungen*;
 - (b) SIC-16 *Gezeichnetes Kapital – Rückgekauft eigene Eigenkapitalinstrumente (eigene Anteile)*;
- und
- (c) SIC-17 *Eigenkapital – Kosten einer Eigenkapitaltransaktion*.
100. Dieser Standard widerruft die Entwurfsfassung der Interpretation SIC D43 *Financial Instruments – Instruments or Rights Redeemable by the Holder*.
-

Anleitungen zur Anwendung IAS 32 Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung

Dieser Anhang ist Bestandteil des Standards.

AG1. In diesen Anleitungen zur Anwendung wird die Umsetzung bestimmter Aspekte des Standards erläutert.

AG2. Der Standard behandelt nicht den Ansatz bzw. die Bewertung von Finanzinstrumenten. Die Anforderungen bezüglich des Ansatzes und der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten sind in IAS 39 *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* dargelegt.

Definitionen (Paragraphen 11-14)

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten

AG3. Zahlungsmittel (flüssige Mittel) stellen einen finanziellen Vermögenswert dar, weil sie das Austauschmedium und deshalb die Grundlage sind, auf der alle Transaktionen im Abschluss bewertet und erfasst werden. Eine Einlage flüssiger Mittel auf ein laufendes Konto bei einer Bank oder einer ähnlichen Finanzinstitution ist ein finanzieller Vermögenswert, weil sie das vertraglich eingeräumte Recht eines Einlegers darstellt, flüssige Mittel von der Bank zu erhalten bzw. einen Scheck oder ein ähnliches Finanzinstrument zu Gunsten eines Gläubigers zur Bezahlung einer finanziellen Verbindlichkeit zu verwenden.

AG4. Typische Beispiele für finanzielle Vermögenswerte, die ein vertraglich eingeräumtes Recht darstellen, flüssige Mittel zu einem künftigen Zeitpunkt zu erhalten, und korrespondierend für finanzielle Verbindlichkeiten, die eine vertragliche Verpflichtung darstellen, flüssige Mittel zu einem künftigen Zeitpunkt abzugeben, sind:

- (a) Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,
 - (b) Wechselforderungen und Wechselverbindlichkeiten,
 - (c) Darlehensforderungen und Darlehensverbindlichkeiten
- und
- (d) Anleiheforderungen und Anleiheverbindlichkeiten.

In allen Fällen steht dem vertraglich eingeräumten Recht der einen Vertragspartei, flüssige Mittel zu erhalten (oder der Verpflichtung, flüssige Mittel abzugeben), korrespondierend die vertragliche Zahlungsverpflichtung (oder das Recht, flüssige Mittel zu erhalten) der anderen Vertragspartei gegenüber.

AG5. Andere Arten von Finanzinstrumenten sind solche, bei denen der (erwartete bzw. begebene) wirtschaftliche Nutzen nicht in flüssigen Mitteln, sondern in einem anderen finanziellen Vermögenswert besteht. Eine Wechselverbindlichkeit aus Regierungsanleihen räumt dem Inhaber beispielsweise das vertragliche Recht ein und verpflichtet den Emittenten vertraglich zur Übergabe von Regierungsanleihen und nicht von flüssigen Mitteln. Regierungsanleihen sind finanzielle Vermögenswerte, weil sie eine Verpflichtung der emittierenden Regierung auf Zahlung flüssiger Mittel darstellen. Wechsel stellen daher für den Wechselinhaber finanzielle Vermögenswerte dar, während sie für den Wechselemitenten finanzielle Verbindlichkeiten präsentieren.

AG6. Ewige Schuldinstrumente (wie beispielsweise ewige schuldrechtliche Papiere, ungesicherte Schuldverschreibungen und Schuldscheine) räumen dem Inhaber normalerweise ein vertragliches Recht auf Erhalt von Zahlungen auf Grund von Zinsen zu festgesetzten Zeitpunkten bis in unbestimmte Zukunft hinein ein. Der Inhaber hat hierbei kein Recht auf Rückhalt des Kapitalbetrags, oder er hat dieses Recht zu Bedingungen, die den Erhalt sehr unwahrscheinlich machen bzw. ihn auf einen Termin in ferner Zukunft festlegen. Ein Unternehmen kann beispielsweise ein Finanzinstrument emittieren, mit dem es sich für alle Ewigkeit zu jährlichen Zahlungen zu einem vereinbarten Zinssatz von 8 % des ausgewiesenen Nennwertes oder Kapitalbetrags von WE 1 000 verpflichtet. (*) Wenn der marktgängige Zinssatz für das Finanzinstrument bei Ausgabe 8 % beträgt, übernimmt der Emittent eine vertragliche Verpflichtung zu einer Reihe von künftigen Zinszahlungen, deren beizulegender Zeitwert (Barwert) beim erstmaligen Ansatz WE 1 000 beträgt. Der Inhaber bzw. der Emittent des Finanzinstruments hat einen finanziellen Vermögenswert bzw. eine finanzielle Verbindlichkeit.

(*) In diesen Anleitungen werden Geldbeträge in „Währungseinheiten“ (WE) angegeben.

IAS 32

- AG7. Ein vertragliches Recht oder eine vertragliche Verpflichtung auf Empfang, Lieferung oder Übertragung von Finanzinstrumenten stellt selbst ein Finanzinstrument dar. Eine Kette von vertraglich vereinbarten Rechten oder Verpflichtungen erfüllt die Definition eines Finanzinstruments, wenn sie letztendlich zum Empfang oder zur Abgabe von Finanzmitteln oder zum Erwerb oder zur Emission von Eigenkapitalinstrumenten führt.
- AG8. Die Fähigkeit zur Ausübung eines vertraglich eingeräumten Rechtes oder die Forderung zur Erfüllung einer vertraglich eingeräumten Verpflichtung kann unbedingt oder abhängig vom Eintreten eines künftigen Ereignisses sein. Zum Beispiel ist eine Bürgschaft ein dem Kreditgeber vertraglich eingeräumtes Recht auf Empfang von Finanzmitteln durch den Bürgen und eine korrespondierende vertraglich eingeräumte Verpflichtung seitens des Bürgen zur Zahlung an den Kreditgeber, wenn der Kreditnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Das vertraglich eingeräumte Recht und die Verpflichtung bestehen auf Grund von früheren Rechtsgeschäften oder Geschäftsvorfällen (Berechnungsgrundlage der Bürgschaft), selbst wenn die Fähigkeit des Kreditgebers, sein Recht auszuüben, und die Anforderung an den Bürgen, seine Verpflichtungen zu begleichen, abhängig von einem künftigen Verzug des Kreditnehmers sind. Vom Eintreten bestimmter Ereignisse abhängige Rechte und Verpflichtungen erfüllen die Definition von finanziellen Vermögenswerten bzw. finanziellen Verbindlichkeiten, selbst wenn solche finanziellen Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten nicht immer im Abschluss bilanziert werden.
- AG9. Gemäß IAS 17 *Leasingverhältnisse* wird ein Leasingvertrag in erster Linie als Anspruch eines Leasinggebers auf Erhalt von bzw. als Verpflichtung eines Leasingnehmers zur Zahlung von Zahlungsströmen betrachtet, die in materieller Hinsicht der Zahlung von Zins und Tilgung bei einem Darlehensvertrag entsprechen. Der Leasinggeber verbucht seine Investition als ausstehende Forderung auf Grund des Leasingvertrags und nicht als geleaste Vermögenswert. Andererseits wird ein Operating-Leasingverhältnis in erster Linie als nicht erfüllter Vertrag betrachtet, der den Leasinggeber verpflichtet, die künftige Nutzung eines Vermögenswertes im Austausch für eine Gegenleistung ähnlich einem Entgelt für eine Dienstleistung zu gestatten. Der Leasinggeber verbucht den geleaste Vermögenswert und nicht die gemäß Leasingvertrag ausstehende Forderung. Dementsprechend wird ein Finanzierungsleasing als Finanzinstrument und ein Operating-Leasingverhältnis nicht als Finanzinstrument betrachtet (außer im Hinblick auf einzelne jeweils fällige Zahlungen).
- AG10. Körperliche Vermögenswerte (wie beispielsweise Vorräte, Sachanlagen), geleaste Vermögenswerte und immaterielle Vermögenswerte (wie Patente und Warenrechte) gelten nicht als finanzielle Vermögenswerte. Mit der Verfügungsmacht über körperliche und immaterielle Vermögenswerte ist zwar die Möglichkeit verbunden, Finanzmittelzuflüsse oder den Zufluss anderer finanzieller Vermögenswerte zu generieren, sie führt aber nicht zu einem bestehenden Rechtsanspruch auf flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte.
- AG11. Vermögenswerte (wie beispielsweise aktivische Abgrenzungen), für die der künftige wirtschaftliche Nutzen im Empfang von Waren oder Dienstleistungen und nicht im Recht auf Erhalt von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten besteht, sind keine finanziellen Vermögenswerte. Ebenso gelten Posten wie beispielsweise passivische Abgrenzungen und die meisten Gewährleistungsverpflichtungen nicht als finanzielle Verbindlichkeiten, da die aus ihnen resultierenden Nutzenabflüsse in der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen und nicht in einer vertraglichen Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten bestehen.
- AG12. Verbindlichkeiten oder Vermögenswerte, die nicht auf einer vertraglichen Vereinbarung basieren (wie beispielsweise Verbindlichkeiten für Ertragsteuern, die als Ergebnis gesetzlicher Vorschriften erhoben werden), gelten nicht als finanzielle Verbindlichkeiten oder finanzielle Vermögenswerte. Die Bilanzierung von Ertragsteuern wird im IAS 12 *Ertragsteuern* behandelt. Gleiches gilt für faktische Verpflichtungen laut Definition in IAS 37 *Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen*, die nicht durch Verträge begründet werden und keine finanziellen Verbindlichkeiten darstellen.

Eigenkapitalinstrumente

- AG13. Beispiele für Eigenkapitalinstrumente sind u. a. nicht kündbare Stammaktien, einige Arten von Vorzugsaktien (siehe Paragraphen AG25 und AG26) sowie Optionsscheine oder geschriebene Verkaufsoptionen, die den Inhaber zur Zeichnung oder zum Kauf einer festen Anzahl nicht kündbarer Stammaktien des emittierenden Unternehmens gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten berechtigt. Die Verpflichtung eines Unternehmens, eine feste Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten auszugeben oder zu erwerben, ist als Eigenkapitalinstrument des Unternehmens zu klassifizieren. Wird das Unternehmen in einem solchen Vertrag jedoch zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten verpflichtet, so entsteht gleichzeitig eine Verbindlichkeit in Höhe des Barwertes des Rückkaufbetrags (siehe Paragraph AG27(a)). Ein Emittent nicht kündbarer Stammaktien geht eine Verbindlichkeit ein, wenn er formell eine Gewinnausschüttung vornimmt oder den Anteilseignern gegenüber gesetzlich dazu verpflichtet wird. Dies kann nach einer Dividendenerklärung der Fall sein oder wenn das Unternehmen liquidiert wird und alle nach Begleichung der Schulden verbliebenen Vermögenswerte auf die Aktionäre zu verteilen sind.

- AG14. Eine erworbene Kaufoption oder ein ähnlicher erworbener Vertrag, der ein Unternehmen zum Rückkauf einer festen Anzahl eigener Eigenkapitalinstrumente gegen die Abgabe eines festen Betrags an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten berechtigt, stellt keinen finanziellen Vermögenswert des Unternehmens dar. Stattdessen werden sämtliche für einen solchen Vertrag entrichteten Entgelte vom Eigenkapital abgezogen.

Derivative Finanzinstrumente

- AG15. Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre Instrumente (wie beispielsweise Forderungen, Zahlungsverpflichtungen und Eigeninstrumente) und derivative Finanzinstrumente (wie beispielsweise Optionen, standardisierte und andere Termingeschäfte, Zinsswaps und Währungsswaps). Derivative Finanzinstrumente erfüllen die Definition eines Finanzinstruments und fallen daher in den Anwendungsbereich dieses Standards.

- AG16. Derivative Finanzinstrumente begründen Rechte und Verpflichtungen, so dass Finanzrisiken, die in den zugrunde liegenden originären Finanzinstrumenten enthalten sind, als separate Rechte und Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien übertragen werden können. Zu Beginn räumen derivative Finanzinstrumente einer Vertragspartei ein vertragliches Recht auf Austausch von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten mit der anderen Vertragspartei unter potenziell vorteilhaften Bedingungen ein bzw. verpflichten vertraglich zum Austausch von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten mit der anderen Vertragspartei unter potenziell nachteiligen Bedingungen. Sie führen im Allgemeinen (*) bei Vertragsabschluss jedoch nicht zu einer Übertragung des zugrunde liegenden originären Finanzinstruments, und auch die Erfüllung solcher Verträge ist nicht unbedingt mit einer Übertragung des originären Finanzinstruments verknüpft. Einige Finanzinstrumente schließen sowohl ein Recht auf Austausch als auch eine Verpflichtung zum Austausch ein. Da die Bedingungen des Austauschs zu Beginn des derivativen Finanzinstruments festgelegt werden und die Preise in den Finanzmärkten ständigen Veränderungen unterworfen sind, können die Bedingungen im Laufe der Zeit entweder vorteilhaft oder nachteilig werden.

- AG17. Eine Verkaufs- oder Kaufoption auf den Austausch von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten (also anderen Finanzinstrumenten als den Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens) räumt dem Inhaber ein Recht auf einen potenziellen künftigen wirtschaftlichen Nutzen auf Grund der Veränderungen im beizulegenden Zeitwert der Basis ein, die dem Kontrakt zu Grunde liegt. Umgekehrt geht der Stillhalter einer Option eine Verpflichtung ein, sich eines potenziellen künftigen wirtschaftlichen Nutzens zu begeben bzw. potenzielle Verluste auf Grund der Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des betreffenden Finanzinstruments zu tragen. Das vertraglich eingeräumte Recht des Inhabers und die Verpflichtung des Stillhalters erfüllen die definitorischen Merkmale eines finanziellen Vermögenswertes bzw. einer finanziellen Verbindlichkeit. Das einem Optionsvertrag zugrunde liegende Finanzinstrument kann ein beliebiger finanzieller Vermögenswert einschließlich Aktien an anderen Unternehmen und verzinslicher Instrumente sein. Eine Option kann den Stillhalter verpflichten, ein Schuldinstrument zu emittieren, statt einen finanziellen Vermögenswert zu übertragen, jedoch würde das dem Optionsvertrag zugrunde liegende Finanzinstrument einen finanziellen Vermögenswert des Inhabers darstellen, sofern das Optionsrecht genutzt wird. Das Recht des Optionsinhabers auf Austausch der Vermögenswerte unter potenziell vorteilhaften Bedingungen und die Verpflichtung des Stillhalters zur Abgabe von Vermögenswerten unter potenziell nachteiligen Bedingungen sind von den betreffenden, bei Ausübung der Option auszutauschenden finanziellen Vermögenswerten zu unterscheiden. Die Art des Inhaberrechtes und die Verpflichtung des Stillhalters bleiben von der Wahrscheinlichkeit der Ausübung des Optionsrechtes unberührt.

- AG18. Ein weiteres Beispiel für derivative Finanzinstrumente ist ein Termingeschäft, das in einem Zeitraum von sechs Monaten zu erfüllen ist und in dem ein Übernehmer sich verpflichtet, flüssige Mittel im Wert von WE 1 000 000 im Austausch gegen festverzinsliche Regierungsanleihen mit einem Nennbetrag von WE 1 000 000 zu übergeben, und der Verkäufer sich verpflichtet, festverzinsliche Regierungsanleihen mit einem Nennbetrag von WE 1 000 000 im Austausch gegen flüssige Mittel im Wert von WE 1 000 000 zu übergeben. Während des Zeitraums von sechs Monaten haben beide Vertragsparteien ein vertraglich eingeräumtes Recht und eine vertraglich eingeräumte Verpflichtung zum Austausch von Finanzinstrumenten. Wenn der Marktpreis der Regierungsanleihen über WE 1 000 000 steigt, sind die Bedingungen für den Übernehmer vorteilhaft und für den Verkäufer nachteilig; wenn der Marktpreis unter WE 1 000 000 fällt, kommt es zum gegenteiligen Effekt. Der Übernehmer hat ein vertraglich eingeräumtes Recht (einen finanziellen Vermögenswert) ähnlich dem Recht auf Grund einer gehaltenen Kaufoption und eine vertragliche Verpflichtung (eine finanzielle Verbindlichkeit) ähnlich einer Verpflichtung auf Grund einer geschriebenen Verkaufsoption; der Verkäufer hat hingegen ein vertraglich eingeräumtes Recht (einen finanziellen Vermögenswert) ähnlich dem Recht auf Grund einer gehaltenen Verkaufsoption und eine vertragliche Verpflichtung (eine finanzielle Verbindlichkeit) ähnlich einer Verpflichtung auf Grund einer geschriebenen Kaufoption. Wie bei Optionen stellen diese vertraglich eingeräumten Rechte und Verpflichtungen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten dar, die von den den Geschäften zugrunde liegenden Finanzinstrumenten (den auszutauschenden Regierungsanleihen und flüssigen Mitteln) zu trennen und wohl zu unterscheiden sind. Beide Vertragsparteien eines Termingeschäfts gehen eine zu einem vereinbarten Zeitpunkt zu erfüllende Verpflichtung ein, während die Erfüllung bei einem Optionsvertrag nur dann erfolgt, sofern der Inhaber der Option dies wünscht.

(*) Dies trifft auf die meisten, jedoch nicht alle Derivate zu. Beispielsweise wird bei einigen kombinierten Zins-Währungsswaps der Nennbetrag bei Vertragsabschluss getauscht (und bei Vertragserfüllung zurückgetauscht).

IAS 32

AG19. Viele andere Arten von derivativen Finanzinstrumenten beinhalten ein Recht auf bzw. eine Verpflichtung zu einem künftigen Austausch, einschließlich Zins- und Währungsswaps, Collars und Floors, Darlehenszusagen, NIFs (Note Issuance Facilities) und Akkreditive. Man kann einen Zinsswap als Variante eines standardisierten Terminkontrakts betrachten, bei dem die Vertragsparteien übereinkommen, künftig Geldbeträge auszutauschen, wobei der eine Betrag auf Grund eines variablen Zinssatzes und der andere Geldbetrag auf Grund eines festen Zinssatzes berechnet wird. Futures-Kontrakte stellen eine weitere Variante von Terminkontrakten dar, die sich hauptsächlich dadurch unterscheiden, dass die Verträge standardisiert sind und an Börsen gehandelt werden.

Verträge über den Kauf oder Verkauf eines nicht finanziellen Postens (Paragraphen 8-10)

AG20. Verträge über den Kauf oder Verkauf eines nicht finanziellen Postens erfüllen nicht die Definition eines Finanzinstruments, weil das vertraglich eingeräumte Recht einer Vertragspartei auf den Empfang nicht finanzieller Vermögenswerte oder Dienstleistungen und die korrespondierende Verpflichtung der anderen Vertragspartei keinen bestehenden Rechtsanspruch oder eine Verpflichtung auf Empfang, Lieferung oder Übertragung eines finanziellen Vermögenswertes begründen. Beispielsweise gelten Verträge, die eine Erfüllung ausschließlich durch Erhalt oder Lieferung eines nicht finanziellen Vermögenswertes (beispielsweise eine Option, ein standardisierter oder anderer Terminkontrakt über Silber) vorsehen, nicht als Finanzinstrumente. Viele Warenverträge sind von dieser Art. Einige Warenverträge sind der Form nach standardisiert und werden in organisierten Märkten auf ähnliche Weise wie einige derivative Finanzinstrumente gehandelt. Ein standardisiertes Warentermingeschäft kann beispielsweise sofort gegen Bargeld gekauft und verkauft werden, weil es an einer Börse zum Handel zugelassen ist und häufig den Besitzer wechseln kann. Die Vertragsparteien, die den Vertrag kaufen bzw. verkaufen, handeln allerdings im Grunde genommen mit der dem Vertrag zugrunde liegenden Ware. Die Fähigkeit, einen Warenvertrag gegen flüssige Mittel zu kaufen bzw. zu verkaufen, die Leichtigkeit, mit der der Warenvertrag gekauft bzw. verkauft werden kann, und die Möglichkeit, einen Barausgleich mit der Verpflichtung zu vereinbaren, die Ware zu erhalten bzw. zu liefern, ändern nichts an der grundlegenden Eigenschaft des Vertrags derart, dass ein Finanzinstrument gebildet würde. Dennoch fallen einige Verträge über den Kauf oder Verkauf nicht finanzieller Posten, die durch einen Ausgleich in bar oder anderen Finanzinstrumenten erfüllt werden können oder bei denen der nicht finanzielle Posten jederzeit in flüssige Mittel umgewandelt werden kann, in den Anwendungsbereich dieses Standards, als handelte es sich um Finanzinstrumente (siehe Paragraph 8).

AG21. Ein Vertrag, der den Erhalt bzw. die Lieferung von körperlichen Vermögenswerten beinhaltet, begründet weder einen finanziellen Vermögenswert bei der einen Vertragspartei noch eine finanzielle Verbindlichkeit bei der anderen Vertragspartei, es sei denn, dass eine entsprechende Zahlung oder Teilzahlung auf einen Zeitpunkt nach Übergabe der körperlichen Vermögenswerte verschoben wird. Dies ist der Fall beim Kauf oder Verkauf von Gütern mittels Handelskredit.

AG22. Einige Verträge beziehen sich auf Waren, beinhalten aber keine Erfüllung durch physische Entgegennahme bzw. Lieferung von Waren. Bei diesen Verträgen erfolgt die Erfüllung durch Barzahlungen, deren Betrag von einer im Vertrag vereinbarten Formel bestimmt wird, und nicht durch Zahlung von Festbeträgen. Der Kapitalwert einer Anleihe kann beispielsweise durch Zugrundelegung des Marktpreises für Öl berechnet werden, der bei Fälligkeit der Anleihe für eine feste Ölmenge besteht. Der Kapitalwert wird im Hinblick auf den Warenpreis indiziert, aber ausschließlich mit flüssigen Mitteln erbracht. Solche Verträge stellen Finanzinstrumente dar.

AG23. Die Definition eines Finanzinstruments umfasst auch Verträge, die zusätzlich zu finanziellen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten zu nicht finanziellen Vermögenswerten bzw. nicht finanziellen Verbindlichkeiten führen. Solche Finanzinstrumente räumen einer Vertragspartei häufig eine Option auf Austausch eines finanziellen Vermögenswertes gegen einen nicht finanziellen Vermögenswert ein. Eine an Öl gebundene Anleihe beispielsweise kann dem Inhaber das Recht auf Erhalt von regelmäßigen Zinszahlungen in festen zeitlichen Abständen und auf Erhalt eines festen Betrags an flüssigen Mitteln bei Fälligkeit mit der Option einräumen, den Kapitalbetrag gegen eine feste Menge an Öl einzutauschen. Ob die Ausübung einer solchen Option vorteilhaft ist, hängt davon ab, wie stark sich der beizulegende Zeitwert des Öls in Bezug auf das in der Anleihe festgesetzte Tauschverhältnis von Zahlungsmitteln gegen Öl (den Tauschpreis) verändert. Die Absichten des Anleihegläubigers, eine Option auszuüben, beeinflussen nicht die wirtschaftliche Substanz derjenigen Teile, die Vermögenswerte darstellen. Der finanzielle Vermögenswert des Inhabers und die finanzielle Verbindlichkeit des Emittenten machen die Anleihe zu einem Finanzinstrument, unabhängig von anderen Arten von Vermögenswerten und Schulden, die ebenfalls geschaffen werden.

AG24. Auch wenn der Standard nicht für die Anwendung auf Warenverträge und andere Verträge, die nicht die Definition eines Finanzinstruments erfüllen oder in den Anwendungsbereich von Paragraph 8 fallen, erarbeitet wurde, können Unternehmen die relevanten Angabepflichten auf derartige Verträge anwenden, sofern ihnen dies angemessen erscheint.

Schulden und Eigenkapital (Paragraphen 15-27)

Keine vertragliche Verpflichtung zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten (Paragraphen 17-20)

AG25. Vorzugsaktien können mit verschiedenen Rechten ausgestattet emittiert werden. Bei der Einstufung einer Vorzugsaktie als finanzielle Verbindlichkeit oder als Eigenkapitalinstrument bewertet ein Emittent die einzelnen Rechte, die mit der Aktie verbunden sind, um zu bestimmen, ob sie die grundlegenden Eigenschaften einer finanziellen Verbindlichkeit erfüllt. Beispielsweise beinhaltet eine Vorzugsaktie, die einen Rückkauf zu einem bestimmten Zeitpunkt oder auf Wunsch des Inhabers vorsieht, eine finanzielle Verbindlichkeit, da der Emittent zur Abgabe von finanziellen Vermögenswerten an den Aktieninhaber verpflichtet ist. Die potenzielle Unfähigkeit eines Emittenten, der vertraglich vereinbarten Rückkaufverpflichtung von Vorzugsaktien nachzukommen, sei es aus Mangel an Finanzmitteln, auf Grund einer gesetzlich vorgeschriebenen Verfügungsbeschränkung oder ungenügender Gewinne oder Rückstellungen, macht die Verpflichtung nicht hinfällig. Eine Option des Emittenten auf Rückkauf der Aktien gegen flüssige Mittel erfüllt nicht die Definition einer finanziellen Verbindlichkeit, weil der Emittent keine gegenwärtige Verpflichtung zur Abgabe von finanziellen Vermögenswerten an die Anteilseigner hat. In diesem Fall liegt der Rückkauf von Aktien ausschließlich im Ermessensspielraum des Emittenten. Eine Verpflichtung kann allerdings entstehen, wenn der Emittent seine Option ausübt. Normalerweise geschieht dies, indem er die Anteilseigner von der Rückkaufabsicht formell unterrichtet.

AG26. Wenn Vorzugsaktien nicht rückkauffähig sind, hängt die angemessene Klassifizierung von den anderen mit ihnen verbundenen Rechten ab. Die Klassifizierung erfolgt entsprechend der wirtschaftlichen Substanz der vertraglichen Vereinbarungen und den Begriffsbestimmungen für finanzielle Verbindlichkeiten und für Eigenkapitalinstrumente. Wenn Gewinnausschüttungen an Inhaber von kumulativen oder nicht-kumulativen Vorzugsaktien im Ermessensspielraum des Emittenten liegen, gelten die Aktien als Eigenkapitalinstrumente. Die Klassifizierung einer Vorzugsaktie als Eigenkapitalinstrument oder als finanzielle Verbindlichkeit wird beispielsweise nicht beeinflusst durch:

- (a) die Vornahme von Ausschüttungen in der Vergangenheit;
 - (b) die Absicht, künftig Ausschüttungen vorzunehmen;
 - (c) eine mögliche nachteilige Auswirkung auf den Kurs der Stammaktien des Emittenten, falls keine Ausschüttungen vorgenommen werden (auf Grund von Beschränkungen hinsichtlich der Zahlung von Dividenden auf Stammaktien, wenn keine Dividenden auf Vorzugsaktien gezahlt werden);
 - (d) die Höhe der Rücklagen des Emittenten;
 - (e) eine Gewinn- oder Verlusterwartung des Emittenten für eine Berichtsperiode;
- oder
- (f) die Fähigkeit oder Unfähigkeit des Emittenten, die Höhe seines Periodenergebnisses zu beeinflussen.

Erfüllung in Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens (Paragraphen 21-24)

AG27. Die folgenden Beispiele veranschaulichen, wie die verschiedenen Arten von Verträgen über die Eigenkapitalinstrumente eines Unternehmens klassifiziert werden.

- (a) Ein Vertrag, zu dessen Erfüllung das Unternehmen eine feste Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten ohne künftige Gegenleistung erhält oder abgibt oder eine feste Anzahl eigener Anteile gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten tauscht, ist als Eigenkapitalinstrument zu klassifizieren. Dementsprechend werden im Rahmen eines solchen Vertrags erhaltene oder entrichtete Entgelte direkt dem Eigenkapital zugeschrieben bzw. vom Eigenkapital abgezogen. Ein Beispiel hierfür ist eine ausgegebene Aktienoption, welche die andere Vertragspartei zum Kauf einer festen Anzahl von Anteilen des Unternehmens gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln berechtigt. Ist das Unternehmen jedoch vertraglich verpflichtet, seine eigenen Anteile zu einem fest verabredeten oder zu bestimmenden Zeitpunkt oder auf Verlangen gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte zu kaufen (zurückzukaufen), hat es gleichzeitig eine finanzielle Verbindlichkeit in Höhe des Barwertes des Rückkaufbetrags anzusetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Verpflichtung eines Unternehmens bei einem Termingeschäft, eine feste Anzahl eigener Anteile gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln zurückzukaufen.

IAS 32

- (b) Die Verpflichtung eines Unternehmens zum Kauf eigener Anteile gegen flüssige Mittel begründet auch dann eine finanzielle Verbindlichkeit in Höhe des Barwertes des Rückkaufbetrags, wenn die Anzahl der Anteile, zu deren Rückkauf das Unternehmen verpflichtet ist, nicht festgelegt ist oder die Verpflichtung nur bei Ausübung des Rückkaufrechts durch die Vertragspartei zu erfüllen ist. Ein Beispiel für eine solche vorbehaltliche Verpflichtung ist eine ausgegebene Option, die das Unternehmen zum Rückkauf eigener Anteile verpflichtet, sofern die Vertragspartei die Option ausübt.
- (c) Ein in bar oder durch andere finanzielle Vermögenswerte abgegotelter Vertrag stellt auch dann einen finanziellen Vermögenswert bzw. eine finanzielle Verbindlichkeit dar, wenn der zu erhaltende bzw. abzugebende Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten auf Änderungen des Marktpreises der Eigenkapitalinstrumente des Unternehmens beruht. Ein Beispiel hierfür ist eine Aktienoption mit Nettobarausgleich.
- (d) Ein Vertrag, der durch eine variable Anzahl eigener Anteile des Unternehmens erfüllt wird, deren Wert einem festen Betrag oder einem von Änderungen einer zugrunde liegenden Variablen (beispielsweise eines Warenpreises) abhängigen Betrag entspricht, stellt einen finanziellen Vermögenswert bzw. eine finanzielle Verbindlichkeit dar. Ein Beispiel hierfür ist eine geschriebene Option auf den Kauf von Gold, die bei deren Ausübung netto in den Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens erfüllt wird, wobei sich die Anzahl der abzugebenden Instrumente nach dem Wert des Optionskontrakts bemisst. Ein derartiger Vertrag stellt auch dann einen finanziellen Vermögenswert bzw. eine finanzielle Verbindlichkeit dar, wenn die zugrunde liegende Variable der Kurs der eigenen Anteile des Unternehmens und nicht das Gold ist. Auch ein Vertrag, der einen Ausgleich durch eine bestimmte Anzahl eigener Anteile des Unternehmens vorsieht, die jedoch mit unterschiedlichen Rechten ausgestattet werden, so dass der Erfüllungsbetrag einem festen Betrag oder einem auf Änderungen einer zugrunde liegenden Variablen basierenden Betrag entspricht, ist als finanzieller Vermögenswert bzw. als finanzielle Verbindlichkeit einzustufen.

Bedingte Erfüllungsvereinbarungen (Paragraph 25)

AG28. Ist ein Teil einer bedingten Erfüllungsvereinbarung, der einen Ausgleich in bar oder anderen finanziellen Vermögenswerten (oder eine andere als finanzielle Verbindlichkeit einzustufende Art der Erfüllung) erforderlich machen könnte, nicht echt, so hat die Erfüllungsvereinbarung gemäß Paragraph 25 keinen Einfluss auf die Klassifizierung eines Finanzinstruments. Dementsprechend ist ein Vertrag, der nur dann in bar oder durch eine variable Anzahl eigener Anteile zu erfüllen ist, wenn ein extrem seltenes, äußerst ungewöhnliches und sehr unwahrscheinliches Ereignis eintritt, als Eigenkapitalinstrument zu klassifizieren. Ähnliches gilt für Verträge, deren Erfüllung durch eine feste Anzahl eigener Anteile des Unternehmens unter Umständen, die außerhalb der Kontrolle des Unternehmens liegen, vertraglich ausgeschlossen wird, die jedoch als Eigenkapitalinstrument einzustufen sind, wenn die Wahrscheinlichkeit des Eintretens dieser Umstände nicht echt ist.

Behandlung im Konzernabschluss

AG29. Im Konzernabschluss weist ein Unternehmen die Minderheitsanteile – also die Anteile Dritter am Eigenkapital und Periodenergebnis seiner Tochterunternehmen – gemäß IAS 1 *Darstellung des Abschlusses* und IAS 27 *Konzernabschlüsse und separate Einzelabschlüsse nach IFRS* aus. Bei der Klassifizierung eines Finanzinstruments (oder eines Bestandteils davon) im Konzernabschluss bestimmt ein Unternehmen anhand aller zwischen den Konzernmitgliedern und den Inhabern des Instruments vereinbarten Vertragsbedingungen, ob der Konzern als Ganzes in Bezug auf das Instrument zur Abgabe von flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten oder zu einer anderen Art der Erfüllung verpflichtet ist, die zu einer Klassifizierung als Verbindlichkeit führt. Wenn ein Tochterunternehmen in einem Konzern ein Finanzinstrument emittiert und ein Mutterunternehmen oder ein anderes Konzernunternehmen mit den Inhabern des Instruments direkt zusätzliche Vertragsbedingungen (beispielsweise eine Garantie) vereinbart, liegen die Ausschüttungen oder der Rückkauf möglicherweise nicht mehr im Ermessensspielraum des Konzerns. Auch wenn eine Klassifizierung des Instruments unter Ausklammerung dieser zusätzlichen Bedingungen im Einzelabschluss des Tochterunternehmens angemessen sein kann, ist die Auswirkung anderer Vereinbarungen zwischen den Konzernmitgliedern und den Inhabern des Instruments zu berücksichtigen, um zu gewährleisten, dass der Konzernabschluss die vom Konzern als Ganzes eingegangenen Verträge und Transaktionen widerspiegelt. Soweit eine derartige Verpflichtung oder Erfüllungsvereinbarung besteht, ist das Instrument (oder dessen Bestandteil, auf den sich die Verpflichtung bezieht) im Konzernabschluss als finanzielle Verbindlichkeit einzustufen.

Zusammengesetzte Finanzinstrumente (Paragraphen 28-32)

AG30. Paragraph 28 bezieht sich nur auf die Emittenten von nicht derivativen zusammengesetzten Finanzinstrumenten. In Paragraph 28 werden zusammengesetzte Finanzinstrumente nicht aus Sicht der Inhaber behandelt. Die Trennung eingebetteter Derivate aus Sicht der Inhaber von zusammengesetzten Finanzinstrumenten, die sowohl Fremd- als auch Eigenkapitalmerkmale aufweisen, ist in IAS 39 geregelt.

AG31. Eine typische Art von zusammengesetzten Finanzinstrumenten ist ein Schuldinstrument, das eine Tauschoption wie beispielsweise in Stammaktien des Emittenten wandelbare Anleihen beinhaltet und keine anderen eingebetteten derivativen Ausstattungsmerkmale aufweist. Paragraph 28 verlangt vom Emittenten eines solchen Finanzinstruments, die Schuldkomponente und die Eigenkapitalkomponente in der Bilanz wie folgt getrennt auszuweisen:

- (a) Die Verpflichtung des Emittenten zu regelmäßigen Zins- und Kapitalzahlungen stellt eine finanzielle Verbindlichkeit dar, die solange besteht, wie das Instrument nicht gewandelt wird. Beim erstmaligen Ansatz entspricht der beizulegende Zeitwert der Schuldkomponente dem Barwert der vertraglich festgelegten künftigen Cashflows, die zum marktgängigen Zinssatz abgezinst werden, der zu diesem Zeitpunkt für Finanzinstrumente gültig ist, die einen vergleichbaren Kreditstatus haben und die bei gleichen Bedingungen zu im Wesentlichen den gleichen Cashflows führen, bei denen aber keine Tauschoption vorliegt.
- (b) Das Eigenkapitalinstrument besteht in der darin enthaltenen Option auf Wandlung der Verbindlichkeit in Eigenkapital des Emittenten. Der beizulegende Zeitwert der Option umfasst ihren Zeitwert und gegebenenfalls ihren inneren Wert. Diese Option hat beim erstmaligen Ansatz auch dann einen Wert, wenn sie aus dem Geld ist.

AG32. Bei Wandlung eines wandelbaren Instruments zum Fälligkeitstermin wird die Schuldkomponente ausgebucht und im Eigenkapital erfasst. Die ursprüngliche Eigenkapitalkomponente wird weiterhin als Eigenkapital geführt (kann jedoch von einem Eigenkapitalposten in einen anderen umgebucht werden). Bei der Umwandlung zum Fälligkeitstermin entsteht kein Gewinn oder Verlust.

AG33. Wird ein wandelbares Instrument durch frühzeitige Rücknahme oder frühzeitigen Rückkauf, bei dem die ursprünglichen Wandlungsrechte unverändert bestehen bleiben, vor seiner Fälligkeit getilgt, werden das entrichtete Entgelt und alle Transaktionskosten für den Rückkauf oder die Rücknahme zum Zeitpunkt der Transaktion den Schuld- und Eigenkapitalkomponenten des Instruments zugeordnet. Die Methode zur Verteilung der entrichteten Entgelte und Transaktionskosten auf die beiden Komponenten muss mit der identisch sein, die bei der ursprünglichen Verteilung der vom Unternehmen bei der Emission des wandelbaren Instruments vereinnahmten Erlöse gemäß den Paragraphen 28–32 angewendet wurde.

AG34. Nach der Verteilung des Entgelts sind alle daraus resultierenden Gewinne oder Verluste nach den maßgeblichen Bilanzierungsgrundsätzen für die jeweilige Komponente zu behandeln:

- (a) der Gewinn oder Verlust, der sich auf die Schuldkomponente bezieht, wird im Ergebnis erfasst;

und

- (b) der Betrag des Entgelts, der sich auf die Eigenkapitalkomponente bezieht, wird im Eigenkapital erfasst.

AG35. Ein Unternehmen kann die Bedingungen eines wandelbaren Instruments ändern, um eine frühzeitige Wandlung herbeizuführen, beispielsweise durch das Angebot eines günstigeren Umtauschverhältnisses oder die Zahlung einer zusätzlichen Gegenleistung bei Wandlung vor einem festgesetzten Termin. Die Differenz, die zum Zeitpunkt der Änderung der Bedingungen zwischen dem beizulegenden Zeitwert der Gegenleistung, die der Inhaber bei Wandlung des Instruments gemäß den geänderten Bedingungen erhält, und dem beizulegenden Zeitwert der Gegenleistung, die der Inhaber gemäß den ursprünglichen Bedingungen erhalten hätte, besteht, werden im Ergebnis als Aufwand erfasst.

Eigene Anteile (Paragraphen 33 und 34)

AG36. Die eigenen Eigenkapitalinstrumente eines Unternehmens werden unabhängig vom Grund ihres Rückkaufs nicht als finanzieller Vermögenswert angesetzt. Paragraph 33 schreibt vor, dass zurück erworbene Eigenkapitalinstrumente vom Eigenkapital abzuziehen sind. Hält ein Unternehmen dagegen eigene Eigenkapitalinstrumente im Namen Dritter, wie dies etwa bei einer Finanzinstitution der Fall ist, die Eigenkapitalinstrumente im Namen eines Kunden hält, liegt ein Vermittlungsgeschäft vor, so dass diese Bestände nicht in die Bilanz des Unternehmens einfließen.

IAS 32

Zinsen, Dividenden, Verluste und Gewinne (Paragraphen 35-41)

AG37. Das folgende Beispiel veranschaulicht die Anwendung des Paragraphen 35 auf ein zusammengesetztes Finanzinstrument. Es wird von der Annahme ausgegangen, dass eine nicht kumulative Vorzugsaktie in fünf Jahren gegen flüssige Mittel rückgabepflichtig ist, die Zahlung von Dividenden vor dem Rückkauftermin jedoch im Ermessensspielraum des Unternehmens liegt. Ein solches Instrument ist ein zusammengesetztes Finanzinstrument, dessen Schuldkomponente dem Barwert des Rückkaufbetrags entspricht. Die Abwicklung der Diskontierung dieser Komponente wird im Ergebnis erfasst und als Zinsaufwendungen klassifiziert. Alle gezahlten Dividenden beziehen sich auf die Eigenkapitalkomponente und werden dementsprechend als Ergebnisausschüttung erfasst. Eine ähnliche Bilanzierungsweise fände auch dann Anwendung, wenn der Rückkauf nicht obligatorisch, sondern auf Wunsch des Inhabers erfolgte oder die Verpflichtung bestünde, den Anteil in eine variable Anzahl von Stammaktien umzuwandeln, deren Höhe einem festen Betrag oder einem von Änderungen einer zugrunde liegenden Variablen (beispielsweise einer Ware) abhängigen Betrag entspricht. Werden dem Rückkaufbetrag jedoch noch nicht gezahlte Dividenden hinzugefügt, stellt das gesamte Instrument eine Verbindlichkeit dar. In diesem Fall sind alle Dividenden als Zinsaufwendungen zu klassifizieren.

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten (Paragraphen 42-50)

AG38. Zur Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten muss ein Unternehmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Rechtsanspruch haben, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen. Ein Unternehmen kann über ein bedingtes Recht auf Verrechnung erfasster Beträge verfügen, wie dies beispielsweise bei Globalverrechnungsverträgen oder einigen Arten von Schulden ohne Rückgriffsanspruch der Fall ist, jedoch sind solche Rechte nur beim Eintreten eines künftigen Ereignisses, in der Regel eines Verzugs der Vertragspartei, durchsetzbar. Eine derartige Vereinbarung erfüllt daher nicht die Voraussetzungen für eine Saldierung.

AG39. Der Standard stellt keine spezielle Behandlung für so genannte „synthetische Finanzinstrumente“ bereit, worunter Gruppen von einzelnen Finanzinstrumenten zu verstehen sind, die erworben und gehalten werden, um die Eigenschaften eines anderen Finanzinstruments nachzuahmen. Eine variabel verzinsliche langfristige Anleihe, die mit einem Zinsswap kombiniert wird, der den Erhalt von variablen Zahlungen und die Durchführung fester Zahlungen beinhaltet, synthetisiert beispielsweise eine festverzinsliche langfristige Anleihe. Jedes der einzelnen Finanzinstrumente eines „synthetischen Finanzinstruments“ stellt ein vertragliches Recht bzw. eine vertragliche Verpflichtung mit eigenen Laufzeiten und Vertragsbedingungen dar, so dass jedes Instrument für sich übertragen oder verrechnet werden kann. Jedes Finanzinstrument ist Risiken ausgesetzt, die von denen verschieden sein können, denen die anderen Finanzinstrumente unterliegen. Wenn das eine Finanzinstrument eines „synthetischen Finanzinstruments“ ein Vermögenswert und das andere eine Schuld ist, werden diese dementsprechend nur dann auf Nettobasis in der Unternehmensbilanz saldiert und ausgewiesen, wenn sie die Saldierungskriterien in Paragraph 42 erfüllen. Es sind Angaben über die wesentlichen Vertragsbedingungen jedes einzelnen Finanzinstruments zu machen, wobei das Unternehmen zusätzlich die Art der Beziehung zwischen den einzelnen Instrumenten angeben kann (siehe Paragraph 65).

Angaben

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (Paragraph 94(f))

AG40. Stuft ein Unternehmen eine finanzielle Verbindlichkeit als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertetes Finanzinstrument ein, muss es die Höhe der Änderung im beizulegenden Zeitwert der Verbindlichkeit angeben, der nicht auf Änderungen eines Leitzinssatzes (z. B. LIBOR) zurückzuführen ist. Bei einer Verbindlichkeit, deren beizulegender Zeitwert anhand eines beobachtbaren Marktpreises bestimmt wird, kann dieser Betrag wie folgt geschätzt werden:

- (a) Zunächst berechnet das Unternehmen anhand des beobachtbaren Marktpreises der Verbindlichkeit deren interne Rendite zu Beginn der Berichtsperiode sowie die vertraglichen Cashflows der Verbindlichkeit zu Beginn der Berichtsperiode. Von dieser Rendite wird der Leitzinssatz zu Beginn der Berichtsperiode abgezogen, um den instrumentspezifischen Bestandteil der internen Rendite zu ermitteln.
- (b) Als nächstes berechnet das Unternehmen den Barwert der Verbindlichkeit anhand der vertraglichen Cashflows der Verbindlichkeit zu Beginn der Berichtsperiode und eines Abzinsungssatzes, welcher der Summe aus dem Leitzinssatz am Ende der Berichtsperiode und dem unter (a) ermittelten instrumentspezifischen Bestandteil der internen Rendite zu Beginn der Berichtsperiode entspricht.

- (c) Der unter (b) ermittelte Betrag wird anschließend um alle flüssigen Mittel verringert, die während der Berichtsperiode für die Verbindlichkeit gezahlt wurden, und um die Zunahme des beizulegenden Zeitwertes erhöht, die dadurch entsteht, dass die vertraglichen Cashflows eine Periode näher an ihren Fälligkeitstermin gerückt sind.
- (d) Die Differenz zwischen dem beobachtbaren Marktpreis der Verbindlichkeit am Ende der Berichtsperiode und dem unter (c) ermittelten Betrag entspricht dem beizulegenden Zeitwert, der nicht auf Änderungen des Leitzinssatzes zurückzuführen ist. Dies ist der anzugebende Betrag.
-

IFRIC 1

IFRIC INTERPRETATION 1

Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen

VERWEISE

IAS 1	<i>Darstellung des Abschlusses (überarbeitet 2003)</i>
IAS 8	<i>Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler</i>
IAS 16	<i>Sachanlagen (überarbeitet 2003)</i>
IAS 23	<i>Fremdkapitalkosten</i>
IAS 36	<i>Wertminderung von Vermögenswerten (überarbeitet 2004)</i>
IAS 37	<i>Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen</i>

HINTERGRUND

- 1 Viele Unternehmen sind verpflichtet, Sachanlagen zu demontieren, zu entfernen und wiederherzustellen. In dieser Interpretation werden solche Verpflichtungen als „Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen“ bezeichnet. Gemäß IAS 16 umfassen die Anschaffungskosten von Sachanlagen die erstmalig geschätzten Kosten für die Demontage und das Entfernen des Gegenstandes sowie die Wiederherstellung des Standortes, an dem er sich befindet, d.h. die Verpflichtung, die ein Unternehmen entweder bei Erwerb des Gegenstandes eingeht oder anschließend, wenn es während einer gewissen Periode den Gegenstand zu anderen Zwecken als zur Herstellung von Vorräten nutzt. IAS 37 enthält Vorschriften zur Bewertung von Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen. Diese Interpretation enthält Leitlinien zur Bilanzierung der Auswirkung von Bewertungsänderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen vor.

ANWENDUNGSBEREICH

- 2 Diese Interpretation wird auf Bewertungsänderungen jeder bestehenden Rückstellung für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- oder ähnliche Verpflichtungen angewendet, die sowohl

- (a) im Rahmen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten einer Sachanlage gemäß IAS 16 angesetzt wurde;

als auch

- (b) als eine Verbindlichkeit gemäß IAS 37 angesetzt wurde.

Eine Rückstellung für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- oder ähnliche Verpflichtungen kann beispielsweise beim Abbruch einer Fabrikanlage, bei der Sanierung von Umweltschäden in der rohstoffgewinnenden Industrie oder bei der Entfernung von Sachanlagen entstehen.

FRAGESTELLUNG

- 3 Diese Interpretation behandelt, wie die Auswirkung der folgenden Ereignisse auf die Bewertung einer bestehenden Rückstellung für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- oder ähnliche Verpflichtungen zu bilanzieren ist:
 - (a) eine Änderung des geschätzten Abflusses von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen (z.B. Cashflows), der für die Erfüllung der Verpflichtung erforderlich ist;

- (b) eine Änderung des aktuellen auf dem Markt basierenden Abzinsungssatzes gemäß Definition von IAS 37, Paragraph 47 (dies schließt Änderungen des Zinseffekts und für die Schuld spezifische Risiken ein);

und

- (c) eine Erhöhung, die den Zeitablauf widerspiegelt (dies wird auch als Aufzinsung bezeichnet).

BESCHLUSS

- 4 Bewertungsänderungen einer bestehenden Rückstellung für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- oder ähnliche Verpflichtungen, die auf Änderungen der geschätzten Fälligkeit oder Höhe des Abflusses von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen, der zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlich ist, oder auf einer Änderung des Abzinsungssatzes beruhen, sind gemäß den nachstehenden Paragraphen 5-7 zu behandeln.
- 5 Wird der dazugehörige Vermögenswert nach dem Anschaffungskostenmodell bewertet:
- (a) sind Änderungen der Rückstellung gemäß b) zu den Anschaffungskosten des dazugehörigen Vermögenswertes in der laufenden Periode hinzuzufügen oder davon abzuziehen.
- (b) darf der von den Anschaffungskosten des Vermögenswertes abgezogene Betrag seinen Buchwert nicht übersteigen. Wenn eine Abnahme der Rückstellung den Buchwert des Vermögenswertes übersteigt, ist dieser Überhang unmittelbar erfolgswirksam zu erfassen.
- (c) hat das Unternehmen, wenn die Anpassung zu einem Zugang zu den Anschaffungskosten eines Vermögenswertes führt, zu bedenken, ob dies ein Anhaltspunkt dafür ist, dass der neue Buchwert des Vermögenswertes nicht voll erzielbar sein könnte. Liegt ein solcher Anhaltspunkt vor, hat das Unternehmen den Vermögenswert auf Wertminderung zu prüfen, indem es seinen erzielbaren Betrag schätzt, und jeden Wertminderungsaufwand gemäß IAS 36 zu erfassen.
- 6 Wird der dazugehörige Vermögenswert nach dem Neubewertungsmodell bewertet:
- (a) gehen die Änderungen in die für diesen Vermögenswert angesetzten Neubewertungsrücklage ein, so dass:
- (i) eine Abnahme der Rückstellung (gemäß (b)) direkt in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst wird, es sei denn, sie ist erfolgswirksam zu erfassen, soweit sie eine in der Vergangenheit als Aufwand erfasste Abwertung desselben Vermögenswertes rückgängig macht.
- (ii) eine Erhöhung der Rückstellung erfolgswirksam erfasst wird, es sei denn, sie ist direkt von der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital abzusetzen, soweit sie den Betrag der entsprechenden Neubewertungsrücklage nicht übersteigt.
- (b) ist, im Fall dass eine Abnahme der Rückstellung den Buchwert überschreitet, der angesetzt worden wäre, wenn der Vermögenswert nach dem Anschaffungskostenmodell bilanziert worden wäre, der Überhang umgehend erfolgswirksam zu erfassen.
- (c) ist eine Änderung der Rückstellung ein Anhaltspunkt dafür, dass der Vermögenswert neu bewertet werden müsste, um sicherzustellen dass der Buchwert nicht wesentlich von dem abweicht, der unter Verwendung des beizulegenden Zeitwertes zum Bilanzstichtag ermittelt werden würde. Jede dieser Neubewertungen ist bei der Bestimmung der Beträge, die erfolgswirksam und im Eigenkapital gemäß (a) erfasst werden, zu berücksichtigen. Ist eine Neubewertung erforderlich, sind alle Vermögenswerte dieser Klasse neu zu bewerten.
- (d) ist nach IAS 1 jeder direkt im Eigenkapital erfasste Ertrags- und Aufwandsposten in der Aufstellung über die Veränderungen des Eigenkapitals auszuweisen. Zur Erfüllung dieser Anforderung ist die Veränderung der Neubewertungsrücklage, die auf einer Änderung der Rückstellung beruht, gesondert zu identifizieren und als solche anzugeben.

IFRIC 1

- 7 Das angepasste Abschreibungsvolumen des Vermögenswertes wird über seine Nutzungsdauer abgeschrieben. Wenn der dazugehörige Vermögenswert das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht hat, sind daher alle nachfolgenden Änderungen der Rückstellung erfolgswirksam zu erfassen, wenn sie anfallen. Dies gilt sowohl für das Anschaffungskostenmodell als auch für das Neubewertungsmodell.
- 8 Die periodische Aufzinsung ist erfolgswirksam als Finanzierungsaufwand zu erfassen, wenn sie anfällt. Die nach IAS 23 zulässige Alternative der Aktivierung ist nicht erlaubt.

ZEITPUNKT DES INKRAFTTRETENS

- 9 Diese Interpretation ist erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am 1. September 2004 oder danach beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Eine frühere Anwendung wird empfohlen. Wenn ein Unternehmen diese Interpretation für Berichtsperioden anwendet, die vor dem 1. September 2004 beginnen, so ist diese Tatsache anzugeben.

ÜBERGANG

- 10 Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gemäß den Bestimmungen von IAS 8 *Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler* vorzunehmen. (*)

(*) Wenn ein Unternehmen diese Interpretation für eine Berichtsperiode, die vor dem 1. Januar 2005 beginnt, anwendet, hat das Unternehmen die Bestimmungen der früheren Fassung von IAS 8 mit dem Titel *Periodenergebnis, grundlegende Fehler und Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden* anzuwenden, es sei denn, das Unternehmen wendet die überarbeitete Fassung dieses Standards für die frühere Periode an.

ANHANG

IFRIC 1

Änderungen zu IFRS 1 *Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards*

Die Änderungen in diesem Anhang sind erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am 1. September 2004 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Wird diese Interpretation auf eine frühere Periode angewendet, sind diese Änderungen entsprechend auch anzuwenden.

A1. IFRS 1 *Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards* und die begleitenden Dokumente werden wie folgt geändert.

In Paragraph 12 dieses IFRS wird der Verweis auf die Paragraphen 13-25D auf 13-25E geändert.

Die Unterparagraphen 13(h) und (i) dieses IFRS werden wie folgt geändert und der Unterparagraph (j) eingefügt:

(h) Transaktionen mit anteilsbasierten Zahlungen (Paragraphen 25B und 25C);

(i) Versicherungsverträge (Paragraph 25D);

und

(j) in den Anschaffungskosten von Sachanlagen enthaltene Entsorgungsschulden (Paragraph 25E).

Eine neue Überschrift und Paragraph 25E werden wie folgt in diesen IFRS eingefügt:

In den Anschaffungskosten von Sachanlagen enthaltene Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen

25E IFRIC 1 *Änderungen bestehender Rückstellungen für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- und ähnliche Verpflichtungen* fordert, dass spezifizierte Änderungen einer Rückstellung für Entsorgungs-, Wiederherstellungs- oder ähnliche Verpflichtungen zu den Anschaffungskosten des dazugehörigen Vermögenswertes hinzugefügt oder davon abgezogen werden; das angepasste Abschreibungsvolumen des Vermögenswertes wird dann prospektiv über seine verbleibende Nutzungsdauer abgeschrieben. Ein Erstanwender braucht diese Anforderungen für Änderungen solcher Rückstellungen, die vor dem Zeitpunkt des Übergangs auf IFRSs auftraten, nicht anzuwenden. Wenn ein Erstanwender diese Ausnahme nutzt, hat er:

(a) zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS die Rückstellung gemäß IAS 37 zu bewerten;

(b) sofern die Rückstellung im Anwendungsbereich von IFRIC 1 liegt, den Betrag, der in den Anschaffungskosten des zugehörigen Vermögenswertes beim ersten Auftreten der Verpflichtung enthalten gewesen wäre, zu schätzen, indem die Rückstellung zu dem Zeitpunkt unter Einsatz seiner bestmöglichen Schätzung des/der historisch risikobereinigten Abzinsungssatzes/-sätze diskontiert wird, die für diese Rückstellung für die dazwischen liegenden Perioden angewendet worden wären;

und

(c) zum Übergangszeitpunkt auf IFRS die kumulierte Abschreibung auf den Betrag auf Grundlage der laufenden Schätzung der Nutzungsdauer des Vermögenswertes unter Anwendung der vom Unternehmen gemäß IFRS eingesetzten Abschreibungsmethode zu berechnen.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1073/2005 DER KOMMISSION

vom 7. Juli 2005

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 betreffend die Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf IFRIC 2

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mittels der Verordnung (EG) Nr. 1725/2003⁽²⁾ wurden bestimmte internationale Rechnungslegungsstandards und Interpretationen übernommen, die zum 14. September 2002 vorlagen.
- (2) Am 17. Dezember 2003 hat der „International Accounting Standard Board“ (IASB) den überarbeiteten „International Accounting Standard“ (IAS) 32 *Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung* veröffentlicht. In IAS 32 sind die grundlegenden Prinzipien für die Einstufung der Instrumente als Verbindlichkeiten oder Eigenkapital festgeschrieben. Dieser Standard wurde von der Europäischen Kommission im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 2237/2004⁽³⁾ vom 29. Dezember 2004 angenommen.
- (3) Infolge bilateraler Gespräche mit Vertretern des Genossenschaftssektors sowie infolge eines Ersuchens der Kommission hat der IASB sein „International Financial Reporting Interpretation Committee“ (IFRIC) gebeten, eine Interpretation zu entwickeln, die die Anwendung des überarbeiteten IAS 32 erleichtert.
- (4) IFRIC 2 *Mitgliedsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente* wurde am 25. November 2004 veröffentlicht. Diese Interpretation stellt klar, dass die Klassifizierung der Mitgliedsanteile als finanzielle Verbindlichkeiten oder als Eigenkapital von den jeweiligen Merkmalen dieser Anteile und insbesondere den Rückkaufsbedingungen abhängt. Die Interpretation gelangt zum gleichen Zeitpunkt wie

IAS 32 zur Anwendung, so wie bereits in Erwägungsgrund 3 der Verordnung (EG) Nr. 2237/2004 der Kommission vom 29. Dezember 2004 betreffend die Übernahme von IAS 32 erwähnt.

- (5) Die Konsultation der technischen Sachverständigen in diesem Bereich hat bestätigt, dass IFRIC 2 *Mitgliedsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente* den technischen Kriterien für seine Übernahme im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 genügt.
- (6) Die Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 sollte folglich entsprechend geändert werden.
- (7) Diese Änderung sollte ausnahmsweise erstmals in der Berichtsperiode eines am 1. Januar 2005 oder danach beginnenden Geschäftsjahres angewandt werden, d. h. zu einem Zeitpunkt vor der Veröffentlichung dieser Verordnung. Diese rückwirkende Anwendung ist ausnahmsweise gerechtfertigt, um den Genossenschaften die Erstellung ihrer Abschlüsse gemäß IAS 32 und im Sinne von IFRIC 2 zu gestatten, denn die betreffenden Gesellschaften hätten legitimerweise bereits mit einer derartigen Anwendung zum Zeitpunkt der Übernahme von IAS 32 rechnen können.
- (8) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Regelungsausschusses für Rechnungslegung —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang zur Verordnung (EG) Nr. 1725/2003 wird wie folgt geändert:

⁽¹⁾ ABl. L 243 vom 11.9.2002, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 261 vom 13.10.2003, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 211/2005, ABl. L 41 vom 11.2.2005, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 393 vom 31.12.2004, S. 1.

Der Text der Interpretation IFRIC 2 *Mitgliedsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente*, der Gegenstand des Anhangs zu dieser Verordnung ist, wird eingefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt für jedes Geschäftsjahr eines Unternehmens, das spätestens am oder nach dem 1. Januar 2005 beginnt.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 7. Juli 2005

Für die Kommission
Charlie McCREEVY
Mitglied der Kommission

ANHANG

INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS

IFRIC 2	<i>Mitgliedsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente</i>
---------	--

IFRIC INTERPRETATION 2*Geschäftsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente***Verweise**

- IAS 32 *Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung* (überarbeitet 2003)
- IAS 39 *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* (überarbeitet 2003)

Hintergrund

- 1 Genossenschaften und ähnliche Unternehmen werden von einer Gruppe von Personen zur Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher oder sozialer Interessen gegründet. In den einzelstaatlichen Gesetzen ist eine Genossenschaft meist als eine Gesellschaft definiert, welche die gegenseitige wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt (Prinzip der Selbsthilfe). Die Anteile der Mitglieder einer Genossenschaft werden häufig unter der Bezeichnung Geschäftsanteile, Genossenschaftsanteile o. ä. geführt und nachfolgend als „Geschäftsanteile“ bezeichnet.
- 2 IAS 32 stellt Grundsätze für die Klassifizierung von Finanzinstrumenten als finanzielle Verbindlichkeiten oder Eigenkapital auf. Diese Grundsätze beziehen sich insbesondere auf die Klassifizierung kündbarer Instrumente, die den Inhaber zur Rückgabe an den Emittenten gegen flüssige Mittel oder andere Finanzinstrumente berechtigen. Die Anwendung dieser Grundsätze auf die Geschäftsanteile an Genossenschaften und ähnliche Instrumente gestaltet sich schwierig. Einige Adressaten des „International Accounting Standards Board“ haben den Wunsch geäußert, Unterstützung zu erhalten, wie die Grundsätze des IAS 32 auf Geschäftsanteile und ähnliche Instrumente, die bestimmte Merkmale aufweisen, anzuwenden sind und unter welchen Umständen diese Merkmale einen Einfluss auf die Klassifizierung als Verbindlichkeiten oder Eigenkapital haben.

Anwendungsbereich

- 3 Diese Interpretation ist auf Finanzinstrumente anzuwenden, die in den Anwendungsbereich von IAS 32 fallen, einschließlich an Genossenschaftsmitglieder ausgegebener Anteile, mit denen das Eigentumsrecht der Mitglieder am Unternehmen verbrieft wird. Sie erstreckt sich nicht auf Finanzinstrumente, die in eigenen Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens zu erfüllen sind oder erfüllt werden können.

Fragestellung

- 4 Viele Finanzinstrumente, darunter auch Geschäftsanteile, sind mit Eigenschaften wie Stimmrechten und Ansprüchen auf Dividenden verbunden, die für eine Klassifizierung als Eigenkapital sprechen. Einige Finanzinstrumente berechtigen den Inhaber, eine Rücknahme gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte zu verlangen, können jedoch Beschränkungen hinsichtlich einer solchen Rücknahme unterliegen. Wie lässt sich anhand dieser Rücknahmebedingungen bestimmen, ob ein Finanzinstrument als Verbindlichkeit oder Eigenkapital einzustufen ist?

Beschluss

- 5 Das vertragliche Recht des Inhabers eines Finanzinstruments (worunter auch ein Geschäftsanteil an einer Genossenschaft fällt), eine Rücknahme zu verlangen, führt nicht von vornherein zu einer Klassifizierung des Finanzinstruments als finanzielle Verbindlichkeit. Vielmehr hat ein Unternehmen bei der Entscheidung, ob ein Finanzinstrument als finanzielle Verbindlichkeit oder Eigenkapital einzustufen ist, alle rechtlichen Bestimmungen und Gegebenheiten des Finanzinstruments zu berücksichtigen. Hierzu gehören auch die einschlägigen lokalen Gesetze und Vorschriften sowie die zum Zeitpunkt der Klassifizierung gültige Satzung des Unternehmens. Voraussichtliche künftige Änderungen dieser Gesetze, Vorschriften oder der Satzung sind dagegen nicht zu berücksichtigen.
- 6 Geschäftsanteile, die dem Eigenkapital zugeordnet würden, wenn die Mitglieder nicht das Recht hätten, eine Rücknahme zu verlangen, stellen Eigenkapital dar, wenn eine der in den Paragraphen 7 und 8 genannten Bedingungen erfüllt ist. Sichteinlagen, einschließlich Kontokorrentkonten, Einlagenkonten und ähnliche Verträge, die Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Kunden schließen, sind als finanzielle Verbindlichkeiten des Unternehmens zu klassifizieren.
- 7 Geschäftsanteile stellen Eigenkapital dar, wenn das Unternehmen ein uneingeschränktes Recht auf Ablehnung der Rücknahme von Geschäftsanteilen besitzt.
- 8 Lokale Gesetze, Vorschriften oder die Satzung des Unternehmens können die Rücknahme von Geschäftsanteilen mit verschiedenen Verboten belegen, wie z. B. uneingeschränkten Verboten oder Verboten, die auf Liquiditätskriterien beruhen. Ist eine Rücknahme nach lokalen Gesetzen, Vorschriften oder der Satzung des Unternehmens uneingeschränkt verboten, sind die Geschäftsanteile als Eigenkapital zu behandeln. Dagegen führen Bestimmungen in lokalen Gesetzen, Vorschriften oder der Satzung des Unternehmens, die eine Rücknahme nur dann verbieten, wenn bestimmte Bedingungen — wie beispielsweise Liquiditätsgrenzen — erfüllt (oder nicht erfüllt) sind, nicht zu einer Klassifizierung von Geschäftsanteilen als Eigenkapital.

- 9 Ein uneingeschränktes Verbot kann absolut sein und alle Rücknahmen verbieten. Ein uneingeschränktes Verbot kann aber auch nur teilweise gelten und die Rücknahme von Geschäftsanteilen insoweit verbieten, als durch die Rücknahme die Anzahl der Geschäftsanteile oder die Höhe des auf die Geschäftsanteile eingezahlten Kapitals einen bestimmten Mindestbetrag unterschreitet. Geschäftsanteile, die nicht unter das Rücknahmeverbot fallen, stellen Verbindlichkeiten dar, sofern das Unternehmen nicht über das in Paragraph 7 beschriebene uneingeschränkte Recht auf Ablehnung der Rücknahme verfügt. In einigen Fällen kann sich die Anzahl der Anteile oder die Höhe des eingezahlten Kapitals, die bzw. das von einem Rücknahmeverbot betroffen sind bzw. ist, von Zeit zu Zeit ändern. Eine derartige Änderung führt zu einer Umbuchung zwischen finanziellen Verbindlichkeiten und Eigenkapital.
- 10 Beim erstmaligen Ansatz hat das Unternehmen seine als finanzielle Verbindlichkeit klassifizierten Geschäftsanteile zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Bei uneingeschränkt rückgabefähigen Geschäftsanteilen ist der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verbindlichkeit mindestens mit dem gemäß den Rücknahmebestimmungen in der Satzung des Unternehmens oder gemäß dem einschlägigen Gesetz zahlbaren Höchstbetrag anzusetzen, abgezinst vom frühest möglichen Fälligkeitszeitpunkt an (siehe Beispiel 3).
- 11 Nach Paragraph 35 des IAS 32 sind Ausschüttungen an Inhaber von Eigenkapitalinstrumenten, gemindert um alle damit verbundenen Ertragssteuervorteile, direkt vom Eigenkapital abzusetzen. Bei Finanzinstrumenten, die als finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert werden, sind Zinsen, Dividenden und andere Erträge unbeschadet ihrer möglichen gesetzlichen Bezeichnung als Dividenden, Zinsen oder Ähnliches als Aufwand zu berücksichtigen.
- 12 Der Anhang, der integraler Bestandteil des Beschlusses ist, enthält Beispiele für die Anwendung dieses Beschlusses.

Angaben

- 13 Führt eine Änderung des Rücknahmeverbots zu einer Umklassifizierung zwischen finanziellen Verbindlichkeiten und Eigenkapital, hat das Unternehmen den Betrag, den Zeitpunkt und den Grund für die Umklassifizierung gesondert anzugeben.

Zeitpunkt des Inkrafttretens

- 14 Der Zeitpunkt des Inkrafttretens und die Übergangsbestimmungen dieser Interpretation entsprechen denen des IAS 32 (überarbeitet 2003). Diese Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2005 beginnen. Wenn ein Unternehmen diese Interpretation für Berichtsperioden anwendet, die vor dem 1. Januar 2005 beginnen, so ist diese Tatsache anzugeben. Diese Interpretation ist rückwirkend anzuwenden.
-

*Anhang***BEISPIELE FÜR DIE ANWENDUNG DES BESCHLUSSES**

Dieser Anhang ist Bestandteil der Interpretation.

- A1 Dieser Anhang enthält sieben Beispiele für die Anwendung des IFRIC Beschlusses. Die Beispiele stellen keine erschöpfende Liste dar; es sind auch andere Konstellationen denkbar. Jedes Beispiel beruht auf der Annahme, dass außer der im Beispiel genannten Gegebenheiten keine weiteren Bedingungen vorliegen, die eine Klassifizierung des Finanzinstruments als finanzielle Verbindlichkeit erforderlich machen würden.

UNEINGESCHRÄNKTES RECHT AUF ABLEHNUNG DER RÜCKNAHME (Paragraph 7)**Beispiel 1***Sachverhalt*

- A2 Die Satzung des Unternehmens besagt, dass Rücknahmen nach freiem Ermessen des Unternehmens durchgeführt werden. Dieser Ermessensspielraum ist in der Satzung nicht weiter ausgeführt und wird auch keinen Beschränkungen unterworfen. In der Vergangenheit hat das Unternehmen die Rücknahme von Geschäftsanteilen noch nie abgelehnt, obwohl der Vorstand hierzu berechtigt ist.

Klassifizierung

- A3 Das Unternehmen verfügt über das uneingeschränkte Recht, die Rücknahme abzulehnen. Folglich stellen die Geschäftsanteile Eigenkapital dar. IAS 32 stellt Grundsätze für die Klassifizierung auf, die auf den Vertragsbedingungen des Finanzinstruments beruhen, und merkt an, dass eine Zahlungshistorie oder beabsichtigte freiwillige Zahlungen keine Einstufung als Verbindlichkeit auslösen. In Paragraph AG26 von IAS 32 heißt es:

Wenn Vorzugsaktien unkündbar sind, hängt die angemessene Klassifizierung von den anderen mit ihnen verbundenen Rechten ab. Die Klassifizierung erfolgt entsprechend der wirtschaftlichen Substanz der vertraglichen Vereinbarungen und den Begriffsbestimmungen für finanzielle Verbindlichkeiten und für Eigenkapitalinstrumente. Wenn Gewinnausschüttungen an Inhaber von kumulativen oder nicht-kumulativen Vorzugsaktien im Ermessensspielraum des Emittenten liegen, gelten die Aktien als Eigenkapitalinstrumente. Die Klassifizierung einer Vorzugsaktie als Eigenkapitalinstrument oder als finanzielle Verbindlichkeit wird beispielsweise nicht beeinflusst durch:

- a) die Vornahme von Ausschüttungen in der Vergangenheit,
- b) die Absicht, künftig Ausschüttungen vorzunehmen,
- c) eine mögliche nachteilige Auswirkung auf den Kurs der Stammaktien des Emittenten, falls keine Ausschüttungen vorgenommen werden (auf Grund von Beschränkungen hinsichtlich der Zahlung von Dividenden auf Stammaktien, wenn keine Dividenden auf Vorzugsaktien gezahlt werden),
- d) die Höhe der Rücklagen des Emittenten,
- e) eine Gewinn- oder Verlusterwartung des Emittenten für eine Berichtsperiode oder
- f) die Fähigkeit oder Unfähigkeit des Emittenten, die Höhe seines Periodenergebnisses zu beeinflussen.

Beispiel 2*Sachverhalt*

- A4 Die Satzung des Unternehmens besagt, dass Rücknahmen nach freiem Ermessen des Unternehmens durchgeführt werden. Sie führt jedoch weiter aus, dass ein Antrag auf Rücknahme automatisch genehmigt wird, sofern das Unternehmen mit dieser Zahlung nicht gegen lokale Liquiditäts- oder Reservevorschriften verstoßen würde.

Klassifizierung

- A5 Das Unternehmen verfügt nicht über das uneingeschränkte Recht auf Ablehnung der Rücknahme. Folglich stellen die Geschäftsanteile eine finanzielle Verbindlichkeit dar. Die vorstehend beschriebene Einschränkung bezieht sich auf die Fähigkeit des Unternehmens, eine Verbindlichkeit zu begleichen. Rücknahmen werden nur dann und so lange beschränkt, wenn bzw. wie die Liquiditäts- oder Reserveanforderungen nicht erfüllt sind. Folglich führen diese Einschränkungen nach den Grundsätzen von IAS 32 nicht zu einer Klassifizierung des Finanzinstruments als Eigenkapital. In Paragraph AG25 des IAS 32 heißt es:

Vorzugsaktien können mit verschiedenen Rechten ausgestattet emittiert werden. Bei der Einstufung einer Vorzugsaktie als finanzielle Verbindlichkeit oder als Eigenkapitalinstrument bewertet ein Emittent die einzelnen Rechte, die mit der Aktie verbunden sind, um zu bestimmen, ob sie die grundlegenden Eigenschaften einer finanziellen Verbindlichkeit erfüllt. Beispielsweise beinhaltet eine Vorzugsaktie, die eine Rücknahme zu einem bestimmten Zeitpunkt oder auf Wunsch des Inhabers vorsieht, eine finanzielle Verbindlichkeit, da der Emittent zur Abgabe von finanziellen Vermögenswerten an den Aktieninhaber verpflichtet ist. *Die möglicherweise fehlende Fähigkeit eines Emittenten, der vertraglich vereinbarten Rücknahmeverpflichtung von Vorzugsaktien nachzukommen, sei es aus Mangel an Finanzmitteln, auf Grund einer gesetzlich vorgeschriebenen Verfügungsbeschränkung oder ungenügender Gewinne oder Rücklagen, macht die Verpflichtung nicht hinfällig.* [Hervorhebung hinzugefügt.]

RÜCKNAHMEVERBOTE (Paragraphen 8 und 9)

Beispiel 3*Sachverhalt*

- A6 Eine Genossenschaft hat an ihre Mitglieder zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unterschiedlichen Beträgen bisher die folgenden Anteile ausgegeben:

- a) 1. Januar 20x1 100 000 Anteile zu je WE 10 (WE 1 000 000);
- b) 1. Januar 20x2 100 000 Anteile zu je WE 20 (weitere WE 2 000 000, so dass insgesamt Anteile im Wert von WE 3 000 000 ausgegeben wurden).

Die Anteile sind auf Verlangen zu ihrem jeweiligen Ausgabepreis rücknahmepflichtig.

- A7 Die Satzung des Unternehmens besagt, dass kumulative Rücknahmen nicht mehr als 20 Prozent der größten Anzahl jemals in Umlauf gewesener Geschäftsanteile betragen dürfen. Am 31. Dezember 20x2 hatte das Unternehmen 200 000 umlaufende Anteile, was der höchsten Anzahl von Geschäftsanteilen entspricht, die je in Umlauf waren. Bisher wurden keine Anteile zurückgenommen. Am 1. Januar 20x3 ändert das Unternehmen seine Satzung und setzt die Höchstgrenze für kumulative Rücknahmen auf 25 Prozent der größten Anzahl jemals in Umlauf gewesener Geschäftsanteile herauf.

*Klassifizierung**Vor der Satzungsänderung*

- A8 Die Anteile, die nicht unter das Rücknahmeverbot fallen, stellen eine finanzielle Verbindlichkeit dar. Die Genossenschaft bewertet diese finanzielle Verbindlichkeit beim erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert. Da diese Anteile auf Verlangen rücknahmepflichtig sind, bestimmt sie den beizulegenden Zeitwert gemäß den Bestimmungen von Paragraph 49 des IAS 39, in dem es heißt: „Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verbindlichkeit mit einem Kontokorrentinstrument (z. B. einer Sichteinlage) ist nicht niedriger als der auf Sicht zahlbare Betrag ...“ Die Genossenschaft setzt daher als finanzielle Verbindlichkeit den höchsten Betrag an, der gemäß den Rücknahmebestimmungen auf Verlangen zahlbar wäre.
- A9 Am 1. Januar 20x1 beträgt der gemäß den Rücknahmevorschriften zahlbare Höchstbetrag 20 000 Anteile zu je WE 10. Dementsprechend klassifiziert das Unternehmen WE 200 000 als finanzielle Verbindlichkeit und WE 800 000 als Eigenkapital. Am 1. Januar 20x2 erhöht sich jedoch der gemäß den Rücknahmevorschriften zahlbare Höchstbetrag durch die Ausgabe neuer Anteile zu WE 20 auf 40 000 Anteile zu je WE 20. Durch die Ausgabe zusätzlicher Anteile zu WE 20 entsteht eine neue Verbindlichkeit, die beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird. Die Verbindlichkeit nach Ausgabe dieser Anteile beträgt 20 Prozent aller umlaufenden Anteile (200 000), bewertet mit je WE 20, also WE 800 000. Dies erfordert den Ansatz einer weiteren Verbindlichkeit in Höhe von WE 600 000. In diesem Beispiel wird weder Gewinn noch Verlust erfasst. Folglich sind jetzt WE 800 000 als finanzielle Verbindlichkeit und WE 2 200 000 als Eigenkapital klassifiziert. Dieses Beispiel beruht auf der Annahme, dass diese Beträge zwischen dem 1. Januar 20x1 und dem 31. Dezember 20x2 nicht geändert werden.

Nach der Satzungsänderung

- A10 Nach Änderung ihrer Satzung kann die Genossenschaft jetzt verpflichtet werden, maximal 25 Prozent ihrer umlaufenden Anteile (= 50 000 Anteile) zu je WE 20 zurückzunehmen. Entsprechend stuft die Genossenschaft am 1. Januar 20x3 WE 1 000 000 als finanzielle Verbindlichkeit ein. Dies entspricht dem Höchstbetrag, der gemäß den Rücknahmevorschriften und in Übereinstimmung mit Paragraph 49 des IAS 39 auf Sicht zahlbar ist. Sie bucht daher am 1. Januar 20x3 WE 200 000 vom Eigenkapital in die finanziellen Verbindlichkeiten um; WE 2 000 000 bleiben weiterhin als Eigenkapital klassifiziert. In diesem Beispiel werden bei der Umbuchung weder Gewinn noch Verlust erfasst.

Beispiel 4

Sachverhalt

- A11 Das lokale Genossenschaftsgesetz oder die Satzung der Genossenschaft verbieten die Rücknahme von Geschäftsanteilen, wenn das eingezahlte Kapital aus Geschäftsanteilen dadurch unter die Grenze von 75 Prozent des Höchstbetrags des eingezahlten Kapitals aus Geschäftsanteilen fallen würde. Der Höchstbetrag für eine bestimmte Genossenschaft beträgt WE 1 000 000. Am Bilanzstichtag lag das eingezahlte Kapital bei WE 900 000

Klassifizierung

- A12 In diesem Fall würden WE 750 000 als Eigenkapital und WE 150 000 als finanzielle Verbindlichkeit klassifiziert werden. Zusätzlich zu den bereits zitierten Paragraphen heißt es in Paragraph 18 b) des IAS 32 u. a.:

... Ein Finanzinstrument, das den Inhaber zur Rückgabe an den Emittenten gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte berechtigt „kündbares Instrument“), stellt eine finanzielle Verbindlichkeit dar. Dies ist selbst dann der Fall, wenn der Betrag an flüssigen Mitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten auf der Grundlage eines Indexes oder einer anderen veränderlichen Bezugsgröße ermittelt wird oder wenn der Inhaber auf Grund der rechtlichen Gestaltung des kündbaren Finanzinstruments einen Residualanspruch an den Vermögenswerten des Emittenten hat. Wenn der Inhaber über das Wahlrecht verfügt, das Finanzinstrument gegen flüssige Mittel oder andere finanzielle Vermögenswerte an den Emittenten zurückzugeben, erfüllt das kündbare Finanzinstrument die Definition einer finanziellen Verbindlichkeit.

- A13 Das in diesem Beispiel beschriebene Rücknahmeverbot unterscheidet sich von den Beschränkungen, die in den Paragraphen 19 und AG25 des IAS 32 geschildert werden. Diese Beschränkungen stellen eine Beeinträchtigung der Fähigkeit des Unternehmens dar, den fälligen Betrag einer finanziellen Verbindlichkeit zu begleichen, d. h. sie verhindern die Zahlung der Verbindlichkeit nur dann, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Im Gegensatz dazu liegt in diesem Beispiel bei Erreichen einer festgelegten Grenze ein uneingeschränktes Rücknahmeverbot vor, das unabhängig von der Fähigkeit des Unternehmens besteht, die Geschäftsanteile zurückzunehmen (z. B. unter Berücksichtigung seiner Barreserven, Gewinne oder ausschüttungsfähigen Rücklagen). Tatsächlich wird das Unternehmen durch das Rücknahmeverbot daran gehindert, eine finanzielle, durch den Inhaber kündbare Verbindlichkeit einzugehen, die über eine bestimmte Höhe des eingezahlten Kapitals hinausgeht. Daher stellt der Teil der Anteile, der dem Rücknahmeverbot unterliegt, keine finanzielle Verbindlichkeit dar. Die einzelnen Geschäftsanteile können zwar, jeder für sich genommen, rücknahmepflichtig sein, jedoch ist bei einem Teil aller im Umlauf befindlichen Anteile eine Rücknahme nur bei einer Liquidation des Unternehmens möglich.

Beispiel 5

Sachverhalt

- A14 Der Sachverhalt dieses Beispiels ist der gleiche wie in Beispiel 4. Zusätzlich darf das Unternehmen am Bilanzstichtag aufgrund von Liquiditätsvorschriften des lokalen Rechtskreises nur dann Geschäftsanteile zurücknehmen, wenn sein Bestand an flüssigen Mitteln und kurzfristigen Anlagen einen bestimmten Wert überschreitet. Diese Liquiditätsvorschriften am Bilanzstichtag haben zur Folge, dass das Unternehmen für die Rücknahme von Geschäftsanteilen nicht mehr als WE 50 000 aufwenden kann.

Klassifizierung

- A15 Wie in Beispiel 4 klassifiziert das Unternehmen WE 750 000 als Eigenkapital und WE 150 000 als finanzielle Verbindlichkeit. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Klassifizierung als Eigenkapital auf dem uneingeschränkten Recht des Unternehmens auf Ablehnung einer Rücknahme beruht und nicht auf bedingten Einschränkungen, die eine Rücknahme nur dann verhindern, wenn und solange Liquiditäts- oder andere Bedingungen nicht erfüllt sind. In diesem Fall finden die Bestimmungen der Paragraphen 19 und AG25 des IAS 32 Anwendung.

Beispiel 6

Sachverhalt

- A16 Laut Satzung darf das Unternehmen Geschäftsanteile nur in der Höhe des Gegenwerts zurücknehmen, die in den letzten drei Jahren durch die Ausgabe zusätzlicher Geschäftsanteile an neue oder vorhandene Mitglieder erzielt wurden. Die Rücknahmeanträge von Mitgliedern müssen mit dem Erlös aus der Ausgabe von Geschäftsanteilen abgegolten werden. Während der drei letzten Jahre betrug der Erlös aus der Ausgabe von Geschäftsanteilen WE 12 000, und es wurden keine Geschäftsanteile zurückgenommen.

Klassifizierung

- A17 Das Unternehmen klassifiziert WE 12 000 der Geschäftsanteile als finanzielle Verbindlichkeit. In Übereinstimmung mit den Schlussfolgerungen in Beispiel 4 stellen Geschäftsanteile, die einem uneingeschränkten Rücknahmeverbot unterliegen, keine finanziellen Verbindlichkeiten dar. Ein solches uneingeschränktes Verbot gilt für einen Betrag in Höhe des Erlöses aus der Ausgabe von Anteilen vor den vorhergehenden drei Jahren, weshalb dieser Betrag als Eigenkapital klassifiziert wird. Der Betrag in Höhe des Erlöses aus Anteilen, die in den vorhergehenden drei Jahren ausgegeben wurden, unterliegt jedoch keinem uneingeschränkten Rücknahmeverbot. Folglich entsteht durch die Ausgabe von Geschäftsanteilen in den vorhergehenden drei Jahren solange eine finanzielle Verbindlichkeit, bis diese Anteile nicht mehr kündbar sind. Das Unternehmen hat also eine finanzielle Verbindlichkeit in Höhe des Erlöses aus Anteilen, die in den vorhergehenden drei Jahren ausgegeben wurden, abzüglich etwaiger in diesem Zeitraum getätigter Rücknahmen.

Beispiel 7*Sachverhalt*

- A18 Das Unternehmen ist eine Genossenschaftsbank. Das lokale Gesetz, das die Tätigkeit von Genossenschaftsbanken regelt, schreibt vor, dass mindestens 50 Prozent der gesamten „offenen Verbindlichkeiten“ des Unternehmens (die laut Definition im Gesetz auch die Konten mit Geschäftsanteilen umfassen) in Form von eingezahltem Kapital der Mitglieder vorliegen müssen. Diese Bestimmung hat zur Folge, dass eine Genossenschaft, bei der alle offenen Verbindlichkeiten in Form von Geschäftsanteilen vorliegen, sämtliche Anteile zurücknehmen kann. Am 31. Dezember 20x1 hat das Unternehmen offene Verbindlichkeiten von insgesamt WE 200 000, wovon WE 125 000 auf Konten mit Geschäftsanteilen entfallen. Gemäß den Vertragsbedingungen für Konten mit Geschäftsanteilen ist der Inhaber berechtigt, eine Rücknahme seiner Anteile zu verlangen, und die Satzung des Unternehmens enthält keine Rücknahmebeschränkungen.

Klassifizierung

- A19 In diesem Beispiel werden die Geschäftsanteile als finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert. Das Rücknahmeverbot ist mit den Beschränkungen vergleichbar, die in den Paragraphen 19 und AG25 des IAS 32 beschrieben werden. Diese Beschränkung stellt eine bedingte Beeinträchtigung der Fähigkeit des Unternehmens dar, den fälligen Betrag einer finanziellen Verbindlichkeit zu begleichen, d. h. sie verhindert die Zahlung der Verbindlichkeit nur dann, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Im konkreten Fall könnte das Unternehmen verpflichtet sein, den gesamten Betrag der Geschäftsanteile (WE 125 000) zurückzunehmen, wenn es alle anderen Verbindlichkeiten (WE 75 000) zurückgezahlt hätte. Folglich wird das Unternehmen durch das Rücknahmeverbot nicht daran gehindert, eine finanzielle Verbindlichkeit für die Rücknahme von Anteilen einzugehen, die über eine bestimmte Anzahl von Geschäftsanteilen oder einen bestimmten Betrag des eingezahlten Kapitals hinausgeht. Es bietet dem Unternehmen nur die Möglichkeit, eine Rücknahme aufzuschieben, bis die Bedingung — in diesem Fall die Rückzahlung anderer Verbindlichkeiten — erfüllt ist. Die Geschäftsanteile unterliegen in diesem Beispiel keinem uneingeschränkten Rücknahmeverbot und sind daher als finanzielle Verbindlichkeiten einzustufen.
-

Classification

A17 The entity classifies CU 12 000 of the members' shares as financial liabilities. Consistently with the conclusions described in example 4, members' shares subject to an unconditional prohibition against redemption are not financial liabilities. Such an unconditional prohibition applies to an amount equal to the proceeds of shares issued before the preceding three years, and accordingly, this amount is classified as equity. However, an amount equal to the proceeds from any shares issued in the preceding three years is not subject to an unconditional prohibition on redemption. Accordingly, proceeds from the issue of members' shares in the preceding three years give rise to financial liabilities until they are no longer available for redemption of members' shares. As a result the entity has a financial liability equal to the proceeds of shares issued during the three preceding years, net of any redemptions during that period.

Example 7

Facts

A18 The entity is a cooperative bank. Local law governing the operations of cooperative banks state that at least 50 per cent of the entity's total 'outstanding liabilities' (a term defined in the regulations to include members' share accounts) has to be in the form of members' paid-in capital. The effect of the regulation is that if all of a cooperative's outstanding liabilities are in the form of members' shares, it is able to redeem them all. On 31 December 20x1 the entity has total outstanding liabilities of CU 200 000, of which CU 125 000 represent members' share accounts. The terms of the members' share accounts permit the holder to redeem them on demand and there are no limitations on redemption in the entity's charter.

Classification

A19 In this example members' shares are classified as financial liabilities. The redemption prohibition is similar to the restrictions described in paragraphs 19 and AG25 of IAS 32. The restriction is a conditional limitation on the ability of the entity to pay the amount due on a financial liability, i.e. they prevent payment of the liability only if specified conditions are met. More specifically, the entity could be required to redeem the entire amount of members' shares (CU 125 000) if it repaid all of its other liabilities (CU 75 000). Consequently, the prohibition against redemption does not prevent the entity from incurring a financial liability to redeem more than a specified number of members' shares or amount of paid-in capital. It allows the entity only to defer redemption until a condition is met, i.e. the repayment of other liabilities. Members' shares in this example are not subject to an unconditional prohibition against redemption and are therefore classified as financial liabilities.

After the governing charter is amended

A10 Following the change in its governing charter the cooperative entity can now be required to redeem a maximum of 25 per cent of its outstanding shares or a maximum of 50 000 shares at CU 20 each. Accordingly, on 1 January 20x3 the cooperative entity classifies as financial liabilities an amount of CU 1 000 000 being the maximum amount payable on demand under the redemption provisions, as determined in accordance with paragraph 49 of IAS 39. It therefore transfers on 1 January 20x3 from equity to financial liabilities an amount of CU 200 000, leaving CU 2 000 000 classified as equity. In this example the entity does not recognise a gain or loss on the transfer.

Example 4

Facts

A11 Local law governing the operations of cooperatives, or the terms of the entity's governing charter, prohibit an entity from redeeming members' shares if, by redeeming them, it would reduce paid-in capital from members' shares below 75 per cent of the highest amount of paid-in capital from members' shares. The highest amount for a particular cooperative is CU 1 000 000. At the balance sheet date the balance of paid-in capital is CU 900 000.

Classification

A12 In this case, CU 750 000 would be classified as equity and CU 150 000 would be classified as financial liabilities. In addition to the paragraphs already cited, paragraph 18(b) of IAS 32 states in part:

... a financial instrument that gives the holder the right to put it back to the issuer for cash or another financial asset (a puttable instrument) is a financial liability. This is so even when the amount of cash or other financial assets is determined on the basis of an index or other item that has the potential to increase or decrease, or when the legal form of the puttable instrument gives the holder a right to a residual interest in the assets of an issuer. The existence of an option for the holder to put the instrument back to the issuer for cash or another financial asset means that the puttable instrument meets the definition of a financial liability.

A13 The redemption prohibition described in this example is different from the restrictions described in paragraphs 19 and ACG25 of IAS 32. Those restrictions are limitations on the ability of the entity to pay the amount due on a financial liability, i.e. they prevent payment of the liability only if specified conditions are met. In contrast, this example describes an unconditional prohibition on redemptions beyond a specified amount, regardless of the entity's ability to redeem members' shares (e.g. given its cash resources, profits or distributable reserves). In effect, the prohibition against redemption prevents the entity from incurring any financial liability to redeem more than a specified amount of paid-in capital. Therefore, the portion of shares subject to the redemption prohibition is not a financial liability. While each member's shares may be redeemable individually, a portion of the total shares outstanding is not redeemable in any circumstances other than liquidation of the entity.

Example 5

Facts

A14 The facts of this example are as stated in example 4. In addition, at the balance sheet date, liquidity requirements imposed in the local jurisdiction prevent the entity from redeeming any members' shares unless its holdings of cash and short-term investments are greater than a specified amount. The effect of these liquidity requirements at the balance sheet date is that the entity cannot pay more than CU 50 000 to redeem the members' shares.

Classification

A15 As in example 4, the entity classifies CU 750 000 as equity and CU 150 000 as a financial liability. This is because the amount classified as a liability is based on the entity's unconditional right to refuse redemption and not on conditional restrictions that prevent redemption only if liquidity or other conditions are not met and then only until such time as they are met. The provisions of paragraphs 19 and ACG25 of IAS 32 apply in this case.

Example 6

Facts

A16 The entity's governing charter prohibits it from redeeming members' shares, except to the extent of proceeds received from the issue of additional members' shares to new or existing members during the preceding three years. Proceeds from issuing members' shares must be applied to redeem shares for which members have requested redemption. During the three preceding years, the proceeds from issuing members' shares have been CU 12 000 and no members' shares have been redeemed.

whether it exhibits the fundamental characteristic of a financial liability, for redemption on a specific date or at the option of the holder of the share. The potential inability of an issuer to transfer financial assets to the holder of the share, "when contractually required to do so, [either because of a lack of funds, a deficiency in obligation to redeem a preference share when conversion or insufficient assets to satisfy the obligation, does not negate the obligation]."

Example 3

follows:

- Shares are redeemable on demand at the amount for which they were issued.

Classification

amount payable on demand under the redemption provisions.

On 1 January 20x1 the maximum amount payable under the redemption provisions is 20 000 shares as financial liabilities and CU 800 000 as equity. However, on 1 January 20x2 because of the new issue of shares at CU 20, the maximum amount payable under the redemption provisions increases to 40 000 shares at CU 20 each. The issue of additional shares at CU 20 creates a new liability that is measured on initial recognition at fair value. The liability after these shares have been issued is 20 per cent of the total shares in issue (200 000), measured at CU 20, or CU 800 000. This requires recognition of an additional liability of CU 600 000. In this example no gain or loss is recognised. Accordingly the entity now classifies CU 800 000 as financial liabilities and CU 2 000 000 as equity. This example assumes these amounts are not changed between 1 January 20x1 and 31 December 20x2.

EXAMPLES OF APPLICATION OF THE CONSENSUS

Appendix

This appendix is an integral part of the Interpretation.

A1 This appendix sets out seven examples of the application of the IFRIC consensus. The examples do not constitute an exhaustive list; other fact patterns are possible. Each example assumes that there are no conditions other than those set out in the facts of the example that would require the financial instrument to be classified as a financial liability.

UNCONDITIONAL RIGHT TO REFUSE REDEMPTION (paragraph 7)

Example 1

Facts

A2 The entity's charter states that redemptions are made at the sole discretion of the entity. The charter does not provide further elaboration or limitation on that discretion. In its history, the entity has never refused to redeem members' shares, although the governing board has the right to do so.

Classification

A3 The entity has the unconditional right to refuse redemption and the members' shares are equity. IAS 32 establishes principles for classification that are based on the terms of the financial instrument and notes that a history of, or intention to make, discretionary payments does not trigger liability classification. Paragraph AG26 of IAS 32 states:

When preference shares are non-redeemable, the appropriate classification is determined by the other rights that attach to them. Classification is based on an assessment of the substance of the contractual arrangements and the definitions of a financial liability and an equity instrument. When distributions to holders of the preference shares, whether cumulative or non-cumulative, are at the discretion of the issuer, the shares are equity instruments. The classification of a preference share as an equity instrument or a financial liability is not affected by, for example:

- (a) a history of making distributions;
- (b) an intention to make distributions in the future;
- (c) a possible negative impact on the price of ordinary shares if dividends are not paid on the preference shares (because of restrictions on paying dividends on the ordinary shares if dividends are not made (because the amount of the issuer's reserves;
- (d) the amount of the issuer's reserves;
- (e) an issuer's expectation of a profit or loss for a period; or
- (f) an ability or inability of the issuer to influence the amount of its profit or loss for the period.

Example 2

Facts

A4 The entity's charter states that redemptions are made at the sole discretion of the entity. However, the charter further states that approval of a redemption request is automatic unless the entity is unable to make payments without violating local regulations regarding liquidity or reserves.

9 An unconditional prohibition may be absolute, in that all redemptions are prohibited. An unconditional prohibition may be partial, in that it prohibits redemption of members' shares if redemption would cause the number of members' shares or amount of paid-in capital from members' shares to fall below a specified level. Members' shares in excess of the prohibition against redemption are liabilities, unless the entity has the unconditional right to refuse redemption as described in paragraph 7. In some cases, the number of shares or the amount of paid-in capital subject to a redemption prohibition may change from time to time. Such a change in the redemption prohibition leads to a transfer between financial liabilities and equity.

10 At initial recognition, the entity shall measure its financial liability for redemption at fair value. In the case of members' shares with a redemption feature, the entity measures the fair value of the financial liability for redemption at no less than the maximum amount payable under the redemption provisions of its governing charter or applicable law discounted from the first date that the amount could be required to be paid (see example 3).

11 As required by paragraph 35 of IAS 32, distributions to holders of equity instruments are recognised directly in equity, net of any income tax benefits. Interest, dividends and other returns relating to financial instruments classified as financial liabilities are expenses, regardless of whether those amounts paid are legally characterised as dividends, interest or otherwise.

12 The Appendix, which is an integral part of the consensus, provides examples of the application of this consensus.

Disclosure

13 When a change in the redemption prohibition leads to a transfer between financial liabilities and equity, the entity shall disclose separately the amount, timing and reason for the transfer.

Effective date

14 The effective date and transition requirements of this Interpretation are the same as those for IAS 32 (as revised in 2003). An entity shall apply this Interpretation for annual periods beginning on or after 1 January 2005. If an entity applies this Interpretation for a period beginning before 1 January 2005, it shall disclose that fact. This Interpretation shall be applied retrospectively.

IFRIC INTERPRETATION 2

Members' Shares in Cooperative Entities and Similar Instruments

References

- IAS 32 *Financial Instruments: Disclosure and Presentation* (as revised in 2003)
- IAS 39 *Financial Instruments: Recognition and Measurement* (as revised in 2003)

Background

1 Cooperatives and other similar entities are formed by groups of persons to meet common economic or social needs. National laws typically define a cooperative as a society endeavouring to promote its members' economic advancement by way of a joint business operation (the principle of self-help). Members' interests in a cooperative are often characterised as members' shares, units or the like, and are referred to below as 'members' shares'.

2 IAS 32 establishes principles for the classification of financial instruments as financial liabilities or equity. In particular, those principles apply to the classification of puttable instruments that allow the holder to put those instruments to the issuer for cash or another financial instrument. The application of those principles to members' shares in cooperative entities and similar instruments is difficult. Some of the international accounting standards Board's constituents have asked for help in understanding how the principles in IAS 32 apply to members' shares and similar instruments that have certain features, and the circumstances in which those features affect the classification as liabilities or equity.

Scope

3 This interpretation applies to financial instruments within the scope of IAS 32, including financial instruments issued to members of cooperative entities that evidence the members' ownership interest in the entity. This interpretation does not apply to financial instruments that will or may be settled in the entity's own equity instruments.

Issue

4 Many financial instruments, including members' shares, have characteristics of equity, including voting rights and rights to participate in dividend distributions. Some financial instruments give the holder the right to request redemption for cash or another financial asset, but may include or be subject to limits on whether the financial instruments will be redeemed. How should those redemption terms be evaluated in determining whether the financial instruments should be classified as liabilities or equity?

Consensus

5 The contractual right of the holder of a financial instrument (including members' shares in cooperative entities) to request redemption does not, in itself, require that financial instrument to be classified as a financial liability. Rather, the entity must consider all of the terms and conditions of the financial instrument in determining its classification as a financial liability or equity. Those terms and conditions include relevant local laws, regulations and the entity's governing charter in effect at the date of classification, but not expected future amendments to those laws, regulations or charter.

6 Members' shares that would be classified as equity if the members did not have a right to request redemption are equity if either of the conditions described in paragraphs 7 and 8 is present. Demand deposits, including current accounts, deposit accounts and similar contracts that arise when members act as customers are financial liabilities of the entity.

7 Members' shares are equity if the entity has an unconditional right to refuse redemption of the members' shares.

8 Local law, regulation or the entity's governing charter can impose various types of prohibitions on the redemption of members' shares, e.g. unconditional prohibitions or prohibitions based on liquidity criteria. If redemption is unconditionally prohibited by local law, regulation or the entity's governing charter, members' shares are equity. However, provisions in local law, regulation or the entity's governing charter that prohibit redemption only if conditions — such as liquidity constraints — are met (or are not met) do not result in members' shares being equity.

ANNEX

INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS

IFRIC 2	<i>Members' Shares in Cooperative Entities and Similar Instruments</i>
---------	--

Reproduction allowed within the European Economic Area. All existing rights reserved outside the EEA, with the exception of the right to reproduce for the purposes of personal use or other fair dealing. Further information can be obtained from the IASB at www.iasb.org.uk

Article 2

This Regulation shall enter into force on the third day following its publication in the *Official Journal of the European Union*.

It shall apply to each financial year of a company starting on or after 1 January 2005 at the latest.

This Regulation shall be binding in its entirety and directly applicable in all Member States.

Done at Brussels, 7 July 2005.

For the Commission
Charlie McCREEVY
Member of the Commission

COMMISSION REGULATION (EC) No 1073/2005

of 7 July 2005

amending Regulation (EC) No 1725/2003 adopting certain international accounting standards in accordance with Regulation (EC) No 1606/2002 of the European Parliament and of the Council, as regards IFRIC 2

(Text with EEA relevance)

THE COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES,

Having regard to the Treaty establishing the European Community,

Having regard to Regulation (EC) No 1606/2002 of the European Parliament and of the Council of 19 July 2002 on the application of international accounting standards ⁽¹⁾, and in particular Article 3 (1) thereof,

Whereas:

(1) By Commission Regulation (EC) No 1725/2003 ⁽²⁾ certain international standards and interpretations that were extant at 14 September 2002 were adopted.

(2) On 17 December 2003 the International Accounting Standard Board (IASB) published revised International Accounting Standard (IAS) 32 *Financial Instruments: Disclosure and Presentation*. IAS 32 establishes basic principles for the classification of instruments as liabilities or equity and was adopted by the European Commission by Commission Regulation (EC) No 2237/2004 ⁽³⁾ as of 29 December 2004.

(3) Following bilateral discussions with representatives of the Commission, the IASB invited its International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC), to develop an interpretation to facilitate the application of the revised IAS 32.

(4) IFRIC 2 *Members' Shares in Cooperative Entities and Similar Instruments* was published on 25 November 2004. The Interpretation clarifies that the classification of members' shares as financial liabilities or as equity depends upon the characteristics of such shares, especially the redemption features. The effective date of application of

this interpretation is the same as that for IAS 32, as already indicated in Recital 3 of Regulation (EC) No 2237/2004 as of 29 December 2004 adopting IAS 32.

(5) The consultation with technical experts in the field support that IFRIC Interpretation 2 *Members' Shares in Cooperative Entities and Similar Instruments* meet the technical criteria for adoption set out in Article 3(2) of Regulation (EC) No 1606/2002.

(6) Regulation (EC) No 1725/2003 should therefore be amended accordingly.

(7) This amendment should exceptionally take effect for 2005, i.e. from a point in time before the publication of this regulation. The retrospective application is exceptionally justified as to enable cooperatives the preparation of accounts in accordance with IAS 32, as construed by IFRIC 2, and as the companies concerned could legitimately expect such application already at the point of the adoption of IAS 32.

(8) The measures provided for in this Regulation are in accordance with the opinion of the Accounting Regu-lation Committee.

HAS ADOPTED THIS REGULATION:

Article 1

Annex to Regulation (EC) No 1725/2003 is amended as follows:

The text of the Interpretation IFRIC 2 *Members' Shares in Cooperative Entities and Similar Instruments* set out in the Annex to this Regulation, is inserted.

⁽¹⁾ OJ L 243, 11.9.2002, p. 1.
⁽²⁾ OJ L 261, 13.10.2003, p. 1. Regulation as last amended by Regu-lation (EC) No 21/2005 (OJ L 41, 11.2.2005, p. 1).
⁽³⁾ OJ L 393, 31.12.2004, p. 1.

Amendments to IFRS 1 First-time Adoption of International Financial Reporting Standards

The amendments in this appendix shall be applied for annual periods beginning on or after 1 September 2004. If an entity applies this interpretation for an earlier period, these amendments shall be applied for that earlier period.

A1 IFRS 1 First-time Adoption of International Financial Reporting Standards and its accompanying documents are amended as described below.

In paragraph 12 of the IFRS, the reference to paragraphs 13-25D is changed to 13-25E.

Subparagraphs 13(h) and (i) of the IFRS are amended, and subparagraph (j) is inserted, to read as follows:

(h) share-based payment transactions (paragraphs 25B and 25C);

(i) insurance contracts (paragraph 25D);

and

(j) decommissioning liabilities included in the cost of property, plant and equipment (paragraph 25E).

In the IFRS, a new heading and paragraph 25E are inserted, as follows:

Changes in existing decommissioning, restoration and similar liabilities included in the cost of property, plant and equipment

25E IFRIC 1 *Changes in Existing Decommissioning, Restoration and Similar Liabilities* requires specified changes in a decommissioning, restoration or similar liability to be added to or deducted from the cost of the asset to which it relates; the adjusted depreciable amount of the asset is then depreciated prospectively over its remaining useful life. A first-time adopter need not comply with these requirements for changes in such liabilities that occurred before the date of transition to IFRSs. If a first-time adopter uses this exemption, it shall:

(a) measure the liability as at the date of transition to IFRSs in accordance with IAS 37;

(b) to the extent that the liability is within the scope of IFRIC 1, estimate the amount that would have been included in the cost of the related asset when the liability first arose, by discounting the liability to that date using its best estimate of the historical risk-adjusted discount rate(s) that would have applied for that liability over the intervening period;

and

(c) calculate the accumulated depreciation on that amount, as at the date of transition to IFRSs, on the basis of the current estimate of the useful life of the asset, using the depreciation policy adopted by the entity under IFRSs.

IFRIC 1

7. The adjusted depreciable amount of the asset is depreciated over its useful life. Therefore, once the related asset has reached the end of its useful life, all subsequent changes in the liability shall be recognised in profit or loss as they occur. This applies under both the cost model and the revaluation model.
8. The periodic unwinding of the discount shall be recognised in profit or loss as a finance cost as it occurs. The allowed alternative treatment of capitalisation under IAS 23 is not permitted.

EFFECTIVE DATE

9. An entity shall apply this Interpretation for annual periods beginning on or after 1 September 2004. Earlier application is encouraged. If an entity applies the Interpretation for a period beginning before 1 September 2004, it shall disclose that fact.

TRANSITION

10. Changes in accounting policies shall be accounted for according to the requirements of IAS 8 *Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors*. (*)

(*) If an entity applies this Interpretation for a period beginning before 1 January 2005, the entity shall follow the requirements of the previous version of IAS 8, which was entitled *Net Profit or Loss for the Period, Fundamental Errors and Changes in Accounting Policies*, unless the entity is applying the revised version of that Standard for that earlier period.

(b) a change in the current market-based discount rate as defined in paragraph 47 of IAS 37 (this includes changes in the time value of money and the risks specific to the liability);

and

(c) an increase that reflects the passage of time (also referred to as the unwinding of the discount).

CONSENSUS

4. Changes in the measurement of an existing decommissioning, restoration and similar liability that result from changes in the estimated timing or amount of the outflow of resources embodying economic benefits required to settle the obligation, or a change in the discount rate, shall be accounted for in accordance with paragraphs 5–7 below.

5. If the related asset is measured using the cost model:

- (a) subject to (b), changes in the liability shall be added to, or deducted from, the cost of the related asset in the current period.
- (b) the amount deducted from the cost of the asset shall not exceed its carrying amount. If a decrease in the liability exceeds the carrying amount of the asset, the excess shall be recognised immediately in profit or loss.
- (c) if the adjustment results in an addition to the cost of an asset, the entity shall consider whether this is an indication that the new carrying amount of the asset may not be fully recoverable. If it is such an indication, the entity shall test the asset for impairment by estimating its recoverable amount, and shall account for any impairment loss, in accordance with IAS 36.

6. If the related asset is measured using the revaluation model:

- (a) changes in the liability alter the revaluation surplus or deficit previously recognised on that asset, so that:
 - (i) a decrease in the liability shall (subject to (b)) be credited directly to revaluation surplus in equity, except that it shall be recognised in profit or loss to the extent that it reverses a revaluation deficit on the asset that was previously recognised in profit or loss;
 - (ii) an increase in the liability shall be recognised in profit or loss, except that it shall be debited directly to revaluation surplus in equity to the extent of any credit balance existing in the revaluation surplus in respect of that asset.
- (b) in the event that a decrease in the liability exceeds the carrying amount that would have been recognised had the asset been carried under the cost model, the excess shall be recognised immediately in profit or loss.
- (c) a change in the liability is an indication that the asset may have to be revalued in order to ensure that the carrying amount does not differ materially from that which would be determined using fair value at the balance sheet date. Any such revaluation shall be taken into account in determining the amounts to be taken to profit or loss and equity under (a). If a revaluation is necessary, all assets of that class shall be revalued.

(d) IAS 1 requires disclosure on the face of the statement of changes in equity of each item of income or expense that is recognised directly in equity. In complying with this requirement, the change in the revaluation surplus arising from a change in the liability shall be separately identified and disclosed as such.

Changes in Existing Decommissioning, Restoration and Similar Liabilities

IFRIC INTERPRETATION 1

REFERENCES

IAS 1	Presentation of Financial Statements (as revised in 2003)
IAS 8	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors
IAS 16	Property, Plant and Equipment (as revised in 2003)
IAS 23	Borrowing Costs
IAS 36	Impairment of Assets(as revised in 2004)
IAS 37	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets

BACKGROUND

1. Many entities have obligations to dismantle, remove and restore items of property, plant and equipment. In this Interpretation such obligations are referred to as 'decommissioning, restoration and similar liabilities'. Under IAS 16, the cost of an item of property, plant and equipment includes the initial estimate of the costs of dismantling and removing the item and restoring the site on which it is located, the obligation for which an entity incurs either when the item is acquired or as a consequence of having used the item during a particular period for purposes other than to produce inventories during that period. IAS 37 contains requirements on how to measure decommissioning, restoration and similar liabilities. This Interpretation provides guidance on how to account for the effect of changes in the measurement of existing decommissioning, restoration and similar liabilities.

SCOPE

2. This Interpretation applies to changes in the measurement of any existing decommissioning, restoration or similar liability that is both:

- (a) recognised as part of the cost of an item of property, plant and equipment in accordance with IAS 16; and
- (b) recognised as a liability in accordance with IAS 37.

For example, a decommissioning, restoration or similar liability may exist for decommissioning a plant, rehabilitating environmental damage in extractive industries, or removing equipment.

ISSUE

3. This Interpretation addresses how the effect of the following events that change the measurement of an existing decommissioning, restoration or similar liability should be accounted for:

- (a) a change in the estimated outflow of resources embodying economic benefits (eg cash flows) required to settle the obligation;

- (c) The amount determined in (b) is then decreased for any cash paid on the liability during the period and increased to reflect the increase in fair value that arises because the contractual cash flows are one period closer to their due date.
- (d) The difference between the observed market price of the liability at the end of the period and the amount determined in (c) is the change in fair value that is not attributable to changes in the benchmark interest rate. This is the amount to be disclosed.

AG 37. The following example illustrates the application of paragraph 35 to a compound financial instrument. Assume that a non-voting preference share is mandatorily redeemable for cash in five years, but that dividends are payable at the discretion of the entity before the redemption date. Such an instrument is a compound financial instrument, with the liability component being the present value of the redemption amount. The unwinding of the discount on this component is recognised in profit or loss and classified as interest expense. Any dividends paid relate to the equity component and, accordingly, are recognised as a distribution of profit or loss. A similar treatment would apply if the redemption was not mandatory but at the option of the holder, or if the share was mandatorily convertible into a variable number of ordinary shares calculated to equal a fixed amount or an amount based on changes in an underlying variable (eg commodity). However, if any unpaid dividends are added to the redemption amount, the entire instrument is a liability. In such a case, any dividends are classified as interest expense.

Offsetting a Financial Asset and a Financial Liability (paragraphs 42-50)

AG 38. To offset a financial asset and a financial liability, an entity must have a currently enforceable legal right to set off the recognised amounts. An entity may have a conditional right to set off recognised amounts, such as in a master netting agreement or in some forms of non-recourse debt, but such rights are enforceable only on the occurrence of some future event, usually a default of the counterparty. Thus, such an arrangement does not meet the conditions for offset.

AG 39. The Standard does not provide special treatment for so-called 'synthetic instruments', which are groups of separate financial instruments acquired and held to emulate the characteristics of another instrument. For example, a floating rate long-term debt combined with an interest rate swap that involves receiving floating payments and making fixed payments synthesises a fixed rate long-term debt. Each of the individual financial instruments that together constitute a 'synthetic instrument' represents a contractual right or obligation with its own terms and conditions and each may be transferred or settled separately. Each financial instrument is exposed to risks that may differ from the risks to which other financial instruments are exposed. Accordingly, when one financial instrument in a synthetic instrument is an asset and another is a liability, they are not offset and presented on an entity's balance sheet on a net basis unless they meet the criteria for offsetting in paragraph 42. Disclosures are provided about the significant terms and conditions of each financial instrument, although an entity may indicate in addition the nature of the relationship between the individual instruments (see paragraph 65).

Disclosure

Financial Assets and Financial Liabilities at Fair Value Through Profit or Loss (paragraph 94(f))

AG 40. If an entity designates a financial liability as at fair value through profit or loss, it is required to disclose the amount of change in the fair value of the liability that is not attributable to changes in a benchmark interest rate (eg LIBOR). For a liability whose fair value is determined on the basis of an observed market price, this amount can be estimated as follows:

- (a) First, the entity computes the liability's internal rate of return at the start of the period using the observed market price of the liability and the liability's contractual cash flows at the start of the period. It deducts from this rate of return the benchmark interest rate at the start of the period, to arrive at an instrument-specific component of the internal rate of return.
- (b) Next, the entity calculates the present value of the liability using the liability's contractual cash flows at the start of the period and a discount rate equal to the sum of the benchmark interest rate at the end of the period and the instrument-specific component of the internal rate of return.

(b) Next, the entity calculates the present value of the liability using the liability's contractual cash flows at the start of the period and a discount rate equal to the sum of the benchmark interest rate at the end of the period and the instrument-specific component of the internal rate of return as determined in (a).

AG31. A common form of compound financial instrument is a debt instrument with an embedded conversion option, such as a bond convertible into ordinary shares of the issuer, and without any other embedded derivative features. Paragraph 28 requires the issuer of such a financial instrument to present the liability component and the equity component separately on the balance sheet, as follows:

- (a) The issuer's obligation to make scheduled payments of interest and principal is a financial liability that exists as long as the instrument is not converted. On initial recognition, the fair value of the liability component is applied at that time by the market to instruments of comparable credit status and providing substantially the same cash flows, on the same terms, but without the conversion option.

- (b) The equity instrument is an embedded option to convert the liability into equity of the issuer. The fair value of the option comprises its time value and its intrinsic value, if any. This option has value on initial recognition even when it is out of the money.

AG32. On conversion of a convertible instrument at maturity, the entity derecognises the liability component and recognises it as equity. The original equity component remains as equity (although it may be transferred from one line item within equity to another). There is no gain or loss on conversion at maturity.

AG33. When an entity extinguishes a convertible instrument before maturity through an early redemption or repurchase in which the original conversion privileges are unchanged, the entity allocates the consideration paid and any transaction costs for the repurchase or redemption to the liability and equity components of the instrument at the date of the transaction. The method used in allocating the consideration paid and transaction costs to the separate components is consistent with that used in the original allocation to the separate components of the proceeds received by the entity when the convertible instrument was issued, in accordance with paragraphs 28-32.

AG34. Once the allocation of the consideration is made, any resulting gain or loss is treated in accordance with accounting principles applicable to the related component, as follows:

- (a) the amount of gain or loss relating to the liability component is recognised in profit or loss;
- and
- (b) the amount of consideration relating to the equity component is recognised in equity.

AG35. An entity may amend the terms of a convertible instrument to induce early conversion, for example by offering a more favourable conversion ratio or paying other additional consideration in the event of conversion before a specified date. The difference, at the date the terms are amended, between the fair value of the consideration the holder receives on conversion of the instrument under the revised terms and the fair value of the consideration the holder would have received under the original terms is recognised as a loss in profit or loss.

Treasury Shares (paragraphs 33 and 34)

AG36. An entity's own equity instruments are not recognised as a financial asset regardless of the reason for which they are reacquired. Paragraph 33 requires an entity that reacquires its own equity instruments to deduct those equity instruments from equity. However, when an entity holds its own equity on behalf of others, eg a financial institution holding its own equity on behalf of a client, there is an agency relationship and as a result those holdings are not included in the entity's balance sheet.

- (b) An entity's obligation to purchase its own shares for cash gives rise to a financial liability for the present value of the redemption amount even if the number of shares that the entity is obliged to repurchase is not fixed or if the obligation is conditional on the counterparty exercising a right to redeem. One example of a conditional obligation is an issued option that requires the entity to repurchase its own shares for cash if the counterparty exercises the option.
- (c) A contract that will be settled in cash or another financial asset is a financial asset or financial liability even if the amount of cash or another financial asset that will be received or delivered is based on changes in the market price of the entity's own equity. One example is a net cash-settled share option.

- (d) A contract that will be settled in a variable number of the entity's own shares whose value equals a fixed amount or an amount based on changes in an underlying variable (eg a commodity price) is a financial asset or a financial liability. An example is a written option to buy gold that, if exercised, is settled net in the entity's own instruments by the entity delivering as many of those instruments as are equal to the value of the option contract. Such a contract is a financial asset or financial liability even if the underlying variable is the entity's own shares price rather than gold. Similarly, a contract that will be settled in a fixed number of the entity's own shares, but the rights attaching to those shares will be varied so that the settlement value equals a fixed amount or an amount based on changes in an underlying variable, is a financial asset or a financial liability.

Contingent Settlement Provisions (paragraph 25)

Paragraph 25 requires that if a part of a contingent settlement provision that could require settlement in cash or another financial asset (or in another way that would result in the instrument being a financial liability) is not genuine, the settlement provision does not affect the classification of a financial instrument. Thus, a contract that requires settlement in cash or a variable number of the entity's own shares only on the occurrence of an event that is extremely rare, highly abnormal and very unlikely to occur is an equity instrument. Similarly, settlement in a fixed number of an entity's own shares may be contractually precluded in circumstances that are outside the control of the entity, but if these circumstances have no genuine possibility of occurring, classification as an equity instrument is appropriate.

Treatment in Consolidated Financial Statements

AG29. In consolidated financial statements, an entity presents minority interests — ie the interests of other parties in the equity and income of its subsidiaries — in accordance with IAS 1 *Presentation of Financial Statements* and IAS 27 *Consolidated and Separate Financial Statements*. When classifying a financial instrument (or a component of it) in consolidated financial statements, an entity considers all terms and conditions agreed between members of the group and the holders of the instrument in determining whether the group as a whole has an obligation to deliver cash or another financial asset in respect of the instrument or to settle it in a manner that results in liability classification. When a subsidiary in a group issues a financial instrument and parent or other group entity agrees additional terms directly with the holders of the instrument (eg a guarantee), the group may not have discretion over distributions or redemption. Although the subsidiary may appropriately classify the instrument without regard to these additional terms in its individual financial statements, the effect of other agreements between members of the group and the holders of the instrument is considered in order to ensure that consolidated financial statements reflect the contractual terms of the instrument entered into by the group as a whole. To the extent that there is such an obligation or settlement provision, the instrument (or the component of it that is subject to the obligation) is classified as a financial liability in consolidated financial statements.

Compound Financial Instruments (paragraphs 28-32)

AG30. Paragraph 28 applies only to issuers of non-derivative compound financial instruments. Paragraph 28 does not deal with compound financial instruments from the perspective of holders. IAS 39 deals with the separation of embedded derivatives from the perspective of holders of compound financial instruments that contain debt and equity features.

Liabilities and Equity (paragraphs 15-27)

No Contractual Obligation to Deliver Cash or Another Financial Asset (paragraphs 17-20)

AG25. Preference shares may be issued with various rights. In determining whether a preference share is a financial liability or an equity instrument, an issuer assesses the particular rights attaching to the share to determine whether it exhibits the fundamental characteristics of a financial liability. For example, a preference share that provides for redemption on a specific date or at the option of the holder contains a financial liability because the issuer has an obligation to transfer financial assets to the holder of the share. The potential liability of an issuer to satisfy an obligation to redeem a preference share when contractualy required to do so, whether because of a lack of funds, an option of the issuer to redeem shares for cash does not satisfy the definition of a financial liability because the issuer does not have a present obligation to transfer financial assets to the shareholders. In this case, redemption of the shares is solely at the discretion of the issuer. An obligation may arise, however, when the issuer of the shares exercises its option, usually by formally notifying the shareholders of an intention to redeem the shares.

AG26. When preference shares are non-redeemable, the appropriate classification is determined by the other rights that attach to them. Classification is based on an assessment of the substance of the contractual arrangements and the definitions of a financial liability and an equity instrument. When distributions to holders of the preference shares, whether cumulative or non-cumulative, are at the discretion of the issuer, the shares are equity instruments. The classification of a preference share as an equity instrument or a financial liability is not affected by, for example:

- (a) a history of making distributions;
- (b) an intention to make distributions in the future;
- (c) a possible negative impact on the price of ordinary shares of the issuer if dividends are not paid on the preference shares);
- (d) the amount of the issuer's reserves;
- (e) an issuer's expectation of a profit or loss for a period;
- or
- (f) an ability or inability of the issuer to influence the amount of its profit or loss for the period.

Settlement in the Entity's Own Equity Instruments (paragraphs 21-24)

AG27. The following examples illustrate how to classify different types of contracts on an entity's own equity instruments:

- (a) A contract that will be settled by the entity receiving or delivering a fixed number of its own shares for no future consideration, or exchanging a fixed number of its own shares for a fixed amount of cash or another financial asset, is an equity instrument. Accordingly, any consideration received or paid for such a contract is added directly to or deducted from equity. One example is an issued share option that gives the counterparty a right to buy a fixed number of the entity's shares for a fixed amount of cash. However, if the contract requires the entity to purchase (redeem) its own shares for cash or another financial asset at a fixed or determinable date or on demand, the entity also recognises a financial liability for the present value of the redemption amount. One example is an entity's obligation under a forward contract to repurchase a fixed number of its own shares for a fixed amount of cash.

AG19. Many other types of derivative instruments embody a right or obligation to make a future exchange, including interest rate and currency swaps, interest rate caps, collars and floors, loan commitments, note issuance facilities and letters of credit. An interest rate swap contract may be viewed as a variation of a forward contract in which the parties agree to make a series of future exchanges of cash amounts, one amount calculated with reference to a floating interest rate and the other with reference to a fixed interest rate. Futures contracts are another variation of forward contracts, differing primarily in that the contracts are standardised and traded on an exchange.

Contracts to Buy or Sell Non-Financial Items (paragraphs 8-10)

AG20. Contracts to buy or sell non-financial items do not meet the definition of a financial instrument because the contractual right of one party to receive a non-financial asset or service and the corresponding obligation of the other party do not establish a present right or obligation of either party to receive, deliver or exchange a financial asset. For example, contracts that provide for settlement only by the receipt or delivery of a non-financial item (eg an option, futures or forward contract on silver) are not financial instruments. Many commodity contracts are of this type. Some are standardised in form and traded on organised markets in much the same fashion as some derivative financial instruments. For example, a commodity futures contract may be bought and sold readily for cash because it is listed for trading on an exchange and may change hands many times. However, the parties buying and selling the contract are, in effect, trading the underlying commodity. The ability to buy or sell a commodity contract for cash, the ease with which it may be bought or sold and the possibility of negotiating a cash settlement of the obligation to receive or deliver the commodity do not alter the fundamental character of the contract in a way that creates a financial instrument. Nevertheless, some contracts to buy or sell non-financial items that can be settled net or by exchanging financial instruments, or in which the non-financial item is readily convertible to cash, are within the scope of the Standard as if they were financial instruments (see paragraph 8).

AG21. A contract that involves the receipt or delivery of physical assets does not give rise to a financial asset of one party and a financial liability of the other party unless any corresponding payment is deferred past the date on which the physical assets are transferred. Such is the case with the purchase or sale of goods on trade credit.

AG22. Some contracts are commodity-linked, but do not involve settlement through the physical receipt or delivery of a commodity. They specify settlement through cash payments that are determined according to formula in the contract, rather than through payment of fixed amounts. For example, the principal amount of a bond may be calculated by applying the market price of oil prevailing at the maturity of the bond to a fixed quantity of oil. The principal is indexed by reference to a commodity price, but is settled only in cash. Such a contract constitutes a financial instrument.

AG23. The definition of a financial instrument also encompasses a contract that gives rise to a non-financial asset or non-financial liability in addition to a financial asset or financial liability. Such financial instruments often give one party an option to exchange a financial asset for a non-financial asset. For example, an oil-linked bond may give the holder the right to receive a stream of fixed periodic interest payments and a fixed amount of cash on maturity, with the option to exchange the principal amount for a fixed quantity of oil. The desirability of exercising this option will vary from time to time depending on the fair value of oil relative to the exchange ratio of cash for oil (the exchange price) inherent in the bond. The intentions of the bondholder concerning the exercise of the option do not affect the substance of the component assets. The financial asset of the holder and the financial liability of the issuer make the bond a financial instrument, regardless of the other types of assets and liabilities also created.

AG24. Although the Standard was not developed to apply to commodity or other contracts that do not satisfy the definition of a financial instrument or fall within paragraph 8, entities may regard it as appropriate to apply the relevant disclosure requirements of this Standard to such contracts.

AG14. A purchased call option or other similar contract acquired by an entity that gives it the right to reacquire a fixed number of its own equity instruments in exchange for delivering a fixed amount of cash or another financial asset is not a financial asset of the entity. Instead, any consideration paid for such a contract is deducted from equity.

Derivative Financial Instruments

AG15. Financial instruments include primary instruments (such as receivables, payables and equity instruments) and derivative financial instruments (such as financial options, futures and forward contracts, interest rate swaps and currency swaps). Derivative financial instruments meet the definition of a financial instrument and, accordingly, are within the scope of this Standard.

AG16. Derivative financial instruments create rights and obligations that have the effect of transferring between the parties to the instrument one or more of the financial risks inherent in an underlying primary financial instrument. On inception, derivative financial instruments give one party a contractual right to exchange financial assets or financial liabilities with another party under conditions that are potentially favourable, or a contractual obligation to exchange financial assets or financial liabilities with another party under conditions that are potentially unfavourable. However, they generally (*) do not result in a transfer of the underlying primary financial instrument on inception of the contract, nor does such a transfer necessarily take place on maturity of the contract. Some instruments embody both a right and an obligation to make an exchange. Because the terms of the exchange are determined on inception of the derivative instrument, as prices in financial markets change those terms may become either favourable or unfavourable.

AG17. A put or call option to exchange financial assets or financial liabilities (ie financial instruments other than an entity's own equity instruments) gives the holder a right to obtain potential future economic benefits associated with changes in the fair value of the financial instrument underlying the contract. Conversely, the writer of an option assumes an obligation to forgo potential future economic benefits or bear potential losses of economic benefits associated with changes in the fair value of the underlying financial instrument. The contractual right of the holder and obligation of the writer meet the definition of a financial asset and a financial liability, respectively. The financial instrument underlying an option contract may be any financial asset, including shares in other entities and interest-bearing instruments. An option may require the writer to issue a debt instrument, rather than transfer a financial asset, but the instrument underlying the option would constitute a financial asset of the holder if the option were exercised. The option-holder's right to exchange the financial asset under potentially favourable conditions and the writer's obligation to exchange the financial asset under potentially unfavourable conditions are distinct from the underlying financial asset to be exchanged upon exercise of the option. The nature of the holder's right and of the writer's obligation are not affected by the likelihood that the option will be exercised.

AG18. Another example of a derivative financial instrument is a forward contract to be settled in six months' time in which one party (the purchaser) promises to deliver CU1 000 000 cash in exchange for CU1 000 000 face amount of fixed rate government bonds in exchange for CU1 000 000 cash. During the six months, both parties have a contractual right and a contractual obligation to exchange financial instruments. If the market price of the government bonds rises above CU1 000 000, the conditions will be favourable to the purchaser and unfavourable to the seller; if the market price falls below CU1 000 000, the effect will be the opposite. The purchaser has a contractual right (a financial asset) similar to the right under a call option held and a contractual obligation (a financial liability) similar to the obligation under a put option written; the seller has a contractual right (a financial asset) similar to the right under a put option held and a contractual obligation (a financial liability) similar to the obligation under a call option written. As with options, these contractual rights and obligations constitute financial assets and financial liabilities separate and distinct from the underlying financial instruments (the bonds and cash to be exchanged). Both parties to a forward contract have an obligation to perform at the agreed time, whereas performance under an option contract occurs only if and when the holder of the option chooses to exercise it.

(*) This is true of most, but not all derivatives, eg in some cross-currency interest rate swaps principal is exchanged on inception (and re-exchanged on maturity).

IAS 32

AG7. A contractual right or contractual obligation to receive, deliver or exchange financial instruments is itself a financial instrument. A chain of contractual rights or contractual obligations meets the definition of a financial instrument if it will ultimately lead to the receipt or payment of cash or to the acquisition or issue of an equity instrument.

AG8. The ability to exercise a contractual right or the requirement to satisfy a contractual obligation may be absolute, or it may be contingent on the occurrence of a future event. For example, a financial guarantee is a contractual right of the lender to receive cash from the guarantor, and a corresponding contractual obligation of the guarantor to pay the lender, if the borrower defaults. The contractual right and obligation exist because of a past transaction or event (assumption of the guarantee), even though the lender's ability to exercise its right and the requirement for the guarantor to perform under its obligation are both contingent on a future act of default by the borrower. A contingent right and obligation meet the definition of a financial asset and a financial liability, even though such assets and liabilities are not always recognised in the financial statements.

AG9. Under IAS 17 *Leases* a finance lease is regarded as primarily an entitlement of the lessor to receive, and an obligation of the lessee to pay, a stream of payments that are substantially the same as blended payments of principal and interest under a loan agreement. The lessor accounts for its investment in the amount receivable under the lease contract rather than the leased asset itself. An operating lease, on the other hand, is regarded as primarily an uncompleted contract committing the lessor to provide the use of an asset in future periods in exchange for consideration similar to a fee for a service. The lessor continues to account for the leased asset itself rather than any amount receivable in the future under the contract. Accordingly, a finance lease is regarded as a financial instrument and an operating lease is not regarded as a financial instrument (except as regards individual payments currently due and payable).

AG10. Physical assets such as inventories, property, plant and equipment), leased assets and intangible assets (such as patents and trademarks) are not financial assets. Control of such physical and intangible assets creates an opportunity to generate an inflow of cash or another financial asset, but it does not give rise to a present right to receive cash or another financial asset.

AG11. Assets (such as prepaid expenses) for which the future economic benefit is the receipt of goods or services, rather than the right to receive cash or another financial asset, are not financial assets. Similarly, items such as deferred revenue and most warranty obligations are not financial liabilities because the outflow of economic benefits associated with them is the delivery of goods and services rather than a contractual obligation to pay cash or another financial asset.

AG12. Liabilities or assets that are not contractual (such as income taxes that are created as a result of statutory requirements imposed by governments) are not financial liabilities or financial assets. Accounting for income taxes is dealt with in IAS 12 *Income Taxes*. Similarly, constructive obligations, as defined in IAS 37 *Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets*, do not arise from contracts and are not financial liabilities.

Equity Instruments

AG13. Examples of equity instruments include non-puttable ordinary shares, some types of preference shares (see paragraphs AG25 and AG26), and warrants or written call options that allow the holder to subscribe for or purchase a fixed number of non-puttable ordinary shares in exchange for a fixed amount of cash or another financial asset. An entity's obligation to issue or purchase a fixed number of its own equity instruments in exchange for a fixed amount of cash or another financial asset is an equity instrument of the entity. However, if such a contract contains an obligation for the entity to pay cash or another financial asset, it also gives rise to a liability for the present value of the redemption amount (see paragraph AG27(a)). An issue of non-puttable ordinary shares assumes a liability when it formally acts to make a distribution and becomes legally obligated to the shareholders to do so. This may be the case following the declaration of a dividend or when the entity is being wound up and any assets remaining after the satisfaction of liabilities become distributable to shareholders.

Application Guidance IAS 32 Financial Instruments: Disclosure and Presentation

This appendix is an integral part of the Standard.

AG1. This Application Guidance explains the application of particular aspects of the Standard.

AG2. The Standard does not deal with the recognition or measurement of financial instruments. Requirements about the recognition and measurement of financial liabilities are set out in IAS 39 *Financial Instruments: Recognition and Measurement*.

Definitions (paragraphs 11-14)

Financial Assets and Financial Liabilities

AG3. Currency (cash) is a financial asset because it represents the medium of exchange and is therefore the basis on which transactions are measured and recognised in financial statements. A deposit of cash with a bank or similar financial institution is a financial asset because it represents the contractual right of the depositor to obtain cash from the institution or to draw a cheque or similar instrument against the balance in favour of a creditor in payment of a financial liability.

AG4. Common examples of financial assets representing a contractual obligation to deliver cash in the future and corresponding financial liabilities representing a contractual right to receive cash in the future are:

(a) trade accounts receivable and payable;

(b) notes receivable and payable;

(c) loans receivable and payable;

and

(d) bonds receivable and payable.

In each case, one party's contractual right to receive (or obligation to pay) cash is matched by the other party's corresponding obligation to pay (or right to receive).

AG5. Another type of financial instrument is one for which the economic benefit to be received or given up is a financial asset other than cash. For example, a note payable in government bonds gives the holder the contractual right to receive and the issuer the contractual obligation to deliver government bonds, not cash. The bonds are financial assets because they represent obligations of the issuing government to pay cash. The note is, therefore, a financial asset of the note holder and a financial liability of the note issuer.

AG6. 'Perpetual' debt instruments (such as 'perpetual' bonds, debentures and capital notes) normally provide the holder with the contractual right to receive payments on account of interest at fixed dates extending into the indefinite future, either with no right to receive a return of principal or a right to a return of principal under terms that make it very unlikely or very far in the future. For example, an entity may issue a financial instrument requiring it to make annual payments in perpetuity equal to a stated interest rate of 8 per cent applied to a stated par or principal amount of CU1 000. (?) Assuming 8 per cent to be the market rate of interest for the instrument when issued, the issuer assumes a contractual obligation to make a stream of future interest payments having a fair value (present value) of CU1 000 on initial recognition. The holder and issuer of the instrument have a financial asset and a financial liability, respectively.

(?) In this guidance, monetary amounts are denominated in 'currency units' (CU).

99. This Standard supersedes the following Interpretations:

(a) SIC-5 Classification of Financial Instruments — Contingent Settlement Provisions;

(b) SIC-16 Share Capital — *Reacquired Own Equity Instruments* (Treasury Shares);

and

(c) SIC-17 Equity — Costs of an Equity Transaction.

100. This Standard withdraws draft SIC Interpretation D 34 *Financial Instruments — Instruments or Rights Redeemable by the Holder*.

(ii) for available-for-sale financial assets, the amount of any gain or loss recognised directly in equity during the period and the amount that was removed from equity and recognised in profit or loss for the period;

and

(iii) the amount of interest income accrued on impaired financial assets, in accordance with IAS 39, paragraph AG93.

Impairment

94. (i) An entity shall disclose the nature and amount of any impairment loss recognised in profit or loss for a financial asset, separately for each significant class of financial asset (paragraph 55 provides guidance for determining classes of financial assets).

Defaults and breaches

94. (f) With respect to any defaults of principal, interest, sinking fund or redemption provisions during the period on loans payable recognised as at the balance sheet date, and any other breaches during the period of loan agreements when those breaches can permit the lender to demand repayment (except for breaches that are remedied, or in response to which the terms of the loan are renegotiated, on or before the balance sheet date), an entity shall disclose:

(i) details of those breaches;

(iii) the amount recognised as at the balance sheet date in respect of the loans payable on which the breaches occurred;

and

(iii) with respect to amounts disclosed under (ii), whether the default has been remedied or the terms of the loans payable renegotiated before the date the financial statements were authorised for issue.

95. For the purpose of disclosing information on breaches of loan agreements in accordance with paragraph 94(f), loans payable include issued debt instruments and financial liabilities other than short-term trade payables on normal credit terms. When such a breach occurred during the period, and the breach has not been remedied or the terms of the loan payable have not been renegotiated by the balance sheet date, the effect of the breach on the classification of the liability as current or non-current is determined under IAS 1.

EFFECTIVE DATE

96. An entity shall apply this Standard for annual periods beginning on or after 1 January 2005. Earlier application is permitted. An entity shall not apply this Standard for annual periods beginning before 1 January 2005 unless it also applies IAS 39 (issued December 2003). If an entity applies this Standard for a period beginning before 1 January 2005, it shall disclose that fact.

97. This Standard shall be applied retrospectively.

WITHDRAWAL OF OTHER PRONOUNCEMENTS

98. This Standard supersedes IAS 32 Financial Instruments: Disclosure and Presentation revised in 2000.

(ii) the fair value of any such collateral sold or pledged and whether the entity has an obligation to return it;

and

(iii) any material terms and conditions associated with its use of this collateral (consistently with paragraphs 60(a) and 63(g)).

Compound financial instruments with multiple embedded derivatives

(d) If an entity has issued an instrument that contains both a liability and an equity component (see paragraph 28) and the instrument has multiple embedded derivative features whose values are interdependent (such as a callable convertible debt instrument), it shall disclose the existence of those features and the effective interest rate on the liability component (excluding any embedded derivatives that are accounted for separately).

Financial assets and financial liabilities at fair value through profit or loss (see also paragraph AG40)

94. (e) An entity shall disclose the carrying amounts of financial assets and financial liabilities that:

(i) are classified as held for trading;

and

(ii) were, upon initial recognition, designated by the entity as financial assets and financial liabilities at fair value through profit or loss (ie those that are not financial instruments classified as held for trading).

(f) If the entity has designated a financial liability as at fair value through profit or loss, it shall disclose:

(i) the amount of change in its fair value that is not attributable to changes in a benchmark interest rate (eg LIBOR);

and

(iii) the difference between its carrying amount and the amount the entity would be contractually required to pay at maturity to the holder of the obligation.

Reclassification

94. (g) If the entity has reclassified a financial asset as one measured at cost or amortised cost rather than at fair value (see IAS 39, paragraph 54), it shall disclose the reason for that reclassification.

Income statement and equity

94. (h) An entity shall disclose material items of income, expense and gains and losses resulting from financial assets and financial liabilities, whether included in profit or loss or as a separate component of equity. For this purpose, the disclosure shall include at least the following items:

(i) total interest income and total interest expense (calculated using the effective interest method) for financial assets and financial liabilities that are not at fair value through profit or loss;

(b) whether fair values of financial assets and financial liabilities are determined directly, in full or in part, by reference to published price quotations in an active market or are estimated using a valuation technique (see IAS 39, paragraphs AG71-AG79).

(c) whether its financial statements include financial instruments measured at fair values that are determined in full or in part using a valuation technique based on assumptions that are not supported by observable market prices or rates. If changing any such assumption to a reasonably possible alternative would result in a significantly different fair value, the entity shall state this fact and disclose the effect on the fair value of a range of reasonably possible alternative assumptions. For this purpose, significance shall be judged with respect to profit or loss and total assets or total liabilities.

(d) the total amount of the change in fair value estimated using a valuation technique that was recognised in profit or loss during the period.

93. Disclosure of fair value information includes disclosure of the method used in determining fair value and the significant assumptions made in its application. For example, an entity discloses information about the assumptions relating to prepayment rates, rates of estimated credit losses and interest or discount rates if they are significant.

Other Disclosures

Derecognition

94. (a) An entity may have either transferred a financial asset (see paragraph 18 of IAS 39) or entered into the type of arrangement described in paragraph 19 of IAS 39 in such a way that the arrangement does not qualify as a transfer of a financial asset. If the entity either continues to recognise all of the asset or continues to recognise the asset to the extent of the entity's continuing involvement (see IAS 39, paragraphs 29 and 30) it shall disclose for each class of financial asset:

(i) the nature of the assets;

(ii) the nature of the risks and rewards of ownership to which the entity remains exposed;

(iii) when the entity continues to recognise all of the asset, the carrying amounts of the asset and of the associated liability;

and

(iv) when the entity continues to recognise the asset to the extent of its continuing involvement, the total amount of the asset, the amount of the asset that the entity continues to recognise and the carrying amount of the associated liability.

Collateral

94. (b) An entity shall disclose the carrying amount of financial assets pledged as collateral for liabilities, the carrying amount of financial assets pledged as collateral for contingent liabilities, and (consistently with paragraphs 60(a) and 63(g)) any material terms and conditions relating to assets pledged as collateral.

(c) When an entity has accepted collateral that it is permitted to sell or repledge in the absence of default by the owner of the collateral, it shall disclose:

(i) the fair value of the collateral accepted (financial and non-financial assets);

85. Disclosure of concentrations of credit risk includes a description of the shared characteristic that identifies each concentration and the amount of the maximum credit risk exposure associated with all financial assets sharing that characteristic.

Fair Value

86. Except as set out in paragraph 90, for each class of financial assets and financial liabilities, an entity shall disclose the fair value of that class of assets and liabilities in a way that permits it to be compared with the corresponding carrying amount in the balance sheet. (IAS 39 provides guidance for determining fair value.)

87. Fair value information is widely used for business purposes in determining an entity's overall financial position and in making decisions about individual financial instruments. It is also relevant to many decisions made by users of financial statements because, in many circumstances, it reflects the judgement of the financial markets about the present value of expected future cash flows relating to an instrument. Fair value information permits comparisons of financial instruments having substantially the same economic characteristics, regardless of why they are held and when and by whom they were issued or acquired. Fair values provide a neutral basis for assessing management's stewardship by indicating the effects of its decisions to buy, sell or hold financial assets and to incur, maintain or discharge financial liabilities. When an entity does not measure a financial asset or financial liability in its balance sheet at fair value, it provides fair value information through supplementary disclosures.

88. For financial instruments such as short-term trade receivables and payables, no disclosure of fair value is required when the carrying amount is a reasonable approximation of fair value.

89. In disclosing fair values, an entity groups financial assets and financial liabilities into classes and offsets them only to the extent that their related carrying amounts are offset in the balance sheet.

90. If investments in unquoted equity instruments or derivatives linked to such equity instruments are measured at cost under IAS 39 because their fair value cannot be measured reliably, that fact shall be disclosed together with a description of the financial instruments, their carrying amount, an explanation of why fair value cannot be measured reliably and, if possible, the range of estimates within which fair value is highly likely to lie. Furthermore, if financial assets whose fair value previously could not be reliably measured are sold, that fact, the carrying amount of such financial assets at the time of sale and the amount of gain or loss recognised shall be disclosed.

91. If investments in unquoted equity instruments or derivatives linked to such equity instruments are measured at cost under IAS 39 because their fair values cannot be measured reliably, the information about fair value set out in paragraphs 86 and 92 is not required to be disclosed. Instead, information is provided to assist users of the financial statements in making their own judgements about the extent of possible differences between the carrying amount of such financial assets and financial liabilities and their fair value. In addition to an explanation of the principal characteristics of the financial instruments that are pertinent to their value and the reason for not disclosing fair values, information is provided about the market for the instruments. In some cases, the terms and conditions of the instruments disclosed in accordance with paragraph 60 may provide sufficient information. When it has a reasonable basis for doing so, management may indicate its opinion on the relationship between fair value and the carrying amount of financial assets and financial liabilities for which it is unable to determine fair value reliably.

92. An entity shall disclose:

- (a) the methods and significant assumptions applied in determining fair values of financial assets and financial liabilities separately for significant classes of financial assets and financial liabilities. (Paragraph 55 provides guidance for determining classes of financial assets.)

80. A financial asset subject to a legally enforceable right of set-off against a financial liability is not presented on the balance sheet net of the liability unless settlement is intended to take place on a net basis or simultaneously. Nevertheless, an entity discloses the existence of the legal right of set-off when providing information in accordance with paragraph 76. For example, when an entity is due to receive the proceeds from realisation of a financial asset before settlement of a financial liability of equal or greater amount against which the entity has a legal right of set-off, the entity has the ability to exercise that right of set-off to avoid incurring a loss in the event of a default by the counterparty. However, if the entity responds, or is likely to respond, to the default by extending the term of the financial asset, an exposure to credit risk would exist if the revised terms are such that collection of the proceeds is expected to be deferred beyond the date on which the liability is required to be settled. To inform users of financial statements of the extent to which exposures to credit risk at a particular point in time has been reduced, the entity discloses the existence and effect of the right of set-off when the financial asset is expected to be collected in accordance with its terms. When the financial asset is due to be settled before the financial asset, the entity is exposed to credit risk on the full carrying amount of the asset if the counterparty defaults after the liability has been settled.
81. An entity may have entered into one or more master netting arrangements that serve to mitigate its exposure to credit loss but do not meet the criteria for offsetting. When a master netting arrangement significantly reduces the credit risk associated with financial assets not offset against financial liabilities with the same counterparty, an entity provides additional information concerning the effect of the arrangement. Such disclosure indicates that:
- (a) the credit risk associated with financial assets subject to a master netting arrangement is eliminated only to the extent that financial liabilities due to the same counterparty will be settled after the assets are realised;
- and
- (b) the extent to which an entity's overall exposure to credit risk is reduced through a master netting arrangement may change substantially within a short period following the balance sheet date because the exposure is affected by each transaction subject to the arrangement.
- It is also desirable for an entity to disclose the terms of its master netting arrangements that determine the extent of the reduction in its credit risk.
82. An entity may be exposed to credit risk as a result of a transaction in which no financial asset is recognised on its balance sheet, such as for a financial guarantee or credit derivative contract. Counterparty an obligation of another party creates a liability and exposes the guarantor to credit risk that is taken into account in making the disclosures required by paragraph 76.
83. Concentrations of credit risk are disclosed when they are not apparent from other disclosures about the nature of the business and financial position of the entity and result in a significant exposure to loss in the event of default by other parties. Identification of such concentrations requires judgement by management taking into account the circumstances of the entity and its debtors. IAS 14 *Segment Reporting* provides guidance in identifying industry and geographical segments within which credit risk concentrations may arise.
84. Concentrations of credit risk may arise from exposures to a single debtor or to groups of debtors having such a similar characteristics that their ability to meet their obligations is expected to be affected similarly by changes in economic or other conditions. Characteristics that may give rise to a concentration of risk include the nature of the activities undertaken by debtors, such as the industry in which they operate, the geographical area in which activities are undertaken and the level of creditworthiness of groups of borrowers. For example, a manufacturer of equipment for the oil and gas industry will normally have trade accounts receivable from sales of its products for which the risk of non-payment is affected by economic changes in the oil and gas industry. A bank that normally lends on an international scale may have many loans outstanding to less developed nations and the bank's ability to recover them may be adversely affected by local economic conditions.

75. In some circumstances, an entity may be able to provide useful information about its exposure to interest rate risks by indicating the effect of a hypothetical change in market interest rates on the fair value of its financial instruments and future profit or loss and cash flows. Such information may be based on, for example, an assumed one percentage point (100 basis points) change in market interest rates occurring at the balance sheet date. The effects of a change in interest rate include changes in interest income and expense relating to floating rate financial instruments and gains or losses resulting from changes in the fair value of fixed rate instruments. The reported interest rate sensitivity may be restricted to the direct effects of an interest rate change on interest-bearing financial instruments recognised at the balance sheet date because the indirect effects of a rate change on financial markets and individual entities cannot normally be predicted reliably. When disclosing interest rate sensitivity information, an entity indicates the basis on which it has prepared the information, including any significant assumptions.

Credit Risk

76. *For each class of financial assets and other credit exposures, an entity shall disclose information about its exposure to credit risk, including:*

- (a) *the amount that best represents its maximum credit risk exposure at the balance sheet date, without taking account of the fair value of any collateral, in the event of other parties failing to perform their obligations under financial instruments;*

and

- (b) *significant concentrations of credit risk.*

77. An entity provides information relating to credit risk to permit users of its financial statements to assess the extent to which failures by counterparties to discharge their obligations could reduce the amount of future cash inflows from financial assets recognised at the balance sheet date or require a cash outflow from other credit exposures (such as a credit derivative or an issued guarantee of a third party). Such failures give rise to a loss recognised in an entity's profit or loss. Paragraph 76 does not require an entity to disclose an assessment of the probability of losses arising in the future.

78. The purposes of disclosing amounts exposed to credit risk without regard to potential recoveries from realisation of collateral (an entity's maximum credit risk exposure) are:

- (a) to provide users of financial statements with a consistent measure of the amount exposed to credit risk for financial assets and other credit exposures;

and

- (b) to take into account the possibility that the maximum exposure to loss may differ from the carrying amount of financial assets recognised at the balance sheet date.

79. In the case of financial assets exposed to credit risk, the carrying amount of the assets in the balance sheet, net of any applicable provisions for loss, usually represents the amount exposed to credit risk. For example, in the case of an interest rate swap carried at fair value, the maximum exposure to loss at the balance sheet date is normally the carrying amount because it represents the cost, at current market rates, of replacing the swap in the event of default. In these circumstances, no additional disclosure beyond that provided on the balance sheet is necessary. On the other hand, an entity's maximum potential loss from some financial instruments may differ significantly from their carrying amount and from other disclosed amounts such as their fair value or principal amount. In such circumstances, additional disclosure is necessary to meet the requirements of paragraph 76(a).

73. An entity may become exposed to interest rate risk as a result of a transaction in which no financial asset or financial liability is recognised on its balance sheet. In such circumstances, the entity discloses information that permits users of its financial statements to understand the nature and extent of its exposure. For example, when an entity has a commitment to lend funds at a fixed interest rate, the disclosure normally includes the stated principal, interest rate and term to maturity of the amount to be lent and the significant terms of the transaction giving rise to the exposure to interest rate risk.

74. The nature of an entity's business and the extent of its activity in financial instruments determine whether information about interest rate risk is presented in narrative form, in tables or by using a combination of the two. When an entity has a variety of financial instruments exposed to fair value or cash flow interest rate risk, it may adopt one or more of the following approaches to presenting information:

- (a) The carrying amounts of financial instruments exposed to interest rate risk may be presented in tabular form, grouped by those that are contracted to mature or be repiced in the following periods after the balance sheet date:
- (i) in one year or less;
 - (ii) in more than one year but not more than two years;
 - (iii) in more than two years but not more than three years;
 - (iv) in more than three years but not more than four years;
 - (v) in more than four years but not more than five years;

and

- (vi) in more than five years.

- (b) When the performance of an entity is significantly affected by the level of its exposure to interest rate risk or changes in that exposure, more detailed information is desirable. An entity such as a bank may disclose, for example, separate groupings of the carrying amounts of financial instruments contracted to mature or be repiced:

- (i) in one month or less after the balance sheet date;

- (ii) in more than one month but not more than three months after the balance sheet date;

and

- (iii) in more than three months but not more than twelve months after the balance sheet date.

- (c) Similarly, an entity may indicate its exposure to cash flow interest rate risk through a table indicating the aggregate carrying amount of groups of floating rate financial assets and financial liabilities maturing within various future time periods.

- (d) Interest rate information may be disclosed for individual financial instruments. Alternatively, weighted average rates or a range of rates may be presented for each class of financial instrument. An entity may group into separate classes instruments denominated in different currencies or having substantially different credit risks when those factors result in instruments having substantially different effective interest rates.

67. For each class of financial assets and financial liabilities, an entity shall disclose information about its exposure to interest rate risk, including:

(a) contractual repricing or maturity dates, whichever dates are earlier;

and

(b) effective interest rates, when applicable.

68. An entity provides information about its exposure to the effects of future changes in the prevailing level of interest rates. Changes in market interest rates have a direct effect on the contractually determined cash flows associated with some financial assets and financial liabilities (cash flow interest rate risk) and on the fair value of others (fair value interest rate risk).

69. Information about maturity dates (or repricing dates when they are earlier) indicates the length of time for which interest rates are fixed, and information about effective interest rates indicates the levels at which they are fixed. Disclosure of this information provides users of financial statements with a basis for evaluating the fair value interest rate risk to which an entity is exposed and, thus, the potential for gain or loss. For instruments that are repriced to a market rate of interest before maturity, disclosure of the period until the next repricing is more important for this purpose than disclosure of the period to maturity.

70. To supplement the information about contractual repricing and maturity dates, an entity may elect to disclose information about expected repricing or maturity dates when those dates differ significantly from the contractual dates. For example, such information may be particularly relevant when an entity is able to prepay, with reasonable reliability, the amount of fixed rate mortgage loans that will be repaid before maturity and it uses this information as the basis for managing its interest rate risk exposure. The additional information includes disclosures that it is based on management's expectations of future events and an explanation of the assumptions made about repricing or maturity dates and how those assumptions differ from the contractual dates.

71. An entity indicates which of its financial assets and financial liabilities are:

(a) exposed to fair value interest rate risk, such as financial assets and financial liabilities with a fixed interest rate;

(b) exposed to cash flow interest rate risk, such as financial assets and financial liabilities with a floating interest rate that is reset as market rates change;

and

(c) not directly exposed to interest rate risk, such as some investments in equity instruments.

72. The requirement in paragraph 67(b) applies to bonds, notes, loans and similar financial instruments involving future payments that create a return to the holder and a cost to the issuer reflecting the time value of money. The requirement does not apply to financial instruments such as investments in equity instruments and derivative instruments that do not bear a determinable effective interest rate. For example, even though instruments such as interest rate derivatives (including swaps, forward rate agreements and options) are exposed to fair value or cash flow risk from changes in market interest rates, disclosure of an effective interest rate is not required. However, when providing effective interest rate information, an entity discloses the effect on its interest rate risk exposure of hedging transactions such as interest rate swaps.

- (d) options held by either party to the instrument to convert the instrument into, or exchange it for, another financial instrument or some other asset or liability, including the period in which, or date at which, the options can be exercised and the conversion or exchange ratio(s);
- (e) the amount and timing of scheduled future cash receipts or payments of the principal amount of the instrument, including instalment repayments and any sinking fund or similar requirements;
- (f) stated rate or amount of interest, dividend or other periodic return on principal and the timing of payments;
- (g) collateral held, in the case of a financial asset, or pledged, in the case of a financial liability;
- (h) in the case of an instrument for which cash flows are denominated in a currency other than the entity's functional currency, the currency in which receipts or payments are required;
- (i) in the case of an instrument that provides for an exchange, information described in items (a)-(h) for the instrument to be acquired in the exchange;
- and
- (j) any condition of the instrument or an associated covenant that, if contravened, would significantly alter any of the other terms (for example, a maximum debt-to-equity ratio in a bond covenant that, if contravened, would make the full principal amount of the bond due and payable immediately).
- 6.4. When the balance sheet presentation of a financial instrument differs from the instrument's legal form, it is desirable for an entity to explain in the notes to the financial statements the nature of the instrument.
5. The usefulness of information about the extent and nature of financial instruments is enhanced when it highlights any relationships between individual instruments that can significantly affect the amount, timing or certainty of the future cash flows of an entity. For example, it may be important to disclose hedging relationships such as one that might exist when an entity holds an investment in shares for which it has purchased a put option. The extent to which a risk exposure is altered by the relationship among the assets and liabilities may be apparent to financial statement users from information of the type described in paragraph 6.3, but in some circumstances further disclosure is necessary.
- 6.6. In accordance with IAS 1, an entity provides disclosure of all significant accounting policies, including the general principles adopted and the method of applying those principles to transactions, other events and conditions arising in the entity's business. In the case of financial instruments, such disclosure includes:
- (a) the criteria applied in determining when to recognise a financial asset or financial liability and when to derecognise it;
- (b) the basis of measurement applied to financial assets and financial liabilities on initial recognition and subsequently; and
- (c) the basis on which income and expenses arising from financial assets and financial liabilities are recognised and measured.

(c) the nature of the risks being hedged;

and

(d) for cash flow hedges, the periods in which the cash flows are expected to occur, when they are expected to enter into the determination of profit or loss, and a description of any forecast transaction for which hedge accounting had previously been used but which is no longer expected to occur.

59. When a gain or loss on a hedging instrument in a cash flow hedge has been recognised directly in equity, through the statement of changes in equity, an entity shall disclose:

(a) the amount that was so recognised in equity during the period;

(b) the amount that was removed from equity and included in profit or loss for the period;

and

(c) the amount that was removed from equity during the period and included in the initial measurement of the acquisition cost or other carrying amount of a non-financial asset or non-financial liability in a hedged highly probable forecast transaction.

Terms, Conditions and Accounting Policies

60. For each class of financial asset, financial liability and equity instrument, an entity shall disclose:

(a) information about the extent and nature of the financial instruments, including significant terms and conditions that may affect the amount, timing and certainty of future cash flows;

and

(b) the accounting policies and methods adopted, including the criteria for recognition and the basis of measurement applied.

61. As part of the disclosure of an entity's accounting policies, an entity shall disclose, for each category of financial assets, whether regular way purchases and sales of financial assets are accounted for at trade date or at settlement date (see IAS 39, paragraph 38).

62. The contractual terms and conditions of a financial instrument affect the amount, timing and certainty of future cash receipts and payments by the parties to the instrument. When financial instruments are significant, either individually or as a class, to the financial position of an entity or its future operating results, their terms and conditions are disclosed. If no single instrument is individually significant to the future cash flows of the entity, the essential characteristics of the instruments are described by reference to appropriate groupings of like instruments.

63. When financial instruments held or issued by an entity, either individually or as a class, create a potentially significant exposure to the risks described in paragraph 52, terms and conditions that warrant disclosure include:

(a) the principal, stated, face or other similar amount, which, for some derivative instruments, such as interest rate swaps, might be the amount (referred to as the notional amount) on which future payments are based;

(b) the date of maturity, expiry or execution;

(c) early settlement options held by either party to the instrument, including the period in which, or date at which, the options can be exercised and the exercise price or range of prices;

(d) *Cash flow interest rate risk* — the risk that the future cash flows of a financial instrument will fluctuate because of changes in market interest rates. In the case of a floating rate debt instrument, usually without a corresponding change in its fair value.

53. This Standard does not prescribe either the format of the information required to be disclosed or its location within the financial statements. To the extent that the required information is presented on the face of the financial statements, it is unnecessary to repeat it in the notes to the financial statements. Disclosures may include a combination of narrative descriptions and quantified data, as appropriate to the nature of the instruments and their relative significance to the entity.

54. Determining the level of detail to be disclosed about particular financial instruments requires the exercise of judgement taking into account the relative significance of those instruments. It is necessary to strike a balance between overburdening financial statements with excessive detail that may not assist users of financial statements and obscuring important information as a result of too much aggregation. For example, when an entity is party to a large number of financial instruments with similar characteristics and no single contract is individually material, a summary by classes of instruments is appropriate. On the other hand, information about an individual instrument may be important when it is, for example, a material component of an entity's capital structure.

55. The management of an entity groups financial instruments into classes that are appropriate to the nature of the information disclosed, taking into account matters such as the characteristics of the instruments and the measurement basis that has been applied. In general, classes distinguish items measured at cost or amortised cost from items measured at fair value. Sufficient information is provided to permit a reconciliation to relevant line items on the balance sheet. When an entity is a party to financial instruments not within the scope of this Standard, those instruments constitute a class or classes of financial assets or financial liabilities separate from those within the scope of this Standard. Disclosures about those financial instruments are dealt with by other IFRSs.

Risk Management Policies and Hedging Activities

56. *An entity shall describe its financial risk management objectives and policies, including its policy for hedging each main type of forecast transaction for which hedge accounting is used.*

57. In addition to providing specific information about particular balances and transactions related to financial instruments, an entity provides a discussion of the extent to which financial instruments are used, the associated risks and the business purposes served. A discussion of management's policies for controlling the risks associated with financial instruments includes policies on matters such as hedging or risk exposures, avoidance of undue concentrations of risk and requirements for collateral to mitigate credit risk. Such discussion provides a valuable additional perspective that is independent of the specific instruments held or outstanding at a particular time.

58. *An entity shall disclose the following separately for designated fair value hedges, cash flow hedges and hedges of a net investment in a foreign operation (as defined in IAS 39):*

(a) *a description of the hedge;*

(b) *a description of the financial instruments designated as hedging instruments and their fair values at the balance sheet date;*

(d) financial assets are set aside in trust by a debtor for the purpose of discharging an obligation without those assets having been accepted by the creditor in settlement of the obligation (for example, a sinking fund arrangement);

or

(e) obligations incurred as a result of events giving rise to losses are expected to be recovered from a third party by virtue of a claim made under an insurance policy.

50. An entity that undertakes a number of financial instrument transactions with a single counterparty may enter into a master netting arrangement with that counterparty. Such an agreement provides for a single net settlement of all financial instruments covered by the agreement in the event of default on, or termination of, any one contract. These arrangements are commonly used by financial institutions to provide protection against loss in the event of bankruptcy or other circumstances that result in a counterparty being unable to meet its obligations. A master netting arrangement commonly creates a right of set-off that becomes enforceable and affects the realisation or settlement of individual financial assets and financial liabilities only following a specified event of default or in other circumstances not expected to arise in the normal course of business. A master netting arrangement does not provide a basis for offsetting unless both of the criteria in paragraph 42 are satisfied. When financial assets and financial liabilities subject to a master netting arrangement are not offset, the effect of the arrangement on an entity's exposure to credit risk is disclosed in accordance with paragraph 76.

DISCLOSURE

51. The purpose of the disclosures required by this Standard is to provide information to enhance understanding of the significance of financial instruments to an entity's financial position, performance and cash flows, and assist in assessing the amounts, timing and certainty of future cash flows associated with those instruments.

52. Transactions in financial instruments may result in an entity assuming or transferring to another party one or more of the financial risks described below. The required disclosures provide information to assist users of financial statements in assessing the extent of risk related to financial instruments.

(a) *Market risk* includes three types of risks:

- (i) *currency risk* — the risk that the value of a financial instrument will fluctuate because of changes in foreign exchange rates.
- (ii) *fair value interest rate risk* — the risk that the value of a financial instrument will fluctuate because of changes in market interest rates.
- (iii) *price risk* — the risk that the value of a financial instrument will fluctuate as a result of changes in market prices, whether those changes are caused by factors specific to the individual instrument or its issuer or factors affecting all instruments traded in the market.

Market risk embodies not only the potential for loss but also the potential for gain.

(b) *Credit risk* — the risk that one party to a financial instrument will fail to discharge an obligation and cause the other party to incur a financial loss.

(c) *Liquidity risk* (also referred to as *funding risk*) — the risk that an entity will encounter difficulty in raising funds to meet commitments associated with financial instruments. Liquidity risk may result from an inability to sell a financial asset quickly at close to its fair value.

44. Offsetting a recognised financial asset and a recognised financial liability and presenting the net amount differs from the derecognition of a financial asset or a financial liability. Although offsetting does not give rise to recognition of a gain or loss, the derecognition of a financial instrument not only results in the removal of the previously recognised item from the balance sheet but also may result in recognition of a gain or loss.

45. A right of set-off is a debtor's legal right, by contract or otherwise, to settle or otherwise eliminate all or a portion of an amount due to a creditor by applying against that amount an amount due from the creditor. In unusual circumstances, a debtor may have a legal right to apply an amount due from a third party against the amount due to a creditor provided that there is an agreement between the three parties that clearly establishes the debtor's right of set-off. Because the right of set-off is a legal right, the conditions supporting the right may vary from one legal jurisdiction to another and the laws applicable to the relationships between the parties need to be considered.

46. The existence of an enforceable right to set off a financial asset and a financial liability affects the rights and obligations associated with a financial asset and a financial liability and may affect an entity's exposure to credit and liquidity risk. However, the existence of the right, by itself, is not a sufficient basis for offsetting. In the absence of an intention to exercise the right or to settle simultaneously, the amount and timing of an entity's future cash flows are not affected. When an entity intends to exercise the right or to settle simultaneously, presentation of the asset and liability on a net basis reflects more appropriately the amounts and timing of the expected future cash flows, as well as the risks to which those cash flows are exposed. An intention by one or both parties to settle on a net basis without the legal right to do so is not sufficient to justify offsetting because the rights and obligations associated with the individual financial asset and financial liability remain unaltered.

47. An entity's intentions with respect to settlement of particular assets and liabilities may be influenced by its normal business practices, the requirements of the financial markets and other circumstances that may limit the ability to settle net or to settle simultaneously. When an entity has a right of set-off, but does not intend to settle net or to realise the asset and settle the liability simultaneously, the effect of the right on the entity's credit risk exposure is disclosed in accordance with paragraph 76.

48. Simultaneous settlement of two financial instruments may occur through, for example, the operation of a clearing house in an organised financial market or a face-to-face exchange. In these circumstances the cash flows are, in effect, equivalent to a single net amount and there is no exposure to credit or liquidity risk. In other circumstances, an entity may settle two instruments by receiving and paying separate amounts, becoming exposed to credit risk for the full amount of the asset or liquidity risk for the full amount of the liability. Such risk exposures may be significant even though relatively brief. Accordingly, realisation of a financial asset and settlement of a financial liability are treated as simultaneous only when the transactions occur at the same moment.

49. The conditions set out in paragraph 42 are generally not satisfied and offsetting is usually inappropriate when:

- (a) several different financial instruments are used to emulate the features of a single financial instrument (a synthetic instrument);
- (b) financial assets and financial liabilities arise from financial instruments having the same primary risk exposure (for example, assets and liabilities within a portfolio of forward contracts or other derivative instruments) but involve different counterparties;
- (c) financial or other assets are pledged as collateral for non-recourse financial liabilities.

37. An entity typically incurs various costs in issuing or acquiring its own equity instruments. Those costs might include registration and other regulatory fees, amounts paid to legal, accounting and other professional advisers, printing costs and stamp duties. The transaction costs of an equity transaction are accounted for as a deduction from equity (net of any related income tax benefit) to the extent they are incremental costs directly attributable to the equity transaction that otherwise would have been avoided. The costs of an equity transaction that is abandoned are recognised as an expense.

38. Transaction costs that relate to the issue of a compound financial instrument are allocated to the liability and equity components of the instrument in proportion to the allocation of proceeds. Transaction costs that relate jointly to more than one transaction (for example, costs of a concurrent offering of some shares and a stock exchange listing of other shares) are allocated to those transactions using a basis of allocation that is rational and consistent with similar transactions.

39. The amount of transaction costs accounted for as a deduction from equity in the period is disclosed separately under IAS 1 *Presentation of Financial Statements*. The related amount of income taxes recognised directly in equity is included in the aggregate amount of current and deferred income tax credited or charged to equity that is disclosed under IAS 12 *Income Taxes*.

40. Dividends classified as an expense may be presented in the income statement either with interest on other liabilities or as a separate item. In addition to the requirements of this Standard, disclosure of interest and dividends is subject to the requirements of IAS 1 and IAS 30 *Disclosures in the Financial Statements of Banks and Similar Financial Institutions*. In some circumstances, because of the differences between interest and dividends with respect to matters such as tax deductibility, it is desirable to disclose them separately in the income statement. Disclosures of the tax effects are made in accordance with IAS 12.

41. Gains and losses related to changes in the carrying amount of a financial liability are recognised as income or expense in profit or loss even when they relate to an instrument that includes a right to the residual interest in the assets of the entity in exchange for cash or another financial asset (see paragraph 18(b)). Under IAS 1 the entity presents any gain or loss arising from remeasurement of such an instrument separately on the face of the income statement when it is relevant in explaining the entity's performance.

Offsetting a Financial Asset and a Financial Liability (see also paragraphs AG38 and AG39)

42. **A financial asset and a financial liability shall be offset and the net amount presented in the balance sheet when, and only when, an entity:**

(a) **currently has a legally enforceable right to set off the recognised amounts;**

and

(b) **intends either to settle on a net basis, or to realise the asset and settle the liability simultaneously.**

In accounting for a transfer of a financial asset that does not qualify for derecognition, the entity shall not offset the transferred asset and the associated liability (see IAS 39, paragraph 36).

43. This Standard requires the presentation of financial assets and financial liabilities on a net basis when doing so reflects an entity's expected future cash flows from settling two or more separate financial instruments. When an entity has the right to receive or pay a single net amount and intends to do so, it has, in effect, only a single financial asset or financial liability. In other circumstances, financial assets and financial liabilities are presented separately from each other consistently with their characteristics as resources or obligations of the entity.

30. Classification of the liability and equity components of a convertible instrument is not revised as a result of a change in the likelihood that a conversion option will be exercised, even when exercise of the option may appear to have become economically advantageous to some holders. Holders may not always act in the way that might be expected because, for example, the tax consequences resulting from conversion may differ among holders. Furthermore, the likelihood of conversion will change from time to time. The entity's contractual obligation to make future payments remains outstanding until it is extinguished through conversion, maturity of the instrument or some other transaction.

31. IAS 39 deals with the measurement of financial assets and financial liabilities. Equity instruments are instruments that include a residual interest in the assets of an entity after deducting all of its liabilities. Therefore, when the initial carrying amount of a compound financial instrument is allocated to its equity and liability components, the equity component is assigned the residual amount after deducting from the fair value of the instrument as a whole the amount separately determined for the liability component. The value of any derivative features (such as a call option) embedded in the compound financial instrument other than the equity component (such as an equity conversion option) is included in the liability component. The sum of the carrying amounts assigned to the liability and equity components on initial recognition is always equal to the fair value that would be ascribed to the instrument as a whole. No gain or loss arises from initially recognising the components of the instrument separately.

32. Under the approach described in paragraph 31, the issuer of a bond convertible into ordinary shares first determines the carrying amount of the liability component by measuring the fair value of a similar liability (including any embedded non-equity derivative features) that does not have an associated equity component. The carrying amount of the equity instrument represented by the option to convert the instrument into ordinary shares is then determined by deducting the fair value of the financial liability from the fair value of the compound financial instrument as a whole.

Treasury Shares (see also paragraph AG36)

33. ***If an entity reacquires its own equity instruments, those instruments ('treasury shares') shall be deducted from own equity instruments. Such treasury shares may be acquired and held by the entity or by other members of the consolidated group. Consideration paid or received shall be recognised directly in equity.***

34. The amount of treasury shares held is disclosed separately either on the face of the balance sheet or in the notes, in accordance with IAS 1 *Presentation of Financial Statements*. An entity provides disclosure in accordance with IAS 24 *Related Party Disclosures* if the entity reacquires its own equity instruments from related parties.

Interest, Dividends, Losses and Gains (see also paragraph AG37)

35. ***Interest, dividends, losses and gains relating to a financial instrument or a component that is a financial liability shall be recognised as income or expense in profit or loss. Distributions to holders of an equity instrument shall be debited by the entity directly to equity, net of any related income tax benefit. Transaction costs of an equity transaction, other than costs of issuing an equity instrument that are directly attributable to the acquisition of a business (which shall be accounted for under IAS 22), shall be accounted for as a deduction from equity, net of any related income tax benefit.***

36. The classification of a financial instrument as a financial liability or an equity instrument determines whether interest, dividends, losses and gains relating to that instrument are recognised as income or expense in profit or loss. Thus, dividend payments on shares wholly recognised as liabilities are recognised as expenses in the same way as interest on a bond. Similarly, gains and losses associated with redemptions or refinancings of financial liabilities are recognised in profit or loss, whereas redemptions or refinancings of equity instruments are recognised as changes in equity. Changes in the fair value of an equity instrument are not recognised in the financial statements.

24. A contract that will be settled by the entity delivering or receiving a fixed number of its own equity instruments in exchange for a variable amount of cash or another financial asset is a financial asset or financial liability. An example is a contract for the entity to deliver 1 000 of its own equity instruments in return for an amount of cash calculated to equal the value of 100 ounces of gold.

Contingent Settlement Provisions

25. A financial instrument may require the entity to deliver cash or another financial asset, or otherwise to settle it in such a way that it would be a financial liability, in the event of the occurrence or non-occurrence of uncertain future events (on the outcome of uncertain circumstances) that are beyond the control of both the issuer and the holder of the instrument, such as a change in a stock market index, consumer price index, interest rate or taxation requirements, or the issuer's future revenues, net income or debt-to-equity ratio. The issuer of such an instrument does not have the unconditional right to avoid delivering cash or another financial asset (or otherwise to settle it in such a way that it would be a financial liability). Therefore, it is a financial liability of the issuer unless:

(a) the part of the contingent settlement provision that could require settlement in cash or another financial asset (or otherwise in such a way that it would be a financial liability) is not genuine;

or

(b) the issuer can be required to settle the obligation in cash or another financial asset (or otherwise to settle it in such a way that it would be a financial liability) only in the event of liquidation of the issuer.

Settlement Options

26. When a derivative financial instrument gives one party a choice over how it is settled (eg the issuer or the holder can choose settlement net in cash or by exchanging shares for cash), it is a financial asset or a financial liability unless all of the settlement alternatives would result in it being an equity instrument.

27. An example of a derivative financial instrument with a settlement option that is a financial liability is a share option that the issuer can decide to settle net in cash or by exchanging its own shares for cash. Similarly, some contracts to buy or sell a non-financial item in exchange for the entity's own equity instruments are within the scope of this Standard because they can be settled either by delivery of the non-financial item or net in cash or another financial instrument (see paragraphs 8-10). Such contracts are financial assets or financial liabilities and not equity instruments.

Compound Financial Instruments (see also paragraphs AG30-AG35 and Illustrative Examples 9-12)

28. The issuer of a non-derivative financial instrument shall evaluate the terms of the financial instrument to determine whether it contains both a liability and an equity component. Such components shall be classified separately as financial liabilities, financial assets or equity instruments in accordance with paragraph 15.

29. An entity recognises separately the components of a financial instrument that (a) creates a financial liability of the entity and (b) grants an option to the holder of the instrument to convert it into an equity instrument of the entity. For example, a bond or similar instrument convertible by the holder into a fixed number of ordinary shares of the entity is a compound financial instrument. From the perspective of the entity, such an instrument comprises two components: a financial liability (a contractual arrangement to deliver cash or another financial asset) and an equity instrument (a call option granting the holder the right, for a specified period of time, to convert it into a fixed number of ordinary shares of the entity). The economic effect of issuing such an instrument is substantially the same as issuing similar debt instrument with an early settlement provision and warrants to purchase ordinary shares, or issuing a debt instrument with detachable share purchase warrants. Accordingly, in all cases, the entity presents the liability and equity components separately on its balance sheet.

(b) a financial instrument is a financial liability if it provides that on settlement the entity will deliver either:

(i) cash or another financial asset;

or

(iii) its own shares whose value is determined to exceed substantially the value of the cash or other financial asset.

Although the entity does not have an explicit contractual obligation to deliver cash or another financial asset, the value of the share settlement alternative is such that the entity will settle in cash. In any event, the holder has in substance been guaranteed receipt of an amount that is at least equal to the cash settlement option (see paragraph 21).

Settlement in the Entity's Own Equity Instruments (paragraph 16(b))

21. A contract is not an equity instrument solely because it may result in the receipt or delivery of the entity's own equity instruments. An entity may have a contractual right or obligation to receive or deliver a number of its own shares or other equity instruments that varies so that the fair value of the entity's own equity instruments to be received or delivered equals the amount of the contractual right or obligation. Such a contractual right or obligation may be for a fixed amount or an amount that fluctuates in part or in full in response to changes in a variable other than the market price of the entity's own equity instruments (eg an interest rate, a commodity price or a financial instrument price). Two examples are (a) a contract to deliver as many of the entity's own equity instruments as are equal in value to (CU100, (7) and (b) a contract to deliver as many of the entity's own equity instruments as are equal in value to 100 ounces of gold. Such a contract is a financial liability of the entity even though the entity must or can settle it by delivering its own equity instruments. It is not an equity instrument because the entity uses a variable number of its own equity instruments as a means to settle the contract. Accordingly, the contract does not evidence a residual interest in the entity's assets after deducting all of its liabilities.

22. A contract that will be settled by the entity (receiving or) delivering a fixed number of its own equity instruments in exchange for a fixed amount of cash or another financial asset is an equity instrument. For example, an issued share option that gives the counterparty a right to buy a fixed number of the entity's shares for a fixed price or for a fixed stated principal amount of a bond is an equity instrument. Changes in the fair value of a contract arising from variations in market interest rates that do not affect the amount of cash or other financial assets to be paid or received, or the number of equity instruments to be received or delivered, on settlement of the contract do not preclude the contract from being an equity instrument. Any consideration received (such as the premium received for a written option for a purchased option) is deducted directly from equity. Changes in the fair value of an equity instrument are not recognised in the financial statements.

23. A contract that contains an obligation for an entity to purchase its own equity instruments for cash or another financial asset gives rise to a financial liability for the present value of the redemption amount (for example, for the present value of the forward repurchase price, option exercise price or other redemption amount). This is the case even if the contract itself is an equity instrument. One example is an entity's obligation under a forward contract to purchase its own equity instruments for cash. When the financial liability is recognised initially under IAS 39, its fair value (the present value of the redemption amount) is reclassified from equity. Subsequently, the financial liability is measured in accordance with IAS 39. If the contract expires without delivery, the carrying amount of the financial liability is reclassified to equity. An entity's contractual obligation to purchase its own equity instruments gives rise to a financial liability for the present value of the redemption amount even if the obligation to purchase is conditional on the counterparty exercising a right to redeem (eg a written put option that gives the counterparty the right to sell an entity's own equity instruments to the entity for a fixed price).

(7) In this Standard, monetary amounts are denominated in 'currency units' (CU).

No Contractual Obligation to Deliver Cash or Another Financial Asset (paragraph 16(a))

17. A critical feature in differentiating a financial liability from an equity instrument is the existence of a contractual obligation of one party to the financial instrument (the issuer) either to deliver cash or another financial asset to the other party (the holder) or to exchange financial assets or financial liabilities with the holder under conditions that are potentially unfavourable to the issuer. Although the holder of an equity instrument may be entitled to receive a pro rata share of any dividends or other distributions of equity, the issuer does not have a contractual obligation to make such distributions because it cannot be required to deliver cash or another financial asset to another party.
18. The substance of a financial instrument, rather than its legal form, governs its classification on the entity's balance sheet. Substance and legal form are commonly consistent, but not always. Some financial instruments take the legal form of equity but are liabilities in substance and others may combine features associated with equity instruments and features associated with financial liabilities. For example:

- (a) a preference share that provides for mandatory redemption by the issuer for a fixed or determinable amount at a fixed or determinable future date, or gives the holder the right to require the issuer to redeem the instrument at or after a particular date for a fixed or determinable amount, is a financial liability.

- (b) a financial instrument that gives the holder the right to put it back to the issuer for cash or another financial asset (a puttable instrument) is a financial liability. This is so even when the amount of cash or other financial assets is determined on the basis of an index or other item that has the potential to increase or decrease, or when the legal form of the puttable instrument gives the holder a right to a residual interest in the assets of an issuer. The issuer means that the puttable instrument meets the definition of a financial liability. For example, open-ended mutual funds, unit trusts, partnerships and some co-operative entities may provide their unitholders or members with a right to redeem their interests in the issuer at any time for cash equal to their proportionate share of the asset value of the issuer. However, classification as a financial liability does not preclude the use of descriptors such as 'net asset value attributable to unitholders' and 'change in net asset value attributable to unitholders' on the face of the financial statements of an entity that has no equity capital (such as some mutual funds and unit trusts; see Illustrative Example 7) or the use of additional disclosure to show that total members' interests comprises items such as reserves that meet the definition of equity and puttable instruments that do not (see Illustrative Example 8).

19. If an entity does not have an unconditional right to avoid delivering cash or another financial asset to a contractual obligation, the obligation meets the definition of a financial liability. For example:

- (a) a restriction on the ability of an entity to satisfy a contractual obligation, such as lack of access to foreign currency or the need to obtain approval for payment from a regulatory authority, does not negate the entity's contractual obligation or the holder's contractual right under the instrument.

- (b) a contractual obligation that is conditional on a counterparty exercising its right to redeem is a financial liability because the entity does not have the unconditional right to avoid delivering cash or another financial asset.

20. A financial instrument that does not explicitly establish a contractual obligation to deliver cash or another financial asset may establish an obligation indirectly through its terms and conditions. For example:

- (a) a financial instrument may contain a non-financial obligation that must be settled if, and only if, the entity fails to make distributions or to redeem the instrument. If the entity can avoid a transfer of cash or another financial asset only by settling the non-financial obligation, the financial instrument is a financial liability.

- loans and receivables
- regular way purchase or sale
- transaction costs.

13. In this Standard, 'contract' and 'contractual' refer to an agreement between two or more parties that has clear economic consequences that the parties have little, if any, discretion to avoid, usually because the agreement is enforceable by law. Contracts, and thus financial instruments, may take a variety of forms and need not be in writing.

14. In this Standard, 'entity' includes individuals, partnerships, incorporated bodies, trusts and government agencies.

PRESENTATION

Liabilities and Equity (see also paragraphs AG25-AG29)

15. ***The issuer of a financial instrument shall classify the instrument, or its component parts, on initial recognition as a financial liability, a financial asset or an equity instrument in accordance with the substance of the contractual arrangement and the definitions of a financial liability, a financial asset and an equity instrument.***

16. When an issuer applies the definitions in paragraph 11 to determine whether a financial instrument is an equity instrument rather than a financial liability, the instrument is an equity instrument if, and only if, both conditions (a) and (b) below are met.

- (a) The instrument includes no contractual obligation:
 - (i) to deliver cash or another financial asset to another entity;
- or
- (ii) to exchange financial assets or financial liabilities with another entity under conditions that are potentially unfavourable to the issuer.

- (b) If the instrument will or may be settled in the issuer's own equity instruments, it is:
 - (i) a non-derivative that includes no contractual obligation for the issuer to deliver a variable number of its own equity instruments;
- or

- (ii) a derivative that will be settled only by the issuer exchanging a fixed amount of cash or another financial asset for a fixed number of its own equity instruments. For this purpose the issuer's own equity instruments do not include instruments that are themselves contracts for the future receipt or delivery of the issuer's own equity instruments.

A contractual obligation, including one arising from a derivative financial instrument, that will or may result in the future receipt or delivery of the issuer's own equity instruments, but does not meet conditions (a) and (b) above, is not an equity instrument.

A financial liability is any liability that is:

(a) a contractual obligation:

(i) to deliver cash or another financial asset to another entity;

or

(ii) to exchange financial assets or financial liabilities with another entity under conditions that are potentially unfavourable to the entity;

or

(b) a contract that will or may be settled in the entity's own equity instruments and is:

(i) a non-derivative for which the entity is or may be obliged to deliver a variable number of the entity's own equity instruments;

or

(ii) a derivative that will or may be settled either than by the exchange of a fixed amount of cash or another financial asset for a fixed number of the entity's own equity instruments. For this purpose the entity's own equity instruments do not include instruments that are themselves contracts for the future receipt or delivery of the entity's own equity instruments.

An equity instrument is any contract that evidences a residual interest in the assets of an entity after deducting all of its liabilities.

Fair value is the amount for which an asset could be exchanged, or a liability settled, between knowledgeable, willing parties in an arm's length transaction.

12. The following terms are defined in paragraph 9 of IAS 39 and are used in this Standard with the meaning specified in IAS 39.

— amortised cost of a financial asset or financial liability

— available-for-sale financial assets

— derecognition

— derivative

— effective interest method

— financial asset or financial liability at fair value through profit or loss

— firm commitment

— forecast transaction

— hedge effectiveness

— hedged item

— hedging instrument

— held-to-maturity investments

A contract to which (b) or (c) applies is not entered into for the purpose of the receipt or delivery of the non-financial item in accordance with the scope of this Standard. Other contracts to which paragraph 8 applies are evaluated to determine whether they were entered into and continue to be held for the purpose of the receipt or delivery of the non-financial item in accordance with the entity's expected purchase, sale or usage requirement, and accordingly, whether they are within the scope of this Standard.

10. A written option to buy or sell a non-financial item that can be settled net in cash or another financial instrument, or by exchanging financial instruments, in accordance with paragraph 9(a) or (d) is within the scope of this Standard. Such a contract cannot be entered into for the purpose of the receipt or delivery of the non-financial item in accordance with the entity's expected purchase, sale or usage requirements.

DEFINITIONS (see also paragraphs AG-3-AG-24)

11. The following terms are used in this Standard with the meanings specified:

A financial instrument is any contract that gives rise to a financial asset of one entity and a financial liability or equity instrument of another entity.

A financial asset is any asset that is:

- (a) cash;
- (b) an equity instrument of another entity;
- (c) a contractual right:
 - (i) to receive cash or another financial asset from another entity;
 - (ii) to exchange financial assets or financial liabilities with another entity under conditions that are potentially favourable to the entity;
- (d) a contract that will or may be settled in the entity's own equity instruments and is:
 - (i) a non-derivative for which the entity is or may be obliged to receive a variable number of the entity's own equity instruments;
 - (ii) a derivative that will or may be settled either than by the exchange of a fixed amount of cash or another financial asset for a fixed number of the entity's own equity instruments. For this purpose the entity's own equity instruments do not include instruments that are themselves contracts for the future receipt or delivery of the entity's own equity instruments.

(d) contracts for contingent consideration in a business combination (see paragraphs 65–67 of IAS 22 Business Combinations). This exemption applies only to the acquirer.

(e) contracts that require a payment based on climatic, geological or other physical variables (see paragraph AG1 of IAS 39). However, this Standard shall be applied to other types of derivatives such as heating degree days, contracts (for example, if an interest rate swap is contingent on a climatic variable such as heating degree days, the interest rate swap element is an embedded derivative that is within the scope of this Standard — see paragraphs 10–13 of IAS 39).

5. This Standard applies to recognised and unrecognised financial instruments. Recognised financial instruments include equity instruments issued by the entity and financial assets and financial liabilities that are within the scope of IAS 39. Unrecognised financial instruments include some financial instruments that, although outside the scope of IAS 39, are within the scope of this Standard (such as some loan commitments).

6. For the purposes of this Standard, an insurance contract is a contract that exposes the insurer to identified risks of loss from events or circumstances occurring or discovered within a specified period, including death (or in the case of an annuity, the survival of the annuitant), sickness, disability, property damage, injury to others and business interruption. The provisions of this Standard apply when a financial instrument takes the form of an insurance contract but principally involves the transfer of financial risks (see paragraph 5.2), for example, some types of financial reinsurance and guaranteed investment contracts issued by insurance and other entities. Entities that have obligations under insurance contracts are encouraged to consider the appropriateness of applying the provisions of this Standard in presenting and disclosing information about such obligations.

7. Other Standards specific to particular types of financial instrument contain additional presentation and disclosure requirements. For example, IAS 17 Leases and IAS 26 Accounting and Reporting by Retirement Benefit Plans incorporate specific disclosure requirements relating to finance leases and retirement benefit plan investments, respectively. In addition, some requirements of other Standards, particularly IAS 30 Disclosures in the Financial Statements of Banks and Similar Financial Institutions, apply to financial instruments.

8. *This Standard shall be applied to those contracts to buy or sell a non-financial item that can be settled net in cash or another financial instrument, or by exchanging financial instruments, as if the contracts were financial instruments, with the exception of contracts that were entered into and continue to be held for the purpose of the receipt or delivery of a non-financial item in accordance with the entity's expected purchase, sale or usage requirements.*

9. There are various ways in which a contract to buy or sell a non-financial item can be settled net in cash or another financial instrument or by exchanging financial instruments. These include:

(a) when the terms of the contract permit either party to settle it net in cash or another financial instrument or by exchanging financial instruments;

(b) when the ability to settle net in cash or another financial instrument, or by exchanging financial instruments, is not explicit in the terms of the contract, but the entity has a practice of settling similar contracts net in cash or another financial instrument, or by exchanging financial instruments (whether with the counterparty, by entering into offsetting contracts or by selling the contract before its exercise or lapse);

(c) when, for similar contracts, the entity has a practice of taking delivery of the underlying and selling it within a short period after delivery for the purpose of generating a profit from short-term fluctuations in price or dealer's margin;

and

(d) when the non-financial item that is the subject of the contract is readily convertible to cash.

This revised Standard supersedes IAS 32 (revised 2000) *Financial Instruments: Disclosure and Presentation* and should be applied for annual periods beginning on or after 1 January 2005. Earlier application is permitted.

OBJECTIVE

1. The objective of this Standard is to enhance financial statement users' understanding of the significance of financial instruments to an entity's financial position, performance and cash flows.

2. This Standard contains requirements for the presentation of financial instruments and identifies the information that should be disclosed about them. The presentation requirements apply to the classification of financial instruments, from the perspective of the issuer, into financial assets, financial liabilities and equity instruments; the classification of related interests, dividends, losses and gains; and the circumstances in which financial assets and financial liabilities should be offset. The Standard requires disclosure of information about factors that affect the amount, timing and certainty of an entity's future cash flows relating to financial instruments and the accounting policies applied to those instruments. This Standard also requires disclosure of information about the nature and extent of an entity's use of financial instruments, the business purposes they serve, the risks associated with them, and management's policies for controlling those risks.

3. The principles in this Standard complement the principles for recognising and measuring financial assets and financial liabilities in IAS 39 *Financial Instruments: Recognition and Measurement*.

SCOPE

4. This Standard shall be applied by all entities to all types of financial instruments except:

- (a) those interests in subsidiaries, associates and joint ventures that are accounted for under IAS 27 *Consolidated and Separate Financial Statements*, IAS 28 *Investments in Associates or IAS 31 Interests in Joint Ventures*. However, entities shall apply this Standard to an interest in a subsidiary, associate or joint venture that according to IAS 27, IAS 28 or IAS 31 is accounted for under IAS 39 *Financial Instruments: Recognition and Measurement*. In these cases, entities shall apply the disclosure requirements in IAS 27, IAS 28 and IAS 31 in addition to those in this Standard. Entities shall also apply this Standard to all derivatives on interests in subsidiaries, associates or joint ventures.

(b) employers' rights and obligations under employee benefit plans, to which IAS 19 *Employee Benefits* applies.

(c) rights and obligations arising under insurance contracts. However, entities shall apply this Standard to a financial instrument that takes the form of an insurance (or reinsurance) contract as described in paragraph 6, but principally involves the transfer of financial risks described in paragraph 52. In addition, entities shall apply this Standard to derivatives that are embedded in insurance contracts (see paragraphs 10-13 of IAS 39).

Financial Instruments: Disclosure and Presentation

SUMMARY	
Paragraphs	
Objective	1-3
Scope	4-10
Definitions	11-14
Presentation	15-50
Liabilities and Equity	15-27
No Contractual Obligation to Deliver Cash or Another Financial Asset (paragraph 16(a))	17-20
Settlement in the Entity's Own Equity Instruments (paragraph 16(b))	21-24
Contingent Settlement Provisions	25
Settlement Options	26-27
Compound Financial Instruments	28-32
Treasury Shares	33-34
Interest, Dividends, Losses and Gains	35-41
Offsetting a Financial Asset and a Financial Liability	42-50
Disclosure	51-95
Format, Location and Classes of Financial Instruments	53-55
Risk Management Policies and Hedging Activities	56-59
Terms, Conditions and Accounting Policies	60-66
Interest Rate Risk	67-75
Credit Risk	76-85
Fair Value	86-93
Other Disclosures	94-94
Derecognition	94
Collateral	94
Compound financial instruments with multiple embedded derivatives	94
Financial assets and financial liabilities at fair value through profit or loss	94
Reclassification	94
Income statement and equity	94
Impairment	94
Defaults and breaches	94
Effective date	96-97
Withdrawal of other pronouncements	98-100

ANNEX

INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS

IAS 32	Financial instruments: disclosure and presentation
IFRIC 1	Changes in existing decommissioning, restoration and similar liabilities

(2) the text of the Interpretation IFRIC 1 *Changes in existing decommisioning, restoration and similar liabilities* set out in the Annex to this Regulation, is inserted.

Article 2

This Regulation shall enter into force on the third day following that of its publication in the *Official Journal of the European Union*.

It shall apply from 1 January 2005 at the latest.

This Regulation shall be binding in its entirety and directly applicable in all Member States.

Done at Brussels, 29 December 2004.

For the Commission
Charlie McCREEVY
Member of the Commission

(Acts whose publication is obligatory)

COMMISSION REGULATION (EC) No 2237/2004
of 29 December 2004

amending Regulation (EC) No 1725/2003 adopting certain international accounting standards in accordance with Regulation (EC) No 1606/2002 of the European Parliament and of the Council, as regards IAS No 32 and IFRIC 1

(Text with EEA relevance)

THE COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES,

Having regard to the Treaty establishing the European Community,

Having regard to Regulation (EC) No 1606/2002 of the European Parliament and of the Council of 19 July 2002 on the application of international accounting standards⁽¹⁾, and in particular Article 3(1) thereof,

Whereas:

(1) By Commission Regulation (EC) No 1725/2003⁽²⁾ certain international standards and interpretations that were extant at 1 September were adopted.

(2) On 17 December 2003 the International Accounting Standards Board (IASB) published revised International Accounting Standard (IAS) 32 *Financial instruments: disclosure and presentation* as part of the IASB's initiative to improve IAS standards in time for them to be used by companies adopting IAS for the first time in 2005. In revising IAS 32, the IASB did not reconsider the fundamental approaches contained in it. IAS 32 establishes basic principles for the classification of instruments as liabilities or equity. In determining whether the instruments should be classified as liabilities or equity, the entity must consider all of the terms and conditions of the respective contract.

(3) Following bilateral discussions with representatives of the cooperative world and due to a request by the Commission, the IASB invited its International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC), to develop an interpretation to facilitate the application of the revised IAS 32. A final interpretation, IFRIC 2 *Members' shares in cooperative entities and similar instrument* was published in final form on 25 November 2004. The effective date of application of this interpretation is the same as that for IAS 32. IFRIC 2 will be considered for endorsement by the European Commission as soon as possible in 2005.

(4) Of L 243, 11.9.2002, p. 1
(5) Of L 261, 13.10.2003, p. 1. Regulation as last amended by Regulation (EC) No 2236/2004 (OJ L 392, 31.12.2004, p. 1).

HAS ADOPTED THIS REGULATION:

Article 1

Annex to regulation (EC) No 1725/2003 is amended as follows:

(1) the text of International Accounting Standard (IAS) 32 *Financial instruments: disclosure and presentation* set out in the Annex to this Regulation, is inserted.

- IASB (Ed.), Exposure Draft of proposed amendments to IAS 32 Financial Instruments: Presentation and IAS 1 Presentation of Financial Statements, London 2006.
- IASB (Ed.), International Accounting Standard 11: Construction Contracts (IAS 11), London 1993.
- IASB (Ed.), International Accounting Standard 32: Financial Instruments: Presentation (IAS 32), London 2005.
- IASB (Ed.), Framework for the Preparation and Presentation of Financial Statements, London 1989.
- INTERNATIONAL FEDERATION OF ACCOUNTANTS (Ed.), ISA 570: Going Concern, New York 2002.
- KIMMEL, PAUL/WARFIELD, TERRY, The Usefulness of Hybrid Security Classifications: Evidence from Redeemable Preferred Stock, in: Accounting Review 1995, pp. 151-167 (The Usefulness of Hybrid Security Classifications).
- KPMG (Ed.), USA Mitteilungen, URL: http://www.kpmg.de/libray/pdf/031014_USA_Mitteilungen_Oktober2003_de.pdf, as at: 25.11.2005 (USA Mitteilungen).
- LEUZ, CHRISTIAN/DELLER, DOMINIC/STUBENRATH, MICHAEL, An International Comparison of Accounting-Payout Restrictions in the United States, United Kingdom and Germany, in: Accounting and Business Research 1998, pp. 111-129 (An International Comparison of Accounting-Payout Restrictions).
- ROSS, STEPHEN/WESTERFIELD, RANDOLPH/JAFFE, JEFFREY, Corporate Finance, 7th Ed., Boston 2005 (Corporate Finance).
- SCHILDBACH, THOMAS, Zur Beurteilung von gesetzlicher Abfindung und vertraglicher Buchwertabfindung unter Berücksichtigung einer potentiellen Ertragschwäche der Unternehmung, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1984, pp. 532-543 (Buchwertabfindung).

AMERICAN ACCOUNTING ASSOCIATION, Evaluation of the FASB's Proposed Accounting for Financial Instruments with Characteristics of Liabilities, Equity, or Both, in: Accounting Horizons 2001, pp. 387-400 (Evaluation of the FASB's Proposed Accounting for Financial Instruments).

BANK FOR INTERNATIONAL SETTLEMENTS (Ed.), International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, URL: <http://www.bis.org/publ/bcbs107.pdf>, as at: 03.08.2006 (International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards).

BREALEY, RICHARD/MYERS, STEWART/ALLEN, FRANKLIN, Principles of Corporate Finance, 8th Ed., Boston 2005 (Principles of Corporate Finance).

BREKER, NORBERT/HARRISON, DAVID/SCHMIDT, MARTIN, Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital: Der gegenwärtige IASB-Ansatz und Verbesserungsvorschläge, in: Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung 2005, pp. 469-479 (Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital).

DAMODARAN, ASWATH, Corporate Finance: Theory and Practice, 2nd Ed., New York 2001 (Corporate Finance).

EUROPEAN COMMUNITY (Ed.) Council Regulation (EC) No. 1435/2003 of 22 July 2003 on the Statute for a European Cooperative Society (SCE), ABL, EU L 207/1 from 22.07.2003 (Council Regulation (EC) No. 1435/2003: Statute for a European Cooperative Society).

FASB (Ed.), Minutes of the December 3, 2003, Liabilities and Equity Board Meeting, URL: http://www.fasb.org/board_meeting_minutes/12-03-03_liabeq.pdf, as at: 03.07.2006 (Liabilities and Equity Board Meeting).

HOPKINS, PATRICK, The Effect of Financial Statement Classification of Hybrid Financial Instruments on Financial Analysts' Stock Price Judgments, in: Journal of Accounting Research 1996, Supplement: Studies on Recognition, Measurement, and Disclosure Issues in Accounting, pp. 33-50 (The Effect of Financial Statement Classification).

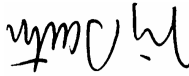
be below fair value (puttable at *or less than* fair value). Here too, the withdrawal of a shareholder may not jeopardize the existence of the company.

- On liquidation, the instruments need not have the lowest rank, but (only) rank after the claims of creditors.

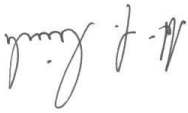
The result is that our *de lege ferenda* suggestion is not far from the Expo-sure Draft of the IASB. Our suggested modifications ensure, in addition to the homogeneity of equity capital, also the "substance-over-form orientation" and neutrality in terms of legal form. Like the IASB, we do not regard it as detrimental *per se* if an equity investor has the right to withdraw from the company. Nonetheless, for a classification as equity capital, it is necessary in our view to ensure with greater clarity and consistency than the suggestion of the IASB, that the capital withdrawal is only possible if the remaining equity investors are not prejudiced by the withdrawal of an individual equity investor. In this respect, particular attention should be paid to ensure that the remaining equity investors do not bear already existing, but not yet recognized risks, which the existing equity investor would otherwise bear.

This would already be achieved by a minimal modification of the concept proposed by the IASB, without enabling any *financial engineering* or *accounting arbitrage*. Our suggestion renders the classification of capital as equity in the IFRS financial statements of all investors who bear the typical risks of equity investors, independent of the legal form, more understandable, reliable and transparent.

Münster, 9th August 2006



Prof. Dr. Dr. h.c. Jörg Baetge



Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch

(3) Payment Claims on the Liquidation of the Company

In the case of liquidation, the decisive criterion for the classification of capital according to IAS 32 is that the payment claim of the investor is lower subordinate.⁴³ The ED IAS 32.11 takes into account the position of the investor in the case of liquidation in that the lowest rank (most subordinate class) is demanded for the redeemed capital.⁴⁴ In our view, an equity capital classification does not require a lowest ranking amongst the equity capital instruments. The question of ranking in serving the claims of investors in the case of insolvency, requires, we believe, far more that the creditors (liabilities) be catered for. It is not important how the remaining amount is divided amongst the equity capital investors after serving the claims of creditors.⁴⁵

Specifically, our suggestions mean that IAS 32 and the ED should be supplemented as follows in order to differentiate equity capital. The necessary changes are:

- Current payments from individual contractual claims are success-dependent on a positive annual result, with respect to which, earlier losses and retained earnings can be counterbalanced against one another. The continued existence of the business may not be jeopardized by the payment.

- For "puttable instruments", no short-term giving of notice is possible (giving of notice or extended liability period), and a payment may also

⁴³ "An equity instrument is any contract that evidences a residual interest in the assets of an entity after deducting all of its liabilities." (see IAS 32.11) From this definition of equity capital instruments, it is, in our view, evident, that it is irrelevant how the remaining amount, after satisfying the creditors, is divided amongst the equity investors. Modification of the ED IAS 32.11, term: "A financial instrument puttable at fair value has all of the following features: ... (c) it entitles the holder to a pro rata share of the net assets of the entity in the event of liquidation of the entity; and ... A financial instrument that entitles the holder to a pro rata share of net assets has all of the following features: (a) the financial instrument is in the most subordinated class of financial instruments with a claim to the assets of the entity ...".

⁴⁴ The adaptation conforms to the framework. In Text Passage 65 of the framework, it is made clear that equity shareholders of an enterprise have, inter alia, varying rights to the repayment of capital. The basis of claims for repayment are, therefore, potentially different classes of equity capital.

tirely from (continued) positive annual results, subject to the continued existence of the company. Conversely, in loss years, a participation in negative results must prevail and positive annual results in the following years should be used to stock up the reductions in equity capital in the years of loss. This does not prevent a classification as equity capital, because the capital from the equity investors remains indefinitely at the disposal of the enterprise and cannot be withdrawn (indirectly) through a current payment obligation. This aspect is currently not controlled by IAS 32 and should, in our opinion, be taken up by IAS 32.17.⁴⁰

(2) Payment Claims on the Basis of a Withdrawal in the Case of the Continued Existence of the Company

In order also to prevent too radical a move away from the capital differentiation system of IAS 32, and to ensure an equivalent risk-reward participation of ownership holders, in our opinion, the giving of notice by an ownership instrument holder, who committed his capital essentially indefinitely, should only be possible subject to restrictive conditions.⁴¹ That is, the payment must be at a value that clearly does not exceed the fair value of his interest.⁴²

- The capital may only be withdrawn from the enterprise subject to maintaining a notice or extended-obligation period of two years and
- only if the continued existence of the company is not jeopardized by the capital withdrawal.

Both these notice restrictions should be integrated into the regulations of the ED IAS 32.11 and in the section relating to the determination of concepts of "financial instruments puttable at *or less than* fair value".

⁴⁰ The modifications suggested here are based on several passages of text from the IAS 32. For reasons of comprehensibility, we refer only to the one relevant passage of IAS 32, which contains the specific regulations in question.

⁴¹ In our view, the discussions of the IASB on capital retention duration in Agenda Paper 8 "Financial Instruments Puttable at Fair Value", Text Passage 22, are conceptually understandable and appropriate.

⁴² An adaptation of the ED IAS 32.11, term: "A financial instrument puttable at fair value", e.g. Points (a) und (b). For our modification of equity capital differentiation, we recommend, instead of the phrasing "A financial instrument puttable at fair value" rather "A financial instrument puttable at *or less than* fair value".

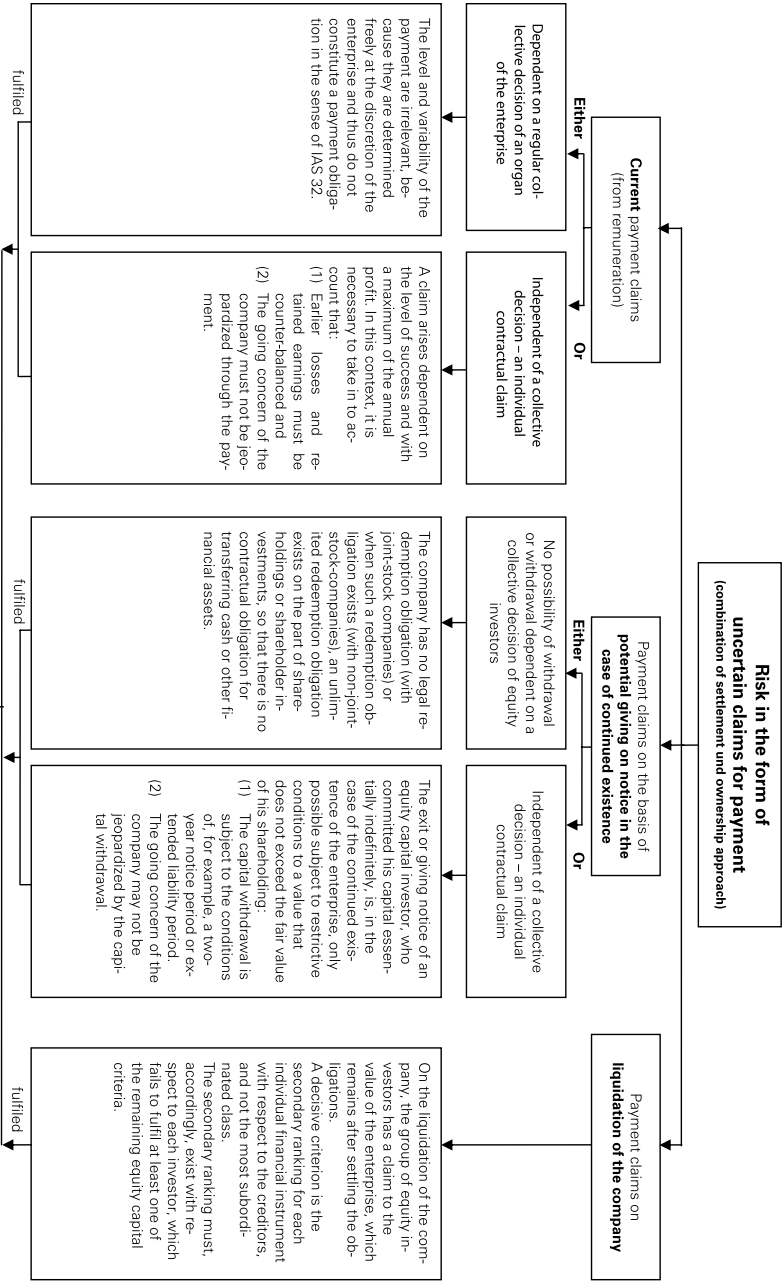
5 Conclusions

With the Exposure Draft "Amendments to IAS 32", the IASB is able to eliminate some of the main criticisms levelled against the IAS 32. This is facilitated most of all by the fact that the ownership approach is used in addition to the settlement approach in the implementation of the IAS 32. With the "Amendments to IAS 32", the IASB no longer wishes to stick entirely to the system which differentiated equity and liabilities purely in terms of whether payment obligations arise from the perspective of the issuer, but also according to whether the underlying contractual formula-tion places the investor in a position that is appropriate in terms of owner-ship. This means that investors bear the risks of the enterprise in the right proportion and the same applies to the opportunities.

In addition, our results show that, in some individual points, the sugges-tions of the IASB are not sufficient to ensure that the capital differentia-tion system of the IAS 32 (which is appropriate and conceptually flawless for joint stock companies) should be supplemented in such a way, that the capital of investors, who carry the typical risks of equity investors, should be classified consistently as equity capital in the IFRS balance sheets. The suggestions of the IASB in the **Exposure Draft, however, need only to be modified marginally**, if the capital differentiation is to fulfill entirely the general conceptual requirements that are derived from the framework. These requirements for the differentiation of equity capital and liabilities are coupled with the assumption of risk by the investor. The required adaptations are derived most of all from the requirements of "substance over form" and "homogeneity of capital classes". They are linked to the specific point in time at which payment requirements arise and to the decision basis on which they rest:

(1) Current Payment Requirements (From Earnings)

An equity capital classification is, according to the current IAS 32, inde-pendent of the level and variability of the remuneration. The conditions are that the payment is at the discretion of the enterprise and that there is no payment obligation for the enterprise in the sense of IAS 32.17. However, also the individual contractual, success-based requirements will not prejudice the company, if the claims in successful years are funded en-



Overview: Suggestion for a capital differentiation system according to IFRS

areas of "payment claims through giving notice" do not participate in the typical ownership risks and rewards.

The above-stated modifications, in combination, lead to the following capital-differentiation system for redeemable and non-redeemable original financial instruments:

with the approval of the market, because only in this manner new sources of capital can be acquired.³⁷

- Our view that the limitation on the level of compensation need not constrain the opportunities accruing to the withdrawing shareholder is also evident in that the main concern of a shareholder with respect to certain forms of company, such as collective entities, cannot only be seen as purely an investment. Cooperative entities do not focus primarily on earning a profit, but far more on promoting the businesses activities of their members.³⁸ Accordingly, the advantages of such capital redemption do not lie in participating in an increasing value of the enterprise, but, for example, in other advantages such as tie-in activities³⁹ or in reimbursements.

(3) Claims on Liquidation

In our opinion, an equity capital classification does not require a lowest ranking (most subordinated class) for the financial instruments in question. With respect to the question of the ranking in which the claims of the equity investors will be served in the event of insolvency, an application of risk participation will entail far more that (to as great an extent as possible), no creditor will be prejudiced and that the equity investors will carry the risks accordingly. Therefore, it is unimportant how the remaining amount is divided amongst the equity capital investors according to the proportions of the total capital that they hold. Therefore, in contradiction to the lowest ranking (most subordinated class), in our view, it is best to promote a generally subordinate ranking of all equity capital, compared to creditors.

This secondary role must prevail with respect to investors who, with their capital redemption, fail to fulfil at least one of the remaining equity capital requirements. These capital payments will, because of the cumulative equity capital requirements that must be fulfilled, be classified as liabilities, because the owners in the sphere of "current payment claims" or in the

³⁷ See SCHILDBACH, T., Buchwertabfindung, p. 539 and p. 543.

³⁸ See European COMMUNITY (Ed.), Council Regulation (EC) No. 1435/2003: Statute for a European Cooperative Society, Article 1 Section 3.

³⁹ Because of their membership, members of a cooperative society receive, for instance, more favourable rental conditions.

risk participation of the equity investor. Through the level of the reduction on the proportion of fair value calculated by means of the DCF, or through the general determination of the exit price for the withdrawing party below fair value, a general regulation would be possible that takes into account the risks that are not yet recognizable, but already exist. These will be carried by both the withdrawing parties, together with the other equity investors.

- Therefore, in the practical application of company law with respect to investors who are willing to carry the typical risks that devolve on equity investors, payments below the proportional value of the enterprise, for example at the proportion book value of equity capital, are often agreed upon. The argument that a fixed level of compensation below fair value that is established from the start, will deprive the investor who wishes to withdraw of an opportunity to benefit from an increased value of the enterprise, given that this limitation is a clear indication that the shareholder is not bearing all the relevant risks of the enterprise in an appropriate share, is not valid. This limitation on the level of compensation leads to a situation in which each investor, in the (not foreseeable in advance) case of his withdrawal, must still fulfill his ownership obligation in such a way that the continued existence of the enterprise is not jeopardized. The withdrawing investor should not be able to achieve advantages through his withdrawal, which he would not have been able to obtain had he not left the company. This fixing of compensation below the proportional fair value also means that equity investors will probably make their capital available for a longer period. Consequently, each investor who remains in the enterprise over the long term will not prejudice other equity investors through a withdrawal, in order, for example, to speculate on short-term success. Accordingly, this increases the willingness of the remaining shareholders to leave their capital indefinitely in the company.

If a payment at book value or another agreement below fair value at a fixed level is agreed upon, each investor will be aware of this on his entry into the company. He can then decide freely whether, given the contractually agreed (payment) conditions, he wishes to proceed to enter the company or not. For this reason, it can be assumed that the shareholders will determine a compensation regulation which will meet

enterprise. In order to determine whether such a danger exists, in the event of the giving of notice, a so-called **going-concern test** can be conducted. A going-concern test, can, for instance, be conducted by auditors in the process of formulating the annual financial statements.³⁶

The aim of the going-concern test is to evaluate whether the continued existence of the enterprise could be jeopardized by a capital withdrawal. Such a going-concern test is particularly important for companies which, for example, have limited liquidity reserves or which find themselves in a precarious financial situation. The going-concern test should contribute ensuring that the investor who is giving notice is still compelled to fulfill his ownership obligations until the time of exit. In our opinion, he may not escape his obligations merely by giving notice in writing, but must await the results of the going-concern test and, in the event of a negative result, remain in the company. The going-concern test prevents equity investors from attaining advantages through withdrawing from the company, which they would not have attained had they not withdrawn.

In order for the capital differentiation system to secure both the risk participation of the investor, and also entirely fulfils the conceptual requirement of "substance over form", for an equity capital classification, we regard each payout regulation that ensures a **payment** of no more than fair value as being appropriate. This therefore includes not only payments at fair value, but also those below the fair value of the enterprise:

- Because there is no active market for the shares of non-joint-stock companies, fair value would have to be determined by means of a DCF calculation. However, the determination of the fair value of the enterprise share is uncertain and could turn out to be too high, so that not all risks are taken into account sufficiently. Accordingly, in addition to the restrictions on giving notice, a **risk reduction** on the fair value calculated by means of the DCF would be useful, in order to ensure the

³⁶ Consider, for example, the main conditions specified by ISA 570, in particular the specifications relating to managerial responsibility in ISA 570.3-8. Alternatively, for the going-concern test, an orientation towards the suggestions made in the Basel II "Internal-Rating-Based Approach" (IRB approach) would also be possible. See BANK FOR INTERNATIONAL SETTLEMENTS (Ed.), International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, pp. 48-112.

through an **individual declaration**. From the perspective of the IASB, such financial instruments can only be classified as equity capital, if the financial instrument is puttable at fair value, so that the withdrawing shareholder is paid out at fair value.

In our opinion, as specified by the IASB, the prescribed compensation of a withdrawing shareholder at fair value as being a necessary condition for an equity capital disclosure of **ownership instruments**, contradicts the essence or "underlying principle" of IAS 32.³⁵ After publication of the Exposure Draft certain financial instruments, which can be withdrawn from the enterprise at any desired point in time without temporal restrictions, would also be classified as equity capital if the equity-capital requirements in terms of "Financial Instruments Puttable at Fair Value" are fulfilled.

In order for the capital differentiation system suggested here to guarantee an unconstrained risk participation on the part of investors, from our perspective, an attempt should be made, also in the case of ownership instruments, to preclude a short-term withdrawal of capital. For instance, this could occur by the withdrawal of equity capital only being permissible subject to the **following restrictions**:

- (a) Subject to the clarification of the "emerging" risks, the capital may only be withdrawn from the enterprise with a **notice period or extended liability period** of, for example, two years. Accordingly, a short-term withdrawal of capital that has been declared as equity would be prevented, where this could lead to a risk transfer from the withdrawing party to the remaining equity investors. Notice periods on capital redemption are particularly important to (potential) investors. For them, it is critical that their fellow investors, and they themselves, cannot secure advantages (which they would not otherwise have enjoyed) by withdrawing at short term from the enterprise. That is, they may not evade potential risks in the short term by transferring these to other equity investors.

- (b) The withdrawal, by investors, of capital declared as equity is only permissible, if this does not jeopardize the continued existence of the

³⁵ The IASB does seem to be aware of this. "The Board acknowledges that the proposals are not consistent [...] with the underlying principle of IAS 32." (ED IAS 32.BC22).

from the annual results achieved or from retained earnings cannot be applied in an analogous manner to those investors whose **current payment demand can only be enforced collectively**.

If a collectively determined capital remuneration payment exceeds the annual results achieved, the capital paid to each shareholder is reduced proportionally to the share in the enterprise. In this manner, the risk participation of individual shareholders, in contrast to individual contractual payment requirements, cannot be reduced to the detriment of other equity investors, but only with respect to the individual contribution of each equity investor. Accordingly, such a payment, which leads to the reduction in equity capital, will always mean that all equity investors share in the risk resulting from the reduction of the equity capital basis proportionally to their equity share in the enterprise. Therefore, in making a decision as to the level of annual payments, all equity investors must take into account that, through the capital reduction, the continued existence of the enterprise may not be jeopardized. In addition, based on the company-law minimum capital regulations, the equity investors must never pay out the entire capital and are therefore not allowed to withdraw from the enterprise without putting it into liquidation.

(2) Payment Requirements on Giving Notice

For a capital differentiation that is appropriate in terms of the framework requirements, it is also necessary to determine under what conditions the individual investor has the right to withdraw from the company. Here too, we differentiate according to the basis of the decision (collective versus individual).

Such a withdrawal right is only in accordance with the equity disclosure, if the withdrawal is subject to the condition that the remaining equity investors have agreed in the form of a **collective decision**. In such a case, on the refusal of the remaining equity investors, the equity investor (who wishes to withdraw) must remain in the company until liquidation, to the extent that his "share" cannot be sold on the stock market as in the case of listed companies.

A **financial instrument** must be evaluated differently, if the withdrawal of an equity investor is not subject to the condition that the remaining equity investors have previously agreed, but the equity investor can withdraw

Because the annual results might, but do not need to be fully evident at the time of disclosure, or the payments may not be effective yet,³² we set the additional condition that the payment may not prejudice the continued existence of the enterprise (going-concern-test; see explanations in Section 3.2.3).³³

Such a specific formulation of requirements for an equity capital classification of the capital redemption payments offers two main advantages:

1. The suggested differentiation criteria are appropriate for the objective of establishing a definitive capital differentiation system. The criteria we have suggested build on the approach of the IASB with respect to the distribution of a liquidation surplus on the dissolution of the company. On the division of the liquidation surplus, the main concern of the IASB is that a claim only exists when the demands of all creditors are satisfied. How the resulting liquidation surplus is subsequently divided amongst the individual shareholders, is, from both the perspective of the framework and our own, fundamentally unimportant.³⁴ Our suggestion is to apply this not only to the liquidation surplus, but also to the current annual results.

2. In addition, our suggestion for a differentiation system based on capital redemption has the advantage that it would no longer be necessary to treat certain financial instruments as compound instruments comprising both equity and liabilities, which would then have to be split. In IAS 32, such a split, even after the publishing of the ED, is not envisaged for perpetual instruments with capital redemption, which is not at the discretion of the company.

In contrast to the payment demands which are enforceable at the level of individual contracts, the restriction that the distributions must come only

³² For example, through using the Percentage-of-Completion Method in order to formulate the financial statements for long-term manufacturing contracts (see IAS 11.25).
³³ For this reason, in the practical application of commercial law, or in the laws themselves, a number of variants of distribution restrictions are envisaged. See LEUZ, C./DELLER, D./STUBENRATH, M., An International Comparison of Accounting-Payout Restrictions, p. 113.
³⁴ In the numbered text 65 of the framework, the following is made clear, that shareholders in an enterprise (inter alia) have differing rights to the repayment of capital.

ferentiation which avoids the points of conceptual criticism which were identified in the previous section:

(1) Current Payment on the Basis of Individual Contractual Requirements

With respect to current payment, it is necessary to differentiate between those claims which can only be enforced collectively and those which can be implemented on an individual, contractual basis. Since under the current IAS 32 financial instruments for which current payment requirements are based on a collective decision are classified as equity, it is therefore especially important for the **individual contractual demands** to be taken into account.

In our opinion, a comprehensive capital differentiation system which also enables capital forms with individual requirements of investors to be declared as equity, must be oriented towards the IAS 32. Most of all, this implies that an individual claim of an investor may not lead to a risk allocation to the detriment of the remaining investors. For the current capital relinquishment of an instrument based on an individual claim, this means that it does not need to come to a concealed capital withdrawal through an excessive capital redemption payment for individual investors. This would be the case if the level of the individual contractual capital redemption (positive) annual profits and no retained earnings, but a capital remuneration payment is still to be made, it will be necessary to utilize a portion of equity capital. Accordingly, the enterprise would lose some of its original equity capital stock.

For this reason, we set the requirement of capital forms which are based on individual investor claims and which, because of the assumption of risks and rewards, should be declared as equity capital, that a capital remuneration payment should only be guaranteed if this is funded from positive annual results or from retained earnings in earlier periods. This condition will (indirectly) prevent capital repayments in years in which losses are incurred.

(b) The requirement that the differentiation system would be oriented around the financial situation rather than around the legal form of financing is, in principle, taken into account by the ownership approach. Nonetheless, this notion has so far not been applied consistently, as shown by the debate on the level of compensation rights with regard to a shareholder giving notice.

4 Proposal for a Modification of the Capital Differentiation System According to IFRS

Based on the risk and reward approach, we suggest, as does the IASB, a capital differentiation system that transgresses individual legal forms and concentrates on the **payment obligations** the capital-receiving enterprise has to the investors, and to which risks the payment claims of investors are exposed.

We firstly systematize the payment requirements of investors according to the **point in time** at which they arise (current (i.e. annual) payment, repayment requirements in the event of premature withdrawal and payment requirements on the liquidation of the enterprise). Secondly, we systematize according to the **decision-making basis** (collective decision on payment requirements or individual contractual requirements).³¹ With the systematization according to the nature of payment requirements of investors, we build on the procedure of the IASB, which, with the existing IAS 32, has so far emphasised the collective decision and now, in the Exposure Draft, also considers the individual requirements.

In terms of the IASB proposal and with respect to the three different types of payment requirement, we suggest the following modified capital dif-

³¹ Through the financial instrument, the investor can make a payment demand at all three points in time. Therefore, in a particular case, the financial instrument must fulfil (cumulatively) the requirements for an equity capital classification at each of the specified points in time at which the investor has a claim for payment. At those points in time at which there are no demands for payment, the condition for an equity capital classification is already fulfilled, because the issuer has no obligations to transfer financial means.

An attribute of the **explicitness** is that the differentiation system for perpetual instruments is oriented so as not to be ambiguous and consistently towards the criterion of the permanence of capital commitment and, with respect to ownership instruments, is oriented unambivalently and consistently towards the other cumulative **requirements that must be fulfilled**.

3.3 Summary of the Conceptual Analysis

After investigating whether the capital differentiation concept from the Exposure Draft of the IASB fulfils the requirements derived from the framework, we come to the conclusion that the suggested concept from the IASB does largely eradicate the points of criticism that were levelled at the IAS 32. This is achieved particularly through integrating the ownership approach in the IAS 32.

Nonetheless, our analysis shows that, with respect to some individual points, the suggestions of the IASB in the ED neither fulfil the conceptual fundamentals of the IASB framework nor do they adequately take into account the risk and reward approach for equity capital in non-joint-stock capital companies (breach of legal-form neutrality). In essence, two points of criticism of the proposed capital-differentiation concept determine how a further modification of the IASB proposal could meaningfully be made:

- (a) The capital differentiation system proposed by the IASB conflicts most of all with the requirement that the capital disclosed in equity capital should be homogeneous in nature. Depending on whether they have ownership instruments or perpetual instruments, the providers of equity capital participate differently in the risks and rewards of enterprises. The combined equity capital disclosure can lead to the users of annual financial statements not being able to evaluate, or doing so falsely, the degree to which the risks and rewards are borne by the equity investors. Therefore, according to the capital-differentiation system of IAS 32, in conjunction with the ED, it is, for example, possible that the equity instruments can be withdrawn in the short term. Thus, on the exit of an equity investor, risks that have already prevailed but have not yet been recognized will be transferred to the remaining equity investors.

such as the rule relating to notice periods or extended liabilities or payment amounts less than fair value, which results from the risk and reward approach. The capital differentiation system should be adapted in such a manner that the remaining shareholders are not prejudiced by an excessively high payment to the withdrawing party. This applies particularly where the latter does not bear the risks proportionally and appropriately.

3.2.4 Clarity of Differentiation

In investigating whether the differentiation system fulfils the requirements of clarity, both sub-criteria of simplicity and explicitness must be taken into account.³⁰

Through the future IAS 32, the criterion of **simplicity** will only be **insufficiently fulfilled** after the adoption of the Exposure Draft, because, on the one hand, understandable capital-differentiation regulations prevail, such as the permanence of capital relinquishment for perpetual instruments **or the prevalence** of fair-value requirements for the exiting holders of ownership instruments. On the other hand, the varied participation of perpetual instruments and ownerships instruments in the risks and rewards can prevent a clear differentiation (see Section 3.2.1).

The criterion of simplicity is similarly breached, where perpetual instruments are regarded as compound financial instruments, if the capital relinquishment payment is agreed on the basis of an individual contract and not on the basis of a decision from a equity investors' meeting. The point is that such an instrument comprises both an underlying transaction – the capital redemption (equity component) and the capital interest from the underlying transaction (liability component). These so-called compound financial instruments offer considerable latitude for a balance-sheet-policy motivated division of equity and liabilities. The determination of the cash value of payment obligations required for the differentiation between equity and liabilities is associated with considerable latitude in measurement, because management must be able to specify the financial situation of the enterprise precisely in terms of future payment streams as well as being able or being obliged to apply the discounted rate of return.

³⁰ See also the explanations in Section 3.1.5.

respect to non-joint-stock companies, there is no market to provide a price-forming or value-confirming "authority" with respect to the exit price. In any event a compensation amount which is less than the fair value increases the probability that equity capital investors would leave their capital permanently in the enterprise, as required by IAS 32 for equity capital classification.

With respect to the capital differentiation criteria for the ownership instruments, the IASB has so far not taken into account the risks to the continued existence of the enterprise (going concern) (see ED IAS 32.BC.11). In this respect, a going-concern test can determine whether a capital withdrawal could or would constitute a significant threat to the existence of the enterprise.

This would mean that, in the event of a negative test result, the remaining shareholders would refuse a payment or would at least only approve a payment that would not jeopardize the existence of the enterprise. The going-concern test is intended to guarantee that, even at the point in time on which the notice is given, the equity capital investor will also have to share proportionally the risks of the enterprise, including those of continuing its operations. In our opinion, the necessary test can, for example, be modelled along the lines of the going-concern test for the annual financial audit.²⁹

We come to the interim conclusion, that, with its criterion for ownership instruments, the IASB is moving in the right direction, but that it has moved too far away from the underlying principle of IAS 32 and the risk-reward approach, if it allows an equity capital classification with a short-term exit option for an ownership instrument holder. In this case, the ownership-instrument holder could evade the risks recognized by him, but not yet recognized by the other shareholders, thus shifting the risks onto the latter. Therefore, the capital differentiation system should use the thoroughly tested company-law rules for the withdrawal of shareholders,

²⁹ Consider, for example, the framework conditions of ISA 570, in particular the specifications for managerial responsibility given in ISA 570.3-8. Alternatively, an orientation to the framework of Basel II could be possible "Internal Rating Based Approach" (IRB approach). See BANK FOR INTERNATIONAL SETTLEMENTS (Ed.), International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards, pp. 48-112.

a payment, so that the withdrawing investor may not receive a payment which does not take into account all risks.

However, this is only given and guaranteed, if, when measuring the fair value, all "emerging" risks until the day of withdrawal are really taken into account,²⁸ that is, the risks to which the enterprise was exposed until the point in time of the exit. Because, in practice, many risks only become evident after the withdrawal of the equity investor, the short-term withdrawal of equity capital in company law (in practice) is often constrained by notice periods or by extended liability periods. A period of notice or of extended liability reduces the dangers resulting from asymmetrical information between the equity capital investors. If a particular shareholder is aware of some risks (there is hidden information), this shareholder could, through a short-term exit in the absence of specified notice periods, transfer risks to the remaining shareholders and thus evade his obligations as a shareholder. Through a notice period or extended obligation, the most important risks "prevailing" up to the time of giving notice, that is, in the period between giving notice and exit, can be "illuminated" so that at least most of an attempted risk transfer from the existing shareholder to the remaining shareholders will be prevented. The shareholder who wishes to withdraw will, through a notice period or extended liability, be less able to evade his responsibilities than would be the case for an equity shareholder. In our opinion, these positive experiences with notice periods and extended liabilities should be taken into account in the development of a capital differentiation system.

Because there is also no active market for the shares of non-joint-stock companies, fair value would have to be determined by means of a DCF calculation. However, the determination of fair value of the enterprise shares with DCF is highly uncertain and could be too high and thus not take all risks (that arise up to the point of withdrawal) into account sufficiently. Therefore, in addition to restrictions on giving notice or an extended liability, this would, in our view, constitute a meaningful risk reduction of the fair value, because insisting on fair value as an exit price could prevent an equivalence of risks and rewards and could thus jeopardize the risk and reward approach. This would be the case, because precisely with

²⁸ The measurement requires complete information, which is only conceivable in theory.

because of losses or a declining value of the company. This form of carried risk thus does not differ fundamentally for both financial instruments. Nonetheless, the duration for which the risk is assumed by the investor may differ substantially. While the owner of the perpetual instrument carries the risk indefinitely, the possessor of ownership instruments can withdraw from the enterprise at any time and thus also in the short term.

Most of all, therefore, it is necessary to investigate whether it is certain that, on leaving the company, the withdrawing owner has really carried the risks that have prevailed so far and that he has likewise been able to benefit from the opportunities.

3.2.3 The Reliability of Capital Commitments

According to the Exposure Draft, with respect to ownership instruments, there are neither notice periods (limits) nor other conditions which have to be monitored in the case of giving notice by an investment, in order to protect the enterprise and the remaining equity capital investors from the dangers of short-term capital withdrawals. The financial-theory equity capital criterion of an indefinite capital commitment²⁶, which, according to IAS 32, is the decisive criterion with respect to capital differentiation, is deliberately not maintained by the IASB for ownership instruments.²⁷ Specifically, the IASB works on the basis that with a payout at fair value in terms of the proportion of the enterprise, the company and the remaining equity investors will definitely not be prejudiced and the investors withdrawing capital will also receive their share of rewards. However, this only applies if the proportion owned by those exiting the enterprise does not exceed the fair-value share as determined ex post. Because the fair-value proportion of the withdrawing equity investor can be determined accurately only on the termination of the enterprise, the determination of fair value on the day of withdrawal is associated with the danger that the exiting party will not bear all appropriate risks. The amount of proportional fair value for the remaining equity investors may not be reduced through such

²⁶ See DAMODARAN, A., Corporate Finance, p. 483.

²⁷ In doing so, the IASB is aware that the equity-capital requirements of "Financial Instruments Puttable at Fair Value" do not conform to the underlying principle of IAS 32. See IAS 32.BC22.

For the reasons given, a claim for compensation less than fair value does not, in principle, constitute a problem for equity capital classification.

3.2.2 The Homogeneity of Capital Classes

In a conceptual comparison with the present IAS 32, which requires the very restrictive function of an indefinite and non-refundable investment for qualification as equity capital, through the implementation of the ED Amendments to IAS 32, both differentiation approaches (settlement approach and ownership approach) would be taken into account similarly from now on. Consequently, we present our recommendation of a multidimensional capital differentiation system.

However, the two differentiation approaches are not considered simultaneously in ED, but two fundamental **alternatives** are formulated, both of which are intended to lead to a classification as equity. The forms of financing must either be inextricably linked (IAS 32; settlement approach) or they must constitute binding residual demand with an exit option for the issuer out of the company (Exposure Draft „Amendments to IAS 32“; ownership approach). This results in two independent dividing lines for differentiating between equity and liabilities. Specifically, a financial instrument already fulfils the equity-capital qualification if just one of the two alternatives prevails, or when **either the settlement approach or the ownership approach** is fulfilled.²⁵ Therefore, in equity capital, in addition to perpetual instruments, ownership instruments would simultaneously be shown.

Consequently, it will be investigated whether, despite the different dividing lines, the investors behind both capital classes carry the risks and rewards to equal degrees and accept the opportunities presented by the ownership of an enterprise in a typical manner.

For the duration of capital redemption, both capital classes carry a similar risk. The value development of their capital is linked to the economic development of the enterprise. Accordingly, the value of the shares declines

²⁵ See BRAEKER, N./HARRISON, D./SCHMIDT, M., Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital, p. 478.

the criterion of payment obligations of the IAS 32. **Nonetheless**, the question of the level of payment for a premature withdrawal by the owner is interpreted by the IASB in a very **one-sided** manner, without taking into account the behavior of the investor, in terms of whether he bears most of the risks of the enterprise. With the ED to the IAS 32, only those forms of capital can be classified as equity capital to which compensation is made at the fair value.²³ In this manner, amongst other factors, the fact is neglected that the **risk and reward participation does not have to proceed exclusively through a demand for payment**, but can also be based, with various other forms of enterprise, on other linkages. Furthermore, the reward-participation of the investor is in his own responsibility, whilst for a classification as equity the proportional risk-carrying must be safeguarded institutionally, due to the necessary maintenance of the company as a going concern.

Accordingly, on joining a non-joint-stock company, all shareholders generally consciously accept pay-out agreements, even when the amount is less than fair value. Although this means that their own claim is reduced, at the same time, this applies to the remaining shareholders. If it comes to the withdrawal of a shareholder, in general, only a smaller amount flows out of the enterprise than with a payment at fair value. However, a lower payment corresponds to a significantly high assumption of risk by the party withdrawing, than with a payment at fair value. This underscores the equity-capital character of the capital he has invested. The lower payment links the positive difference in amount between fair value and the enterprise to the enterprise, thus reducing the danger to the existence of the enterprise on the withdrawal of individual equity investors. In addition, this generally binds the investment itself to the enterprise for longer than would a payment at proportional fair value.

In addition, with respect to cooperative entities, for example, the reward participation is formulated quite differently²⁴, namely, for instance, in the form of tie-in business or from certain reimbursements. Consequently, in this case, a payment at fair value would mean, in total, an excessively high reward participation in comparison to the risk participation.

²³ See ED IAS 32.AG13 and ED IAS 32.BC11.

²⁴ See EUROPEAN COMMUNITY (Ed.), Council Regulation (EC) No. 1435/2003: Statute for a European Cooperative Society, Article 1 Section 3.

cordingly, complex and barely transparent depictions of facts and situations in the form of "financial instrument engineering" which only reflect not on closer scrutiny, do not lead to a bilateral presentation of financial instruments as equity capital.²⁰ Mezzanine finance forms, where the investors do not have to act as equity investors, and therefore do not have to assume enterprise risk according to their share of ownership, may not be classified as equity capital.

3.2 Criticism of the Capital Differentiation System According to IAS 32 and the Exposure Draft "Amendments to IAS 32" taking into Account the Conceptual Requirements of the Framework

3.2.1 The Substance-Over-Form Orientation

Against the background of the general conceptual demands of the framework²¹, the IFRS capital differentiation system resulting from the implementation of the Exposure Draft "Amendments to IAS 32" must be evaluated as an appropriate capital differentiation concept in the terms described below.

The capital differentiation system emerging from the Exposure Draft "Amendments to IAS 32" fulfils the **conceptual requirement of substance over form** better than the system based on IAS 32, because the classification decision is no longer based only on whether the capital can be withdrawn from the enterprise (settlement approach), but can also alternatively be based on fact that the fundamental contractual situation of the investor puts him in the position of a provider of equity capital (ownership approach), who, most of all, carries the risks of the enterprise, but also participates in the rewards.²²

In principle, this should be welcomed, because it signifies a move away from the rigid differentiation concept of an exclusive orientation towards

²⁰ The pretence of a chance takeover, is unlikely, because of the resulting disadvantages for the enterprise.
²¹ (1) Substance-over-form orientation (2) Homogeneity of capital classes (3) Reliability of capital commitment and (4) Clarity.
²² See KPMG (Ed.), USA announcements, p. 37.

excluded, but must be determined in such a way that, through withdrawal, providers of equity capital are not able to harm the interests of the remaining investors or the enterprise itself. Therefore, up to the point in time of withdrawal, the investors must fulfil their ownership obligations and must carry the risk of the enterprise for the appropriate period.

The remaining equity investors and the company would thus be prejudiced by a termination payment, which exceeds the share of enterprise value of the withdrawing individuals in question. Likewise, the same applies to a payment which, for example through an excessively high and/or (excessively) short-term liquidity outflow, will jeopardise the continued existence of the company as a going concern.

3.1.5 Clarity of Differentiation

Two sub-criteria must be adhered to in the requirement for clarity, namely **simplicity and definitiveness** (a lack of ambiguity).

The differentiation of equity and liabilities must be as **simple and straightforward** as possible and must be limited to the criteria that are really necessary for the risk and reward approach. An excessively complex regulation for capital differentiation that can barely be understood by users would work against the function of conveying information. The requirement for simplicity and definitiveness of a capital differentiation system builds equally on the concepts (already in the framework of (F.31) of the financial information. A readily understandable capital differentiation also means that the corresponding information is, from the user's perspective, more reliable and less subject to ambiguity than would be the case for a highly complex and non-transparent capital differentiation system.

Against the background of qualitative **characteristics for reliability**, there is also a need for a capital differentiation regulation to guarantee an **unambiguous allocation** of financial instruments to equity or liabilities.¹⁹ Ac-

¹⁹ Likewise, the IASB wishes to avoid "financial structuring opportunities". See ED IAS 32.BC25.

"ideal" equity capital and "ideal" liabilities, tends to be closer to the former than the latter. This means that the demands for homogeneity of equity capital are set higher than for liabilities. Because of its generally accepted signalling function for balance-sheet users, balance-sheet equity capital has more stringent homogeneity requirements than liabilities.¹⁶ In this context, selectivity (ability to differentiate) also means that misuse through creative forms of financing (financial engineering or accounting arbitrage) has to be avoided (See Section 3.1.4).

3.1.4 The Reliability of Capital Commitments

In order for information provided by IFRS financial statements to be useful for decision making, it must not only be relevant to the recipients, but must also be **reliable** (F.31).¹⁷ For a reliable differentiation between equity and liabilities, a longer-term fulfillment of equity-capital criteria is necessary.¹⁸ Accordingly, a capital-receiving enterprise can only undertake risky long-term investments if the capital is committed (bound) to the enterprise over the long term. Users of financial statements must be able to rely on equity capital being available for such investments.

In order for users of annual financial statements to be able to rely on this factor, it is however not necessary that the equity capital is available to the enterprise forever, that is, indefinitely. In terms of disclosing equity capital, it is far more important that this not be withdrawn in the short term, which could jeopardize the survival of the enterprise (as a going concern). The withdrawal of equity capital does not, therefore need to be

¹⁶ See HOPKINS, who, through an empirical investigation, came to the conclusion that the specification of financing forms substantially influences the estimates of financial analysts with respect to the financial situation of the issuer. See HOPKINS, P. E., The Effect of Financial Statement Classification, pp. 33-50.

¹⁷ "To be useful, information must also be reliable. Information has the quality of reliability when it is free from material error and bias and can be depended upon by users to represent faithfully that which it either purports to represent or could reasonably be expected to represent." F.31.

¹⁸ See AMERICAN ACCOUNTING ASSOCIATION (Ed.), Evaluation of the FASB's Proposed Accounting for Financial Instruments, p. 393. The American Accounting Association is of the opinion that preference shares with a payback obligation which are due in a year, should rather be regarded as liabilities, and preference shares which mature in 100 years, on the other hand, should be treated as equity capital.

3.1.3 The Homogeneity of Equity Capital in Financial Statements

From the principle of informational relevance of financial statements given in the framework (F.26), the requirement of the capital differentiation system can also be derived¹², which should be integrated, with the greatest possible degree of **homogeneity of financial attributes**, both for equity capital and for liabilities with respect to the appropriate financial instruments. Both capital classes are homogeneous, if the investors of both classes assume both the risks and rewards of the enterprise in the same manner and to the same proportional extent. Because, however, the variety of formulations of financial instruments has increased and will continue to do so, in order to guarantee homogeneity, the differentiation system must be both multidimensional¹³ and selective¹⁴, without allowing accounting arbitrage to occur.

Multidimensionality here refers to the fact that capital differentiation entails several criteria, which must be fulfilled (jointly or individually), by a financial instrument, if that financial instrument is to be reported as equity in the IFRS statement. The differentiation criteria determined by means of the risk and reward approach should be determined simultaneously, in order to classify, as homogeneously as possible, the various financial instruments according to the level of risk assumed.

In addition to the qualitative requirement of **informational relevance** for the investor (F.26), an inter-company **comparability** (F.39) of capital structures which is independent of the legal form, as well as the temporal comparability of the capital structure of an individual enterprise, can only be guaranteed in this way.¹⁵

In this context, the differentiation criteria for equity and liabilities should be selected in such a way, that the dividing line in the region between

- ¹² Also with respect to the ED IAS 32 of the IASB, "Relevance" is stated. See ED IAS 32.BC23.
- ¹³ See KIMMEL, P./MARFELD, T. D., The Usefulness of Hybrid Security Classification, p. 153.
- ¹⁴ See FASB (Ed.), Liabilities and Equity Board Meeting, p. 3. The majority of meeting participants expressed a preference for a comprehensive, multidimensional differentiation system.
- ¹⁵ The comparability of capital differentiation is also a concern of the IASB. See ED IAS 32.BC23.

attributes and not the legal form of financial instruments determine the classification as equity or liabilities.

Because the economic substance and the legal form of a financial instrument often do not coincide with one another, an appropriate capital-differentiation system must be oriented around the principle of "substance over form" (F.35).⁷

Accordingly, the capital differentiation on the basis of "risk and reward" should proceed in terms of investor participation, as is already the case in the current IAS 32⁸ which in turn uses the **risk and reward approach to joint stock companies from financial theory**.⁹

An orientation towards the substance over form principle requires that, in addition to the relevance of financial information, the **legal-form neutral-ity** of the capital differentiation system must be guaranteed.¹⁰ A differentiated balance-sheet classification of company equity capital for different legal forms would only be substantial and acceptable, if the differences in legal form are accompanied by a substantial difference in the "risk and reward" participation of the investor. Conversely, the different legal form can also yield the same risk participation, but a systematically different reward participation, without this necessarily leading to a different equity-capital characterization. For example in cooperative entities rewards do not constitute payment obligations, but other advantages form the focus of attention, such as tie-in agreements¹¹ or refunds in terms of turnover with the cooperative entity.

- 7 This requirement is already present in the current capital differentiation regulation of the IASB. See IAS 32.15.
- 8 See IAS 32.11 and Footnote 4.
- 9 In financial theory, attributes associated with equity or debt capital are compared with one another. See BREALEY, R. A./MYERS, S. C./ALLEN, F., Principles of Corporate Finance, p. 361; ROSS, S. A./WESTERFIELD, R. W./JAFEE, J., Corporate Finance, p. 394; DAMODARAN, A., Corporate Finance, p. 483.
- 10 The development of International Financial Reporting Standards that are neutral in terms of the legal form, is also the aim of the IASB. See F.1(a) compared with F.8 and F.35.
- 11 A member of a cooperative association, for example, obtains favourable rental conditions on the basis of his membership.

3 Conceptual Analysis of the Planned Differentiation System According to IFRS including the Exposure Draft

3.1 The Conceptual Requirements of the Framework on the Capital Differentiation System

3.1.1 Overview of General IFRS Requirements

The capital differentiation between equity and liabilities by the IASB proposed in the ED must be evaluated against the background of the fundamental conceptual requirements of an appropriate capital differentiation that is independent of the legal form, so that it fulfills its purpose of conveying the information necessary to make decisions (F.12; decision usefulness). IFRS balance sheets will only fulfil this formulated objective, if the following qualitative characteristics (F.24) are met:

(1) Understandability (F.25),

(2) Relevance (F.26-30),

(3) Reliability (F.31-38) and

(4) Comparability (F.39-42).

From these qualitative characteristics of the IASB framework, the main requirements can also be derived for an appropriate capital differentiation system that is independent of the legal form. These will be described in the sections below.

3.1.2 The Substance-Over-Form Orientation

In order to make appropriate buying or selling decisions with respect to shares, an investor needs **understandable and relevant information** about the financial position and performance of the enterprise. With respect to the capital structure of the enterprise, that is, the relationship between equity and liabilities, this information is only given if the economic

form of the Exposure Draft (ED) "Amendments to IAS 32". With the ED, in principle, a classification as equity capital should also be facilitated for such forms of finance which carry the risks and rewards of the capital-receiving enterprise, and which can be withdrawn not only by a collective agreement of all equity investors, but rather through an individual declaration. From the perspective of the IASB, such financing instruments should be shown, although only as part of equity capital, if the owner in question is to be paid out at the level of fair value of his interests.

According to the ED in its current form a differentiation will be made between two categories of equity-capital instruments:

1. Financial instruments that are not puttable and which do not contain any obligation to deliver dividends or other distributions. In other words: financial instruments on which notice cannot be given by the owner and for which, simultaneously, a capital relinquishment payment can only be made, if it is determined at the discretion of the issuer (See IAS 32.16, IAS 32.17, IAS 32.19, **perpetual instruments**).⁵

2. Financial instruments that are puttable at fair value, provided that certain criteria are fulfilled and that, for example, they are part of the most subordinated capital category (See ED IAS 32.BC11; **owner-ship instruments**).⁶

5 If, in the case of this form of financial instruments, the issuer is contractually obliged to provide the owner of the instrument with a capital relinquishment payment, the cash value of the future capital payments must be determined and declared as part of the obligation. Only the positive difference between the amount of the capital released and the cash value of the payment obligations would be classified as equity capital.

6 By contrast, additional conditions must be fulfilled cumulatively for a classification of equity capital: (1) The instrument entitles the holder to a pro rata share of the net assets of the entity in the event of the entity's liquidation (2) The right to a pro rata share of the net assets is neither limited nor guaranteed, either before or at liquidation. (3) The instrument's issue price is the fair value of a pro rata share of the net assets of the entity at the time of issue (4) The instruments in the most subordinate class are all financial instruments puttable at fair value.

2 The Capital Differentiation System according to IAS 2 and to the Exposure Draft "Amendments to IAS 2"

On the basis of the risk and reward approach⁴, for equity capital, the IASB generally requires, with respect to the existing IAS 32, that the equity investor may not require a repayment of the investment through a unilateral declaration, so that he is not able to evade its responsibility in terms of assuming risk with respect to the remaining equity investors and the creditors (settlement approach). Demands for repayment by investors are, accordingly, only irrelevant for the classification as equity if they have to be decided collectively by the investors in equity.

For joint stock companies, this simple classification criterion leads to an appropriate differentiation, because, for this form of enterprise, the owners of the enterprise decide collectively about capital repayments. For listed companies, the individual equity investor can sell his share on the capital market at any point in time. The capital differentiation system of the IAS 32 is thus consistent and conceptually sound for joint stock companies.

The situation is different with respect to the classification of investments in a non-joint-stock company. Because the owner of a non-joint-stock company generally has a contractually guaranteed right to give notice on his shares in the company, the enterprise has an obligation to repay. This means that an investment that is classified as equity capital according to national Generally Accepted Accounting Principles (GAAP) and that covers the risks and rewards of the enterprise, must also be classified as a liability in the IFRS financial statements.

Hence, we welcome the initiative of the IASB, according to the discrepancy that the risk and reward covering capital of non-joint-stock companies must be classified as a liability in IFRS financial statements, in the

⁴ See IAS 32.11. Accordingly, an obligation on the part of an issuer to provide equity capital from his own shares in varying quantities induces a debt-capital classification of the affected financing instrument. With this form of financial instrument, there is an obvious lack of participation of the investor in the typical risk and rewards associated with changes in share prices.

The subject of the present investigation is the question of whether the prevailing IAS 32, subject to the planned extension contained in the ED, leads to an appropriate capital differentiation for non-joint-stock companies as well.² Accordingly, we first investigate the capital differentiation regulation according to IAS 32, as well as the ED, and analyze the general conceptual requirements that the framework makes on capital differentiation. In considering these requirements, we orient ourselves towards the risk and reward approach, as does the IASB. The reason is that, in our opinion, the requirement that equity investors must carry both the risks and potential rewards of their entrepreneurial activities constitutes an appropriate conceptual basis for a capital differentiation system.

Based on the conceptual requirements of the framework, we also analyze whether the suggested capital differentiation system of the modified ED of the IASB will fulfill the formulated demands. To the extent that the analysis identifies inconsistencies between the IASB proposal and the conceptual requirements, we propose a number of solutions in order to eradicate these inconsistencies.³

It will become evident that only minor modifications beyond the ED are necessary, in order to keep to the risk and reward approach of capital differentiation for all forms of enterprise, and also to avoid a misapplication of capital differentiation criteria through "financial instruments engineered". In this context it must be absolutely clear that forms of finance which do not take the risks of the capital-receiving enterprise in the appropriate proportion, and for which the same applies to the allocation of rewards, should not be presented as equity capital.

² The short version presented here is based on the report written by both authors on "Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital nach IFRS". This report was initiated by the "Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V." (DGRV) and the "Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands e. V." (VÖB).
³ In our analysis, we concentrate on the primary and not on the derivative financial instruments.

1 Problem Formulation

In IFRS financial statements, equity and liabilities are differentiated according to the currently prevailing regulations of IAS 32, in terms of whether the investor can claim his capital by means of a unilateral declaration, and thus his responsibility, that is, the assumption of risk in relation to the remaining equity and debt-capital providers, without the company being able to prevent this indefinitely. This delineation is based on the risk and reward approach from financial theory.

This system is appropriate and conceptually flawless for joint stock companies, because the owners of the enterprise decide, for example, at a shareholders' meeting of a joint stock company, collectively about capital repayments and the individual investor has no individual right to demand back his investment.

For non-joint-stock companies, on the other hand, investors often have an individual, inalienable right to give notice on their shares in the company, which results in a payment obligation on the part of the enterprise.

The potential payment obligation has the consequence that, under company law, the equity capital of non-joint-stock companies, which, according to national Generally Accepted Accounting Principles (GAAP) constitutes equity capital and likewise carries the risks and rewards of the enterprise, must be disclosed as liabilities according to an IFRS statement in the context of IAS 32.

This discrepancy has become evident through the increasingly broad application of the IFRS accounting standard, and now also by non-joint-stock companies. Therefore, the IASB is currently dealing intensively with capital differentiation and, in June 2006, published an Exposure Draft (ED) "Amendments to IAS 32"¹, which is intended to supplement the existing regulations.

¹ Stands for "Exposure Draft of Proposed Amendments to IAS 32 Financial Instruments: Presentation and IAS 1 Presentation of Financial Statements: Financial Instruments Puttable at Fair Value and Obligations Arising on Liquidation".

p	page
pp	pages
URL	Uniform Resource Locators
VöB	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands

List of Abbreviations

AG	Application Guidance
BC	Basis for Conclusions
DCF	Discounted Cash-Flow
DGRV	Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.
e. g.	for example
e. V.	eingetragener Verein
EC	European Commission
Ed.	Editor
ED	Exposure Draft, Edition
F	Framework
FASB	Financial Accounting Standards Board
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
IAS	International Accounting Standard
IASB	International Accounting Standards Board
IFRS	International Financial Reporting Standard
ISA	International Standard on Auditing
IRB	Internal Rating Based
No.	Number

Table of Contents

List of Abbreviations 9

1 Problem Formulation 11

2 The Capital Differentiation System according to IAS 2 and to the Exposure Draft "Amendments to IAS 2" 13

3 Conceptual Analysis of the Planned Differentiation System According to IFRS including the Exposure Draft 15

3.1 The Conceptual Requirements of the Framework on the Capital Differentiation System 15

3.1.1 Overview of General IFRS Requirements 15

3.1.2 The Substance-Over-Form Orientation 15

3.1.3 The Homogeneity of Equity Capital in Financial Statements 17

3.1.4 The Reliability of Capital Commitments 18

3.1.5 Clarity of Differentiation 19

3.2 Criticism of the Capital Differentiation System According to IAS 32 and the Exposure Draft "Amendments to IAS 32" 19

Taking into Account the Conceptual Requirements of the Framework 20

3.2.1 The Substance-Over-Form Orientation 20

3.2.2 The Homogeneity of Capital Classes 22

3.2.3 The Reliability of Capital Commitments 23

3.2.4 Clarity of Differentiation 26

3.3 Summary of the Conceptual Analysis 27

4 Proposal for a Modification of the Capital Differentiation System According to IFRS 28

5 Conclusions 38

References 43

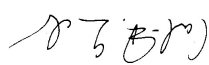
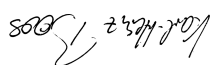
International Accounting Standard 32

IFRIC Interpretation 2

This is the reason why the Association of German Public Sector Banks (VÖB) and the German Cooperative and Raiffeisen Confederation (DGRV) have commissioned an advisory opinion with the aim to work out amended modification proposals for equity systematics, which are independent of the legal form and are intersectoral.

In addition to the advisory opinion, published in both German and English, the brochure also contains the revised version of IAS 32 from 2004 and IFRIC 2, both in German and English versions.

Deutscher
Genossenschafts- und
Raiffeisenverband e.V.
Bundesverband
Öffentlicher Banken
Deutschlands

   
Prof. Dr. Leuschner Dr. Ott Boos Jerzembek

Following the publication of the IAS regulation 1606/2002 of the European Union, almost all capital-oriented group companies have been obliged, as of January 1., 2005, to prepare their accounts according to the IAS/IFRS accounting standards. Other types of companies are allowed to set up, on a voluntary basis, either an individual financial statement or a consolidated financial statement, according to the IAS/IFRS accounting standards. By means of the law on the reform of the German Commercial Code (Bilanzrechtsreformgesetz) of December 4., 2004, the IAS Regulation has been transposed into national legislation.

The internationalisation of business activities as well as the development of new financing possibilities increase the interest of medium-sized enterprises in applying IAS/IFRS. Medium-sized businesses do, however, often shrink away from applying international standards, due to their substantial administrative costs. For the approximately 796.000 GmbHs (limited liability companies), the 131.000 GmbH & Co KGs (limited partnerships), and for the 8.000 cooperatives, with their more than 20 million members, as well as for the 200.000 business partnerships, which are listed in the commercial register, the accounting standard IAS 32 ("Financial instruments: disclosure and presentation") is especially a considerable barrier as far as the acceptance of the new accounting philosophy is concerned. The version published in 2004, with its strict definition of equity and liabilities, has led to a situation in which a financial instrument is a financial liability when it gives the holder the right to put it back to the issuer.

Also IFRIC 2 ("Members' shares in co-operative entities and similar instruments") deals with the above-mentioned problem in an insufficient manner and explicitly indicates that the repayment of a share should be made at the Fair Value principle. The current draft for a revision of IAS 32 does not permit the appropriate classification of equity and liabilities for all enterprise types.

The Differentiation Between Equity and Liability According to IFRS

– Proposed Modifications of IAS 32 –